

Schlachtfeld Wirtschaft: Krieg gegen Produktion und Konsum

Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird der Wohlstand des Normalbürgers ins Visier genommen.

Seite 50

Schlachtfeld Nationalstaat: Migration als Waffe

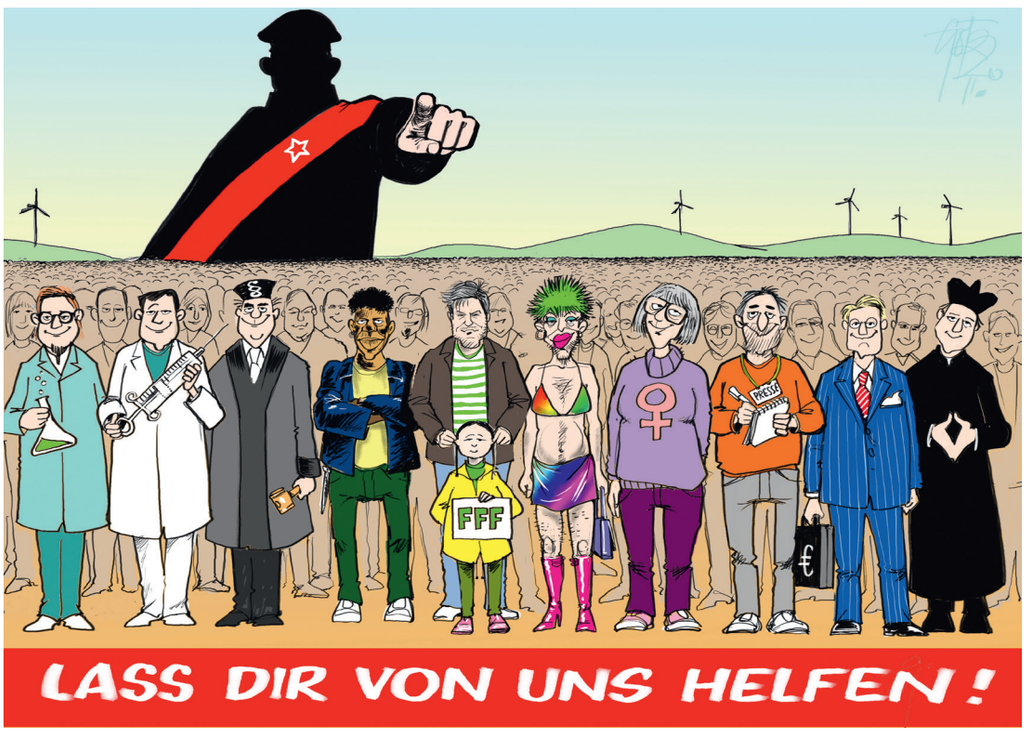
Europa wird seit Jahren mit von langer Hand geplanter Massenmigration destabilisiert.



Seite 26

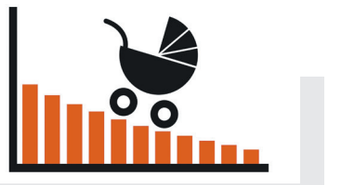
EXPRESSZEITUNG

Ausgabe 31, Februar 2020 CHF 11.00 / Euro 9.00



Hinter der Maske des Friedens Die hybride Kriegsführung

Die «hybride Kriegsführung seitens Russlands» sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz. «Hybride Kriegsführung, was ist das denn?», fragte man sich. Merkel beging wohl ein Sakrileg, überhaupt öffentlich von «hybrider Kriegsführung» zu sprechen. Sie lüftete damit für einen kurzen Moment den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten, und plauderte ein gut gehütetes Geheimnis aus. Denn der «hybride Krieg» gehört seit langem fest zum Repertoire der Globalstrategen: «Hybrider Krieg» ist kein Krieg mit herkömmlichen Mitteln, sondern wird unkonventionell geführt: Mit Propaganda, Sabotage und Destabilisierung. Und dieser Krieg tobt momentan unbemerkt mitten unter uns. Die Abwesenheit von Bomben ist eben nicht mit der Abwesenheit von Krieg zu verwechseln.



Schlachtfeld Demographie: Die Dezimierung des «Feindes»

Die «Soziale Sterilisierung» durch psychologisch-soziale Massnahmen ist im Westen «effektiver» als jeder Bombenkrieg.

Seite 15



Schlachtfeld Bildung: Die Sabotage der Schulsysteme

Das europäische Bildungssystem wird durch Migration, Inklusion, Digitalisierung uvm. kontrolliert zerstört.

Seite 93



Schlachtfeld Natur: Wetterkatastrophen on demand?

Wie das Wetter zum Kriegsinstrument werden kann!

Seite 82

> **«Die grösste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen: Zersetzt alles, was im Landes des Gegners gut ist; verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen; [...] verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes; hetzt die Jungen gegen die Alten; zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte; entwertet alte Überlieferungen und Götter [...]»**
>
> *Sun Tsu, antiker chinesischer Kriegsstratege, 534 v.Chr.- 453 v.Chr.*

Liebe Leser

Nach den Schrecken der beiden Weltkriege brach vor über 70 Jahren in Europa die historisch längste Epoche des Friedens an. Die Völker Europas und wir alle sind uns dieses Glücks sehr wohl bewusst, umso mehr, seit uns 1992 in Jugoslawien und 2014 in der Ukraine die hässliche Fratze des Krieges wieder ins Bewusstsein gerückt und als Warnung eindringlich vor Augen geführt wurde: Auch heute noch ist Krieg in Europa jederzeit möglich!

Ebenso werden wir von Seiten der Politik und Medien permanent daran erinnert, dass einzig die Europäische Union Ursache und Garant für diesen, wie Jugoslawien und Ukraine gezeigt haben, äusserst brüchigen Frieden seien. Mit diesem «Schutzschild» wird jegliche noch so sachliche Kritik an der EU, ihren widersinnigen Gesetzesvorlagen, ihrer ausufernden Machtfülle, wie auch die Frage ihrer Existenzberechtigung in dieser Form, als Angriff auf den Frieden in Europa delegitimiert. Deren Urheber werden als Rechte und Nazis diffamiert, als Brüder im Geiste derjenigen, die schon vor 80 Jahren den Grossen Krieg zu verantworten hatten. Auf diese Weise wird eine wachsende Opposition im allgegenwärtigen «Kampf gegen Rechts» mundtot gemacht, sowie gesellschaftlich ausgegrenzt und geächtet - «Nie wieder Krieg» eben.

Doch wie steht es eigentlich um den Frieden, den wir seit Jahrzehnten erleben dürfen? Bedeutet Frieden nur die Abwesenheit von Bomben und definiert sich Krieg einzig durch den bewaffneten Kampf verfeindeter Staaten? Mitnichten! Es gibt ihn, den Krieg ohne Waffen, und er ist weiter verbreitet, als wir uns vorstellen. Im Grunde genommen ist dieser unsichtbare, hybride Krieg, die gebräuchliche Form der Kriegsführung und der bewaffnete die Ausnahme. Schon im 5. Jh. v. Chr. betonte der chinesische Militärstratege Sun Tsu, dass die grösste Kriegskunst darin bestehe, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen. So schrieb er unter anderem: «Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist; verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen; unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen; gebt sie der öffentlichen Schande ihrer Mitbürger preis; nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen; stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen; verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes; hetzt die Jungen gegen die Alten; zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte; entwertet alte Überlieferungen und Götter; seid grosszügig mit Angeboten und Geschenken und Nachrichten, um Komplizen zu kaufen.» Kommt uns das nicht bekannt vor? Wohin wir auch blicken, ob in die Energie-, Verkehrs-, Familien-, Migrations-, Wirtschafts-, Bildungspolitik oder alle anderen Bereiche, überall entdecken wir unzählige Beispiele des Irrsinns, die anders als «mit Vorsatz» nicht zu erklären sind: Während in Afrika die Bevölkerung explodiert, sorgt der eben unterzeichnete «Migrationspakt» verpflichtend(!) für offene Grenzen und unlimitierte Aufnahmepflicht von Migranten und «Flüchtlingen». Die neuen «Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung» machen die einheimische Bevölkerung zu Bürgern zweiter Klasse und unterdrücken gleichzeitig per Gesetz jeglichen Protest! Unter dem Aspekt hybrider Kriegsführung ergeben solch kriminelle Akte gegen das eigene Volk plötzlich Sinn! Während seit der sozialistischen Machtübernahme von Rot-Grün im Jahre 1998 sage und schreibe 312.000 Bauernhöfe aufgegeben wurden, importiert Deutschland heute über 150.000 Tonnen Nahrungsmittel aus dem kommunistischen China mit jährlichen Steigerungsraten von mehr als 10%! Interessant, wie bei solchem Irrsinn die Rufe nach Umwelt- und vermeintlichem Klimaschutz plötzlich verstummen. Wollte man jedenfalls ein Land nachhaltig seiner Nahrungsmittelsicherheit und Selbstversorgung berauben und gleichzeitig existentiell von sich abhängig machen, wären klassische Kriegsführungen bei weitem nicht so erfolgreich, wie solch offensichtlich hybride.

Mit dieser Ausgabe erhalten Sie, trotz eines Umfangs von 112 Seiten, aus Platzgründen einen nur unvollständigen und oberflächlichen Einblick in die Vielfalt der Arten unsichtbarer, sprich hybrider Kriegsführung. Diese ist nicht nur gegen Deutschland gerichtet, sondern gegen die gesamte westliche Menschheit und steht näher vor dem Ziel als jemals zuvor. *(ab)*



Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Herausgeber	André Barmettler
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08 / info@expresszeitung.com
Website	www.expresszeitung.com
Erscheinung	8 x jährlich im Abonnement
Abo-Preis	Schweiz: SFr 69.- / EU: EUR 59.-
Bestellung	https://shop.expresszeitung.com / abo@expresszeitung.com
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* / André Barmettler *(ab)* redaktion@expresszeitung.com Gerhard Wisnewski (gw), Torsten Mann (tm), Jonas Freudenberger (jf)
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Logistik	Zehnder Druckerei, CH-9500 Wil
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	März 2020

Thema der Ausgabe:

Hybride Kriegsführung: Weltkrieg inkognito!



Die «hybride Kriegsführung seitens Russlands» sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz. «Hybride Kriegsführung, was ist das denn?», fragte man sich. Merkel beging wohl ein Sakrileg, überhaupt öffentlich von «hybrider Kriegsführung» zu sprechen. Sie lüftete damit für einen kurzen Moment den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten. Und im Folgesatz bezeichnete sie die sogenannte «Klimabewegung» sogar als eine Art Instrument dieser «hybriden Kriegführung». Wo sich die meisten noch im Frieden wähnen, stecken wir nämlich längst in einem neuen, modernen, „hybriden" Krieg, der ohne Waffengewalt und Bomben auskommt, doch Resultate herbeiführt wie ein konventioneller Krieg. Und während es bei einem „normalen" Krieg immer einen klar identifizierbaren Schuldigen gibt, bleibt der hybride Angreifer unbemerkt. Denn merke: Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, sodass man sich nicht wehren kann. Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird.

Geopolitik

Einleitung: Was ist «hybrider Krieg»? 4

«Hybrider Krieg» ist kein Krieg mit herkömmlichen Mitteln (direkte physische Gewalt), sondern wird u.a. geführt durch Propaganda, Sabotage und Destabilisierung.

Die Schlachtfelder des hybriden Krieges 9

Das Schlachtfeld eines hybriden Krieges sieht so ganz anders aus, als man es von einem konventionellen Krieg gewöhnt ist.

Schlachtfeld 1: Demographie 15

Die «Soziale Sterilisierung» durch psychologisch-soziale Massnahmen ist «effektiver» als jeder Bombenkrieg.

Schlachtfeld 2: Nationalstaat 26

Die «Migrationswaffe» ist ein längst bekanntes sowie bewährtes Mittel von Militärs und Geostrategen.



Gesundheit

Schlachtfeld 3: Gesundheit 43

Mit Seuchennotständen greifen Staaten in die Freiheitsrechte ihrer Bürger ein und die Pharmaindustrie scheffelt Milliarden.

Wirtschaft

Schlachtfeld 4: Wirtschaft 50

Unter dem Deckmantel der CO2-Reduzierung findet ein hybrider Krieg gegen Konsum und Produktion statt.

Geopolitik



Schlachtfeld 5: Energieversorgung 64

Die Energiesouveränität Deutschlands und Westeuropas durch ist den Atom- und Kohleausstieg gefährdet.

Wirtschaft

Schlachtfeld 6: Nahrungsversorgung 69

Das Bauernsterben und die sinkende Produktion von Nahrungsmitteln führen zu Importen aus dem Ausland.





Schlachtfeld 7: Verkehr und Infrastruktur 76

Geplante Bahnhöfe, Flughäfen oder Wasserstrassen treffen im Westen auf oft unüberwindbare Widerstände.

Umwelt

Schlachtfeld 8: Natur und Wetter 82

Die Modifikation des Wetters ist wohl die technologisch anspruchsvollste aller hybriden Waffen.

Geopolitik

Schlachtfeld 9: Bildung 93

Das Bildungssystem in Europa bricht durch unkontrollierte Migration, Inklusion, Digitalisierung etc. zusammen.

Schlachtfeld 10: Kultur 101

Im hybriden Krieg gilt es auch, die Bildungs- und kulturellen Standards des «Feindes» niederzureissen.

Die «Unbegrenzte Kriegsführung» des Ostblocks gegen das westliche Bürgertum 104

Parallel zum Niedergang des Westens steigt China zur Weltmacht auf. Zufall? Wohl kaum!

Hybrider Krieg

Hybride Kriegsführung:

Wenn in Zeiten des Friedens

von Gerhard Wisnewski

Auf einen Blick

- **Angela Merkel bezeichnete «Fridays for Future» als «hybride Kriegsführung».**
- **«Hybrider Krieg» kein Krieg mit herkömmlichen Mitteln (direkte physische Gewalt), sondern u.a. geführt durch Propaganda, Sabotage und Destabilisierung**
- **Hybrider Krieg zielt auf soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen einer Gesellschaft ab: Familie, Identität, Mentalität, Zusammenhalt, Rechtsstaat, Gesundheit, Kultur, Forschung, Bildung, Nahrung, Energieversorgung uvm.**
- **Viele dieser Strukturen sind nach einem konventionellen Krieg weiter intakt. Hybrider Krieg kann weitaus destruktiver sein, da er nicht als Krieg wahrgenommen wird und grundlegende geistige Strukturen angreift. Er erreicht damit im «besten» Fall, den Kriegsgegner zu seinem eigenen schlimmsten Feind zu machen.**
- **Hybrider Krieg durchdringt inzwischen fast alle westlichen Staaten. Jedes relevante Gesellschaftsfeld wird attackiert.**
- **Wirtschaftlicher und machtpolitischer Aufstieg Chinas, das von Europas und Amerikas Schwächung profitiert, scheint Teil des hybriden Kriegs gegen den Westen zu sein.**



Angela Merkel beschrieb auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 die sogenannte «Klimabewegung» als Instrument der hybriden Kriegführung. Plauderte sie etwas aus, das sie der Öffentlichkeit eigentlich nicht preisgeben durfte?

Foto: Kuhlmann/MSC (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_MSC_2019.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/deed.en

Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes «Tue Gutes und rede darüber». Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland, Europa und andere Teile der Welt. Sie wissen schon: «Hybrid» wie «hybrides Auto» - ein Fahrzeug mit gemischtem Antrieb, zum Beispiel elektrisch und konventionell. «Hybrid» heisst also so viel wie gemischt. Im Falle des Krieges bedeutet das einen Krieg an allen Fronten und mit allen Mitteln, quasi einen totalen Krieg. Klassische militärische Mittel spielen dabei nur noch eine Nebenrolle, wenn überhaupt.

Die «hybride Kriegsführung seitens Russlands» sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz. « […] und diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil Sie plötzlich Bewegungen haben, von denen Sie gedacht haben, dass sie nie auftreten. […] In Deutschland protestieren jetzt Kinder für den Klimaschutz. […] Aber dass plötzlich alle deutschen Kinder, nach Jahren, ohne jeden äusseren Einfluss, plötzlich auf die Idee kommen, dass man diesen Protest machen muss, das kann man sich auch nicht vorstellen.» [1]

Ein Instrument der hybriden Kriegsführung

Mit anderen Worten beschrieb Merkel die sogenannte Klimabewegung als Instrument der hybriden Kriegführung: Der Begriff war damit in der Welt. Denn es handelt sich um einen Terminus, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt. Bei Kriegen denkt der Durchschnittsmensch (und auch der Durchschnittspolitiker) nun mal an Bomben und Panzer, und ihre Abwesenheit verwechselt er mit Frieden. Woran er nicht denkt, ist

Kriege toben

ein ganzes Bündel von propagandistischen, psychologischen und wirtschaftlichen Massnahmen, die ein Land sogar noch nachhaltiger zerstören können als jeder Bombenteppich: «Die traditionellen Begriffe von regulär und irregulär oder von konventionell und unkonventionell haben ihre bisherige Trennschärfe verloren», schreibt der Oberst im Generalstab, Uwe Hartmann, in seinem Buch «Hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden» (Berlin 2015): «Der Begriff der hybriden Kriegsführung dagegen hilft, das Kriegsgeschehen ganzheitlicher zu verstehen. Er beugt verengten Vorstellungen über künftige Kriege und zu einfachen Kriegsbildern vor, weitet den Blick und macht den Weg frei für eine schöpferische Antwort auf neue Bedrohungen» (S. 15).

Der hybride Krieg sei eine «neue Bedrohung von Freiheit und Frieden» und zeichne sich «durch die kreative, den Gegner überraschende Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege aus». **Er ziele «nicht vorrangig auf die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern auf die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung des nationalen Zusammenhalts in einem Land». Also exakt das, was wir derzeit in Deutschland und anderen Ländern Europas erleben.** Die hybride Kriegsführung verfolge «die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten» (S. 19). Da der momentan laufende Dritte Weltkrieg hybrid geführt wird, ist er für das Publikum, aber selbst für Politiker und Militärs, eigentlich kaum durchschaubar. Von «hybrider Kriegsführung» zu sprechen, war von Merkel deshalb schon ein Sakrileg an sich, lüftete es doch ein wenig den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten – insbesondere den strategischen Eliten.

Universeller Krieg gegen Deutschland und Europa

«Für die sonst so bedachte Kanzlerin Angela Merkel war das ein bemerkenswerter Fehler», rügte denn auch Spiegel Online (24.02.2019) die Merkel'schen Worte. Allerdings: Was, wenn sich der Gedanke der «hybriden Kriegsführung» verselbstständigen und von der Verknüpfung mit Russland ablösen würde? Kaum auszudenken! Denn in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg, der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt – um nicht zu sagen: ein «totaler Krieg». Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bildung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäusserung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.

Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung, Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewusstsein und vieles andere mehr. **Denn wie man nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, können ja selbst massivste Bombenteppiche ein Land und ein Volk nicht unbedingt auf Dauer zerstören. Zynisch betrachtet kann eine Nation unter günstigen Bedingungen dabei sogar erneuert und neu belebt werden wie ein Wald nach einem Waldbrand. Nicht zufällig schossen nach dem Krieg in vielen Industrieländern auch die Geburtenraten in die Höhe** («Baby Boom»), bis der «Pillenknick» und viele weitere Geburtenkontrollprogramme dem ein Ende bereiteten (Abtreibung etc.). Aber nicht nur das: Deutschland erlebte einen nie dagewesenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Boom. Siemens-Kernkraftwerke versorgten das Land mit bezahlbarer Energie, mit einer Wiederaufbereitungsanlage versuchte Deutschland einen geschlossenen Brennstoffkreislauf mit weniger Atommüll zu schaffen, die Magnetschwebebahn Transrapid versprach das Verkehrssystem zu revolutionieren, am Finanzplatz Frankfurt stieg die Deutsche Bank zum Global Player auf, und das dreigliedrige Schulsystem, Berufsausbildung und Universitäten versorgten den boomenden Industrie- und Wissenschaftsstandort jederzeit mit einem exzellent (aus-)gebildeten Nachwuchs. Innerhalb kürzester Zeit wurde Deutschland zu einer der führenden Industrienationen des Planeten und zu einem der wichtigsten Motoren der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.



Ein konventioneller Krieg scheitert oft daran, ein Land und ein Volk auf Dauer zu zerstören. Mit dem sogenannten «Wirtschafswunder» erlebte beispielsweise Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg einen neuen Boom.

Konjunkturprogramm Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach einem konventionellen Krieg kann eben wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm wirken – und zwar dann, wenn grundlegende Strukturen intakt bleiben,

➔

➔ im Falle einer Nation Mentalität, Identität, Bildung, Intelligenz, Kultur und die Gesellschaftsstruktur. Sowohl gesunde Individuen als auch Nationen verfügen über ein Ich, eine Identität und Interessen. Nur wer ein Ich, also ein «Selbst-Bewusstsein», besitzt, kann auch eine Identität ausbilden und Interessen formulieren. Eines der ersten Dinge, deren sich ein Kind bewusst wird, ist zum Beispiel, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Schon dieses erste und ursprünglichste Selbstbewusstsein wird jedoch angegriffen und ins Wanken gebracht, indem man Kinder in Kitas beispielsweise zu «geschlechtsfremden» Aktionen animiert, wie etwa Jungs, sich die Fingernägel zu lackieren. Die Geschlechtsidentität ist jedoch der Kern der Identität, noch vor der nationalen Identität. Wenn man die Geschlechter und damit ihre Identität abschafft, schafft man jede andere Identität auch ab – einschliesslich der familiären und der nationalen Identität. Sobald man ein Individuum so sehr verwirrt, dass es nicht einmal mehr weiss, ob es Männlein oder Weiblein ist, kann es erst recht nicht mehr wissen, ob es Deutscher, EU-Bürger oder Weltbürger ist, und so ist es jedem äusseren Angriff hilflos ausgeliefert. Jüngstes Beispiel für diesen Versuch ist Heidi Klums Transen-Show «Queen of Drags», die im November 2019 auf Pro7 Premiere hatte – ein massiver Angriff auf die Geschlechtsidentität, die das Geschlecht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Deutschland ist nicht nur wegen der Sabotage an der Bundeswehr wehrlos, sondern vor allem wegen seiner zerstörten inneren Verfassung. Durch den jahrzehntelangen Schuldkult wurde das Selbstbewusstsein dieser Nation in Selbsthass verwandelt, und jeder einzelne wurde so zum geistigen Komplizen des hybriden Krieges gegen Deutschland. Nur wenn sich Deutschland auf sich und seine Identität zurückbesinnen könnte, könnte es all diese Schäden vielleicht wieder beheben.



Unser Autor Gerhard Wisnewski stürmt jedes Jahr wieder mit seinem Jahresrückblick "Verheimlicht - vertuscht - vergessen" die Bestsellerlisten. Unbedingte Leseempfehlung!

Sabotage an Staat und Gesellschaft

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um stattdessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen – zum Beispiel mit Verblödung. Alles andere erledigt sich dann von selbst, weil die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse dysfunktional werden (siehe «Klimaforschung»): Wenn der Geist kollabiert, kollabiert früher oder später auch alles andere. Wenn ein Mensch schwer geisteskrank wird, kann er auch nicht mehr für sich selbst sorgen. Dass ausgerechnet Angela Merkel den Begriff «hybride Kriegsführung» gegen Deutschland «leakte», ist, genau wie Spiegel Online das charakterisierte, aus der Perspektive der globalen Eliten eine einmalige Fehlleistung. Denn in Wirklichkeit führt Merkel diesen Krieg selbst an vorderster Front - als Werkzeug der strategischen Eliten. Die «Energiewende», die «Verkehrswende», die Elektromobilität (die in Wirklichkeit



Queen of Drags ist eine deutsche Castingshow des Senders ProSieben, in der Dragqueens gegeneinander antreten. Nur eines von vielen Beispielen für die Angriffe auf die Geschlechtsidentität junger Menschen.

eine Immobilität ist), der CO_2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Beispiele für Angela Merkels maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Dass diese katastrophalen Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden.

Der perfideste Krieg von allen

Der hybride Krieg ist die effektivste und perfideste Form des Krieges überhaupt: «Ziel der Angreifer ist es, nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen», heisst es sogar auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums. «Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar» (2). Und zwar, weil «offen» in diesem Fall nicht weltoffen bedeutet, sondern aufgerissen und schutzlos. Genau deshalb betreiben Geostrategen wie der berüchtigte Milliardär George Soros auch Stiftungen wie die «Open Society»-Foundation, die nichts anderes zum Ziel hat, als den Schutz und die Grenzen von Staaten und Gesellschaften zu penetrieren und abzubauen und Revolutionen und Umstürze zu organisieren. Soros ist daher auch als einer der obersten Kriegsherren der Hybriden Kriegsführung anzusehen.

Hybrider Völkermord

Stellen Sie sich vor, auf einer grossen Ebene stehen sich zwei Armeen mit Panzern, Geschützen und Gewehren gegenüber, wobei eine Seite plötzlich zu schiessen beginnt - schon haben wir offensichtlich einen Angriffskrieg. Aber was ist, wenn in einem Land plötzlich beide Elternteile arbeiten müssen, Kinder als Ballast betrachtet werden und daraufhin die Geburtenraten fallen? Wenn zusätzlich unfruchtbare Lebenskonzepte «in Mode kommen» wie Homosexualität, Transgender und Geschlechtsumwandlung? Wenn zur Behebung des dann auftretenden «Fachkräftemangels» nicht etwa Nachwuchs propagiert wird, sondern Zuwanderung? Ist das eine spontane gesellschaftliche Entwicklung oder ein Schlachtfeld des hybriden Krieges? Das Ergebnis ist schliesslich dasselbe wie bei einem konventionellen Krieg: Die Bevölkerung des Feindes wird dezimiert. Und wenn dies eine gezielte Strategie ist, dann sprechen wir hier von Völkermord. Denn als Völkermord im Sinne der UN-Völkermordkonvention gelten alle Handlungen, «die sich gegen nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen mit der Absicht richten, diese ganz oder teilweise zu vernichten». Dazu zählen auch die



Die (kinderlose) Angela Merkel auf einem Pressetermin für eine Kinderbetreuungsinitiative. Der hybride Krieg gegen die Familienstrukturen soll einfach als «natürliche Entwicklung» erscheinen («Demographischer Wandel»).

- «vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind» (3)

Da dieser Völkermord als hybrider Krieg geführt wird, hofft man, dass er nicht als solcher erkannt wird und damit weder auf Gegenwehr stösst, noch in den Geschichtsbüchern stehen wird. Das Ganze soll einfach als «natürliche Entwicklung» erscheinen («Demographischer Wandel»).

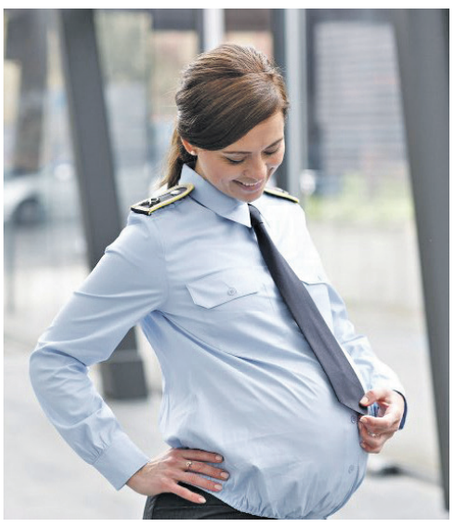
Sabotage der Verteidigung

Oder nehmen wir nach den Geburtenraten die Streitkräfte eines Landes: Was ist, wenn

- auch hier der «Nachwuchs» fehlt,
- die Wehrpflicht abgeschafft wird und das Militär kein Personal mehr bekommt,
- für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge keine Ersatzteile mehr da sind,
- durch die Rekrutierung von Frauen die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe fällt, erst recht, wenn sogar Schwangere Dienst tun sollen,
- die Verteidigungsministerin Abermilliarden wertvoller finanzieller Ressourcen verpulvert, unter anderem für dubiose Beraterdienste,
- gleichzeitig die nationale Identität zerstört wird, die Soldaten (und die Soldatinnen, natürlich) also gar nicht mehr wissen, WOFÜR sie eigentlich kämpfen sollen?

Wird diese Armee dann nicht irgendwann genausowenig einsatzbereit sein wie eine Armee, die soeben vom Feind zerschossen wurde?

Und ob. Zwar dauert das Ganze viel länger. Da all diese Massnahmen aber





Umstandsuniformen für schwangere Soldatinnen, die bald bei der Bundeswehr eingeführt werden sollen.

➔

➔ **scheinbar vernünftig begründet, über Jahrzehnte kultiviert und tradiert werden, sind sie auch viel nachhaltiger, und es gibt viel weniger Gegenwehr als bei einem offensichtlichen konventionellen Angriff. Man tut sich ja schon schwer, diesen Krieg überhaupt zu erkennen.**

Denn merke:

▶ **Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, sodass man sich nicht wehren kann.**

▶ **Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird.** Nehmen wir beispielsweise die Europäische Union: Regelmässig treffen sich Europäischer Rat und Ministerrat zu freundschaftlichen Konferenzen, ein Küsschen hier und eine Umarmung da. Hinter dieser Fassade tobt freilich ein Kampf jedes gegen jeden und aller gegen die Bevölkerungen.



US-Soldaten 2006 in Bagdad. Hat die konventionelle Kriegsführung bald ausgedient?

Ein multidimensionales Schach

Sich gegen einen geschickt geführten hybriden Feldzug zur Wehr zu setzen, ist denn auch sehr schwierig: Hybride Kriegführung sei der Versuch, «politische Ziele zu erreichen, indem eine Vielzahl von unterschiedlichen, aber synchronisierten legalen wie auch illegalen Mitteln und Wegen oftmals verdeckt und überraschend eingesetzt werden», so Hartmann (S. 23). Streitkräfte kämen, wenn überhaupt, erst zum Einsatz, «wenn die Situation reif» sei (S. 24). Das Ganze gleicht einem multidimensionalen Schachspiel, das jedoch nie offiziell eröffnet wird. So kann es geschehen, dass ein Land bereits seit Jahren in einem solchen Schachspiel steckt, ohne es überhaupt zu wissen und auch nur einen einzigen Gegenzug gemacht zu haben. Denn:

▶ Wie soll man einen hybriden Angriff überhaupt von einer spontanen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder psychologischen Entwicklung unterscheiden?

▶ Wie soll man den Angreifer identifizieren? Wo hat er welche negativen Entwicklungen ausgelöst, und auf welche Weise?

▶ Geschah dies wirklich in feindlicher Absicht oder zum Beispiel nur in Verfolgung legitimer wirtschaftlicher Partikularinteressen?

▶ Hat der mutmassliche Angreifer nur eine Entwicklung ausgelöst oder ein ganzes Bündel (=hybrider Krieg)?

▶ Geht dieses Bündel negativer Entwicklungen auf ein ganz bestimmtes Machtzentrum, zum Beispiel ein anderes Land, zurück?

▶ Wie soll man einen Angreifer, der selbstverständlich alles abstreiten wird, beschuldigen, ohne selbst einen – womöglich konventionellen – Kriegsgrund zu liefern?

▶ Wie soll man einen Angreifer bekämpfen, der sich selbst als absolut friedliebend und die Beschuldigungen als böswillig und paranoid darstellen wird?

▶ Wie soll man einen noch wirksameren hybriden Krieg entwickeln, aus dem die Gegenseite keinen Grund für einen (auch konventionellen) Gegenschlag entwickeln kann?

Eine ungeheure intellektuelle Herausforderung

«Die Analyse der hybriden Kriegsführung eines potentiellen Gegners ist daher alles andere als trivial», schreibt Oberst Hartmann in seinem Buch. «Sie setzt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Defiziten und Brüchen in der Gesellschaft voraus. Denn diese wird ein potentieller Gegner in sein Kalkül einbeziehen; dort wird er seine Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit ansetzen» (S. 21). Hybride Kriege seien «eine ungeheure intellektuelle Herausforderung. Ihre Komplexität muss ganzheitlich verstanden werden». Jede Seite werde versuchen, «die Komplexität so weit zu erhöhen, dass sie für den jeweiligen Gegner unbeherrschbar wird, während die eigene Seite noch denk – und handlungsfähig bleibt» (S. 50). Die allermeisten Bürger, Politiker und Militärs dürften damit wohl heillos überfordert sein. «Politiker stehen ebenso wie sicherheitspolitische Experten und militärische Berater vor dem Problem, die Komplexität der Geschehnisse zu begreifen».

Ist das noch Frieden oder schon Krieg?

Gegenwehr gegen einen geschickt geführten hybriden Angriff ist daher äusserst schwierig. Ja, nicht einmal in den Geschichtsbüchern wird er stehen, weil ihn nämlich niemand erkannt und benannt hat: «Das Besondere an der hybriden Kriegsführung ist die Verschleierungstaktik», schreibt das (wehr- und vaterlandslose) Bundesverteidigungsministerium: «Die Täter operieren entweder anonym oder bestreiten Beteiligungen an Vorfällen und Konflikten. Sie gehen dabei äusserst kreativ und koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten. Eben dies macht die Abwehr solcher Attacken so schwierig: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Gegenwehr schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe. Sind wir noch im Frieden, oder befinden wir uns schon im Krieg?»

Tja, das ist eine gute Frage. Diese Ausgabe der ExpressZeitung wird Ihnen eine eindeutige Antwort darauf geben und belegen, dass der Dritte Weltkrieg längst begonnen hat – ein Krieg gegen die westliche Zivilisation und ihre führenden Nationen. ***(gw)***

Quellen:

1. YouTube.com, Münchner Sicherheitskonferenz - Rede von Bundeskanzlerin Merkel am 16.02.2019
2. bmvg.de, BMVG: Was sind hybride Bedrohungen?, ohne Datum
3. voelkermordkonvention.de, Völkermord - eine Begriffsbestimmung, ohne Datum

Die Schlachtfelder des hybriden Krieges

von Gerhard Wisnewski

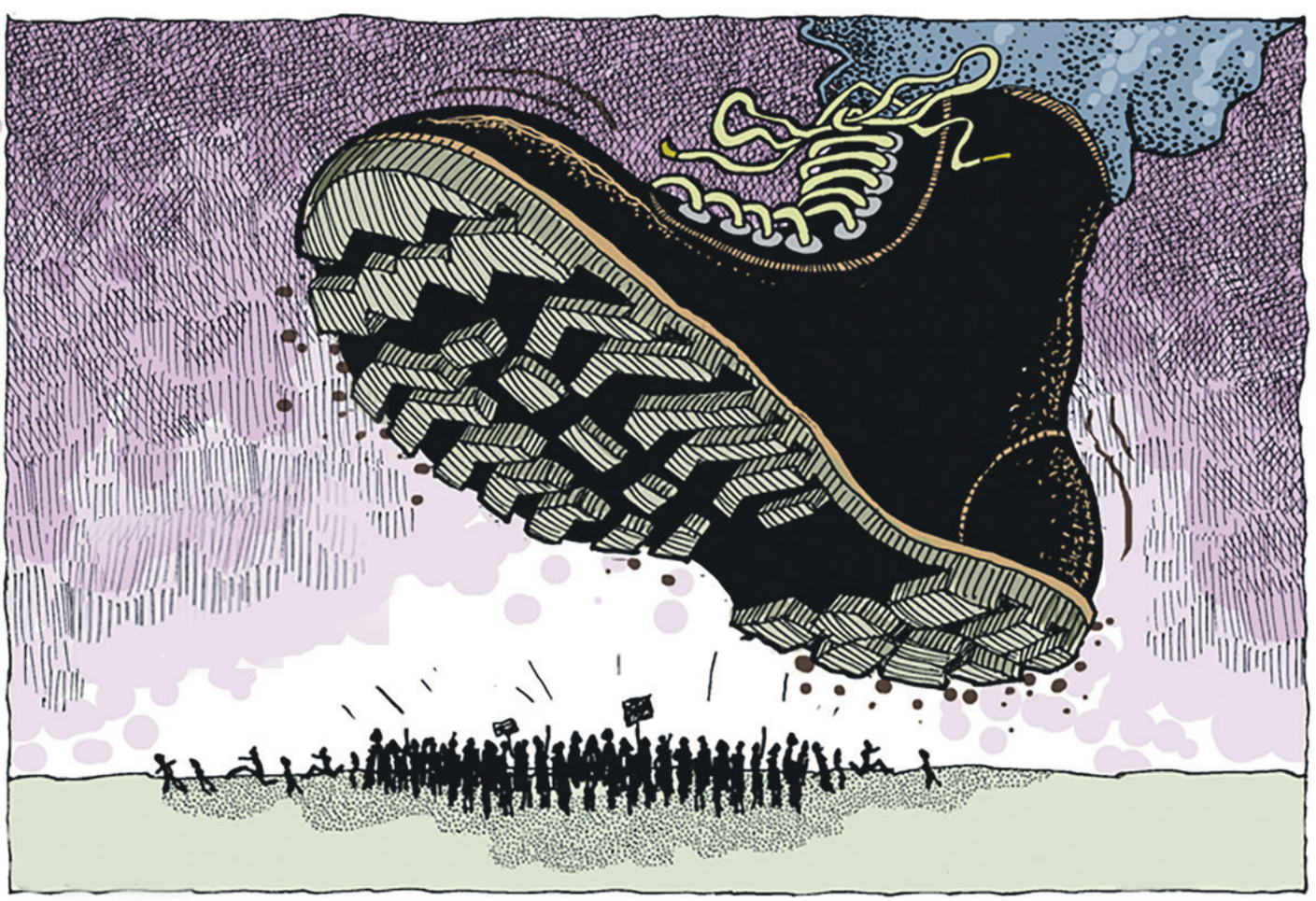
Das Schlachtfeld eines hybriden Krieges sieht so ganz anders aus, als man es bisher gewohnt ist: Kein Pulverdampf, keine Einschlagskrater, keine zerfetzten Leichen. Schauen Sie sich mal um: Vielleicht handelt es sich bei Ihrer gewohnten Umgebung bereits um ein solches modernes Schlachtfeld? Zum Beispiel das Klassenzimmer, in dem Sie neben den deutschen Schülern zehn Migranten und geistig Behinderte unterrichten sollen, so dass wirklicher Unterricht kaum noch möglich ist? Oder die Staatsgrenze, über die jeden Tag Hunderte von «Flüchtlingen» einreisen? Oder Ihre Familie, die schon ganz zerfleddert ist: Beide Eltern arbeiten, Kinder müssen in der Schule und Kita versorgt werden, Grosseltern im Alten- und Pflegeheim. Vielleicht haben Sie ja auch gar keine Kinder, weil sie sich kaum noch in den Alltag eines Paares integrieren lassen. All das sind Schauplätze eines modernen Krieges, von denen wir in dieser Ausgabe nur einige herausgreifen können, weil es einfach zu viele gibt. Der hybride Krieg durchdringt inzwischen mehr oder weniger alle westlichen Gesellschaften, wobei einige schlimmer dran sind als andere, zum Beispiel Deutschland und Skandinavien. Man kann davon ausgehen, dass praktisch jedes relevante wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Feld attackiert wird. Ebenso kann man davon ausgehen, dass der oder die Angreifer über sehr grosse Planungsbehörden mit sehr leistungsfähigen Computern verfügen, die andere Staaten und Gesellschaften analysieren und die Attacken koordinieren. Wobei die eigentlichen Geschütze, die die psychologischen und kulturellen Geschosse transportieren, Medien und Meinungsführer (Politiker, Hollywoodstars, «Wissenschaftler» etc.) sind. Mit ihren vergifteten Botschaften wird der jeweilige Bereich manipuliert und an die Wand gefahren.

Von Schlachtfeldern und «Metaschlachtfeldern»

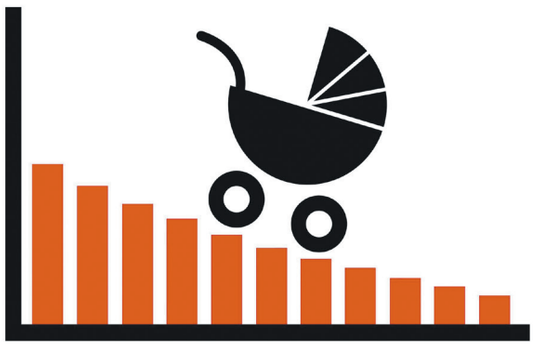
Für dieses Heft haben wir 10 wichtige Schlachtfelder herausgesucht (wobei es noch einige mehr gäbe):

- Schlachtfeld 1: Geburten
- Schlachtfeld 2: Nationalstaat
- Schlachtfeld 3: Gesundheit
- Schlachtfeld 4: Industrie
- Schlachtfeld 5: Energieversorgung

➔



Schlachtfeld 1 Demographie



Schlachtfeld 3 Gesundheit



Schlachtfeld 4 Wirtschaft



Schlachtfeld 2 Nationalstaat



Schlachtfeld 5 Energieversorgung



Klima-Studie: Warum Babys die größten Klima-Killer sind

Ausartender Konsum ist Klimakiller Nummer eins

Wie Digitalisierung das Klima belastet

Klimakiller Katze

Braunkohlenkraftwerke - Klimakiller Nr. 1

Fleischesser: Die Klimakiller

Experten sehen Mega-Städte als größte Klimakiller

Methan – Klimakiller Nr. 1

Butter ist Klima-Killer Nummer 1

Nutztiere sind weltweit mit die größten Klimakiller

USA: Klimakiller Nr. 1

Schlagzeilen der letzten Jahre: Mit dem Vorwand des «Klimakillers» CO_2 kann nahezu jede Handlung stigmatisiert werden.

- Schlachtfeld 6: Nahrungsversorgung
- Schlachtfeld 7: Verkehr und Infrastruktur
- Schlachtfeld 8: Natur und Wetter
- Schlachtfeld 9: Bildung
- Schlachtfeld 10: Kultur

Einer der wichtigsten Schauplätze ist der Mythos des schädlichen CO_2, sozusagen ein «Metaschlachtfeld», das viele andere Schlachtfelder berührt, wie etwa Energieversorgung, Industrie, Nahrungsmittelversorgung und Verkehr. Hier wächst kaum noch ein Grashalm der Vernunft. Diese Schauplätze wurden schon fast vollständig geistig von der Co_2-Fiktion erobert. Dabei sind die meisten Abgase, die zum Beispiel aus einem Auspuff kommen, natürliche Gase, die ohnehin in der Atmosphäre vorkommen, wie etwa Stickoxide oder auch CO_2. Da das natürliche Gas Kohlendioxid bei fast jedem Lebens- und Produktionsprozess als «Abfall» oder Abgas entsteht, gleicht dessen Stigmatisierung dem Versuch, einem Individuum den Gang zur Toilette zu ver-

Schlachtfeld 6 Nahrungsversorgung



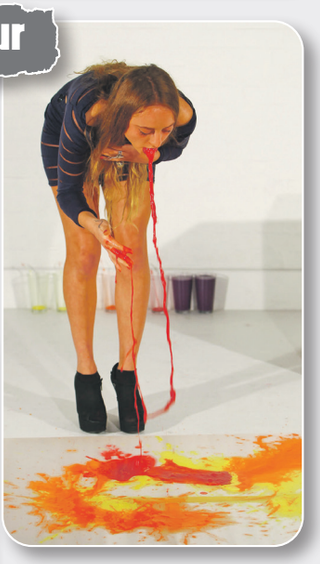
Schlachtfeld 7 Verkehr und Infrastruktur



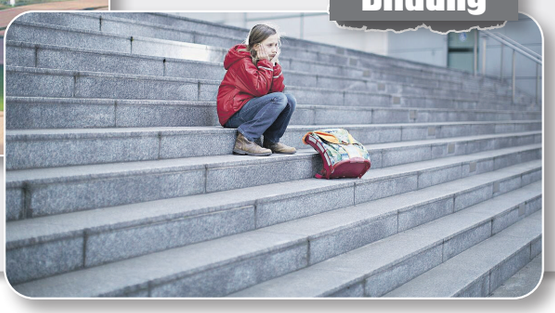
Schlachtfeld 8 Natur und Wetter



Schlachtfeld 10 Kultur



Schlachtfeld 9 Bildung



bieten. Den kann es nur hinauszögern oder vermeiden, wenn es seinen Stoffwechsel bis zum Exitus «herunterfährt».

Erst stirbt der Stoffwechsel, dann der Mensch

Also immer weniger und schlechter isst und dadurch natürlich auch immer weniger leistet – denn Stoffwechsel bedeutet Energiezufuhr und Abfallabfuhr. Wenn man die Energiezufuhr (Energiewende, Kohleausstieg, politische Pipeline-Sabotage etc.) genauso angreift wie die Müllabfuhr («CO_2-Ausstieg»), werden ein Land und eine Zivilisation genauso sterben wie ein Individuum. Die Stigmatisierung des lebenswichtigen Gases CO_2, aber auch anderer Abfallstoffe (zum Beispiel Stickoxide) führt zur Stigmatisierung von Konsum und Produktion, da dabei beinahe immer Abfälle entstehen. Wer einer Industriegesellschaft die Lust am Konsum nimmt und ihr stattdessen beibringt, sich dafür zu schämen, würgt jegliche Wirtschaft ab. Nicht nur in Deutschland; aber Deutschland ist nun einmal der wichtigste Wirtschaftsmotor Europas und einer der stärksten der Welt. Die Folgen machen sich bereits bemerkbar: «Deutschland steckt schon in der Rezession», zitierte die Website von n-tv den ehemaligen Deutsche-Bank-Chefökonomen Thomas Mayer (13.10.2019). «Laut der Zeitung Welt am Sonntag beruht sein Urteil auf einer umfassenden Analyse aller wichtigen Konjunkturindikatoren.» – «Im Fokus ist dabei die deutsche Automobilindustrie, die seit 2015 bereits mit der Krise kämpft», so die Website finanzmarktwelt (01.10.2019). Nicht doch: «Wir haben keine Rezession, auch keine technische Rezession», versicherte (Ab-) Wirtschaftsminister Peter Altmaier. «Der Aufwärtstrend hat begonnen [...]» (Arte, online, 14.11.2019).

Der Endsieg ist nahe

Natürlich. Der Endsieg ist nahe. Die Dieselkrise, die Dämonisierung von Verbrennungsmotoren und Autos, aber auch die Umstellung auf die ineffektiven Elektroantriebe sind selbst für die starke deutsche Autoindustrie zu viel. Die sogenannte Energiewende verteufelt herkömmliche, vor allem einheimische Energieträger zugunsten ineffektiver «erneuerbarer» Energien, die die Landschaft und die Landwirtschaft schädigen (Biogas, Solarfelder, Windparks, «nachwachsende Rohstoffe» etc.), die Strompreise in ungeahnte Höhen treiben und so die Lebens- und Produktionsbedingungen laufend verschlechtern. Der Braunkohletagebau wird von militanten, teils ausländischen Fusstruppen attackiert, die sich um die Umwelt den berühmten feuchten Kehricht scheren: Im Umkreis der Braunkohlegebiete wurden Äcker, Felder und Wiesen zertrampelt, in den von der Windkraft zerstörten Wäldern wurden dagegen bis jetzt noch keine derartigen Demonstranten gesichtet. Im Hambacher Forst laufen «wöchentlich Tausende zum Teil eingekaufte ausländische Aktivisten durch den Wald», wie ein Kommentator auf der Website von NRW.tv beobachtete (Michael

➔

Königs, 13.12.2018). Es handelt sich um zivile Infanteristen verborgener Mächte und ihrer deutschen Filialen (das heisst: NGOs), die unter dem Deckmantel des «Umweltschutzes» einen Krieg gegen die deutsche Energieversorgung führen.

Vernichtung durch Propaganda

Noch direkter auf das Leben zielen die sozialen und psychologischen Sterilisierungsprogramme, in deren Rahmen die westliche Bevölkerung auf Nachwuchs verzichten soll, neuerdings, weil dieser angeblich schädlich «für das Klima» sein soll. Dreister hat noch niemand einem Volk die eigene Unfruchtbarkeit verkauft. Mit anderen Worten werden wir Zeugen eines stillen und getarnten Genozids, in dessen Rahmen ganze Völker mithilfe von Fiktionen wie der angeblichen «Klimakatastrophe» in die Selbstzerstörung getrieben werden sollen – nicht nur die Deutschen, sondern auch andere europäische Völker. «Vernichtung durch Propaganda» hat das schon vor vielen Jahren der Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt genannt – die Programmierung der Menschen auf die Selbstauslöschung, oder auch: den Autogenozid.

Made in China statt Made in Germany

Wem nützt das alles? Während Europa und selbst seine «Ableger», wie die USA, Kanada und Australien, im Rahmen dieses hybriden Krieges angegriffen werden, hat schon längst ein neuer Player die Weltbühne betreten: China. Das Reich der Mitte importiert Arbeitsplätze, Technologien und Wirtschaftswachstum durch ständigen Arbeitsplatz- und Technologietransfer, Ideen- und Patenteklau. Gleichzeitig kauft sich China in deutsche Schlüsselunternehmen ein, seit 2014 etwa in 180. Bosch, Daimler, Deutsche



«Wir können die politische Union nur erreichen, wenn wir eine Krise haben.»

Wolfgang Schäuble in der New York Times vom 18.11.2011



Während in Europa Industrie und Wachstum von einer restriktiven und fortschrittsfeindlichen Politik sabotiert werden, platzt Chinas Wirtschaft aus allen Nähten.

Bank, Kuka, Dürr, Osram, Heidelberger Druck – überall erwarben die Chinesen Anteile: «China will bis 2025 die Führung bei zahlreichen Schlüsseltechnologien für die Zukunft übernehmen. ‚Made in China´ nennt sich der Plan dafür, kurz MIC. In 6 Jahren will das Land Weltmarktführer etwa bei Elektroautos, Robotertechnik und Biotech sein» (Focus, online, 01.04.2019). Chinas Engagement beim Elektroauto ist kein Zufall, denn gegen die deutschen High-Tech-Diesel und -Benziner hätte das Land in Wirklichkeit nie eine Chance gehabt. Ein Wettrennen auf diesem Gebiet hätte daher keinen Sinn ergeben. Plötzlich wurde von den USA und China daher eine Elektroautoindustrie aus dem Boden gestampft, der gegenüber VW, Daimler und Audi plötzlich veraltet wirken. Der deutsche Export nach China ist zwar wichtig, steht aber auf wackeligen Beinen. «Immer mehr Lieferanten berichten von Ansagen wie: ‚Wir kaufen noch 3 Jahre bei euch – dann lassen wir euch fallen´, heisst es aus Wirtschaftskreisen», berichtete Die Welt. Deutschland werde für China «zur leichten Beute», schrieb das Blatt (online, 30.03.2019). Der Ausverkauf an China ist in Deutschland Regierungspolitik, selbst wenn es um andere Länder geht: 2016 erwarb China auch die «volle Kontrolle» über den griechischen Haupthafen Piräus – auf Druck der Deutschen. «Obwohl wir wussten, dass nur die Chinesen davon profitieren, bestanden vor allem die Deutschen darauf. Ich habe das bis heute nicht verstanden», erinnert sich der damalige Schifffahrtsminister Thodoris Dritsas. Tja – wie soll man das verstehen? [1]

Steigbügelhalter für die globale Dominanz

Und während die deutsche und die europäische Wirtschaft vom Klimawahn abgewürgt werden, behelligt China in dieser Sache kein Mensch. Während in Deutschland Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden, stellt China ständig neue hin: «China baut 300 neue Kohlekraftwerke auf dem Globus – und die Klimaschützer schweigen», wunderte sich der Blog «Die Achse des Guten» (17.05.2019). Merkwürdig, nicht? Das heisst: Die westlichen Nationen dienen China nur als Steigbügelhalter bei dessen Aufstieg in den Sattel der globalen Dominanz. Und das sollte uns zu denken geben, denn immerhin ist China keine Demokratie, sondern eine kommunistische Diktatur und die Heimat von Mao Tsetung, dem Strategen der kommunistischen Kulturrevolution. Die drei Hauptstufen der kommunistischen Propaganda und Methodik kommen uns bekannt vor:

1. Polarisierung («Kampf gegen rechts», schon bei Mao, siehe S.39 f.)
2. Destabilisierung
3. Revolution [2]

Alle drei Elemente finden wir in Deutschlands derzeitiger gesellschaftlicher Entwicklung vor: Polarisierung zwischen links und rechts, also zwischen Konservativen und (Krypto-)Kommunisten, Destabilisierung des gesamten gesellschaftlichen Gefüges und der Wirtschaft, Revolution – mehr oder weniger offen angekündigt durch die «Klimaaktivisten» und die Grünen. China bleibt merkwürdigerweise nicht nur aussen vor, sondern wird von führenden politischen Kräften auch noch als «effizienteres System» gelobt (siehe S.14). Eine bessere hybride Waffe als die CO_2-Lüge





Viele Transparente der FFF-Demos deuten schon unmissverständlich auf die Verbindung zum sozialistischen Klassenkampf hin.

gibt es gegen die (anderen) Industrienationen kaum. Zwar hat sich auch China zum Pariser Klimaabkommen bekannt, konnte man am 6. November auf dem Nachrichtenportal nordbayern.de nachlesen. Allerdings sind Verträge mit China nicht viel wert. «Weltweit ist China der grösste Kohleverbraucher und Produzent von Kohlendioxid. Sein Ausstoss steigt noch weiter an», rechnete der Verlag für Aussenwirtschaft vor. Und: «Rund zwei Drittel der Energie in China kommen aus Kohle, und es werden neue Kohlekraftwerke gebaut.» (online, 01.11.2019) Schliesslich sollen die Schornsteine in China ja auch rauchen.

Sollte uns das nicht ebenfalls zu denken geben? Gehört China, zusammen mit den schlecht als «Klimaaktivisten» getarnten Kommunisten, etwa zu den Playern des hybriden Krieges gegen den Westen – beziehungsweise: gegen den «Kapitalismus»? Haben wir es also schon längst wieder mit der Komintern zu tun – der Kommunistischen Internationale, zu der selbstverständlich auch der alte FDJ-Kader Merkel selbst gehört? Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich Angela Merkel mit Händen und Füssen dagegen wehrt, den chinesischen Mobilfunkgiganten Huawei vom Aufbau des 5G-Netzes in Deutschland auszuschliessen: «Angela Merkel (65, CDU) ist strikt FÜR den Zugang des chinesischen Telekommunikationsgiganten zum deutschen 5G-Aufbau» und setzt sich dafür sogar über einen Beschluss ihrer eigenen Partei, der CDU, hinweg. «Hier geht es nicht nur um Sicherheit, sondern auch um Wirtschaft», zitierte die Bild-Zeitung den China-Experten Jan Weidenfeld (35) vom Mercator Institut für China-Studien (MERICS): «Wenn wir Huawei, mit all der von China betriebenen Wettbewerbsverzerrung, die dahintersteckt, in den 5G-Markt lassen, machen wir die eigene Industrie kaputt. 5G ist eine Schlüsseltechnologie der Zukunft, bei deren Entwicklung europäische Unternehmen derzeit noch mithalten können. Eine Entscheidung pro Huawei wäre auch eine Entscheidung gegen die europäische Industrie.» (Bild, online, 20.11.2019)

Vom Klimawandel zum Systemwandel

Schon in der Ausgabe 27 haben wir beschrieben, dass die sogenannte Klimabewegung in eine Schreckensherrschaft vom Zuschnitt Mao Tse-Tungs münden wird. Der Alltag wird schon jetzt von maoistischer Kontrolle, Bespitzelung und Denunziation bestimmt. Schon jetzt haben Umfragen zufolge 78% der Deutschen Angst, ihre Meinung frei zu äussern, schrieb heuchlerisch die Bild-Zeitung (online, 17.10.2019). Heuchlerisch deshalb, weil derartige Umfragen nur Erfolgskontrollen der herrschenden Politik und Medien sind, die auf diese Weise eruieren wollen, ob ihr Gesinnungsterror wirkt. Denn schon am nächsten Tag werden abweichende Meinungen wieder stigmatisiert und skandalisiert. Damit wurde das Meinungsverbrechen eingeführt, das hauptsächlich noch gesellschaftlich sanktioniert wird, aber immer mehr auch strafrechtlich. Politiker und Medien wollen Meinungsverbrechen auch formal als Straftatbestände einführen. So forderte der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am 23. Januar 2020 «dringend andere, schärfere Gesetze, andere und schärfere Möglichkeiten, auch im Social-Media-Bereich vorzugehen.» Schon jetzt hat der deutsche Verfassungsschutz ein «Hinweistelefon ‚Rechtsextremismus/-terrorismus, Reichsbürger und Selbstverwalter (RechtsEX)'» eingerichtet, mit dessen Hilfe man «Rechtsextreme» verpfeifen kann. Nicht ohne den lächerlichen Hinweis: «Das Hinweistelefon ist ein Werkzeug zur Extremismus- und Terrorismusbekämpfung. Bitte missbrauchen Sie es nicht zur Denunzierung von Bürgerinnen und Bürgern.» Denunzieren, ohne zu denunzieren? Wie genau soll das denn gehen? Wie sagte schon August Heinrich Hoffmann von Fallersleben: «Der grösste Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.»

➔



«Es ist vielleicht so etwas wie eine Klima-Kulturrevolution.»

Luisa Neubauer, Hauptorganisatorin des deutschen FFF-Klimastreiks, über die Politisierung der Jugend im ARD-Magazin Monitor

Quelle: youtube.com, Rezo und Luisa Neubauer bei FFF – MONITOR, 24.06.2019

Joschka Fischer 1989: «Grüne Kulturrevolution» wird Gesellschaft verändern



«Denn der ökologische Umbau wird die Industriegesellschaften auch zu einem kulturellen Umbruch nötigen, der unser Verhältnis zu unseren natürlichen Lebensgrundlagen, zur Umwelt also und zu ihren Ressourcen völlig verändern wird. Diese **ökologische Kulturrevolution** wird die Gesellschaft mindestens ebenso sehr verändern, wie es die Durchsetzung der auf Billigenergie und Energieverschwendung beruhenden spätkapitalistischen Konsumgesellschaft in den westlichen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg getan hat.»

Joschka Fischer, ehemaliger Grünen-Politiker und von 1998 bis 2005 Aussenminister der BRD

Quelle: Joschka Fischer, Der Umbau der Industriegesellschaft, S.81 f., 1989

Foto: Michael Thaidigsmann (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joschka_Fischer_2014_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Der Systemwechsel wird mehr oder weniger dreist propagiert:

- Für den einflussreichen YouTuber Rezo gibt es nur noch «eine legitime Einstellung» (siehe Ausgabe 27).
- Die Klimaaktivistin Greta Thunberg will das politische System infrage stellen (siehe S.57).
- Die Klimastrategin Margaret Klein Salamon sehnt sich nach einem «Klima-Pearl-Harbor», um einen «Klimanotstand» und die totale Klimamobilmachung zu erreichen.
- Der Systembarde Herbert Grönemeyer grölte durch eine Konzerthalle in Wien: «Es muss uns klar sein, auch wenn Politiker schwächeln, das ist, glaube ich, in Österreich nicht anders als in Deutschland, dann liegt es an uns, dann liegt es an uns, zu diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat!»
- Der Mitbegründer der Umsturzbewegung «Extinction Rebellion», Roger Hallam, behauptete: «Wenn eine Gesellschaft so unmoralisch handelt, wird Demokratie irrelevant.» (Der Freitag, online, 10.10.2019)
- Klimademonstranten fordern: «Erkämpft den Sozialismus!» und «Systemwandel, nicht Klimawandel!» (Tagesanzeiger, Sonntagszeitung, online, 20.01.2019)
- Und der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck schwärmte sogar unverhohlen von China: Dieses System sei einfach «effizienter – wollen wir das, oder wollen wir das nicht?», fragte er in einem Interview mit dem Staatsphilosophen Richard Precht. Und: «[...] ich glaube, dass die Entscheidung [...], kann man nicht ökonomisch treffen, die kannst du nur wertegeleitet treffen und sagen: Ja [...] also ich würde sagen: Ja, das wollen wir.»

Da schliesst sich quasi die «chinesische Zange». Die wirtschaftlichen Attacken von aussen ergänzen sich mit maoistischen Attacken von innen. Stehen wir also vor einer schleichenden «Chinaisierung» Deutschlands und Europas?

Zusammenbruch der Zivilisation

Interessanterweise sehen auch die Klima-Maoisten einen «Zusammenbruch der Zivilisation» voraus: «Die Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete hat vor dem Zusammenbruch der Zivilisation gewarnt», so die Junge Freiheit (online, 20.09.2019). «Sollte sich die Klimapolitik nicht ändern, stünden Hungersnöte und Konflikte bevor, die zum Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation führten.» Aber die Klima-Maoisten sehen das natürlich nicht als Folge ihrer eigenen lebensfeindlichen Aktivitäten an, sondern als Folge des angeblich anthropogenen «Klimawandels». Eine typische «Self-fulfilling prophecy»: Wenn man selbst am Untergang der Zivilisation mitwirkt, kann man ihn natürlich auch gut vorhersagen. Und wenn er schliesslich eintritt, kann man sich als genialen Propheten verkaufen und die Richtigkeit der Klimapolitik erneut bestätigen. Es ist eben alles nur eine Frage des «Spins». Mit anderen Worten werden die Klimapropheten den von ihnen selbst verursachten Kollaps als Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptungen und Prognosen benutzen, um im Chaos des Zusammenbruchs die Politiker endgültig zu entmachten und die totale Ökodiktatur zu errichten. Ob dies ein maoistisches oder faschistisches System wird, ist eine rein akademische Frage. Die Antwort lautet: Es trägt Züge von beidem, denn beides sind konkrete Spielarten des Totalitarismus. Sicher ist nur, dass es das grösste und brutalste System werden wird, das der Planet je gesehen hat, schlimmer als das Dritte Reich und das China Mao Tse-Tungs zusammen. ***(gw)***



Gerhard Wisnewski

studierte Politikwissenschaften in München. Seit 1986 arbeitet er als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Spezialgebiete: Wissenschaft, Technik, Politik und Geschichte. Wisnewski arbeitete für zahlreiche Mainstreammedien wie Bild, Frankfurter Neue Presse, AZ, tz, SZ-Magazin u.v.a.m. Erstes Aufsehen erregte Wisnewski 1992 mit dem Buch Das RAF-Phantom (mit Landgraeber, Sieker). Der darauf beruhende Fernsehfilm erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Heute gilt Wisnewski als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt laut «Spiegel» zu den Pionieren «des aktuellen Gegenzeitgeistes».Seit 2008 veröffentlicht er seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick «verheimlicht – vertuscht – vergessen».

Quellen:

1. Tagesspiegel, China: Der gefürchtete Partner, online, ohne Datum
2. nach Zuzana Janosova Den Boer, «Ich habe den Kommunismus überlebt», gloria.tv, 16.11.2019

Auf einen Blick

- **Wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die physische Vernichtung des Feindes an erster Stelle.**
- **Vernichtung wird v.a. durch psychologisch-soziale Massnahmen erreicht: Gender Mainstreaming, Sexualisierung, Bekämpfung traditioneller Rollenbilder, Förderung von Abtreibungen, Schwächung der Institution Ehe uvm.**
- **Soziale Sterilisierung sind durch diese Massnahmen effektiver als jeder Bombenkrieg. Millionen von potenziellen «Feinden» werden gar nicht erst geboren.**
- **Bremsen des Bevölkerungswachstums offiziell UN-Politik und nachweislich Plan von Vertretern der Hochfinanz**
- **Zusammenbruch der Geburtenraten im Westen und steigende Geburtenzahlen in Afrika führen langfristig zu «Bevölkerungs-Shift» von Weiss zu Schwarz.**

Schlachtfeld 1: Demographie



Dezimierung des Feindes

Genau wie im herkömmlichen Krieg steht auch im hybriden Krieg die physische Vernichtung des Feindes an erster Stelle. Statt Bomben und Granaten arbeitet man jedoch eher mit Propaganda. Wie auf fast allen Schlachtfeldern des hybriden Krieges ist das die wichtigste Waffe. Ergebnis ist eine Art «Soft War» gegenüber dem «Hard War» mit Schiesseisen und Kanonen. In Bezug auf die physische Vernichtung, das heisst die Dezimierung des Feindes, geht es um Propaganda

- für Verhütungsmethoden
- für Abtreibungsmethoden (Abtreibung, «Pille danach» etc.)
- für weibliche Karriere und späte Mutterschaft, die dann oft nicht mehr eintritt bzw. künstlicher Nachhilfe bedarf («künstliche Befruchtung»)
- für Konsum und Luxus statt für Nachwuchs (man denke an «Dinkys»=Double Income, no Kids)
- gegen heterosexuelle und für homosexuelle Ehen
- gegen Familie und Kinder
- Propagierung und «Normalisierung» von Scheidungen, alleinerziehenden Eltern, «Patchworkfamilien» etc.
- für unfruchtbare oder asexuelle Lebensstile (Homosexualität, Single-Dasein u.a.)
- für Sexualität als unverbindlichen und folgenlosen «Sport, Spiel und Spass»
- für Veränderungen des männlichen und weiblichen Körpers und damit Zerstörung der Schlüsselreize (Stichwort «Body Modification»: Tätowierungen, Piercings, «Schönheitsoperationen» u.a.m.)
- für «Feminismus» (=Ent-Feminisierung)
- für Skandalisierung und Kriminalisierung männlicher Kontaktversuche
- für Angleichung der Geschlechter in Sozialverhalten, Beruf, Erscheinungsbild und Mode (=Spannungsabbau)
- für Ächtung von geburtenfördernden Massnahmen (Geburtenanreize, Familienförderung etc.)
- u.a.

«Mann und Frau nähern sich in Verhaltensmustern und Erscheinungsbild immer mehr aneinander an. Evolutionsbiologisch begründet, ziehen sich jedoch Gegensätze sexuell an», zitierte das österreichische Magazin «Medizin populär» den Linzer Sexualmediziner Dr. Georg Pfau: «Je grösser der Unterschied, umso stärker die Anziehungskraft». Titel des Artikels: «Männer ohne Lust». [1]

➔



«Ich denke, es ist auch wichtig zu erwähnen, dass wir nicht nur sagen, wir wollen, dass Frauen gleiche Chancen haben wie Männer, sondern wir verlangen tatsächlich mehr – nämlich den Wechsel der Rollen von Männern und Frauen. Das ist eine ganz andere Betonung als früher.»

Matina Horner, feministische Psychologin, aus einem Konferenzprotokoll der Rockefeller-Stiftung vom März 1976



«Keine Frau sollte das Recht haben, zu Hause zu bleiben und die Kinder grosszuziehen. Die Gesellschaft sollte völlig anders sein. Frauen sollten diese Wahl nicht haben, und zwar genau deshalb, weil, wenn es eine solche Möglichkeit gibt, zu viele Frauen sich dafür entscheiden würden.»

Simone de Beauvoir, Ikone des Feminismus und ideologische Urmutter des Gender Mainstreamings

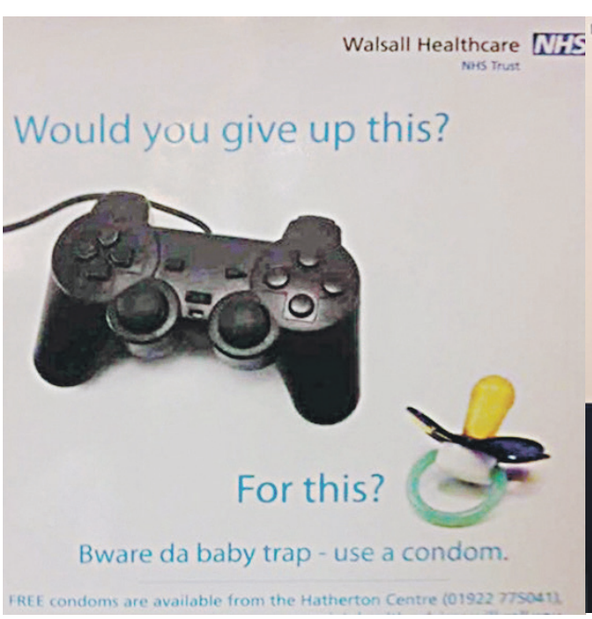
Soziale Sterilisierung

Ergebnis all dieser Massnahmen ist eine wirksame soziale und psychosoziale Sterilisierung: Die Geschlechter und die Reproduktion funktionieren nicht mehr. Tatsächlich ist inzwischen in allen zivilisierten Ländern ein gegenseitiges Desinteresse der Jugend am anderen Geschlecht zu beobachten: «45 Prozent aller Japanerinnen haben kein Interesse an Sex, während einem Drittel der Männer von Sozialpsychologen das ‚Zölibatssyndrom' attestiert wird». (2) Und auch unter den jungen US-Amerikanern sind die Sexmuffel auf dem Vormarsch. Wissenschaftler reden schon von der «Grossen amerikanischen Sex-Dürre». (3) Wobei die steigende Asexualität nicht etwa problematisiert, sondern verherrlicht wird: «Es ist ein Akt der Emanzipation, wenn sich heute Männer wie Frauen, die kein sexuelles Verlangen haben, zu dieser nur scheinbar aus dem Rahmen fallenden Eigenheit offen bekennen», so der renommierte Sexualwissenschaftler Volkmar Sigusch. (4) Während also der Sexualtrieb der Heteros gerne weiter abnehmen darf, scheint die «LGBTQ-Szene» (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer, also Lesbisch, Schwul, Bisexuell und Transgender, Queer und Abweichend) sexuell geradezu hyperaktiv zu sein. Jedenfalls gibt es kein Strassenfest, keinen EuroVision-Contest, keine Talkshow, in der sich nicht jemand aus diesen Kreisen produziert. «Bringen» tut diese Form der Sexualität in Bezug auf die Reproduktion allerdings nichts. Es handelt sich lediglich um Abstellgleise der Sexualität, denn mit den «LGBTQ»-Menschen endet das menschliche Leben, da sie häufig nicht fortpflanzungsfähig beziehungsweise -willig sind.

Aus dem Boden schiessende Flirtschulen, Partnerinstitute und Samenbanken legen ein beredtes Zeugnis von der Partner- und Sexualmisere ab – als Reparaturbetriebe für ein total gestörtes Geschlechterverhältnis, das zu einer Art «sozialen Sterilisierung» geführt hat. Dabei wird eben nicht chirurgisch sterilisiert, sondern durch Eingriffe in die Sozialstruktur, das Verhältnis der Geschlechter und in viele andere sozialpsychologische und soziale Bedingungen der Reproduktion mehr. Die sinkenden Geburtenraten in der westlichen Welt sprechen eine deutliche Sprache, und zwar in Regionen wie beispielsweise Europa, die keineswegs unter den medialen Schreckgespenstern «Überbevölkerung» oder «Bevölkerungsexplosion» leiden. Um die Spuren zu verwischen, nennt man das Ganze «Demographischen Wandel» und gibt dem hybriden Krieg damit den Charakter eines Naturereignisses. Der «Erfolg» ist beeindruckend. Vor allem durch Pille und Abtreibungspropaganda, aber auch durch alle anderen psychosozialen Massnahmen sind zum Beispiel die Geburtenraten der Deutschen nach dem «Babyboom» der sechziger Jahre regelrecht zusammengebrochen. Lag die Zahl der Kinder pro Frau Mitte der Sechziger-Jahre noch bei 2,5 (also über der Reproduktionsrate von 2,1) fiel sie bis Mitte der neunziger Jahre auf etwa 1,2 bis 1,3 – zu wenig, um ein Volk zu erhalten. Ergebnis ist eine sterbende Bevölkerung – oder ein sterbendes Volk. ***(gw)***

Quellen:

1. Medizin populär online, 2/2015 - «Männer ohne Lust»
2. Neue Zürcher Zeitung online, Japan weist den Weg in eine beklemmende Zukunft, 20.9.2017
3. Berliner Morgenpost online, 2.4.2019
4. t-online.de, 30. Juli 2018





Nur eines von vielen Beispielen für die täglichen Sabotageakte gegen Fortpflanzung: Diese Kampagne sorgte im September 2018 in Grossbritannien für Aufsehen, als sie Frauen und Männern die vermeintlichen «Vorteile» des kinderlosen Daseins mit der Frage «Würden Sie das aufgeben?....» (Bild von Stilettos und Lippenstift für Frauen/ Playstation Controller für Männer) «...Für das?» (Bild eines Schnullers) nahebringen wollte. Auf einem der Plakate wurde der Betrachter zudem vor der «Babyfalle» gewarnt, eine in feministischen Kreisen sehr populäre Phrase.

Bevölkerungsreduktion: Wer steckt dahinter?



Soziale Sterilisierung? Ein Geburtenkrieg gegen Deutschland und die westliche Welt, wie im vorhergehenden Beitrag geschildert? Das kann doch nur eine Verschwörungstheorie sein! Keineswegs, denn Geburtenreduktion steht schliesslich im Mittelpunkt der UN-Politik. Zwar werden dabei immer hehre Ziele wie der Kampf gegen eine angebliche Überbevölkerung und die Schonung der Natur vorgeschoben, aber es wird offen zugegeben, dass das Bevölkerungswachstum gebremst werden soll – ob die Umsetzung dieses Ziels überall funktioniert, steht auf einem anderen Blatt Papier. Im Westen funktioniert sie zumindest, was durchaus Teil eines grösseren Plans (siehe S.25) sein könnte.

Seit der ersten UN-Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest werden in UN-Gremien Massnahmen diskutiert, die das Bevölkerungswachstum bremsen sollen. Gleichzeitig verfolgen auch Mitglieder der internationalen Hochfinanz, deren entscheidende Rolle bei der Gründung der UNO und dem Aufstieg des Kommunismus wir bereits in zahlreichen Ausgaben (06,20,22,23,26) aufgedeckt haben, dieselben Ziele wie die UNO.

Hochfinanz-Clans wie die Rockefellers Hintermänner des Kommunismus? Mehr dazu in den Ausgaben 06,20,22,23,26.

Kein Geringerer als John D. Rockefeller III. – also ein Vertreter dieser Hochfinanz - sagte während der Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest, er habe sich bereits seit vier Jahrzehnten der «Bevölkerungskontrolle» verschrieben, die für ihn zu den wichtigsten Fragen überhaupt zähle. Der Hauptfinanzier der ersten Weltbevölkerungskonferenz war zudem die Rockefeller Stiftung. [1] Die Rockefellers waren bei der Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve, die letztlich bis heute (noch) den globalen Finanzmarkt steuert, federführend eingebunden. Und das ist nur einer von vielen Gründen, warum die Bezeichnung «Machtelite» bei dieser Familie definitiv zutrifft.

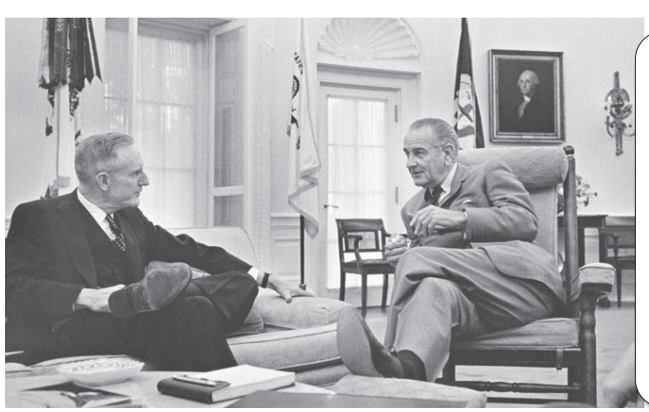
Rockefellers omnipräsent

Der heute noch sehr aktive «Population Council» (Bevölkerungsrat, Budget von 74 Millionen Dollar jährlich) wurde 1952 mit 1,4 Millionen Dollar aus dem Privatvermögen von John D. Rockefeller III. gegründet, um auf die vermeintlichen Gefahren der «Überbevölkerung» aufmerksam zu machen. Frederick Osborn, ein Gründungsmitglied der amerikanischen Eugenik-Gesellschaft (Erklärung: Eugenik, siehe S.20) wurde zum Präsidenten des Rats gemacht. Der Bevölkerungsrat investierte in den folgenden 25 Jahren die Summe von 173 Millionen Dollar in «Bevölkerungskontrolle» und «Familienplanung». Im Mittelpunkt der Tätigkeiten des Bevölkerungsrats steht die Forschung an Methoden und Mitteln zur Verringerung des Bevölkerungswachstums.

John D. Rockefeller III. wurde 1970 von US-Präsident Richard Nixon zum Vorsitzenden der neugeschaffenen «Kommission für Bevölkerungswachstum und Zukunft Amerikas» ernannt. Er liess bei seiner Ernennung verlauten: «Der Durchschnittsbürger erkennt nicht, welche sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen das Anwachsen der Bevölkerung hat und wie es die Qualität unseres Lebens in Mitleidenschaft zieht. Statt die Bevölkerungskontrolle als etwas Negatives zu betrachten, sollten wir erkennen, dass sie bereichert.» [2]

Entsprechend viel Raum wird dem Thema Bevölkerungsreduktion auch in einer Reihe von Studien und Strategieprogrammen beigemessen, welche die Rockefeller-Stiftungen Mitte der 70er-Jahre veröffentlichten. So rief zum Beispiel ein vom Rockefeller Brothers Fund im Jahr 1977 veröffentlichtes Strategieprogramm unter dem Titel «Die unvollendete Agenda» zu einer nationalen wie internationalen Politik auf, deren Ziel

➔

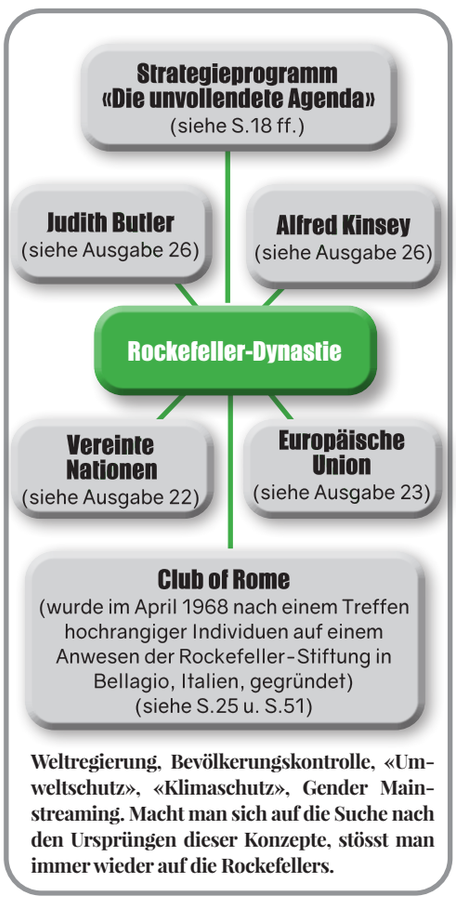


John D. Rockefeller III. 1968 im Gespräch mit Präsident Lyndon B. Johnson. Er gründete 1952 den «Population Council» (Bevölkerungsrat), um auf die vermeintlichen Gefahren der «Überbevölkerung» aufmerksam zu machen. Steckte dahinter in Wahrheit nur die Absicht, die Bevölkerung besser kontrollieren zu können?

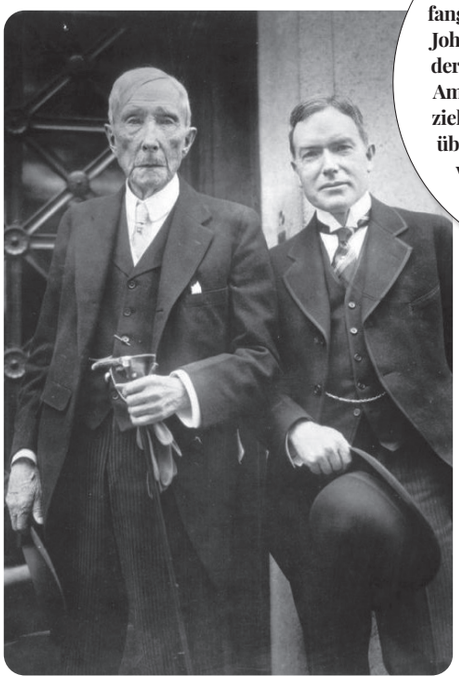
➔ nicht nur die Stabilisierung, sondern sogar die Reduzierung der Bevölkerung sein sollte, und zwar durch die Verbreitung von Verhütungsmitteln und Schwangerschaftstests sowie durch die Einrichtung staatlicher Sterilisations- und Abtreibungskliniken und auch durch die vorsätzliche Veränderung der Geschlechterrollen (siehe S.21 f.).

Vorbild China?

1977 veröffentlichte die Rockefeller-Stiftung unter dem Titel «Die Veränderung der Rolle der Frauen in industrialisierten Gesellschaften» ein Konferenzprotokoll, in dem explizit das Ziel einer niedrigen Fruchtbarkeit in westlichen Staaten formuliert wird. In diesem Protokoll wird ausdrücklich Rotchina als ein «lehrreiches Beispiel» für ein Land genannt, das es geschafft habe, seine Bevölkerung «in vernünftigen Grenzen» zu halten. [3] Das passt mit den Aussagen des «Weltbankiers» (laut eigener Biografie) David Rockefeller zusammen, der 1973 in Rotchina empfangen worden war. Während Maos Kulturrevolution noch auf Hochtouren lief, konnte er sich vor Begeisterung im Time Magazine kaum zurückhalten: «Was auch immer der Preis für die chinesische Revolution gewesen sein mag, hat sie doch offensichtlich nicht nur eine erfolgreichere und mehr an ihrer Aufgabe orientierte Verwaltung hervorgebracht, sondern auch eine hohe Moral und Zielbewusstsein der Gemeinschaft zur Folge gehabt. [...] Das soziale Experiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der bedeutendsten und erfolgreichsten der Geschichte.» [4]



Weltregierung, Bevölkerungskontrolle, «Umweltschutz», «Klimaschutz», Gender Mainstreaming. Macht man sich auf die Suche nach den Ursprüngen dieser Konzepte, stösst man immer wieder auf die Rockefellers.



John D. Rockefeller und sein gleichnamiger Sohn. Am Anfang des 20. Jahrhunderts begann John D. Rockefeller die Kontrolle der medizinischen Ausbildung in Amerika systematisch an sich zu ziehen. Laut Dunegans Aussagen über Dr. Day werde u.a. das Ziel verfolgt, Erkenntnisse über die Heilung von Krebs zu unterdrücken.

Dass die UNO und die Rockefellers – ergo: die Hochfinanz – an einem Strang ziehen, ist nicht nur aufgrund der klar sichtbaren Verstrickungen ersichtlich: Das Grundstück für das Gebäude der UNO wurde 1946 vom amerikanischen Bankier und Ölmogul John D. Rockefeller gestiftet, und auch was ihre Ziele angeht, sind die der Weltorganisation nahezu deckungsgleich mit dem Inhalt der Rockefeller-Strategieprogramme. Auch die UNO verfolgt bereits seit Jahrzehnten das Ziel, die vermeintliche Überbevölkerung in den Griff zu bekommen bzw. die das Bevölkerungswachstum zu bremsen, wobei sie ihre Ziele nur in bestimmten Teilen der Welt erreichte (wohinter auch System stecken könnte, siehe S.25).

Packte ein Insider aus?

Natürlich nennt niemand den hybriden Krieg gegen bestimmte Länder und Völker «Krieg». Sondern zum Beispiel eben «Bevölkerungskontrolle» oder «Familienplanung». Was sich hinter den Begriffen «Bevölkerungskontrolle» und «Familienplanung» wirklich verbirgt, soll ein Insider der Weltelite schon 1969 vor einem kleinen Kreis von Auserwählten verraten haben. 20 Jahre später behauptete einer der Zuhörer, er habe das Referat aus dem Gedächtnis aufgezeichnet.

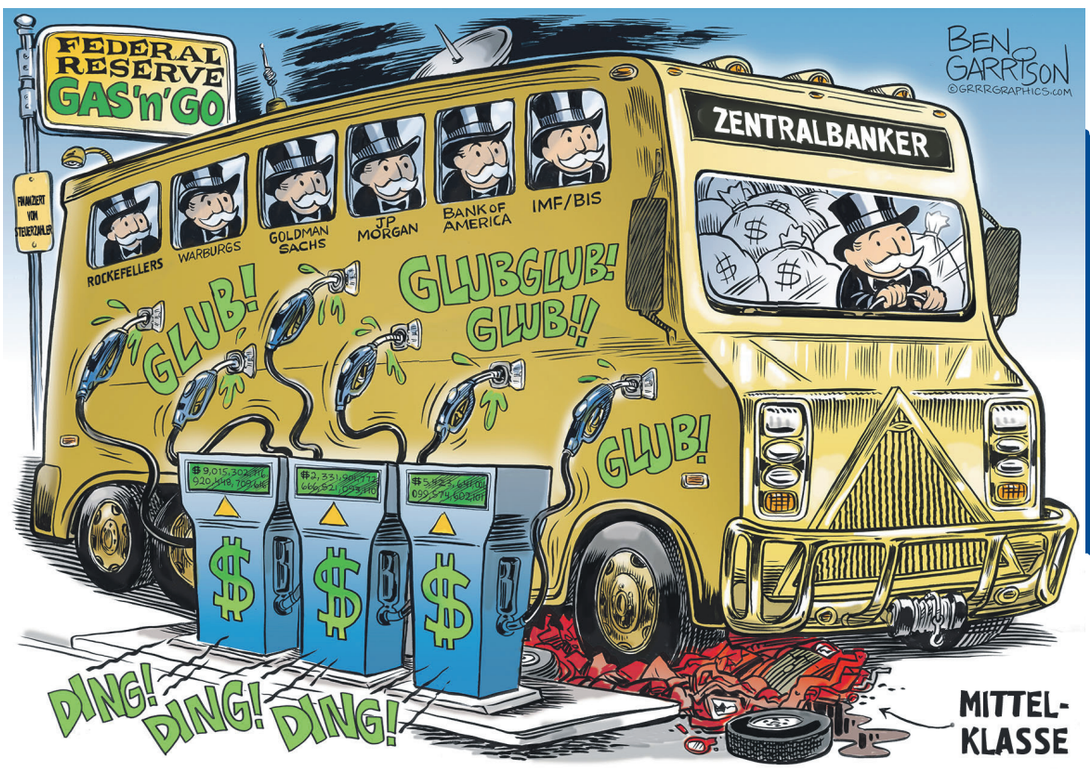
Bei dem damaligen Referenten soll es sich um einen führenden Medizinprofessor der USA gehandelt haben. 1969 habe er einen internen Vortrag über die innersten Geheimnisse und Pläne der «Welteliten» gehalten. Sein Name: Dr. Richard Day, Medizinkoryphäe an der Mount Sinai School of Medicine in New York. Einer seiner damaligen Zuhörer war laut eigener Aussage Dr. Lawrence Dunegan, der seinem Vortrag aufmerksam gelauscht hätte und dem 20 Jahre später aufgefallen sei, dass alles eintraf, was Day 1969 vorausgesagt hätte. Im Lichte dieser Erkenntnis sprach Dunegan seine vermeintlichen Erinnerungen über Days Vortrag auf Band. Day war nicht nur eine Kapazität auf dem Gebiet der Kinderheilkunde (Pädiatrie) und vor allem der Fortpflanzungsmedizin – sondern Day war auch ein echter Insider. Von 1965 bis 1968 war er Medizinischer Direktor der von John D. Rockefeller III. gesponserten Organisation für geplante Elternschaft (Planned Parenthood, früher American Birth Control League), arbeitete also für die führenden Welteliten.

Ob die Rekonstruktion der Wahrheit entspricht, sei dahingestellt: Fakt ist, dass die Person Dr. Day existierte und dass Day laut Dunegans Erinnerung in klaren Worten das aussprach, was die UNO und die Rockefeller-Strategiepapiere ebenso aussagen, nur eben in blumigerer Sprache.

Am 20. März 1969 soll Day vor der Pädiatrischen Gesellschaft von Pittsburgh ausgepackt und einen Vortrag gehalten haben, der niemals an die Öffentlichkeit kommen sollte. Seinen Zuhörern habe Day deshalb den Einsatz von Tonbändern und sogar Stift und Papier verboten. Aber Lawrence Dunegan hing laut eigener Aussage an seinen Lippen, und als viele Jahre später alles eingetroffen sei, was Day aus den Plänen der Welteliten enthüllt habe, sprach Dunegan seine angeblichen Erinnerungen auf Band. Day – so Dunegan – habe seinen Zuhörern 1969 gesagt, «dass es seine Absicht war, uns von Veränderungen zu berichten, die uns in den ungefähr nächsten 30 Jahren erwarten würden». Und - sehr wichtig: «Einige von Ihnen werden denken, ich spreche hier von Kommunismus», sagte Day laut Dunegan: «Nun, worüber ich spreche, ist weitaus grösser als Kommunismus!» Tatsächlich reden wir hier von einem Monster- oder Giga-Kommunismus (dazu später mehr).

Totale Kontrolle der Bevölkerung

Ganz oben über Days Vortrag habe der Gedanke der «Bevölkerungskontrolle» gestanden, erinnerte sich Dunegan - womit



Die Rockefellers waren bei der Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve, die letztlich bis heute (noch) den globalen Finanzmarkt steuert, federführend eingebunden. Und das ist nur einer von vielen Gründen, warum die Bezeichnung «Machtelite» bei dieser Familie definitiv zutrifft.

aber nicht nur die Geburtenkontrolle gemeint gewesen sei, sondern eben die totale Kontrolle der Bevölkerung. Am meisten Sorgen machten den Eliten jedoch die menschliche Sexualität und der Fortpflanzungstrieb. Da deren Unterdrückung als nicht realistisch betrachtet worden wäre, verfiel man demnach darauf, ungezügelte Sexualität zu propagieren, aber so, «dass die Leute keine Kinder mehr bekämen». Zum Beispiel durch Förderung von «kinderlosem Spass-Sex», der völlig unverbindlich sein und eher an eine Sportart erinnern würde.

Sex und Fortpflanzung sollten dabei voneinander getrennt werden: «Es würde Sex ohne Fortpflanzung geben und anschliessend Technologien, die Fortpflanzung ohne Sex bewerkstelligen. Man würde dafür Labore nutzen. Day hat angedeutet, dass bereits sehr sehr viele Untersuchungen dazu stattgefunden hatten, Babys in Laboratorien ‚herzustellen´», so Dunegan über Days Worte. Zu kinderlosem Sex gehört natürlich auch die Homosexualität: «Den Leuten würde die Erlaubnis zur Homosexualität gegeben werden», aber «Homosexualität würde auch gefördert werden. So wurde es formuliert: Sie würden es nicht verstecken müssen.»

«Verhütung würde stark gefördert werden, und sie würde so stark unterbewusst mit Sex verknüpft, dass die Leute automatisch auch an Verhütung denken würden, wenn sie an Sex denken oder sich auf diesen vorbereiteten.» Also so wie jemand, der beim Autofahren sofort ans Anschnallen denkt. «Verhütung würde auch weltweit erhältlich sein. [...] Verhütungsmittel würden sehr viel offenkundiger in den Läden ausgestellt sein – vergleichbar mit Zigaretten und Kaugummis [wie man heute in jedem Drogeriemarkt sehen kann]. [...] Ausserdem würden Verhütungsmittel auch an Schulen in Zusammenhang mit dem Aufklärungsunterricht verteilt werden!», erinnerte sich Dunegan an Days mutmasslichen Vortrag. «Die Sexualaufklärung müsse dafür genutzt werden, die Kinder früh Sex auch mit Verhütung verknüpfen zu lassen, und zwar noch bevor sie selbst wirklich aktiv würden.» Also ebenfalls exakt das, was heute an unseren Schulen passiert. Aber es ging bei Days Organisation nicht nur um Verhütung, sondern Planned Parenthood engagiert sich bekanntlich in der «Schwangerschaftsberatung» bis hin zu Abtreibungen. Die Webseite katholisches.info nannte Planned Parenthood den «weltgrössten Abtreibungskonzern» (Abtreibungskonzern mit Problemen, 4.11.2019).

Day habe auch gesagt, «dass neue Krankheiten auftauchen würden, welche nie zuvor gesehen wurden. Es würde schwierig sein, diese zu diagnostizieren, und sie würden nicht behandelbar sein – zumindest für eine lange Zeit.» Aids lässt grüssen – eine «neue Krankheit», die dazu führt, dass jeder Angst vor «ungeschütztem» Geschlechtsverkehr hat und im Bett automatisch ein Kondom anlegt.

Zerstörung der Familie

Zur «sozialen Sterilisierung» der Menschheit gehört natürlich auch die Zerstörung der Familie: «Familien würden in der Grösse beschränkt werden», so Dr. Dunegan weiter über Days angeblichem Vortrag aus dem Jahr 1969: «Scheidungen würden einfacher gemacht werden und häufiger stattfinden. Die meisten Leute, die heiraten, würden öfter als einmal heiraten. Mehr Leute würden gar nicht heiraten. Unverheiratete Leute würden sich in Hotels treffen oder sogar zusammenleben. Das würde sehr alltäglich werden – niemand würde Fragen darüber stellen. Es würde weitestgehend akzeptiert und kein Unterschied zu verheirateten Leuten bestehen. Mehr Frauen würden ausser Haus arbeiten. Mehr Männer würden in andere Städte versetzt werden und mehr Männer

➔



«Die Stellung der Frau ist der bedeutendste und aussagekräftigste Indikator, mit dem sich ein sozialistisches System und eine sozialistische Staatspolitik bemessen lassen. Die Oktoberrevolution hat sich die Emanzipation der Frau auf ihr Banner geschrieben und die fortschrittlichste Gesetzgebung der Geschichte in Bezug auf Ehe und Familie geschaffen. [...] Echte Emanzipation der Frau ist undenkbar [...], ohne die Zerstörung der kleinbürgerlichen wirtschaftlichen Familieneinheit, ohne die Einführung vergesellschafteter Essenszubereitung und Erziehung.»

Leo Trotzki, marxistischer Theoretiker und Revolutionär



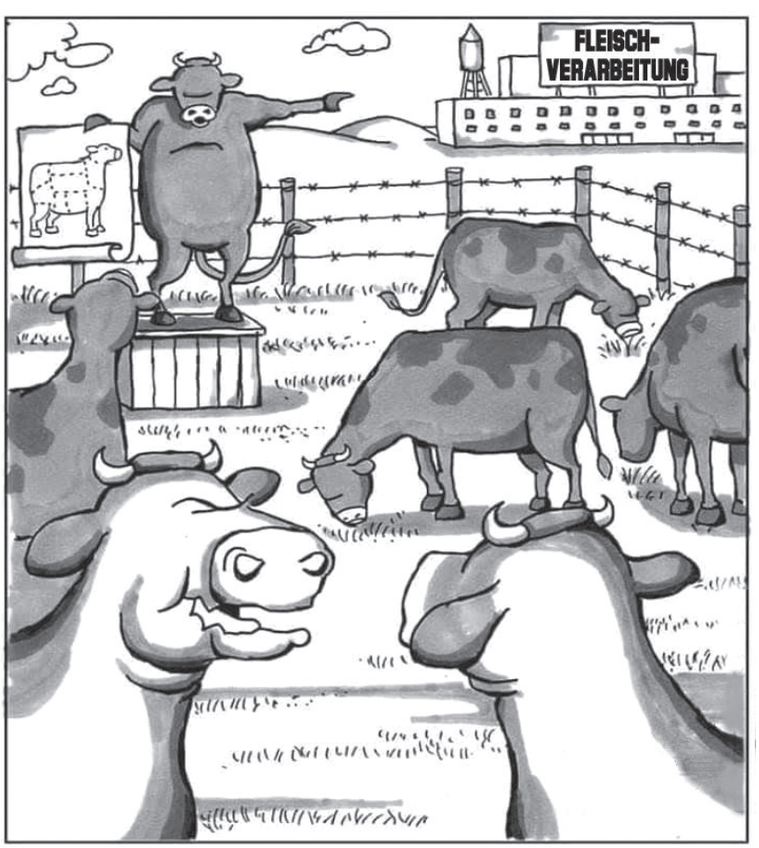
würden auf Dienstreise gehen. Deswegen würde es für Familien schwieriger werden, zusammenzubleiben. Das würde die Ehe instabiler machen und dies wiederum würde die Leute weniger willens machen, Kinder zu bekommen. Und die bestehenden Familien würden kleiner und abgeschiedener sein. Reisen würde einfacher und auch weniger teuer, für eine Weile, sodass Leute, die reisen, das Gefühl haben, sie könnten jederzeit zurück zu ihren Familien [...] nicht dass sie sich mit einem Mal ihren Familien entrissen fühlten. Aber einer der reinen Effekte von vereinfachenden Scheidungsgesetzen kombiniert mit der Förderung von Reisen und der Versetzung von Familien von einer Stadt in die andere wäre die Instabilisierung der Familie.»

Kommt Ihnen das bekannt vor? Und ob: Denn genau das ist unsere heutige Realität. **Wie bereits verdeutlicht worden sei, so Dunegan, «ist eines der Hauptanliegen der Neuen Weltordnung bzw. der Leute, die dahinter stehen, die grösstmögliche Bevölkerungsreduktion, angeblich, um Überbevölkerung zu vermeiden, aber meiner Ansicht nach auch, weil einige sich weitaus besser kontrollieren und beherrschen lassen als viele».**

Die scheinbare und die wahre Absicht

Ein wichtiges Element der hybriden Kriegsführung ist, wie bereits in der Einleitung dargestellt, die Verschleierung und Täuschung. Besonders einfach ist das in einer Gesellschaft, in der «Leute keine Wurzeln bzw. keinen Halt haben, aber passiv Veränderungen akzeptieren würden [...]», wie Day ausgeführt haben soll. Willkommen in der Welt von heute. **Laut Day habe alles «zwei Absichten. Das eine ist die angebliche Absicht, welche es für die Leute akzeptabel macht, und das andere ist die wahre Absicht, welche die Etablierung des neuen Systems weiterverfolgt.» Die angebliche Absicht besteht meist aus hehren Zielen wie Kampf gegen Überbevölkerung, Umweltschutz, Klimaschutz, Gleichberechtigung und anderem mehr. Dahinter verbergen sich aber Angriffe auf die Fortpflanzung, die Wirtschaft, den Verkehr und die Energieversorgung (Co2-Kontrolle), um nur einige Beispiele zu nennen.** Ganz im Gegensatz zu seinen wahren Absichten und Aktivitäten, inszenierte sich beispielsweise David Rockefeller als «Philanthrop», also als «Menschenfreund», was viele Leute für bare Münze nehmen. «Die Leute sind zu vertrauensselig. Die Leute stellen nicht die richtigen Fragen», sagte Day Dunegan zufolge. Manchmal habe Day das «Zu-vertrauensselig-Sein» auch mit «Zu-blöd-Sein» gleichgesetzt.

Ob Dunegans Erinnerungen nun wahr waren oder nicht, sie passen ins Bild. Denn die Rockefellers gehörten am Anfang des 20. Jahrhunderts noch zu den grössten finanziellen Förderern der Eugenik. Die Eugenik ist eine Lehre, die vertritt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen – z.B. kranke oder behinderte Menschen – durch bestimmte Massnahmen an der Fortpflanzung gehindert, während andere Bevölkerungsgruppen – z.B. gesunde oder intelligente Menschen – für ihre Fortpflanzung belohnt werden sollen. Natürlich bleibt es dem Eugeniker selbst überlassen, welche Bevölkerungsgruppe, er als fortpflanzungswürdig bzw. -unwürdig erachtet: Z.B. kann er – in einer Position der Macht – auch die Fortpflanzung von Bevölkerungsgruppen fördern, die sich durch Verantwortungslosigkeit, Untätigkeit und Kurzsichtigkeit auszeichnen, während er die Fortpflanzung von engagierten und fähigen Menschen bremst. So scheint es momentan in Europa und den USA zu geschehen: Der Staat belastet intakte Familien durch hohe Steuern und fördert u.a. Arbeitslosigkeit oder alleinerziehende Mütter durch perverse sozialstaatliche Anreize. Negatives Verhalten wird belohnt, positives wird bestraft. Im Falle der Rockefellers und ihrem Verständnis von «Eugenik» liegt es nahe, dass sie sich als Teil einer Oberklasse verstehen, die ein Recht auf Leben hat, während sie gleichzeitig glauben, vor allem die gebildete Mittelschicht müsse davon abgehalten werden, sich allzu stark zu vermehren. In dieses Bild würde sich auch der Vortrag von Dr. Day perfekt einfügen, an den sich Dr. Dunegan zu erinnern vermochte. ***(tk/gw)***



ER SAGT, WIR WERDEN BEHERRSCHT UND WIR WÄREN NUR EINE RESSOURCE, DIE AUSGEBEUTET WIRD. WAS'N KRANKER VERSCHWÖRUNGSTHEORETISCHER SCHEISS...

Hybrider Krieg unter dem Deckmantel der «Emanzipation» – ein Konzept der Rockefellers und der Kommunisten



Foto: Phovoir/Shutterstock

Sind «Gleichberechtigung» und «Emanzipation» nur perfide Deckmäntel für die Zerstörung der natürlichen Geschlechterrollen?

Im Jahr 1994 wurde auf dem UNO-Weltbevölkerungsgipfel in Kairo eine Resolution verabschiedet, in der die «Gleichstellung der Geschlechter» und die «Ermächtigung der Frauen» ausdrücklich als Grundpfeiler von Bevölkerungs- und Entwicklungsprogrammen bezeichnet wurden. Wie es in der Präambel dazu heisst, baut der sogenannte «Weltbevölkerungs-Aktionsplan» «auf dem beträchtlichen internationalen Konsens auf, der sich seit der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest 1974 und der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko-Stadt 1984 entwickelt hat, die grossen Probleme und Zusammenhänge zu berücksichtigen zwischen der Bevölkerungszahl, nachhaltigem Wirtschaftswachstum sowie nachhaltiger Entwicklung und den Fortschritten bei der Ausbildung, dem wirtschaftlichen Status sowie der Ermächtigung der Frauen.» [1] Im Klartext bedeutet das, die UNO sieht in der «Emanzipation» der Frauen nicht nur ein Instrument zur «Geburtenkontrolle» bzw. Geburtenreduzierung, sondern auch zur Steuerung von Wirtschaft und Entwicklung in globalem Umfang.

John D. Rockefeller III. hatte schon während der Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest gesagt, der «Rolle der Frau» komme eine besondere Bedeutung in Bezug auf «Familienplanung» zu. Laut Rockefeller würde es nicht ausreichen, den Frauen Methoden zur Empfängnisverhütung zur Verfügung zu stellen, solange sie keine Alternative zu Schwangerschaft und Kindeserziehung hätten. Jedes moderne Entwicklungsprogramm müsse daher dazu beitragen, «Massnahmen zu entwickeln, die es den Frauen ermöglichen, andere Rollen neben der Mutterschaft anzustreben». [2] Auch das vom Rockefeller Brothers Fund im Jahr 1977 veröffentlichte Strategieprogramm «Die unvollendete Agenda» plädierte nicht nur für die Verbreitung von Verhütungsmitteln und Schwangerschaftstests sowie für die Einrichtung staatlicher Sterilisations- und Abtreibungskliniken, sondern ausdrücklich auch für die vorsätzliche Veränderung der Geschlechterrollen. «Jeder Aufwand sollte unternommen werden», heisst es darin, «um ein Rollenmodell zu bewerben und zu verbreiten, in dem junge Mädchen regelmässig Frauen sehen, die alle Arten von Berufen ausüben, einschliesslich Positionen von Verantwortung und Autorität.» [3] **Die Auflösung der traditionellen Geschlechterrollen, die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Einführung der staatlichen Sozialfürsorge habe, so wird ausdrücklich betont, habe einen indirekt negativen Einfluss auf die Fruchtbarkeit, weshalb diese Massnahmen in weltweitem Rahmen dazu geeignet wären, die Bevölkerungszahlen zu reduzieren.** [4] Darüber hinaus sollte es laut dem Dokument als positiv dargestellt werden, nicht zu heiraten und keine Kinder zu bekommen, zum Beispiel mit dem Argument, dass dadurch Freiraum bleibe, sich kreativ auszuleben, anstatt sich mit der Verantwortung einer Familie zu belasten. (5) Die steuerliche Bevorzugung der Familie sei abzuschaffen. Stattdessen sollten staatliche Kinderhorte eingerichtet werden, was zusammen mit anderen Massnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Karriere ermöglichen sollte. [6]

Es ist also kaum abzustreiten, dass für die globalen Drahtzieher Bevölkerungsreduktion und die Abschaffung der traditionellen Frauenrolle als Mutter und Hausfrau zusammengehören.



David Rockefeller bei seinem China-Besuch 1973 im Dialog mit Mao Tse Tungs zweitem Mann Zhou Enlai. Vor dem Treffen hatte Rockefeller bereits ein Abkommen unterzeichnet, das seine Chase National Bank zur ersten amerikanischen Korrespondenzbank der Bank of China seit der Übernahme der Kommunisten machte. Der Kommunismus ist nichts weiter als eine hybride Waffe und ein perfektes Kontroll- und Ausbeutungssystem der globalen Hochfinanz.

Quelle: David Rockefeller: Erinnerungen eines Weltbankiers, München, FinanzBuch Verlag, 2008, S.335



«Um Kinder mit ‚Gleichheit' aufzuziehen, müssen wir sie den Familien wegnehmen und sie gemeinschaftlich erziehen.»

Mary Jo Bane, Feministin und Professorin der Harvard Kennedy School

Quelle : Tulsa World, 8/21/77, associated press

Kommunismus: Waffe der Hochfinanz

Interessant ist übrigens, dass der genannte angebliche Rockefeller-Stratege Dr. Day den Kommunismus erwähnt haben soll. «Einige von Ihnen werden denken, ich spreche hier von Kommunismus. Nun, worüber ich spreche, ist weitaus grösser als Kommunismus!» Tatsächlich reden wir hier von einem Monster- oder Giga-Kommunismus. Days direkter oder indirekter Arbeitgeber Rockefeller, weltweit als eingefleischter «Kapitalist» bekannt, war nämlich ein Fan des Kommunismus - allerdings nur für die anderen. Denn der Kommunismus ist nichts weiter als eine hybride Waffe und ein perfektes Kontroll- und Ausbeutungssystem des globalen Finanzkapitals: «Nun könnte doch jemand auf die Idee kommen zu fragen, warum ausgerechnet die vermögenden Leute — z. B. die Kennedys, die Fords, die Rockefellers und andere, für den Sozialismus plädieren», schrieb schon Gary Allen in seinem Klassiker «Die Insider»: «Haben die Superreichen nicht am meisten zu verlieren?» Die Antwort: «Man versteht schnell, dass der Sozialismus eben kein Vermögensverteilungs-Programm ist, sondern eine Methode, den Besitz zu konsolidieren und kontrollieren, so ist das scheinbare Paradoxon der Superreichen, die sich für den Sozialismus so einsetzen, enträtselt.»

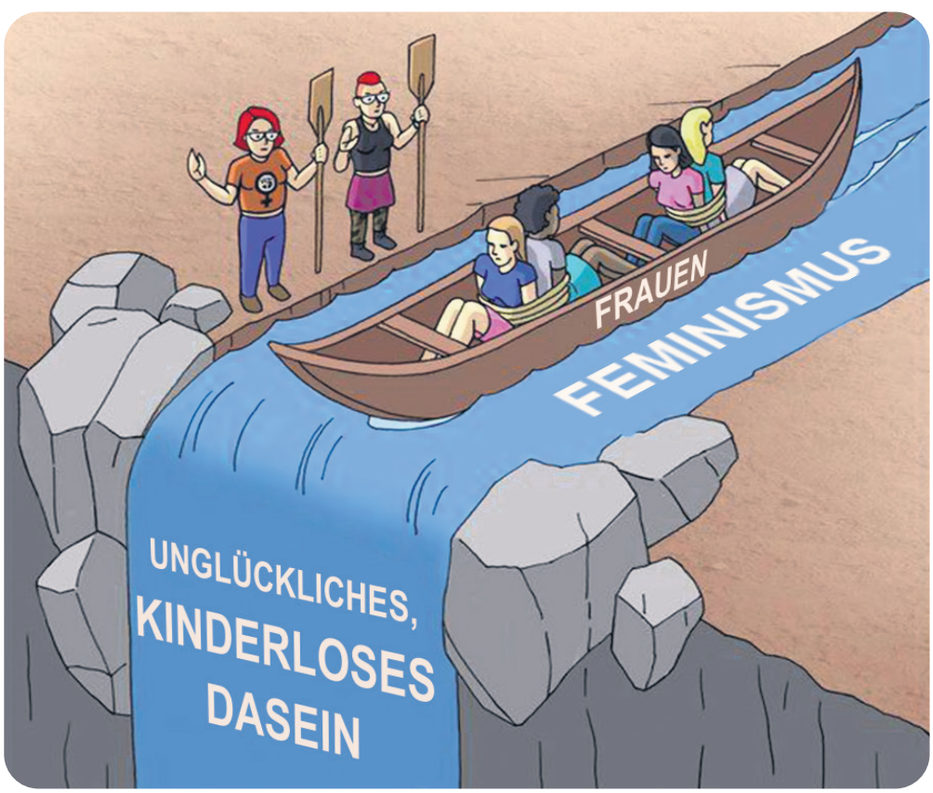
Die befreite Sowjet-Frau

Und ein Lieblingskind des Sozialismus beziehungsweise Kommunismus ist die Emanzipation der Frauen, ebenfalls eine wirksame hybride Waffe gegen die menschliche Gesellschaft. Die von Trotzki geforderte «Emanzipation» der Frau gehört schon seit jeher zu den Grundlagen der kommunistischen Ideologie. Als der russische Revolutionär Leo Trotzki im Jahr 1925 sagte, «den Sozialismus aufbauen, heisst die Frauen emanzipieren», sprach er offen aus, dass es einen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Feminismus gibt. Trotzki gab deutlich zu verstehen, dass der Sozialismus nur errichtet werden könne, wenn man die Frauen dazu bringt, ihre traditionelle Geschlechterrolle als häusliche Ehefrau und Mutter aufzugeben. Wladimir Lenin verlautbarte zwei Jahre nach der Oktoberrevolution: «Und wir können jetzt mit vollem Stolz, ohne Übertreibung sagen, dass Sowjetrussland das einzige Land der Welt ist, in dem vollkommene Gleichberechtigung der Frau herrscht, und die Frau keine demütigende Stellung einnimmt, die besonders im alltäglichen Familienleben fühlbar ist.»

Vor diesem Hintergrund sollte es auch nicht verwundern, dass die wichtigsten Protagonistinnen der westlichen Frauenbewegung regelmässig dem Umfeld kommunistischer Parteien bzw. ihrer Frontorganisationen entstammten. Betty Friedan, die Ikone der amerikanischen Frauenbewegung, deren Kontakte zur Kommunistischen Partei bis in die 1940er Jahre zurückreichten, konnte im Jahr 1981 zufrieden feststellen, dass es ihr und ihren kommunistischen Genossinnen gelungen war, das traditionelle gesellschaftliche Leitbild «der glücklichen Vorstadthausfrau» in der Rolle als Ehefrau und Mutter zu «zerschlagen».

Im öffentlichen Bewusstsein gilt die traditionelle Rollenverteilung der kleinbürgerlichen Familie seither als ein Mittel der Unterdrückung, während ein Leben, das von der Stechuhr am Arbeitsplatz diktiert wird, als «unabhängig» und «befreit» gilt. Dass sich dieses Vorurteil von der weiblichen «Unabhängigkeit im Beruf» trotz seiner immanenten Unlogik so tief in der öffentlichen Meinung verankern konnte, ist das Resultat jahrzehntelanger psychologischer Kriegsführung.

Erfahren Sie u.a. in der **ExpressZeitungs-Ausgabe Nr. 12 – Thema: Familienzerstörung** -, wie menschen- und insbesondere frauenverachtend jene sozialistische Ideologie ist, die sich in Wirklichkeit hinter der sogenannten «Befreiung der Frau» verbirgt. In unserem Webshop **shop.expresszeitung.com** sind alte Ausgaben als Einzelausgabe, Dreier- oder Zehnerpaket erhältlich, solange der Vorrat reicht! ***(tk/tm/gw)***





Quellen:

1. Weltbevölkerungs-Aktionsplan, Präambel 1.5
2. Population and Development Review Vol.4, No.3 (Sep., 1978), S.509-516 - Population Growth: The Role of the Developed World
3. The Unfinished Agenda, S.29
4. Ebenda, S.11 f.
5. Ebenda, S.29 f.
6. Ebenda, S.11 f.

Abtreibungen: Jedes Jahr mehr Opfer als im gesamten Zweiten Weltkrieg



Welche menschenverachtenden Blüten der moderne Feminismus mittlerweile treibt, wird an Pro-Abtreibungs-Plakaten mit Aufschriften wie «Parasiten haben keine Rechte» deutlich. Das Foto ist kein Fake und wurde am 19. Mai bei einer «Frauenrechte»-Demo in Huntsville, Alabama, geschossen.

Wie gesagt geht es auch in einem hybriden Krieg an erster Stelle um die physische Vernichtung des Feindes. Ein wichtiges Projekt der «Emanzipation» ist daher auch die Abtreibung. Es ist kaum abzustreiten, dass die Praxis der Abtreibung eine bedeutende Verbindungslinie zwischen Marxismus und modernem Feminismus darstellt. Eine historische Tatsache bleibt, dass der erste Staat der Welt, der Abtreibungen legalisierte, Lenins bolschewistisches Russland gewesen war. Auf Lenins Anweisung wurde dies am 18. November 1920 in einem gemeinsamen Dekret des Gesundheits- und Justizministeriums Gesetz. Mit der Verbreitung des Kommunismus in die Länder Osteuropas kam es auch dort zur Legalisierung der Abtreibung. Fast überall wurde sie im ersten Jahrzehnt der kommunistischen Herrschaft durchgesetzt: 1953 in Ungarn, 1956 in Polen und Bulgarien, 1957 in der Tschechoslowakei und Rumänien, 1972 in der DDR. Leo Trotzki bezeichnete die Legalisierung der Abtreibung als «eines der bedeutendsten politischen und kulturellen Bürgerrechte». [1]

Inzwischen wurden in Deutschland, den USA und vielen anderen westlichen Ländern die Gesetze, die Abtreibungen unter Strafe stellen, überarbeitet und extrem gelockert. Der Oberste Gerichtshof der USA erklärte z.B. 1973 mit dem Urteil «Roe vs. Wade» eine Abtreibung zum Recht jeder Frau. Nach dieser Entscheidung besteht ein Recht auf Abtreibung bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Fötus imstande ist, ausserhalb des Körpers der Mutter zu überleben (24.Woche). Ein solches Recht gilt beinahe uneingeschränkt und ermöglicht äusserst brutale Methoden der Abtreibung. Bei einer Behinderung des Kindes sind Spätabtreibungen in Deutschland oder den USA sogar bis kurz vor der Geburt zugelassen. **Die Zahl der weltweit durchgeführten Abtreibungen liegt mittlerweile bei ca. 56 Millionen. Das ergab eine Studie im medizinischen Fachblatt «The Lancet». (2) Die Zahl der Gesamtopfer des Zweiten Weltkriegs lag offiziell bei ca. 50 Millionen Menschen.**

Zu den internationalen Förderern von ärztlichen Diensten für einen Schwangerschaftsabbruch gehören an vorderster Stelle die Vereinten Nationen sowie mit ihr verknüpfte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie die «Rockefeller Stiftung», die «Bill und Melinda Gates Stiftung», die «Open Society Stiftung» des Milliardärs George Soros, und viele mehr. Auch die Europäische Union finanziert diese Stiftungen durch bestimmte Entwicklungsprogramme.



Einen umfangreichen Überblick über das verharmloste und tabuisierte Thema Abtreibung bieten wir Ihnen in der **ExpressZeitung Ausgabe 7**! ***(tk/tm/gw)***

Quellen:

1. Leo Trotzki, «Den Sozialismus aufbauen, heisst die Frauen emanzipieren und die Mütter schützen», Dezember 1925
2. ief.at, EU / Abtreibung: Weltweit 56 Millionen Abtreibungen jährlich

Zersetzung durch Sexualisierung und Gender Mainstreaming

Auch die von Dr. Day (siehe S.18 ff.) erwähnte totale Sexualisierung gehört zum kommunistischen Ideenrepertoire. Die deutsche Kommunistin Clara Zetkin (1857–1933) sprach offen aus, dass die politische Propagierung einer «befreiten» Sexualität ausdrücklich zur Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung dient. Im Klartext bedeutet dies, dass die Kommunisten dort, wo sie nicht selbst offen an der Macht sind, eine gesellschaftliche Sexualisierung betreiben, um die bestehende bürgerliche Ordnung zu zerstören. Die Kommunisten setzten die Propagierung der freien Liebe unter dem Deckmantel pseudowissenschaftlicher Theorien bewusst als Mittel der hybriden psychologischen Kriegsführung gegen die westlichen Staaten ein. Hierbei spielte Wilhelm Reich mit seiner KPD-Frontorganisation Sexpol und die als Ableger des Moskauer Marx-Engels-Instituts gegründete Frankfurter Schule mit ihren soziologischen Konzepten zur Überwindung des «autoritären Charakters» bzw. der «autoritären Persönlichkeit» eine entscheidende Rolle. Entgegen den Vorhersagen der Kommunisten hatten weder der Erste Weltkrieg noch die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre zur Entwicklung einer «Revolutionären Situation» im marxistisch-leninistischen Sinne geführt, sondern sie hatten einen Rechtsruck bewirkt, der in Europa zum Aufkommen des Franquismus, des Faschismus und des Natio-

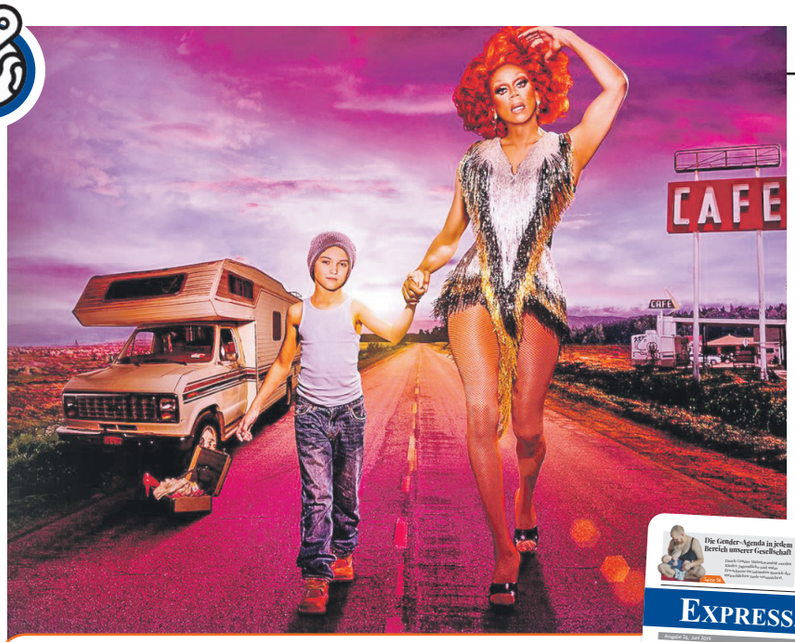
➔

nalsozialismus führte. Daraus ergab sich für die Kommunisten die Notwendigkeit, das revolutionäre Versagen der Arbeiterklasse theoretisch zu erklären und einen neuen Ansatz zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu finden.

Lieblingsfeind Familie

Die Familie gehört seit jeher zu den Lieblingsfeinden der Kommunisten. In dem Versuch, eine wissenschaftlich anmutende Erklärung für das Ausbleiben der Weltrevolution zu finden, behauptete der Sozialist Wilhelm Reich im Jahr 1933, dass es einen fundamentalen Zusammenhang zwischen der «autoritären Triebunterdrückung» und der «faschistischen Ideologie» gäbe. Die traditionelle Familie mit ihrer konservativen Sexualmoral erzeuge demnach Menschen mit einem «autoritären Charakter», die sich selbst dann, wenn sie sozial und wirtschaftlich unter Druck geraten, weiterhin in die bürgerliche Gesellschaftsordnung einordnen, anstatt sich dagegen aufzulehnen. Die Schlussfolgerung aus dieser Theorie, die von der Frankfurter Schule in den folgenden Jahrzehnten weiter ausgebaut und propagiert wurde, lautete, dass die Befreiung der Sexualität dazu beitragen würde, die patriarchale Familie als scheinbare Keimzelle des Faschismus abzuschaffen, was die nachfolgenden Generationen für den Aufbau einer «solidarischen» und «sozial gerechten» Gesellschaftsordnung reif machen würde. Zu genau diesem Zweck wurde über die Frauen- und Schwulenbewegung, die beide als sogenannte «Neue Soziale Bewegungen» aus der Studentenrevolte von 1968 hervorgegangen sind, das Gender Mainstreaming verbreitet, das nach dem Marsch der 68er durch die Institutionen inzwischen in vielen Ländern der westlichen Welt zu einer Art Staatsdoktrin erklärt wurde und mit der die gesunde geschlechtliche Entwicklung der Menschen bereits von Kindheit an sabotiert wird, um die traditionelle Familie langfristig abzuschaffen und die auf ihr basierende bürgerliche Gesellschaftsordnung zum Kollaps zu bringen.

Weitere Fakten über die marxistischen Hintergründe und verheerenden Folgen des Gender Mainstreamings sowie der Sexualisierung finden Sie in der **ExpressZeitung Nr. 26!** ***(tk/gw)***



Seine neueste Produktion (aus 2020) stellt der Streaminganbieter Netflix folgendermassen vor: «Bei ihrer Wohnmobil-Reise durch die USA entsteht zwischen der Dragqueen Ruby Red und ihrem blinden Passagier – der 10-jährigen AJ – eine überraschende Freundschaft». Ist es einfach nur ein Trend, wenn weltweit Transsexuelle zu Berühmtheiten erkoren und in den Mittelpunkt von TV-Shows gestellt werden? Oder wird dieser «Trend» gezielt geschaffen, um die natürlichen Geschlechterrollen zu untergraben? Denn junge, beeinflussbare Menschen sind die Hauptzielgruppe von Shows wie dieser.



Die neueste hybride Waffe: Krieg gegen Kinder im Namen der Klimarettung

Verena Brunschweiger ist Lehrerin, 38 Jahre alt und will keine Kinder. Damit machte sie Anfang 2019 Schlagzeilen, weil sie ein Buch darüber geschrieben hatte (Titel: «Kinderfrei statt kinderlos: ein Manifest»). «Kinderfreie Frauen müssen von ihrem schlechten Ruf befreit werden», fordert sie. Das Hauptargument ihres «Manifestes»: Kinder sind schlecht für die Umwelt, die CO_2-Bilanz. Ihr Fazit darum: Je weniger Kinder, desto besser. Ohne Kind würde man eine CO_2-Belastung von 50 Tonnen pro Jahr einsparen. Für Brunschweiger, die sich selbst Radikal-Feministin nennt, ist ihr kinderfreier Ansatz ein «bewusster, feministischer Akt». Sie nennt Kinder ein reaktionäres «Projekt» und Mütter, die nur noch den Nachwuchs sehen, «Mombies» – Mama-Zombies.

Damit ist Brunschweiger Teil eines weltweiten «Trends»: Im Vorfeld des Weltfrauentags am 8. März 2019 berichtete die britische BBC über junge Frauen, die in den Geburtsstreik getreten sind, um auf den umstrittenen Klimawandel aufmerksam zu machen. Die beiden Aktivistinnen Blythe Pepino und Alice Brown äusserten sich gegenüber dem Fernsehsender, sie seien so verängstigt angesichts der Klimakatastrophe, sodass sie sich entschieden hätten, keine Kinder zu bekommen. Pepino gründete deshalb die Gruppe «Birthstrike», also Gebärstreik – in Anlehnung an den Klimastreik. Das ist ein Verbund von überwie-



Das Buch «Kinderfrei statt kinderlos: ein Manifest» empfiehlt Kinderlosigkeit, um CO_2-Emissionen einzusparen.

gend Frauen und einigen Männern, die sich zusammengeschlossen haben, weil sie wegen der drohenden Klimakatastrophe ihren Kinderwunsch aufgeben. Dem Klima zuliebe auf ein Kind zu verzichten, ist keine Seltenheit mehr – und findet international Zuspruch: Bei einer Umfrage der New York Times gaben elf Prozent an, aus diesem Grund keine Kinder zu wollen. [1]

Und wie viele bereits erkannt haben werden, ist der sogenannte «anthropogene Klimawandel» selbst eine mächtige hybride Waffe gegen hoch entwickelte Gesellschaften und damit auch gegen die Menschheit selbst, die von diesen Gesellschaften angeführt wird (siehe S.38 f.). Wie diese Waffe funktioniert, erläutern wir u.a. in den **Ausgaben 9 – Thema: Klimaschwindel - und 27 – Thema: Klima-Kulturrevolution**! ***(tk/gw)***



Quellen:

epochtimes.de, Buchtitel «Ein Leben frei von Kindern» sorgt nach wie vor für Schlagzeilen, 13.03.2019
1. derstandard.at, Birthstrike: Dem Klima zuliebe auf Kinder verzichten, 09.12.2019

Bevölkerungsschwund und Bevölkerungsexplosion:
Zwei Seiten des Bevölkerungsaustauschs

Aber der hybride Geburtenkrieg ist nur die eine Seite der Medaille. Der Geburtenkrieg gegen Deutschland und andere Länder der westlichen Welt wird ergänzt durch eine komplementäre Entwicklung. Hauptsächlich Afrika ist erstaunlicherweise nicht in gleicher Weise von derartigen Strategien betroffen oder zumindest tragen sie dort keine Früchte. Während in den westlichen Industrienationen die Geburtenraten aufgrund der (psycho-) sozialen Sterilisierung und Verhütung zusammengebrochen sind, steigen die Geburtenzahlen auf dem «Schwarzen Kontinent» an: «Die Bevölkerung Afrikas wächst fast dreimal schneller als im Rest der Welt.» [1] «Die grosse Ausnahme» bei der Bevölkerungsentwicklung sei Afrika: «Dort gebiert jede Frau durchschnittlich 4,7 Kinder, und die Bevölkerung wächst fast dreimal schneller als im Rest der Welt. [...] Bis 2100 könnten sich mehr als sechs Milliarden Menschen in Afrika drängen.» «Afrikas Bevölkerung wächst rapide», so die Deutsche Welle. «Die hohe Geburtenrate stellt den Kontinent vor eine enorme Herausforderung».

Deutlich erkennt man die Absicht, einen «Bevölkerungs-Shift» von Weiss auf Schwarz auf dem Planeten herbeizuführen, denn kurz nach diesen Nachrichten plädierte der berüchtigte Club of Rome (eng verknüpft mit den Rockefellers, siehe S.18) für die 1-Kind-Politik in Industrieländern, totalitäre Massnahmen eingeschlossen: «Die Autoren schlagen in ihrem Bericht eine schrittweise Erhöhung der Erbschaftsteuer auf bis zu 100 Prozent vor. Ausserdem die Zahlung einer Prämie für Kinderlosigkeit und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre. Frauen, die in der westlichen Welt nur ein Kind bekommen, sollen ebenfalls eine besondere Förderung erhalten.» [2]

Gleichzeitig wird die Einwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten in den meisten europäischen Ländern gefördert, was auf längere Sicht dazu führt, die abnehmenden Bevölkerungen Europas zu ersetzen. Genau das scheint beabsichtigt zu sein. Mehr dazu auf dem Schlachtfeld Nummer 2. ***(gw)***

Die 10 geburtenstärksten Länder Afrikas

Land	Geburtenrate pro Frau (Stand 2016)
Niger	7,6
Südsudan	6,7
Dem. Rep. Kongo	6,5
Tschad	6,4
Somalia	6,4
Malawi	6,3
Burundi	6,1
Angola	6,0
Mali	6,0
Mosambik	5,9

Geburtenrate europäischer Staaten

Land	Geburtenrate pro Frau (Stand 2016)
Portugal	1,31
Spanien	1,33
Österreich	1,49
Niederlande	1,66
Italien	1,35
Frankreich	1,96
Deutschland	1,50
Belgien	1,70
England	1,82
Polen	1,30

Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird die europäische Bevölkerung von der afrikanischen am Ende dieses Jahrhunderts um das annähernd Zehnfache übertroffen werden. Es stellt sich allerdings die Frage, wie viel Prozent der Afrikaner bis dahin nach Europa emigriert sein werden.

Quellen:

1. Spektrum der Wissenschaft, Juni 2016
2. Die Zeit, online, 13.9.2016

Schlachtfeld 2: Nationalstaat



Flüchtlingsstrom nach Europa

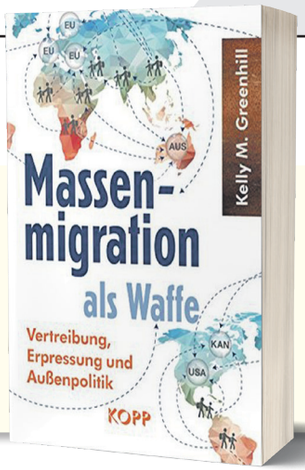
Wird Europa Opfer einer Massenmigrationswaffe?

Auf einen Blick

- **Grosse Flüchtlingsströme als potenzielle Waffe, «Migrationswaffe» längst bekanntes sowie bewährtes Mittel von Militärs und Geostrategen**
- **«Migrationswaffe» wird heute gegen Europa und vor allem Deutschland gerichtet: Ursprünge der Migrationswelle sind gezielt (herbei) geführte Kriege, Konflikte und Revolutionen sowie massive von der linken Politik geschaffene Einwanderungsanreize.**
- **Bevölkerungsaustausch der Europäer durch Migranten ist erklärte UN-Politik («Replacement Migration»)**
- **Linke Politik in ganz Europa fördert Masseneinwanderung in die Sozialsysteme: Mittel zur Destabilisierung von Nationalstaaten und zur Errichtung eines sozialistischen Gesellschaftssystems.**
- **Mögliche Invasion Chinas und Russlands in Europa auf dem Höhepunkt ethnosozialer Unruhen. Deren Streitkräfte bereiten sich bereits auf ein solches Szenario vor.**

Seit Jahren wird von Politikern und Medien auf die Tränendrüse gedrückt: Immer mehr Menschen hätten keine andere Wahl, als den Weg nach Europa zu suchen, da, je nachdem, Gewalt, staatliche Verfolgung, Kriege, Armut, Hunger oder (neu) die Klimaerwärmung sie dazu zwingen würden. Was bliebe den Europäern da noch anderes übrig, als grösstmögliche Hilfe zu leisten? Indirekt seien sie durch ihren ausufernden Lebensstil sowieso die Hauptschuldigen für Armut und Elend in anderen Regionen des Planeten. Mal wieder wird «der Kleine Mann» mit Moral belästigt. Oder besser: im Zaum gehalten. Denn Moral ist Zwangsmittel und Psychofalle zugleich, und hat im Falle von Geopolitik selten etwas mit der Wahrheit zu tun. Ausser dem Volk oder dem Bürger glaubt nämlich niemand daran. Moral und Ethik sind keine Werte mehr an sich, sondern nur Mittel zum Zweck. Ethisch, moralisch und vor allem legal hat nur «der Kleine Mann» zu handeln – der grosse aber nicht. Herrschaft beruht im Wesentlichen darauf, dass die Oberen immer eine Option mehr haben, nämlich die irreguläre. Das sichert den ewigen Abstand zwischen oben und unten. Während das Volk in die legale und moralische Zwangsjacke gepresst wird, haben die Herrschenden immer zwei Optionen: die legale und die illegale, die legitime und die illegitime, die moralische und die unmoralische. Und das Beste: Sie können jederzeit zwischen diesen verschiedenen Möglichkeiten wählen.

Sieger beziehungsweise an der Macht bleibt der, der es sich herausnimmt, legal und illegal zu handeln, moralisch und unmoralisch. Das ist übrigens auch der eigentliche Grund, warum «der Dreck immer oben schwimmt», wie der Volksmund sagt: Warum Konzernbosse Bilanzen fälschen, Wissenschaftler Ergebnisse manipulieren und Politiker erschwindelte Doktorhüte tragen – beziehungsweise warum diejenigen, die das alles tun, nach oben kommen.



Kelly M. Greenhill, Politologin der Stanford Universität, untersucht in ihrem Standardwerk «Massenmigration als Waffe – Vertreibung, Erpressung und Aussenpolitik» (Kopp Verlag, 2016), wie Vertreibung, Flucht und erzwungene Zuwanderung in andere Länder als politische Waffe eingesetzt wurden und werden, um diese zu destabilisieren oder auch zu erpressen.

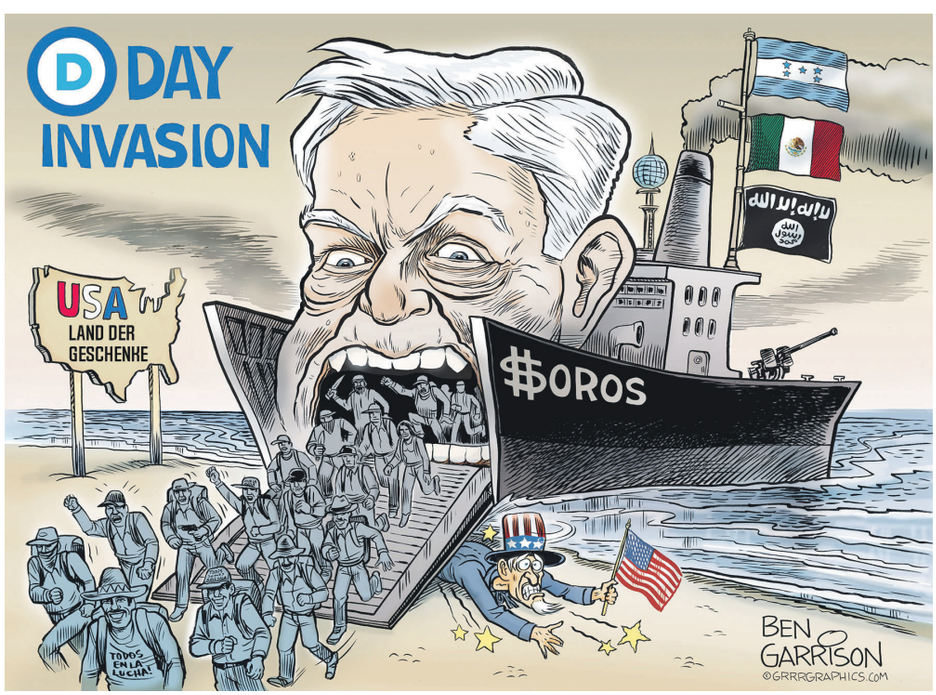
Die moralische Waffe entfaltet bei der sogenannten «Flüchtlingskrise» ihre volle Wirkung. Zehntausende von Bürgern wurden mit ethischen Argumenten und Vorstellungen dazu gebracht, Hunderttausende von Migranten einzuschleusen, zu beherbergen und zu versorgen – und schafften dabei ihre eigene Heimat ab (jedenfalls perspektivisch). Schlimmer wurden Gastfreundschaft, Hilfsbereitschaft und Uneigennützigkeit eines Volkes wohl noch niemals missbraucht. Und ein grosser Teil der Bürger hat sich aus dieser moralischen Knechtschaft noch immer nicht befreit. Sie glauben an das absolute Primat der Hilfsbereitschaft «ohne Obergrenze» – und sind damit eine leichte Beute für Politiker und Strategen, die ohne jeden Skrupel sind. Denn Politiker sind in der Regel weit davon entfernt, irgendjemandem zu helfen – ausser sich selbst und ihrer jeweiligen Clique.

Die Migrationswaffe

Geostrategen wissen natürlich längst Bescheid über die verheerenden Wirkungen von Migrationsbewegungen auf Zielländer und schrecken nicht davor zurück, diese auch einzusetzen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer «Massen-Migrationswaffe». Aber was soll das sein?

Nun, der Begriff ist keine Erfindung von uns, sondern ein Terminus technicus in der strategischen und militärischen Forschung. Bekanntlich forscht das Militär nicht nur an konventionellen Waffen, sondern auch an chemischen, atomaren, biologischen, wirtschaftlichen, finanziellen, meteorologischen, tektonischen und psychologischen Waffen – eben hybrider Kriegsführung. Im Kopf und in den Händen von Militärs und Geheimdiensten können alle möglichen Dinge zur Waffe werden – sogar Menschen. Schliesslich kann man leicht nachvollziehen, wie gefährlich grosse Flüchtlingsströme für ein Land werden können. Sie können zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spannungen und Problemen führen, eine Gesellschaft zersetzen und sogar die einheimische Bevölkerung verdrängen – was einer Vertreibung gleichkäme.

Aus der Sicht feindlicher Militärs und Regierungen ist das natürlich prima. Je nachdem, wie viele Flüchtlinge und Migranten eingesetzt werden, kann daraus eine regelrechte «Migrationsbombe» werden, die zwar nicht detoniert, aber sehr zerstörerisch sein kann. Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Kelly M. Greenhill veröffentlichte 2010 ein Buch mit dem Titel «Weapons of Mass Migration - Forced Displacement, Coercion and Foreign Policy» (in deutscher Übersetzung: Massenmigration als Waffe - Vertreibung, Erpressung und Aussenpolitik, Kopp Verlag, Rottenburg 2016), in dem sie von «strategisch konstruierter Migration» spricht. Im selben Jahr erschien ein Auszug daraus in der elektronischen Monatsschrift «Strategic Insights». [1]



Auch die Massenmigration in die USA wird von globalen Drahtziehern gefördert.

Wenn Menschen zu Waffen werden

Der Beitrag liest sich wie eine exakte Schilderung dessen, was bis heute in Deutschland und anderen europäischen Ländern passiert. Greenhill definiert Migrationswaffen als «grenzüberschreitende Bevölkerungsbewegungen, die absichtlich erzeugt oder manipuliert wurden, um von einem Zielstaat oder Zielstaaten politische, militärische und/oder wirtschaftliche Zugeständnisse zu erzwingen». Neben Erpressung und Zwang kann natürlich auch die blosse Zerstörungswut ein weiteres Motiv sein, das heisst: die Absicht, den Zielstaat oder die Zielstaaten zu vernichten. Exakt das könnten wir in Deutschland und Europa vor uns haben. Denn Deutschland und Europa werden zurzeit regelrecht «zu Tode migriert». Es sei wahrscheinlich, so Greenhill, dass die strategisch inszenierte Migration nicht erkannt beziehungsweise ihre Bedeutung unterschätzt wird.

Alles in allem listet Greenhill in ihrem Artikel mindestens 64 Einsätze der «Migrationswaffe» mit über 40 verschiedenen Flüchtlingsgruppen seit 1953 auf. Angefangen bei Albanien über Bangladesch, Israel, die USA und Deutschland (West und Ost) bis hin zu Zaire hätten zahlreiche Länder diese Waffe oder dieses Druckmittel eingesetzt. Die Dunkelziffer sei allerdings wesentlich höher, weil Drohungen und Erpressungen ja meist in diskreten Gesprächen zwischen Diplomaten ausgesprochen würden. Die Erfolgsquote solcher Erpressungen oder Operationen schätzt die Wissenschaftlerin auf 57 bis 73 Prozent.

Interpretiert man Greenhill richtig, so wird es dann besonders schwierig, wenn Politikern und Bevölkerung durch politisch korrekte Propaganda und Agitation die Hände gebunden sind. Eine politisch korrekte Propaganda wie in Europa, wonach alle Flüchtlinge oder Migranten nicht nur hilfs-

➔

bedürftig, sondern sogar «willkommen» seien, wirkt als «Feuerschutz» für den Angreifer und macht den Zielstaat wehrlos. «‚Deutschland zum Beispiel ist offiziell kein Einwanderungsland. Nichtsdestotrotz wurden immigrationskritische Argumente lange Zeit durch umfassende Rechte und Schutzmassnahmen für Ausländer konterkariert [...], [was] die Macht des souveränen Staates mit einem ganzen Katalog von universellen Menschenrechten eingedämmt hat´», zitiert Greenhill ihren Forscherkollegen Christian Joppke. [2]

Spaltung und Polarisierung

Reale und angedrohte Migrationskrisen neigten dazu, eine Gesellschaft mindestens in zwei hoch mobilisierte Gruppen aufzuspalten, so Greenhill. Eine Spaltung und Polarisierung, die seit 2015 in Deutschland zu beobachten ist. Während das Pro-Lager zu weitgehenden Zugeständnissen bereit sei, bis hin zur Gewährung von Asyl oder Staatsbürgerschaft, lehne das Anti-Lager finanzielle Zugeständnisse und Aufenthaltsgenehmigungen eher ab. Im dialektischen Prozess der Polarisierung käme es auch zwangsläufig zu einer neuen Schärfung von Identitäten und einer deutlicheren Bestimmung des «Wir» und «Die» – ob wir das nun für politisch korrekt halten oder nicht. Während manche ganz in der Schwärmerei für die armen «Flüchtlinge» aufgingen, fühlten sich andere stärker als Deutsche, Franzosen, Ungarn oder auch Syrer oder Muslime. Zwar seien die «Pro-Flüchtlings-Lager» in der Regel kleiner als die «Anti-Lager», schrieb Greenhill, verfügten in der Regel aber über «sehr lautstarke, öffentlichkeitswirksame und rhetorisch geschickte Akteure wie Rechtsanwälte und Aktivisten». Damit könne das Pro-Lager seine geringere Zahl «mit einer höheren politischen Effektivität aufwiegen».



Soldaten tragen das Gepäck der Migranten. Militärisch war die Besetzung von Bundeswehrkasernen durch die Einwanderer ein Zeichen der Kapitulation.

Und natürlich mithilfe der geballten Medienmacht, die in Deutschland fast ausschliesslich aufseiten der «Flüchtlinge» steht, darf man hinzufügen. Die Schärfung der Identitäten führte in Deutschland tatsächlich zu einer Neuformulierung der unterschiedlichen Interessen und weiteren Verschärfung des Tones auf allen Seiten: Politiker bezeichneten Demonstranten als «Pack», Demonstranten hängten Politiker symbolisch an den Galgen. Plötzlich ging es wieder um ganz grundsätzliche Fragen, Befürworter anderer Meinungen wurden gnadenlos ausgegrenzt: Schriftsteller und Journalisten verloren wegen harmloser oder ihnen im Munde herumgedrehter Zitate ihre Existenz. Entwicklungen, die in einem «demokratischen Land» wie Deutschland niemand für möglich gehalten hätte.

> «Wir müssen die Europäer davon überzeugen, dass die Migration unausweichlich ist, und dass es multiethnische Gesellschaften sind, die auch multikulturell und multireligiös sind, die den Wohlstand erzeugen.»
>
> *UN-Generalsekretär Antonio Guterres*

Kapitulation schon 2015

Vieles im Jahr 2015 erinnerte tatsächlich an einen Kriegszustand: Die deutschen Behörden waren vor allem im Herbst 2015 nicht in der Lage, alle Flüchtlinge zu erfassen und zu identifizieren, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 12. Juli 2015 mitteilte (online). Die Folge war: Deutschland hatte damit die Kontrolle über seine Grenzen und sein Staatsgebiet verloren. Rein militärisch gesehen war das gleichzusetzen mit Auflösung und Kapitulation. Und wer sollte herausfinden, warum diese Menschen wirklich fliehen? Waren sie in Krieg und Bürgerkrieg wirklich alle Opfer, oder suchten nicht auch jede Menge Täter ihr Heil in der Flucht – zum Beispiel Kriegsverbrecher, Söldner, Rebellen oder schlicht Kriminelle? Also Leute, die wirklich jede Menge Gründe haben, «das Weite» zu suchen? Und wer sollte wissen, dass sich unter den Flüchtlingen aus Krisen-

«In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehr als 70 Millionen Migranten nötig sein.»

EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos im Jahr 2015 über die Bevölkerung in Europa



Quelle: sn.at, EU-Kommissar: Brauchen über 70 Mio. Migranten in 20 Jahren, 03.12.2015

Foto: European Commission (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Press_Conference_by_Commissioner_Dimitris_Avramopoulos.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

gebieten wie Syrien nicht auch der eine oder andere Söldner oder «Rebell» befand, der in Europa auf neue Aufgaben wartet? Sind diese Söldner und Rebellen möglicherweise sogar noch an ihre früheren Befehlsketten angeschlossen?

Bezeichnend war auch, dass die «Flüchtlinge» leerstehende Bundeswehrkasernen «besetzten». Sie okkupierten sogar operative Kasernen, während die deutschen Soldaten in Zelte umziehen mussten. Die Streitkräfte wurden also aus ihren Kasernen vertrieben und zerstreut. Ein weiteres deutliches Zeichen der Kapitulation. Der «Feind» besetzt schliesslich immer die Einrichtungen des Verlierers. Auch, dass etwa 75% aller nach Deutschland kommenden Asylbewerber männlich und im Alter zwischen 18 und 35 Jahren waren – also im idealen Soldatenalter - untermauerte das Bild einer kriegerischen Invasion mit anderen Mitteln.

NGOs Kriegsparteien?

Wenn man den Migrantenansturm auf Deutschland und Europa als «Migrationswaffe» bzw. hybriden Krieg interpretiert, ergibt sich ein völlig neues Bild: Wenn man es ganz überspitzt formuliert, erscheinen NGOs wie Pro Asyl, Save the Children, Amnesty International usw. fast als militärische Organisationen zur unkonventionellen (Migrations-) Kriegsführung – vielleicht sogar, ohne es zu wissen. Viele Mitglieder und Aktivisten sitzen wahrscheinlich ihrer eigenen Propaganda auf. Zusammen mit der verheerenden europäischen Finanzkrise könnten die Migrantenströme Europa irgendwann den Rest geben. Die Migrantenlager und -heime könnten dabei als Unruheherde fungieren, deren Insassen im Ernstfall ums Überleben kämpfen könnten – gegen die einheimische (also hier ansässige) Bevölkerung. Zum Beispiel bei Versorgungsengpässen.

Ein auffälliges Detail, das hier zumindest Erwähnung finden soll, ist der Lebenslauf des Vaters der berühmten NGO-Aktivistin Carola Rackete: «Ekkehart Rackete ist ein gut bezahlter Berater im Militärsektor, nachdem er früher als Militäringenieur und Experte für Verteidigungssysteme bei der deutschen Bundeswehr diente und den Rang eines Oberst einnahm. Seine Spezialgebiete umfassen Elektronik, Spionage, Sprengstoffentsorgung und interessanterweise auch den Schiffsbau. Mittlerweile ist Rackete laut seinem Linkedin-Profil als Berater bei der Firma ‚Mehler Engineered Defense´ untergekommen, einem im militärischen Bereich tätigen Unternehmen, das sich mit ballistischen Schutzsystemen befasst», so die Webseite unzensuriert.at. Ist Racketes Tätigkeit als illegale Menschenschmugglerin nur ein



Carola Rackete mit ihrem Vater Ekkehart, einst Oberst bei der Bundeswehr und heute Berater im militärischen Bereich. Ob wissend oder unwissend tritt seine Tochter als Schachfigur in einem hybriden Migrationskrieg in die Fussstapfen ihres Vaters.

Akt der Rebellion gegen ihren Vater? Wohl kaum: Denn laut der italienischen Zeitung Corriere della Sera ist dieser stolz auf sie und ihre rechtswidrigen Tätigkeiten. Komisch nicht? Stehen hinter Racketes Aktivismus etwa ganz andere, wenig humanitäre Ziele, die sie der Öffentlichkeit verschweigt? [3]

Beispiel Amnesty

Die harmlos wirkenden «Menschenrechtler» haben schliesslich in der Vergangenheit schon mehrmals die psychologische Munition für Kriege geliefert und der Propaganda einen seriösen Anstrich verpasst. Beispielsweise die Mär, irakische Soldaten hätten in kuwaitischen Krankenhäusern angeblich Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Boden geworfen, führte einst direkt zum Eintritt der USA in den Krieg gegen den Irak – zur «Befreiung» Kuwaits. Was keiner mehr weiss: Die NGO Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügen-Partie. Am 19. Dezember 1990 veröffentlichte Amnesty einen 82-seitigen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait, in dem auch die «Brutkastenlüge» vorkam. Prompt wedelte im Fernsehen ausgerechnet einer der schlimmsten Kriegstreiber aller Zeiten mit dem Bericht herum: US-Präsident George Bush senior. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar 1991, stimmte der US-Kongress für den Krieg gegen den Irak. Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später: «Ich kam zu dem Schluss, dass ein seinerzeit [also 1990] führendes Mitglied von Amnesty International, dessen Namen ich nicht nennen will, ein Agent des britischen Geheimdienstes war.» 25 Jahre später war Amnesty dann auch vorne mit dabei, als es darum ging, die Grenzöffnungen im Zuge der Flüchtlingskrise weiter voranzutreiben. Im September 2015 bedrängte die Organisation die europäischen Länder mit der Forderung einer grosszügigeren Einwanderungspolitik.

Ein Gürtel aus verbrannter Erde

In Wirklichkeit ist die Migrationswelle kein Zufall und unsere Medien schweigen eisern über die wahren Urheber der sich abzeichnenden Katastrophe. Kein Wort kommt

➔



1990 verbreitete Amnesty International weltweit die «Brutkastenlüge» (siehe Ausgabe 4), 2015 machte sich die Organisation für Masseneinwanderung nach Europa stark. Sind die NGOs in Wahrheit propagandistische Fusssoldaten der Globalstrategen?



«Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die Alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Jahrzehnten auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangt. Nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern.»

Sérgio Vieira de Mello, ab 2002 UN-Hochkommissar für Menschenrechte und auf Fürsprache George W. Bushs UN-Sonderbotschafter im Irak, wo er in den Nachkriegswirren einem Bombenanschlag zum Opfer fiel

➔ ihnen über die Lippen über jene, die die Migrationskrise erst angezettelt haben, sodass «Flüchtlinge» auf den letzten Seelenverkäufern übers Mittelmeer schippern und immer wieder ertrinken. Woher also kommt die Migrantenwelle, und wer ist daran schuld?

Nun, wenn unsere Medien nur wollten, müssten sie nicht lange suchen: Einer der wichtigsten Ursprünge der Migrationswelle war der im Jahr 2003 von den USA angezettelte Irak-Krieg sowie der sogenannte «Arabische Frühling», eine seit 2010 über Nordafrika hinwegrollende Welle von Revolutionen, Bürgerkriegen, Putschen und Kriegen, die einen Gürtel aus verbrannter Erde und zerstörten Staaten hinterlassen hat. Mithilfe westlicher Stiftungen und «Menschenrechtsorganisationen» angefacht, erfasste die Welle der Umstürze von Tunesien aus in den folgenden Jahren die drei nordafrikanischen Riesen Algerien, Libyen und Ägypten, aber auch Marokko, Mauretanien, den Jemen und Jordanien. Viele dieser Staaten waren ursprünglich wichtige europäische Verbündete bei der Eindämmung der afrikanischen Flüchtlings- und Migrantenströme nach Europa. Doch dann wurden diese Länder von Deutschlands «Verbündeten» USA, Grossbritannien und Frankreich zerschlagen und ihre Flüchtlingspolitik gleich mit. Als Folge der genannten «Demokratiebewegungen» zog sich ein Gürtel der politischen Instabilität, des Bürgerkriegs und der Not von Mauretanien bis Syrien. Im Grunde genommen wurde dabei ganz Nordafrika in sogenannte «failed states» verwandelt. Eine Ausnahme war Israel, wo es kurzzeitig zwar auch zu Protesten kam, die aber schnell wieder einschliefen und das politische System unberührt liessen. Von israelischen Flüchtlingen wird auch nichts berichtet.

Der Türsteher Europas

Die Migrantenströme sind u.a. eine Folge der westlichen Putsch- und Revolutionspolitik gegen Nordafrika. Gegen einige Länder wurde von Deutschlands «Verbündeten» gar Krieg geführt, und in Libyen, von wo aus heute viele Flüchtlingsboote ihre Reise antreten, wurde der Staatschef ermordet. Bevor das Land 2011 von den USA und ihren Verbündeten bombardiert wurde, hatte es zahlreichen Migranten und Zuwanderern aus dem übrigen Afrika Aufnahme und Schutz geboten. Der Türsteher Europas, Libyen, war Auffangbecken und eine der «letzten Grenzen» auf dem Weg nach Europa für unzufriedene, bedrohte, aber auch arme Menschen aus dem Rest des afrikanischen Kontinents. Bis zu dem angloamerikanischen Krieg gegen das Land war der «Türsteher Europas» (Zeit Online, 29.11.2010) ein enger Verbündeter der europäischen Flüchtlingspolitik, nahm selbst Flüchtlinge aus Afrika auf und zeigte sich sogar bereit, über die «Rücknahme» von Migranten zu verhandeln.

Wie sagte doch Staatschef Muammar al-Gaddafi in einem Interview mit dem französischen «Journal du Dimanche» im Februar 2011: «Ihr sollt mich recht verstehen. Wenn ihr mich bedrängt und destabilisieren wollt, werdet ihr Verwirrung stiften, Bin Laden in die Hände spielen und bewaffnete Rebellenhaufen begünstigen. Folgendes wird sich ereignen: Ihr werdet von einer Immigrationswelle aus Afrika überschwemmt werden, die von Libyen aus nach Europa überschwappt. Es wird niemand mehr da sein, um sie aufzuhalten» (zit. nach Telepolis, 23.4.2015).

Wie wahr. Auch der von westlichen Medien gehasste und verlachte italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi arbeitete an vorderster Front für den Stopp der Fluchtbewegungen aus Nordafrika. Italien, das heute von Migrantenwellen aus Libyen und dem restlichen Nordafrika überschwemmt wird, versuchte die Migrantenströme mithilfe eines Freundschaftsvertrages mit Libyen einzudämmen (2007). Diese Massnahmen zum Schutz der europäischen Grenzen wurden von den USA und ihren Verbündeten mit dem Krieg gegen Libyen sprichwörtlich zerbombt.

Nicolas Sarkozy war neben Barack Obama und Hillary Clinton die Schlüsselfigur bei den Luftangriffen gegen das libysche Militär anno 2011. Hing sein Engagement gegen Gaddafi vielleicht mit seinen zukünftigen Plänen für Europa zusammen? Am 17. Dezember 2008 hatte er diese bei einer Rede an der «École polytechnique» bei Paris preisgegeben:

«**Das Ziel ist die Rassenvermischung.** Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung! Es ist zwingend! Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr grossen Problemen [...], deswegen müssen wir uns wandeln und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern: Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien, und wir werden uns zu diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Massnahmen anwenden!»

Quelle: lepoint.fr, Comment Sarkozy compte relever «le défi du métissage», 17.12.2008



Foto: European People´s Party (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flickr_-_europeanpeoplesparty_-_EPP_Summit_October_2010_(105).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

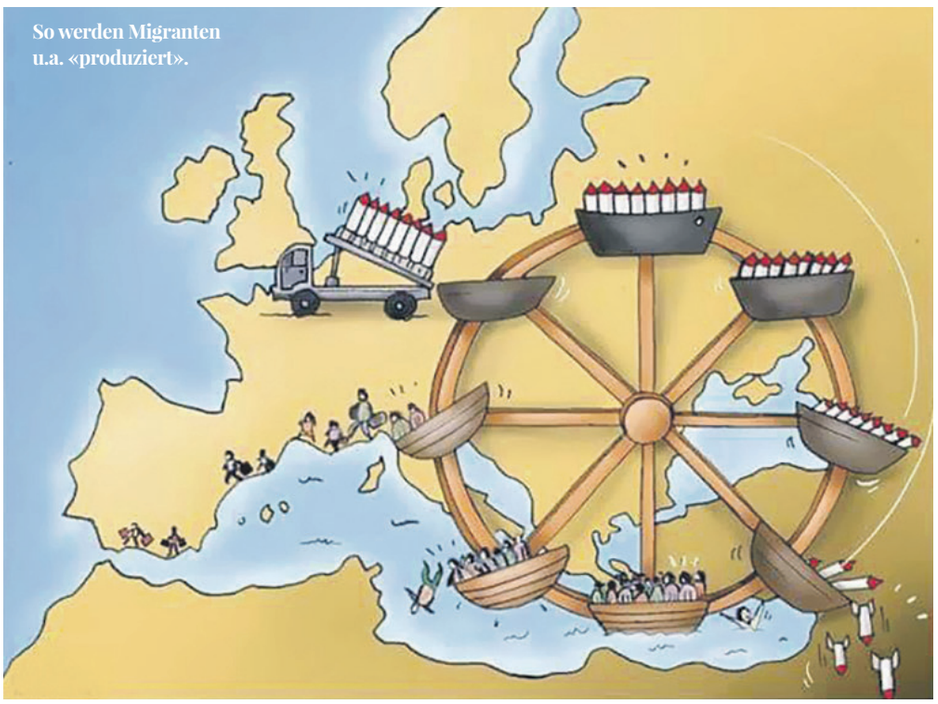
Schlag gegen Nordafrikas Entwicklung

Die Vereinigten Staaten haben jedoch nicht nur die Heimat von Millionen Menschen und ein bequemes «Flüchtlingsbollwerk» für Europa zerstört, sondern auch die wichtigste entwickelnde Kraft Nord- und Zentralafrikas, nämlich Libyen selbst. Diese entwickelnde Kraft hätte dazu führen können, dass Afrika sich selbst hilft. Bis 2011 war Libyen ein blühendes und aufstrebendes Land mit jeder Menge an Rohstoffen, einem vorzüglichen Sozialsystem, faszinierenden Entwicklungsprojekten und einem gesunden Staatshaushalt. Mit den Öl-Einnahmen wuchsen Macht und Möglichkeiten des libyschen Staatschefs. Er investierte die Gelder in gigantische strategische Entwicklungspläne für sein Land, aber auch für ganz (Nord-)Afrika. Das von Gaddafi finanzierte «Great-Man-Made-River-Projekt» ist das weltweit grösste Trinkwasser-Pipeline-System, das fossiles Grundwasser aus der Sahara in Richtung der libyschen Mittelmeerküste leitet.

Sein Blick reichte weit über Libyen hinaus. Gaddafi glaubte nicht nur an die libysche Nation, sondern auch an die Idee des Panarabismus, ja sogar an den «Panafrikanismus», und sah sich selbst als eine Art arabischen und afrikanischen Übervater in den Fussstapfen von Gamal Abdel Nasser, dem früheren Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten Ägyptens. Er wollte sich auch nicht länger auf die globale Rolle des ewigen bösen Buben beschränken, sondern begann das grosse geostrategische «Spiel» zu spielen. Das wirtschaftlich starke und gesunde Libyen strebte eine Entwicklung des restlichen Kontinents an, die von Libyen ihren Ausgang nehmen sollte, sogar mit einer geplanten panafrikanischen Goldwährung. Vermutlich war das der Grund, warum Libyen mit «besonderer Aufmerksamkeit» seitens der westlichen Weltmächte bedacht, das heisst: mit Krieg überzogen wurde.

«Failed State» Libyen

«Nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes haben in Tripolis nicht Demokratie und Marktwirtschaft Einzug gehalten», hiess es damals in dem bereits zitierten Artikel von Telepolis (23.4.2015). «Viel eher hat sich dieses ehemals reichste Land der Region zu einem gescheiterten Staat entwickelt, der entlang seiner uralten Bruch- und Trennlinien zerbrochen ist, wo ein Bürgerkrieg tobt. Der Sturz Gaddafis hat auch die Konflikte in Subsahara-Afrika angeheizt. Es brodelt von Nigeria bis nach Somalia.» Kurz: Der NATO-Krieg gegen Libyen von 2011 war ein K.o.-Schlag für Afrika und Europa. «Die vom Westen einst Gaddafi gelieferten Waffen kommen heute südlich von Libyen zum Einsatz, in Mali, im Niger oder Tschad, und führen zu immer neuen Flüchtlingswellen in Richtung Europa. [...] Während Europas Freiheit angeblich am weit entfernten Hindukusch verteidigt wird, wie es ein deutscher Politiker einmal auszudrücken pflegte, ist in unmittelbarer Nähe unseres Kontinents, an den Ufern des Mittelmeeres, ein massiver Krisenherd entstanden, der das Leben der Flüchtlinge gefährdet, die Zukunft Nordafrikas verspielt und Europas Sicherheit infrage stellt.» (Telepolis)



So werden Migranten u.a. «produziert».

Hochrangige schwedische Akademikerin: Ohne Multikulturalismus wird Europa nicht überleben



«Ich denke, es gibt einen Wiederanstieg des Antisemitismus, weil Europa an diesem Zeitpunkt noch nicht gelernt hat, multikulturell zu sein. Und ich denke, wir werden teilhaben an den Geburtswehen dieser Umwandlung, die stattfinden muss. Europa wird nicht mehr aus monolithischen Gesellschaften bestehen, wie es noch im vorigen Jahrhundert der Fall war. Juden werden eine zentrale Rolle dabei spielen. Es ist eine ungeheure Umwandlung, die Europa machen muss. Sie gehen jetzt in den multikulturellen Zustand über und man wird es den Juden übelnehmen wegen ihrer führenden Rolle. Aber ohne diese führende Rolle und ohne diese Umwandlung wird Europa nicht überleben.»

Quelle: youtube.com, 2000 - BARBARA- SPECTRE: We make You multikulti, 30.11.2014



Spectres Twitter-Konto wurde übrigens Anfang 2015 gesperrt. Grund: Sie hatte dort im November und Dezember 2014 unter dem genozidalen Hashtag #Endwhitepeople («Tod den Weissen») kommuniziert.

UN-Sonderberichterstatter für Migranten: «Homogenität der Völker zerstören»

Peter Sutherland war UN-Sonderberichterstatter für Einwanderung und Entwicklung bei den Vereinten Nationen. In Bezug auf Twitter-Nachrichten, die er bekam, sagte er am 30. September 2015 in einem Interview mit dem «Council on Foreign Relations»:

«Je widerlicher sie werden, desto erfreuter bin ich, denn jeder Idiot oder Nicht- Idiot, der die Tweets liest, die besagen, dass ich dazu entschlossen bin, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt recht, ich bin dazu entschlossen. Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich es tun, inklusive meines eigenen (Volkes).»



Foto: World Economic Forum from Cologny, Switzerland (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Peter-Sutherland-2011.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Wer sich wundert, warum die Flüchtlingsströme aus Afrika einfach nicht abreissen, kommt also nicht umhin, sich mit der Rolle von UNO, EU und NATO ebenso zu beschäftigen wie mit den CIA-Terroristen von Boko Haram und ISIS. Millionen Afrikanern und Arabern wird das Leben ungemütlich bis unerträglich gemacht, während man ihnen gleichzeitig das Heil in Form einer Emigration nach Europa verspricht. So kommt die Flüchtlingskrise des 21. Jahrhunderts u.a. zustande. In Wirklichkeit ist sie nichts weiter als ein Krieg gegen Menschen mithilfe von Menschen.

Ersetzungsmigration

Die Destabilisierung des Nahen Ostens und Afrikas ist allerdings nur eine Seite der Medaille: Die Willkommenssignale und Anreize der europäischen Staaten, die eine ungeheure Magnetwirkung auf verzweifelte Menschen in armen oder zerstörten Ländern ausstrahlen, sind die andere. Die mögliche Antwort auf die Frage nach den eigentlichen Hintergründen der Migrationswelle und warum europäische Regierungen diese auch noch fördern sollten, lautet wohl, dass dies erklärte UN-Politik ist und die meisten Regierungen ihre Kraft längst nicht mehr dem Wohle ihrer Völker widmen, sondern dem Willen der Weltorganisation UNO (siehe Ausgabe 22). Denn ein hybrider Krieg muss nicht von einem anderen Staat geführt werden, er kann auch von einer überstaatlichen Organisation ausgehen, die die nationale Souveränität von Staaten schwächen will, um ihre eigene Macht zu vergrössern.

Für schrumpfende Bevölkerungen sehen die Vereinten Nationen nicht etwa eine Erhöhung der Geburtenraten vor, sondern die «Replacement Migration», also den Bevölkerungsaustausch durch Migranten. Der entsprechende Plan wurde bereits am 21. März 2000 auf der Website der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen veröffentlicht, also etwa ein Jahr bevor die Vereinigten Staaten mit ihrem Krieg in Afghanistan anfingen, systematisch Flüchtlinge «zu produzieren». «Der Bericht erwägt einen Bevölkerungsaustausch für acht wenig fruchtbare Länder (Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, die Koreanische Republik, die Russische Föderation, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten) und zwei Regionen (Europa und die Europäische Union)», heisst es auf der UN-Webseite. «Bevölkerungsaustausch durch Migration bezieht sich auf die internationale Zuwanderung, die ein Land benötigt, um den Bevölkerungsrückgang und die Überalterung durch niedrige Geburten und Sterberaten auszugleichen.» Auf der UN-Webseite wurden sechs Pressemitteilungen über den UN-Bericht in Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch, Russisch und Japanisch angeboten. Anders als in den anderssprachigen Pressemitteilungen sucht man den Begriff «Bevölkerungsaustausch durch Migration» (englisch: «replacement migration» beziehungsweise französisch: «migrations de remplacement») in der deutschen Version allerdings vergeblich. Dort wird dieser Begriff vielmehr in «Bestandserhaltungsmigration» umgelogen, was natürlich viel positiver klingt – nämlich so, als würde man das deutsche Volk nicht austauschen, sondern «erhalten» wollen. Allein an diesem Täuschungsmanöver kann man aber erkennen, worum es der UN wohl geht: Das deutsche und ihm verwandte Völker auszutauschen und es zusätzlich im Unklaren darüber zu lassen.

«Wir erklären erneut, dass Menschen gemäss dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen.»

Punkt 24 der New Yorker Erklärung, Grundlage des «Globalen Pakts für Migration», der von 164 der 193 Mitgliedsstaaten der UN am 10. und 11. Dezember 2018 ratifiziert wurde

«Multikultur wird heute in einigen Teilen Europas als Bedrohung angesehen. Multikultur bringt sicherlich Herausforderungen mit sich, aber Multikultur ist das Schicksal der Menschheit. Es wird künftig nicht mal in den entlegensten Ecken dieses Planeten eine Nation geben, die in ihrer Zukunft vom Multikulturalismus ausgespart bleibt, denn auf dieses Ziel steuert die Menschheit zu. Und die Politiker, die ihren Wählern einen Weg anpreisen, in dem es um einzigartige Kulturen geht: Die verkaufen etwas, das keine Chance haben wird. Europa wird multikulturell sein wie alle anderen Teile der Welt.»

EU-Kommissar Frans Timmermans im Oktober 2015

Die Pläne der UNO

Wozu wird die von der UNO schwarz auf weiss erwünschte und geförderte Massen-Migration nach Europa führen? Die zelluläre Organisation der Menschheit in

Nationalstaaten, die ihre kulturellen und technischen Fähigkeiten entstehen liess und bewahrt hat, soll aufgelöst werden und Kulturen und Individuen in einem globalen Einheitsbrei verschwinden lassen. «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein», prophezeite der Globalist und Karlspreisträger Nicolaus Graf von Coudenhove-Kalergi schon in den 20er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts (laut Der Standard, online, 07.01.2015). «Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen» (Richard Coudenhove-Kalergi: Adel, S. 17). Inzwischen sei die Umgestaltung Europas «unumkehrbar», behauptet heute seine Nichte Barbara Kalergi: «Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht. [...] Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen, und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.» (Der Standard, ebenda)



So wird die «Buntheit» der globalen Massenkultur in etwa aussehen.

Der kleinste gemeinsame Nenner

Die Völkerwanderung von etwa 375 bis 568 n. Chr. bewirkte die Zerstörung des Römischen Reiches und des antiken Europas. Die heutige Völkerwanderung führt zur Zerstörung des modernen Europas. Mit der Demontage der nationalen Grenzen wird Europa seiner «Schotten» beraubt, und es werden ganze Kulturen aufgelöst, um im grossen Ozean der Menschheit aufzugehen wie ein Stück Zucker im Kaffee. Wie das immer so ist, wenn man verschiedenste Menschen und Niveaus mischt, werden sich alle auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner treffen – das heisst: auf dem niedrigsten. Diese neue Menschheit wird nicht bunt sein, wie es die offizielle Propaganda verherrlicht – sondern schmutzigbraun: jegliches kulturelle und geistige Merkmal wird sich in einen undefinierbaren Mischmasch verwandeln. Ganz einfach deshalb, weil «Buntheit» nun einmal Grenzen voraussetzt. Eine bunte Flagge ist nur deshalb bunt, weil zwischen ihren Farben Grenzen existieren. Mischt man jedoch alle Farben zusammen, erhält man ein stumpfes Graubraun ohne jede Identität. Denn Multikulti ist in Wahrheit Monokulti. Wie sagte doch der von den Eliten verehrte Coudenhove-Kalergi: «Wo unter unglücklichen Auspizien Inzucht und Mischung sich begegnen, schaffen sie Degenerationstypen mit schwachem Charakter» und «stumpfem Geist». [4] Genau das ist gewollt.

Krieg gegen Grenzen und Heimat

Niemand darf mehr eine Heimat, eine Identität oder eine Kultur haben, sondern alles wird in einer globalen Massenkultur aufgehen. Durch die Abschaffung nicht nur der nationalen, sondern ausserdem auch der wirtschaftlichen, finanziellen, sexuellen, intellektuellen und kulturellen Grenzen wird sich das Gegenteil von Grenzen und Organisation entwickeln, nämlich ein totales Chaos. Die Abschaffung aller Grenzen wird zur Dekadenz führen, auf Deutsch: zur Zersetzung. Oder noch drastischer: zur Verwesung (englisch: decay). Die Menschheit wird genauso verwesen wie ein Körper, dessen einzelne Zellen sich auflösen. Selbstverständlich wird die Bevölkerung in dem sich entwickelnden Chaos zurückgehen. Unzählige Kulturtechniken werden verloren gehen, auch in der Hygiene und Medizin. Genauso gut könnte man zwar einige Atombomben auf den Erdball werfen, man tut es aber nicht. Erstens, weil es so aussehen soll wie ein natürlicher Prozess (Merkmal eines hybriden Kriegs): Die Menschheit hat sich eben irgendwann zurückentwickelt, wird es später heissen – warum, weiss keiner mehr so genau. Schon deshalb, weil der IQ zu stark gefallen ist. Der humanistisch und karitativ verbrämte und schleichende Prozess schützt die eigentlichen Täter, die ihre Strategie unter dem Deckmantel der Menschlichkeit («Willkommenskultur», «Flüchtlingshilfe» etc.) verfolgen. Der zweite Grund, der gegen die «Atomlösung» spricht, besteht darin, dass die globalen Eliten den Planeten natürlich weiter nutzen wollen.

Eine total am Boden liegende Menschheit wird besonders einfach zu beherrschen sein. Der geografisch und kulturell entwurzelte Homo sapiens wird ohne Ich, Identität und Interessen (und auch ohne Familie) durch die Welt stolpern, leicht manipulierbar sein und zum Objekt einer totalen Unterwerfung werden. Bis dahin werden seine Rechte und seine Identität weiterhin mit der Migrationswaffe «bombardiert» werden. ***(gw)***

Quellen:

1. Bd. 9, 1, Frühjahr/Sommer 2010, S. 116-159
2. Immigration and the Nation State: The United States, Germany, and Great Britain, Oxford 1999
3. unzensuriert.at, Besonders dreist: Vater von «Sea-Watch 3»-Schlepper-Kapitänin ist reicher Militärberater, 30.06.2019
4. Coudenhove-Kalergi: Praktischer Idealismus, S. 22

Das sowjetische Konzept der «Rassen-Kriegsführung»



Wie kommt es dazu, dass sich die linke Politik weltweit für die Einwanderung in westliche Staaten einsetzt? Ihr müsste doch klar sein, dass allen Menschen am meisten geholfen wäre, wenn die potenziellen Migranten in ihrer Heimat Bildung, sinnvolle Arbeit und anständiges Einkommen finden würden. Warum wird die Migration an sich verherrlicht, ohne überhaupt Rücksicht auf das Wohl der Migranten und Aufnahmeländer zu nehmen?

Man kommt auch an dieser Stelle nicht umhin, zu erkennen, dass die marxistische Ideologie, die eng mit der Eine-Welt-Ideologie der UNO verknüpft ist, eine Waffe von mächtigen Eliten gegen die eigentlich bürgerlich-konservativen europäischen und amerikanischen Völker darstellt. Und das seit ihrer Existenz: Ca. hundert Millionen Tote im 20. Jahrhundert unterstreichen die Rolle des Marxismus als eine Art Abrissbirne für intakte Gesellschaften. Und in dieser Tradition ist auch die Forderung nach Masseneinwanderung zu verstehen. Ein Blick in die Geschichte verdeutlicht, wie ethnische Unterschiede von Marxisten bereits seit den 1920ern als Mittel zur Destabilisierung von Nationalstaaten angesehen wurden:

Da die europäische und amerikanische Arbeiterklasse - von den stalinistischen Verbrechen abgestossen und von der kommunistischen Mangelverwaltung enttäuscht - in den 1950ern nicht mehr für den Klassenkampf eingesetzt werden konnte, war den Kommunisten ihr wichtigstes revolutionäres Werkzeug verlorengegangen. Basierend auf der strategischen Vorarbeit von Wladimir Lenin, Leo Trotzki und Antonio Gramsci begannen die sowjetischen Strategen zu Beginn der 1960er Jahre damit, Zwietracht zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten der westlichen Welt zu säen und Randgruppen zu organisieren, denen bislang das «Bewusstsein ihrer Unterdrückung» fehlte, um sie zu einer Art «Ersatzproletariat» zusammenzufassen und gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung aufzuhetzen. Dieses «Ersatzproletariat» sollte sich in Anlehnung an den Kommunisten Antonio Gramsci aus allen «marginalisierten Gruppen der Geschichte» zusammensetzen, zu denen Gramsci nicht nur die «wirtschaftlich Unterdrückten» zählte, sondern insbesondere auch «Frauen, ethnische Minderheiten und viele ‚Kriminelle'», die der gesellschaftlichen Unterschicht angehören, für welche Karl Marx den Begriff «Lumpenproletariat» geprägt hatte. [1]

Wie der in den Westen übergelaufene KGB-Major Anatoliy Golitsyn berichtete, griff Moskau bei der Entwicklung dieses Konzepts auf die Vorgaben des antiken chinesischen Militärstrategen Sun Tsu zurück, der schon im 5. Jh. v. Chr. betont hatte, dass die grösste Kriegskunst darin bestehe, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen. Sun Tsu schrieb: «Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist; verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen; unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen; gebt sie der öffentlichen Schande ihrer Mitbürger preis; nutzt die Arbeit der niedrigsten und ab-



Erwerbsanforderungen im Wandel

Gesellschaftliche Spannungen durch Migration in die Sozialsysteme spielen dem kommunistischen Plan zur Etablierung einer Weltregierung in die Hände, da sie die öffentliche Ordnung eines Staates destabilisieren und eine «Revolutionäre Situation» herbeiführen.



Für über 100 Jahre waren die US-Demokraten die Partei der Sklavenhalter gewesen. Im 19. Jahrhundert waren die weissen Sklavenbesitzer im Süden Amerikas ausschliesslich Demokraten. Auch heute halten die Demokraten die schwarze Bevölkerung arm und abhängig: Durch die ausufernden Sozialsysteme wird die Schaffung von Arbeitsplätzen abgewürgt und Millionen Afroamerikaner hängen am Tropf der Regierung.

scheulichsten Menschen; stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen; verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes; hetzt die Jungen gegen die Alten; zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte; entwertet alte Überlieferungen und Götter; seid grosszügig mit Angeboten und Geschenken und Nachrichten, um Komplizen zu kaufen; bringt überall geheime Kundschafter unter.» [2]

Missbrauch ethnischer Minderheiten

Dabei spielte die Erzeugung einer ethnischen Fragmentierung und Balkanisierung der einstmals homogenen Nationalstaaten eine ganz entscheidende Rolle. Das zugrundeliegende Konzept, ethnische Minderheiten zu missbrauchen, um die öffentliche Ordnung eines Staates zu destabilisieren und eine «Revolutionäre Situation» herbeizuführen, hat in der kommunistischen Methodik bereits eine lange Vorgeschichte, die bis in die 1920er Jahre zurückreicht. Zum Beispiel erging im Jahr 1928 über die Komintern die Weisung an die amerikanischen Kommunisten, die schwarze Bevölkerung der USA sei als «unterdrückte Rasse» zu betrachten, die nicht nur allgemein nach gleichen Rechten, sondern im Süden der USA auch nach «Selbstbestimmung» in einem eigenen, von den USA abgetrennten Staat streben sollte. Dieser Staat sollte sich nach den Plänen der Komintern über weite Teile der amerikanischen Südstaaten erstrecken. Dort seien die weissen Landbesitzer zugunsten der Schwarzen zu enteignen. [3] Doch dieses Konzept stiess in der schwarzen Bevölkerung Amerikas auf heftige Ablehnung, denn sie hatte erkannt, dass es den Kommunisten dabei nicht darum ging, das Los der schwarzen Bevölkerung zu verbessern, sondern dass es sich dabei lediglich um eine Kampagne zur Zerstörung der USA im Interesse Moskaus handelte. [4]



Teil der marxistischen Destabilisierungsmassnahmen ist, den Zusammenbruch der bestehenden Sozialsysteme im Westen herbeizuführen. Bernie Sanders, Spitzenpolitiker der US-Demokraten, wirbt im Präsidentschaftswahlkampf 2020 mit noch grösseren Steuergeschenken für die verarmte schwarze Bevölkerung.

Auf dieser Erfahrung aufbauend wurde in Moskau zu Beginn der 1960er Jahre ein neues, als «Rassen-Kriegsführung» bezeichnetes Konzept zur Instrumentalisierung ethnischer Minderheiten entwickelt. Der Überläufer General Sejna berichtete über eine damals mit grossem Aufwand durchgeführte Untersuchung, die explizit festhielt, welche einzelnen Ziele mit der Aufhetzung fremder Volksgruppen innerhalb der westlichen Staaten erreicht werden konnten. Generell strebten die Sowjets eine Beschleunigung des Revolutionsprozesses und eine politische Destabilisierung der öffentlichen Ordnung an. Ein ausdrückliches Ziel war die vorsätzliche Erzeugung von – wie General Sejna es nannte – «wirtschaftlichem Rassismus». Da die Sowjets in früheren Jahrzehnten die Erfahrung gemacht hatten, dass die schwarze Bevölkerung der USA konservativ, patriotisch und christlich geprägt war und dem Kommunismus mit Ablehnung und Verärgerung begegnete, versuchten die Sowjets von nun an, den Schwerpunkt ihrer Agitation auf die sozialen Ungleichheiten des kapitalistischen Systems zu legen, denn auf soziale Ungleichheiten angesprochen, würde die schwarze Bevölkerung weitaus empfänglicher reagieren als auf die Verbreitung marxistischer Utopien. [5] Da das sogenannte «Lumpenproletariat» der USA nach Einschätzung der Sowjets in den 1960er Jahren bereits zu über 70 Prozent aus ethnischen Minderheiten bestand, ging man davon aus, dass diese Gesellschaftsschicht bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtsituation in den USA nicht nur insgesamt anwachsen würde, sondern dass es dabei insbesondere auch zu einer Zunahme der Spannungen zwischen der weissen Bevölkerungsmehrheit und den ethnischen Minderheiten käme. [6]

Die «Cloward-Piven-Strategie»

Daher sah das sowjetische Konzept der «Rassen-Kriegsführung» ausdrücklich vor, dass vor allem unter jugendlichen Schwarzen der Rassismus als destabilisierendes Element gefördert werden müsse. Zudem war

➔

USA: Ethnische Minderheiten dominieren die Wohlfahrtsstatistik

Amerikaner insgesamt, die staatliche Gelder beziehen		67,891,000
	Prozent	Anzahl
Weisse Amerikaner, die staatliche Gelder beziehen	16,8%	11,405,000
Schwarze Amerikaner, die staatliche Gelder beziehen	39,6%	26,884,000
Lateinamerikaner, die staatliche Gelder beziehen	21.2%	14,392,000
Asiaten oder Pazifikinsulaner, die staatliche Gelder beziehen	18 %	12,220,000

Obwohl Afroamerikaner bisher nur ca. 13% der US-Bevölkerung ausmachen, stellen sie mehr als doppelt so viele Sozialhilfeempfänger wie die weisse Bevölkerung (73%).

Quelle: *statisticbrain.com, Welfare Statistics, 02.09.2016*

Das heisst, ca. zwei Drittel aller schwarzen Amerikaner sind von Sozialhilfe abhängig.

die Arbeitslosigkeit unter Schwarzen zu fördern und zwar in Verbindung mit der Erwartungshaltung, vom «weissen» Staat versorgt zu werden. [7] In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass etwa zur selben Zeit in linken Kreisen der USA die sogenannte «Cloward-Piven-Strategie» aufkam, die auf eine vorsätzliche Überlastung der amerikanischen Sozialsysteme abzielte, um deren Zusammenbruch herbeizuführen und damit den Übergang in eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu erzwingen. Die «Cloward-Piven-Strategie» baute darauf auf, dass viele Amerikaner zwar die rechtlichen Voraussetzungen für den Bezug von Sozialhilfe erfüllten, aber trotzdem keine entsprechenden Anträge stellten. Mit einer grossangelegten Kampagne sollten möglichst viele potentielle Sozialhilfeempfänger dazu angestiftet werden, ihre Ansprüche geltend zu machen. Dies würde zwangsläufig zum bürokratischen und finanziellen Zusammenbruch der bestehenden Sozialsysteme führen und eine akute Verschärfung des Klassenkampfes mit Massenprotesten und gewalttätigen Krawallen bewirken, was wiederum die Politik zur Einführung eines Programms der Einkommensumverteilung in Form eines garantierten, steuerfinanzierten Grundeinkommens zwingen würde. Die Befürworter dieser Strategie behaupteten, dass dadurch nicht nur die «Armut abgeschafft» würde, sondern die politisch linksstehende Demokratische Partei könnte dadurch auch viele neue Wähler und Unterstützer, insbesondere unter den ethnischen Minderheiten, gewinnen. Nach Ansicht politischer Kommentatoren führte die Umsetzung der «Cloward-Piven-Strategie» durch linke Agitatoren in den folgenden Jahrzehnten tatsächlich zu einer enormen Zunahme der Zahl von Sozialhilfeempfängern und erzeugte nach Ansicht von Professor John McWorther ganze «Generationen von Schwarzen, für die Erwerbsarbeit etwas Abwegiges ist». [8]

Migranten-Magnet Sozialsystem

Setzt man General Sejnas Aussage, dass die Sowjets ausdrücklich darauf abzielten, ethnische Minderheiten von den Sozialsystemen der bürgerlichen Staaten abhängig zu machen, in Zusammenhang mit der «Cloward-Piven-Strategie», dann wird die hintergründige Logik verständlich, weshalb sich die linke Politik europaweit für eine nahezu unbegrenzte Aufnahme von Armutsflüchtlingen einsetzt, denn damit kommt ein nahezu irreversibler Automatismus in Gang, der ein von staatlichen Sozialleistungen abhängiges «Ersatzproletariat» schafft und der schliesslich die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erzwingt.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die deutschen Grünen laut einem Bericht der Wochenzeitung Junge Freiheit vom Oktober 2013 sogar ausdrücklich eine «Einwanderung in die Sozialsysteme» fordern. **Denn nach Ansicht ihrer damaligen Fraktionssprecherin Katrin Göring-Eckardt brauchen «wir» nicht nur die Einwanderung von «Fachkräften», sondern auch von «Menschen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können».** [9]

Auf dem Weg zum sozialistischen Umsturz schafft sich die linke Politik damit auch ihr eigenes, neues Wahlvolk. Je mehr sozialstaatlich abhängige Einwanderer im Land, desto mehr kostenlose Versorgung und Privilegien kann man den Neubürgern versprechen, die dann auch die linken Parteien wählen und den Mittelstand weiter enteignen.

Jugendgangs und Rauschgiftkonsum

Wie General Sejna berichtete, sah das sowjetische Konzept der «Rassen-Kriegsführung» darüber hinaus vor, den Rauschgiftkonsum insbesondere unter der schwarzen Bevölkerung der USA zu fördern. Da der



Foto: ©Raimond Spekking/ CC-BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

«Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht – die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern **weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?**»

Katrin Göring-Eckardt, deutsche Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen

Quelle: spiegel.de, Die Pastoralisierung der Politik, 02.11.2017



Ein Tweet von Kevin Kühnert, Vorsitzender der SPD-Jugendorganisation «Jusos», vom 10.11.2019. In Bezug auf einen vorherigen Tweet über Artikel 3 (1) des Grundgesetzes («Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich») fordert Kühnert ein Wahlrecht für Ausländer und schiebt zugleich seinen Wunsch nach einer «Umvolkung» hinterher. Vertreter linker Parteien halten mit ihren radikalen Ambitionen inzwischen nicht mal mehr hinterm Berg.



Rauschgiftkonsum unter der hispanischen Bevölkerung der USA zur damaligen Zeit bereits weit verbreitet war, wollte man die beiden ethnischen Minderheiten zusammenbringen, um damit ein Überschwappen des Rauschgiftkonsums auf die schwarze Bevölkerung zu erreichen und um eine Art Volksfront der ethnischen Minderheiten gegen die weisse Mehrheitsbevölkerung aufzubauen. Besonders von der Verbreitung des Rauschgiftkonsums in diesen Bevölkerungsgruppen versprachen sich die sowjetischen Strategen eine – so wörtlich – «unheilbare politische Zerstörung». [7] Selbst das in amerikanischen Grossstädten weit verbreitete Problem der kriminellen Jugendgangs entstand laut General Sejna unter dem Einfluss der Kommunisten. Auf Jamaika wurden während der Amtszeit des marxistischen Premierministers Michael Manley ab dem Jahr 1974 junge Jamaikaner ganz offen zur Guerillaausbildung nach Kuba geschickt. Kurze Zeit später tauchten in den USA die ersten jamaikanischen Jugendgangs auf, die anschliessend zu den wichtigsten Dealern des Kokain-Derivats «Crack» wurden. [10]

Wie grassierende Kriminalität und No-Go-Areas zeigen, sind die Behörden in Deutschland und Europa inzwischen nicht mehr in der Lage, die öffentliche Ordnung zu garantieren. Die überfremdeten und balkanisierten Staaten der westlichen Welt, in denen es vielerorts weder eine gemeinsame Sprache, noch eine verbindende Kultur, Religion oder nationale Identität mehr gibt, werden nur noch vom sozialstaatlich garantierten materiellen Wohlstand zusammengehalten. Fällt dieses letzte noch stabilisierende Element weg, etwa durch einen Finanzcrash mit anschliessender Wirtschaftskrise, dann wird zwangsläufig genau jene einst von den Sowjets erwünschte «Revolutionäre Situation» entstehen.

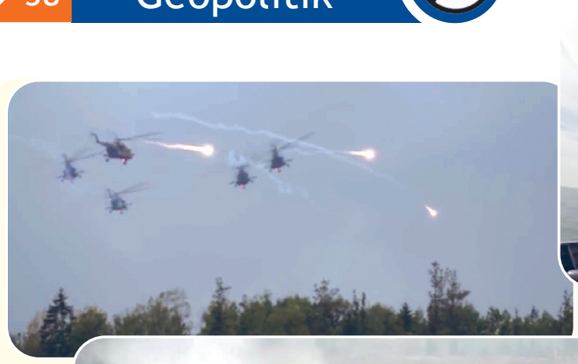
Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass tatsächlich bereits seit einiger Zeit durch die russische Propaganda gezielt die Vorstellung verbreitet wird, «Russland» werde Europa irgendwann «vor den Moslems retten», was als psychologische Vorbereitung einer zukünftigen Invasion verstanden werden kann, die auf dem Höhepunkt flächendeckender ethnosozialer Unruhen zu erwarten wäre.

Die finale Invasion

Eine im Jahr 1999 von zwei Offizieren der rotchinesischen Armee unter dem programmatischen Titel «Unbegrenzte Kriegsführung» (siehe S.61, S.67 u. S.104 ff.) verfasste Schrift stellt unter Beweis, dass das klassische Konzept der kommunistischen Übernahme eines westlichen Staates – von der planmässigen Destabilisierung über die Krise bis zur Invasion – zwar nach wie vor gültig ist, aber mittlerweile um die Methoden der Cyberkriegsführung erweitert wurde, sodass sich in etwa nachfolgendes Szenario ergibt. Die rotchinesischen Offiziere schrieben: «Wenn es dem Angreifer gelingt, grosse Mengen Kapital aufzubringen, ohne dass die gegnerische Nation dies bemerkt und er einen heimlichen Angriff gegen seine Finanzmärkte beginnt, womit er eine Finanzkrise verursacht und er – nachdem er zuvor einen Computervirus mit einem Hackerzugang im Computersystem des Gegners installiert hat – einen Netzwerkangriff gegen den Gegner durchführt, der sein ziviles Elektrizitätsnetz, sein Verkehrsnetz, sein Finanztransaktionsnetz und seine Massenmedien vollständig lahmlegt, dann wird das die gegnerische Nation ins soziale Chaos stürzen, Krawalle auf den Strassen verursachen und eine politische Krise auslösen. Dann folgt anschliessend das gewaltsame Niederringen durch die Armee, bei dem stufenweise militärische Mittel eingesetzt werden, bis der Gegner zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen wird.» [11]

Um die anschliessende Invasion formell legitimieren und als «Friedensmission» ausgeben zu können, bedient sich die kommunistische Strategie einer eigens zu diesem Zweck gebildeten Marionettenregierung, die sich während der Krise zur provisorischen Regierung des im Chaos versinkenden Landes erklärt und deren einzige Amtshandlung darin besteht, eine Intervention östlicher Friedenstruppen zur «Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung» herbeizurufen. Es ist bemerkenswert, dass sich die Streitkräfte Russlands und Chinas schon seit Jahren in regelmässigen Militärmanövern auf ein genau solches Szenario vorbereiten. **Zum Beispiel hatte bereits das erste Militärmanöver der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SZO) im Jahr 2005 unter dem Namen «Friedensmission 2005» ein Szenario zur Grundlage, bei dem ein Drittland wegen**

➔









Das russische Manöver Sapad-2017 (Westen-2017) war vom Kreml offiziell als Anti-Terror-Übung deklariert worden. Doch wurde damit möglicherweise ein totaler Krieg gegen die NATO in Europa geübt, bei dem auch Luft- und Raketenangriffe gegen strategische Ziele in Deutschland simuliert wurden? NATO-Offizielle wie General Petr Pavel bezeichneten das Manöver als «ernsthafte Vorbereitung für einen grossen Krieg». Die NATO selbst veranstaltet derzeit (seit Ende Januar) das Grossmanöver «Defender 2020». Dass der Ernstfall gerade in Osteuropa geprobt wird, ist vermutlich kein Zufall.

schwerer ethnosozialer Unruhen um Hilfe bat, woraufhin ein von der UN mandatierter Einsatz russischer und chinesischer Truppen erfolgte. An diesem als «Anti-Terror-Einsatz» bezeichneten Manöver waren nicht nur Bodentruppen, sondern auch Kriegsschiffe und strategische Bomber beteiligt. [12]

In ähnlicher Weise war auch das russische Manöver Sapad-2017 (Westen-2017) vor zwei Jahren vom Kreml offiziell als Anti-Terror-Übung deklariert worden. In Wirklichkeit wurde damit jedoch ein totaler Krieg gegen die NATO in Europa geübt, bei dem auch Luft- und Raketenangriffe gegen strategische Ziele in Deutschland simuliert wurden. Die russischen Sapad-Manöver finden regelmässig statt, und in der Vergangenheit war dabei trotz der üblichen Bezeichnung als Anti-Terror-Übung auch der Einsatz von Atomwaffen geübt worden. Es ist offensichtlich, dass die Staaten Westeuropas einem derartigen russischen «Anti-Terror-Einsatz» auf dem Höhepunkt flächendeckender bürgerkriegsähnlicher Zustände kaum etwas entgegenzusetzen hätten, sodass das Endergebnis der Destabilisierung Europas die vorerst uneingeschränkte, militärisch erzwungene Kontrolle Russlands und Chinas über den eurasischen Kontinent wäre. ***(tk/tm)***

Quellen:

1. Hoover Institution Policy Review 01.12.2000 - Why there is a Culture War
2. konservativ.de, Gerhard Löwenthal - Agitation und Psychokrieg kommunistischer Diktaturen
3. J. Edgar Hoover, Masters of Deceit S.243 f.
4. Louis F. Budenz, The Techniques of Communism S.257 f.
5. Joseph Douglass, Red Cocaine, S.72
6. Ebenda, S.45
7. Ebenda, S.72 f.
8. Wikipedia.com, Cloward Piven
9. Junge Freiheit, Grüne fordern Einwanderung in die Sozialsysteme, 09.10.2013
10. Red Cocaine, S.74
11. Unrestricted Warfare, S.122 f.
12. Chinadaily.com, SCO to promote security coop, 14.6.2014

Krieg gegen Südafrika – Blaupause für Europa?



Während Südafrika im letzten Jahrhundert der mit Abstand sicherste Ort für schwarze Menschen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent war und sich des Zustroms hunderttausender schwarzer Flüchtlinge und Arbeitssuchender aus den marxistisch regierten («befreiten») Nachbarländern kaum erwehren konnte, wurde es vor allem in den Achtziger-Jahren einer ahnungslosen Weltöffentlichkeit als der Inbegriff rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung hingestellt. Allen voran die Vereinten Nationen – mit Rückendeckung von Medien, Kirchen und vielen anderen privaten Organisationen – forderten lautstark von aller Welt Sanktionen und Wirtschaftsboykotte gegen Südafrika, was daraufhin auch vielfach geschah. Das Ergebnis war die Machtübernahme von Nelson Mandelas kommunistisch sowie terroristisch ausgerichteter Organisation ANC («African National Congress»). Seitdem versinkt das Land im Chaos: Inflation, Plünderung der Staatsfinanzen, himmelhohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und Obdachlosigkeit, und die weltweit höchsten Raten von Mord, Vergewaltigung, Raub, Entführung und Autodiebstahl.

Allzu oft geht jedoch unter, dass die Machtübernahme des ANC eine lange Vorgeschichte hat, denn Südafrika war seit den 70er-Jahren Ziel einer hybriden Kriegsführung aus dem Ausland: Um das Land zu destabilisieren, wurden sowohl von den Sowjetunion als auch den USA Wirtschaftsboykotte vorangetrieben, oppositionelle Gruppen aufgebaut und grosse Kampagnen psychologischer Kriegsführung gegen das «Apartheid-Regime» im Westen eingeleitet. Erst so wurde Südafrika entscheidend destabilisiert und für die Weltöffentlichkeit zur Klischeevorstellung eines rassistischen Terrorstaats verzerrt. In diesem von aussen geschaffenen Meinungsklima konnte der Systemwechsel erst stattfinden. In der **ExpressZeitung Nr.20** gehen wir der hybriden Kriegsführung gegen Südafrika auf die Spur!

Zudem stellen wir die Frage, ob Europa in naher Zukunft ein ähnliches Schicksal blüht wie Südafrika? Die inzwischen stattfindende Enteignung, Vertreibung oder Ermordung der weissen Bevölkerungsschicht in Südafrika scheint Teil einer rassistischen Umgestaltung der Welt zu sein, bei der die weissen Intelligenzschichten mit dem Segen der UNO unterdrückt und bekämpft werden. Soll die Welt entzivilisiert und barbarisiert werden, um sie unter die brutale Kontrolle einer Neuen Weltordnung (NWO) unter der Ägide der UNO zu stellen?



Feindbild «alter weisser Mann»

Nicht nur in Südafrika, sondern auch hierzulande ist der «alte weisse Mann» «das neue Feindbild», wie die Zeitschrift Tichys Einblick schrieb: «Die westliche Kultur hat in den letzten 200 Jahren die gesamte moderne Welt erschaffen. Sahen wir bis vor 50 Jahren dies im Westen noch als einen unglaublichen Erfolg, ist dem heute eine tiefe Skepsis und ein westliches Schuldbewusstsein gewichen. Nur die ausserwestliche Welt sieht und respektiert dies noch als grossartige Leistung, denn sie weiss, dass sie selbst zu den Errungenschaften der modernen Welt nicht viel beigetragen hat.» (online, 09.03.2016) «Wenn ich es recht besehe», schrieb Tichy-Autor Klaus-Jürgen Gadamer, «kommt alle Entwicklung der letzten Jahrhunderte von den weissen Männern der westlichen Kultur. [...] Hätten diese nichts hervorgebracht, wären wir heute noch im Mittelalter [...]». Und genau das macht sie aus der Sicht der heutigen Globalstrategen so verhasst. Denn sie haben kein Interesse an einer weissen Mittelschicht, die konservativ denkt, auf eigenen Beinen steht und keinen Grund sieht, sich den Weltregierungsplänen weniger Eliten anzuschliessen! ***(gw/tk)***



Der WDR hat Ende 2019 mit dem WDR-Kinderchor der Dortmunder Chorakademie ein Lied mit dem Titel «Meine Oma» aufgenommen. Nach der Aufzählung zahlreicher angeblicher Umweltsünden wie Fliegen, Fleisch essen und Kreuzfahrten gipfelte der Song in der Zeile «[...] meine Oma ist ne alte Umweltsau». Wenig später legt der freie WDR-Mitarbeiter Danny Hollek auf Twitter mit der Beschimpfung «Nazisau» für die ältere Generation nach. Anhand solcher Geschmacklosigkeiten wird ein Trend deutlich: Die «Alten» sind für die marxistische Agenda ein Hindernis und werden propagandistisch bekämpft.

Der Krieg gegen «rechts» – oder doch die Opposition?

Der Kampf gegen rechts ist in aller Munde. Tagein, tagaus hören wir von «Rechten», «Rechtspopulisten» oder gar «Nazis». Alles, was bei drei nicht auf den Bäumen ist, wird als braun angeschwärzt – beziehungsweise angebräunt. Der «Kampf gegen rechts» ist aber ebenfalls keine moderne Erfindung unserer Medien, von Angela Merkel oder der von ihrer Regierung bezahlten Amadeu Antonio Stiftung, sondern von Mao Tse-tung: Schon «1957 brach der Kampf gegen den rechten Flügel aus», heisst es in einer Dissertation über die chinesische Kulturrevolution. Alles und jeder wurde als «rechts» abgestempelt: «Im Rahmen der Kampagne wurden 540.000 Menschen dem rechten Flügel zugeordnet. Diese waren zu einem grossen Teil Intellektuelle, Demokraten und Parteikader [...]»

➔



«Der ‚Kampf gegen rechts´ war charakteristisch für die kommunistischen Diktatursysteme des 20. Jahrhunderts», schrieb der deutsche Jurist Josef Schüsslburner. [1] In China sei dieser zwar vor allem innerparteilich als «Kampf gegen Rechtsabweichler» durchgeführt worden, habe dabei aber den Zweck gehabt, «eine nichtsozialistische Alternative und damit die Abschaffung der linken Diktatur von vornherein zu verhindern». Dieser Kampf gegen rechts habe die «Volksrepublik» China vor allem in den Jahren zwischen 1958 und 1962 «in eine Hölle auf Erden» verwandelt, die in die «Kulturrevolution» mündete. In den zehn Jahren der Kulturrevolution «zwischen 1966 und dem Tod Maos 1976» seien «zwischen 1,5 und 1,8 Millionen Menschen getötet» worden. Ebenso viele hätten «dauerhafte körperliche Schäden» davongetragen. 22 bis 30 Millionen Menschen seien politisch verfolgt worden – «entlassen, zur ‚Umerziehung´ aufs Land geschickt, ins Gefängnis gesteckt; und da in Maos China die Sippenhaft galt, dürften über 100 Millionen Menschen unter der Kulturrevolution gelitten haben, wie der Freiburger Sinologe Daniel Leese in seinem neuen Buch Die chinesische Kulturrevolution vorrechnet», schrieb Die Welt. [2]

In China wütete «eine gnadenlose Anti-Rechts-Kampagne», heisst es auf planetwissen.de, einer Website der ARD: «Die Kritiker, die sich mit ihrer Systemkritik geoutet haben, werden nun rigoros verfolgt, mundtot gemacht, verschleppt, eingesperrt und hingerichtet. Hunderttausende kommen um oder werden in Arbeitslager interniert.» [3]



Interessant, nicht? Auch im heutigen Merkel-Deutschland gibt es schliesslich einen «Kampf gegen rechts». Mit Verleumdung fängt es an, mit Pogromen hört es auf! ***(gw)***

Quellen:

1. «Der ‚Kampf gegen rechts´ in der Volksrepublik China – Massenmord und Menschenexperiment», ohne Datum
2. welt.de, Maos Schwimmstunde kostete 100 Millionen Opfer, 16.07.2016
3. planetwissen.de, China unter Mao: 1949-1966, 29.07.2016

EU macht Europäer zu Bürgern zweiter Klasse


Ein Entschluss des EU-Parlaments fordert Sonderrechte für Afrikaner in Europa.

Im März 2019 beschloss das EU-Parlament einen Antrag mit dem Titel «Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung». Dieser Entschluss steckt voller dreister Forderungen an den nichtsahnenden Europäer, der dabei weder mitentscheiden konnte, geschweige denn überhaupt darüber informiert wurde. Das Dokument ist nicht nur mit der Forderung, sichere und legale Migration aus Afrika nach Europa zu gewährleisten, die logische Folge auf den UN-Migrationspakt (siehe Ausgabe Nr. 19 und 22) und damit ein weiterer Keil, der in die westlichen Nationen, ihre Kultur und ihr Selbstbestimmungsrecht getrieben wird.

Schon beim Titel darf man nämlich misstrauisch werden. Denn haben Bürger der EU nicht bereits Grundrechte, die für alle gleichermassen gelten? Den Forderungen nach erhalten «Menschen afrikanischer Abstammung» ihre ganz eigenen, zusätzlichen, massgeschneiderten Rechte – eigentlich Privilegien.

Die Grundprämisse der EU-Entschliessung ist der einheimische Europäer, der vor «Afrophobie, Afriphobie und Rassismus gegen Schwarze» (so tatsächlich Worte aus dem Papier) nur so strotzt, weshalb der Afrikaner eines besonderen Schutzes und einer Sonderbehandlung bedarf. Diese Grundprämisse lässt sich bereits in der allerersten Forderung erkennen, in der die Mitgliedstaaten und EU-Organe dazu aufgefordert sind, «anzuerkennen, dass Menschen afrikanischer Abstammung besonders stark Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt sind». Deswegen sollen «nationale Strategien für die soziale Inklusion und Integration von Menschen afrikanischer Abstammung» entwickelt werden.



«Wir wagen hier ein historisch einzigartiges Experiment, und zwar, eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. [...] Dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.»

Yascha Mounk, Journalist (u.a. New York Times, The Wall Street Journal, Zeit Online) am 20. Februar 2018 in den ARD-Tagesthemen über Deutschland

«Selbst beim besten Willen wird es nicht gelingen, so viele Menschen aus einem völlig fremden Kulturkreis erfolgreich zu integrieren.»



Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern, 2016 als Finanzminister von Bayern über die ‚Flüchtlingskrise"

Quelle: krone.at, Bayern: Hunderttausende Migranten zurückschicken!, 27.08.2016

Schwarze Geschichte im Lehrplan

Es werden «Monate der schwarzen Geschichte» und ein ganzes, offiziell zu begehendes «Jahrzehnt der Menschen afrikanischer Abstammung» gefordert. Begründet wird dies u.a. mit der tiefen, historischen Schuld der Weissen an den Schwarzen. Dieses besagte Jahrzehnt wurde übrigens schon 2013 von der UN ausgerufen – und zwar für die Jahre 2015-2024! Wer da einen Zufall glaubt...

Die Geschichte der Afrikaner und «eine umfassende Sicht auf die Themen Kolonialismus und Sklaverei, wobei die historischen und gegenwärtigen negativen Auswirkungen auf Menschen afrikanischer Abstammung anerkannt werden», soll ebenso Teil der Lehrpläne werden, um Diskriminierung und Segregation zu unterbinden und «der Vielfalt im Klassenraum zu begegnen». Die Schuldzuweisung bleibt hierbei recht einseitig und ob auch beispielsweise die wahre Geschichte Südafrikas (ExpressZeitung Nr.20) oder die Entwicklungen in Ruanda nach dem Abzug der Weissen eine Rolle im Lehrplan spielen wird, bleibt fraglich. Ebenso scheint es nicht von Belang zu sein, dass Schwarze nicht nur von Weissen versklavt wurden und Weisse selbst ebenfalls Opfer des Sklavenhandels waren. Überhaupt dürfte der Fakt, dass Sklavenhaltung einst global unter vielen Völkern verbreitet war, doch die Weissen diejenigen waren, die diesen «Brauch» beendet haben, wohl kaum in den geforderten Lehrplänen auftauchen. Die «Menschen afrikanischer Abstammung» sollen in Watte gepackt werden. Man kann sich beinahe vorstellen, wie zukünftige Unterrichtsstunden aussehen könnten, vor allem in Schulen, in denen europäische Kinder ohnehin schon die Minderheit darstellen. Der geforderte Lehrplan wird zur Anklageschrift gegen die weissen Schüler. Ruft man sich Berichte über Problemschulen in Erinnerung, wagt man es sich kaum vorzustellen, wie die Kinder darunter zu leiden haben werden, wenn das Mobbing auch noch durch das Rüstzeug einer einseitigen Geschichtsdarstellung im Lehrplan legitimiert wird.

Aus Rücksicht auf Afrikaner...

Gleichzeitig sollen die EU-Nationen angeblich «rassistische und afrophobe Traditionen» anprangern und dagegen vorgehen, wobei fraglich ist, was für die Initiatoren des Antrags alles als «rassistisch» oder «afrophob» gilt. Wie sieht es aus mit der am 6. Januar stattfindenden Tradition der Heiligen Drei Könige, bei der Kinder – eines davon schwarz bemalt – um die Häuser ziehen

➔



Plakat aus der Kampagne «Ich bin kein Kostüm!» der Partei Die Linke, das zeigt, wie radikal man das im Grundrechte-Antrag erwähnte Anprangern «rassistischer und afrophober Traditionen» interpretieren könnte. Steuert Europa auf ein Verbot von bestimmten als «rassistisch» gebrandmarkten Karnevalskostümen zu?





Wenn man sieht, wie selektiv hohe politische Beamte wie Sawsan Chebli (SPD) und junge linke Aktivisten das Prinzip «Meinungsfreiheit» interpretieren, kann man ahnen, was den Deutschen beim Kampf gegen «rassistische und afrophobe Traditionen» drohen würde.

und Lieder singen? Auch Fasching steht schon jetzt schon in der Kritik. Oft ist der Vorwurf die sogenannte «cultural appropriation» (Übersetzt: kulturelle Aneignung). Ein Indianerkostüm ist dabei nur eine von vielen Faschingskleidungen, die schon jetzt bei manchen als rassistisch gelten.

Unter dem Vorwand, der angeblichen Diskriminierung, die die europäischen Strukturen durchzieht, begegnen zu wollen, werden auch im Weiteren allerhand Vorzugsrechte gefordert, wobei man sich als EU-Bürger und europäischer Steuerzahler regelrecht überrannt vorkommen dürfte: Schwarze sollen im Arbeitsmarkt und im Unternehmertum gefördert werden; es soll dafür gesorgt werden, dass ihre Wohnverhältnisse angemessen sind; es wird die Unterstützung und Entwicklung von «Initiativen zur Förderung der politischen Beteiligung von Menschen afrikanischer Abstammung» gefordert, ebenso soll der fehlenden Repräsentanz von Schwarzen in Fernsehsendungen und anderen Medien angemessen entgegengewirkt werden – einschliesslich «dem Mangel an Vorbildern für Kinder afrikanischer Abstammung».

Rassismus unter neuen Vorzeichen?

Besonders brisant: Der effizienten Aufklärung von Verbrechen wird ein Riegel vorgeschoben. Zukünftig soll nämlich «die Erstellung von Profilen auf der Grundlage der Rasse oder der ethnischen Zugehörigkeit in allen Formen der Strafverfolgung, der Terrorismusbekämpfung und der Einwanderungskontrolle» beendet werden. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, «die Praktiken der unrechtmässigen Diskriminierung und Gewalt offiziell anzuerkennen und zu bekämpfen, indem in den Behörden Anti-Rassismus-Schulungen sowie Schulungen zur Beseitigung von Vorurteilen abgehalten werden». Das bedeutet im Grunde nichts anderes als die Aberziehung des geschulten Blickes bei der Polizeiarbeit und damit den Schutz von Verbrechern.

Verbrechen, deren Ahndung dagegen besonders gefordert wird, sind sogenannte «Hassverbrechen gegen Menschen afrikanischer Abstammung», die «erfasst, untersucht, verfolgt und bestraft» werden sollen, wobei offen bleibt, was genau ein solches «Hassverbrechen» genau ausmacht. Straftaten werden immerhin auch jetzt schon nach bisherigem Gesetz bestraft, doch aus Sicht des EU-Parlaments wird im Umkehrschluss ein Gewaltverbrechen aus reiner Mordlust für weniger schlimm befunden, als wenn ein Motiv «der Voreingenommenheit [...] aufgrund der Rasse» vorliegt, denn Letzteres soll als erschwerender Faktor gewertet werden. Die Erfahrung der letzten Jahre legt nahe, dass, sobald ein Schwarzer durch einen Weissen zu Schaden kommt, ein «fremdenfeindlicher Hintergrund» gemutmasst wird, was zukünftig härter bestraft werden soll. Den gegenteiligen Fall, nämlich dass ein Verbrechen an einem Deutschen durch einen Migranten als rassistisch und antideutsch wahrgenommen wird und die politische Forderung, so ein Verbrechen deswegen härter zu bestrafen, sucht man vergebens. Entsprechend könnte man schlussfolgern, dass ein schwarzes Leben für die EU mehr wert ist als ein weisses.

Der gesamte Forderungskatalog, einschliesslich seiner Hinweise und Erwägung, «Menschen afrikanischer Abstammung» würden gesetzlich nicht die gleichen Rechte geniessen, erhebt diese, an der Gleichberechtigung vorbei, zu Bürgern erster Klasse, denen sämtliche Förderungen, Unterstützung und Schutz zukommen muss. Der einheimische EU-Bürger dagegen wird (zum Menschen zweiter Klasse) degradiert und muss seine eigene Verdrängung nicht nur akzeptieren, sondern auch finanzieren. Gefällt ihm das nicht, wehrt er sich und begehrt auf, gibt er dem Pakt auch noch Recht, da dieser ohnehin davon ausgeht, dass der Europäer ein diskriminierender, fremdenfeindlicher Rassist ist, den es umzuerziehen gilt.

Wäre dieses Dokument nur ein Handzettel einer linksradikalen Gruppierung, könnte man die Forderungen als reine Provokation abtun. Doch diese Forderungen und damit auch ihre Erfüllung wurde vom EU-Parlament unterzeichnet. Die Untergrabung und Unterwanderung der EU-Länder wird also von den höchsten Stellen aus durchgeführt (siehe auch ExpressZeitung Nr.23 und 24). Der subversive Krieg gegen die Nationalstaaten ist in vollem Gange. *(jf)*

Quelle:

europarl.europa.eu, «Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung», 26.03.19

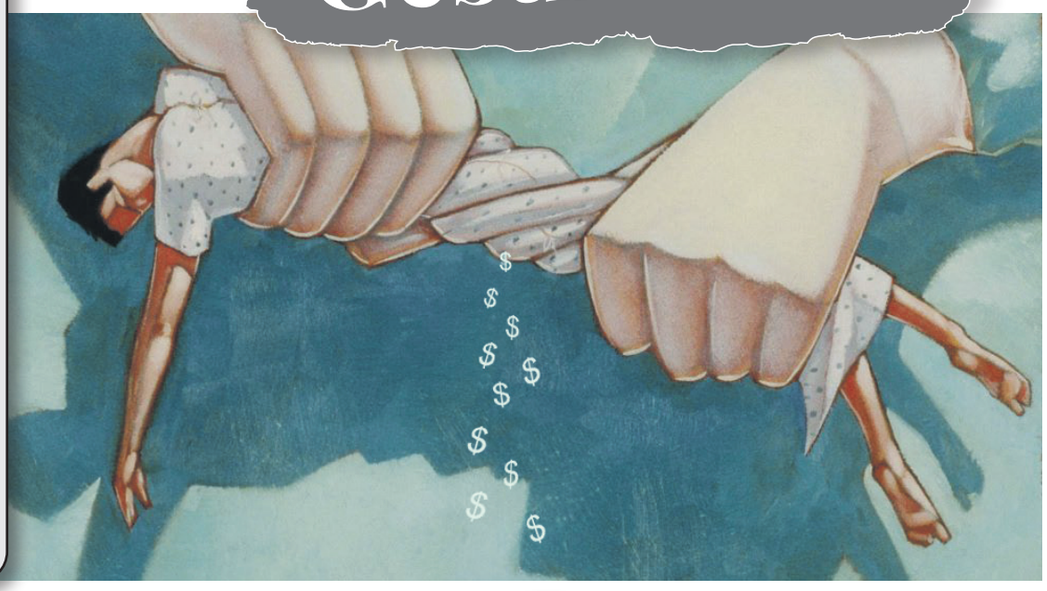


«Verheimlicht – Vertuscht – Vergessen» beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Gerhard Wisnewski enthüllt die Wahrheit hinter dem täglichen Nachrichten-Einheitsbrei.

Auf einen Blick

- **Rockefeller-Familie krempelte im 20. Jahrhundert die gesamte Gesundheitsbranche von natürlichen Heilmethoden zur chemischen Arzneimittelbehandlung um, sie gründete zudem die Vorgängerorganisation der Weltgesundheitsorganisation (WHO)**
- **Alle paar Jahre Auslösung einer neuen Virenpanik durch die WHO: Vogel- oder Schweinegrippe, Ebola, SARS, Zika oder Corona**
- **Immer gleiche Operation: Staaten rufen Notstand aus und globale Medien schüren Hysterie. Die mit der WHO vernetzten Pharmaunternehmen profitieren.**
- **Neben Gewinnen für Pharmaindustrie, ist dies ein Eingriff in die Freiheitsrechte der Menschen im Namen der Gesundheit.**

Schlachtfeld 3: Gesundheit



Der Patient als Beute

Auch das Thema Gesundheit betrifft die physische Existenz des Menschen. Dass der Angreifer versucht, hier Fuss zu fassen, liegt auf der Hand. Denn die Gesundheitsindustrie und Medizin sind die logische Fortsetzung der Geburtenkontrolle im Westen – allerdings «postnatal». Überspitzt formuliert, sind viele medizinische Massnahmen und Behandlungen nur eine Euthanasie auf Raten – gleichzeitig lukrativ und tödlich: eine Euthanasie, während der der Patient ohne Ende Geld produziert – allerdings nicht für sich, sondern für den medizinisch-industriellen Komplex. Geld ist denn auch das Mittel, um den ursprünglichen Ansatz der Medizin, Menschen zu heilen, umzukehren. Ging man früher zum Arzt, konnte man normalerweise darauf vertrauen, dass der nette Weisskittel im Sinne der Gesundheit des Patienten handeln würde. Erstens war er ziemlich gut ausgebildet, und zweitens zog er in der Regel mit seinen Patienten an einem Strang. Zwar konnte auch er Fehler machen, aber wenn, dann tat er es normalerweise nach bestem Wissen und Gewissen. Solche Ärzte gibt es auch heute noch – allerdings werden sie immer seltener.



Immer mehr Ärzte werfen den Hippokratischen Eid für höhere Profite über Bord.

Aber was ist, wenn Ihr Arzt mit Ihrer Krankheit mehr verdient als mit Ihrer Gesundheit? Was ist, wenn er Sie mit seinen Medikamenten erst so richtig krank macht, weil er von der Pharmaindustrie dafür Provisionen kassiert oder zu mondänen Kongressen eingeladen wird? Was ist, wenn Sie Ihr Krankenhaus zu Tode operiert? Herzlich willkommen in der Welt von heute! Viele haben es noch gar nicht bemerkt, aber heimlich, still und leise hat in der Gesundheitspolitik ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Nicht an allen, aber an vielen Stellen wurde der Hippokratische Eid über Bord geworfen, und der Mensch wird nicht mehr als Patient betrachtet – sondern als Beute.

Ist der Doktor Freund oder Feind?

Das vordergründige Motiv ist finanziell: So werden Millionen von Patienten mit gefährlichen Lipid-, Blutdrucksenkern oder neuen Gerinnungshemmern verarztet. Und

➔



Das Gebäude der American Cancer Society in Washington, D.C.. Die Hauptaktivitäten der von John D. Rockefeller jr. gegründeten Organisation sind das Bereitstellen von Zuschüssen an Forscher und das Ausführen öffentlicher Gesundheitskampagnen.



«Schauen Sie sich uns nur an. Alles ist umgekehrt. Alles ist auf den Kopf gestellt. Ärzte zerstören die Gesundheit, Anwälte zerstören die Gerechtigkeit, Universitäten zerstören Wissen, Regierungen zerstören Freiheit, die Massenmedien zerstören Information, und Religionen zerstören Spiritualität.»

Michael Ellner, amerikanischer Psychotherapeut und Autor

➔ während ihnen das Blut aus der Nase oder die Muskeln buchstäblich aus der Harnröhre laufen (siehe Muskelschwund/Rhabdomyolyse durch Cholesterinsenker), sahnen die guten Onkels in Weiss vermehrt Prämien von der Pharmaindustrie ab. Gerne werden auch unnötige Operationen durchgeführt oder Krebskranke zu Tode bestrahlt und mit ähnlichen Medikamenten vergiftet, wie die angeblichen Aids-Kranken. Ein begnadeter Chirurg – falls es ihn noch gibt –, der sich heute nicht dumm und dämlich verdient, wird belächelt. Wer heute zum Arzt geht, muss sich die ganz klare Frage stellen: Ist der Doktor mein Freund oder mein Feind? Wahrscheinlich Letzteres. Denn den Patienten kennt er ja nicht so gut wie seinen Pharmavertreter.

Wenn ein Patient ins Sprechzimmer kommt, sieht der Hausarzt oft gar keinen Menschen, sondern einen Haufen wandelnder Ziffern – die sogenannten «Abrechnungsziffern» (jedenfalls ein Arzt, der seine Patienten «vom Honorar her denkt»). Während er einen also betrachtet (alt, gebrechlich, jung, fit?), untersucht (hoher Blutdruck?) und zuhört (lebt zurückgezogen, ohne hilfreiche Angehörige?), rattert im Kopf der Ziffernkatalog. Mancher Arzt hat diesen besser studiert als Medizin. Und das ist auch nötig, denn während es auf wirksame Medizin kaum ankommt, ist der «Einheitliche Bewertungsmassstab» die Bibel eines jeden deutschen Kassenmediziners. Denn dort steht geschrieben, was man wofür berechnen kann, so dass der Arzt erkennen kann, für welche Abrechnungsziffern ein Patient «gut» ist.

Genau wie ein Mastbetrieb seine Rinder und Schweine, bewirtschaften viele Ärzte oder Banker heute ihre Patienten beziehungsweise Kunden. Und holen so viel heraus wie möglich, bis es zum Schlachthof geht. Sprich: zur finalen Euthanasie. Geld ist aber nicht nur ein Mittel zur Korruption und zur Gewinnmaximierung, sondern in der Summe schaden all die korrupten Mediziner und Konzerne einer Bevölkerung oder einem Volk als Ganzem. Krebs ist dafür ein gutes Beispiel. Erstens kosten die Medikamente Unsummen, und zweitens stirbt der Patient am Ende meistens doch - oder gerade deswegen.

Tödliche Monetarisierung

Woher kommt dieses Denken? Woher kommt die (oft tödliche) Monetarisierung der menschlichen Gesundheit? Wieder landen wir bei den Rockefellers (siehe S.17 ff.): Die Bankier-Familie und befreundete Milliardäre gründeten nicht nur den «Abtreibungskonzern» Planned Parenthood, sondern auch viele andere Organisationen, die angeblich dem Wohl der Menschheit dienen sollen, in Wirklichkeit aber genau das Gegenteil bewirken. Wie zum Beispiel 1913 die American Cancer Society (ACS): «Die American Cancer Society ist eine landesweit tätige, wohltätige





Der Ruf des Rockefeller-Unternehmens Standard Oil war zu Anfang des 20. Jahrhunderts miserabel. Karikaturisten porträtierten Standard Oil als bösartige Krake. Um in der Medizinbranche Fuss zu fassen, galt es für die Familie, subtiler vorzugehen.

Gesundheitsorganisation, die sich dem Sieg über den Krebs verschrieben hat», heisst es bei Wikipedia. Ursprünglich trug sie allerdings den Namen «American Society for the Control of Cancer». Was natürlich nicht so gut klingt. Denn laut Englisch-Wörterbuch steht «control» ja erst einmal für Herrschaft, Kontrolle, Aufsicht, Leitung, Regulierung, Überwachung und erst an siebter Stelle auch für Bekämpfung (siehe leo.org). Zumindest ist der Begriff also doppeldeutig, was wahrscheinlich auch der Grund war, warum er schliesslich weggelassen wurde. Und diese American Cancer Society wurde von John D. Rockefeller jr. (mit-)begründet.

«Es gibt nicht eine, sondern viele Heilmethoden für Krebs», erklärte einst Dr. Robert Atkins, Erfinder der «Atkins Diät». Und das ist kein Zufall, denn seine Eiweiss-Diät hilft nicht nur, das Gewicht zu reduzieren, sondern entzieht Krebszellen auch ihren wichtigsten Nährstoff, nämlich Zucker (siehe Ausgabe 11). Atkins sagte, dass diese Heilmethoden «von der American Cancer Society, dem National Cancer Institute und den führenden Tumorzentren systematisch unterdrückt» werden: «Sie haben zu viel Interesse am status quo.» [1]

Womit die Absichten dieser Organisationen wohl gut beschrieben sind. Denn die explodierenden Raten von Krebs zeigen ja, dass die moderne Krebsmedizin eher Teil der Lösung als Teil des Problems ist. Hätten sich die Rockefellers wirklich dem Ziel verschrieben, den Krebs einzudämmen, dann müsste man zumindest feststellen, dass sie hiermit total versagt haben. Als die drei goldenen Säulen der Krebsbehandlung gelten Operation, Chemotherapie und Strahlentherapie, die oft mehr schaden als nützen. Dem Thema Krebs und der dahinterstehenden Industrie wollen wir allerdings demnächst eine eigene Ausgabe widmen, weshalb wir das Thema an dieser Stelle nur anreissen.

PR-Desaster

Um das sogenannte «gesellschaftliche Engagement», u.a. für die vermeintliche Krebsbekämpfung, des Rockefeller-Imperiums zu verstehen, muss man einen kurzen Blick in die Geschichte werfen. Denn dieses «gesellschaftliche Engagement», dessen wichtigster Teil die Gründung der Rockefeller Stiftung war, geht ja nicht auf Menschenfreundlichkeit zurück, sondern war lediglich eine gross angelegte PR-Aktion. Ihr Interesse an Public Relations und Philanthropie erwachte erst in jenem Moment, als die Journalistin Ida Tarbell eine kritische Geschichte über den Rockefeller-Konzerns Standard Oil veröffentlichte, die den Rockefellers jahrelang negativ nachhing. 1914 gipfelte das PR-Desaster in dem sogenannten Ludlow-Massaker, in dessen Verlauf streikende Arbeiter in Rockefellers Kohleminen in Colorado sowie deren Frauen und Kinder von ihren Sicherheitsleuten und der Nationalgarde zusammengeschossen wurden. Danach stand der Öl- und Kohletycoon John D. Rockefeller jr. in einem nie gekannten Masse als Oberschurke im Licht einer breiten Öffentlichkeit. Und dies war endgültig die Geburtsstunde des rockefeller´schen «Philanthropismus». Rockefeller engagierte den legendären PR-Fachmann und «Vater der Public Relations» Ivy Lee, der nach dem Motto verfuhr: «Jeder macht die Propaganda, die er am nötigsten hat». Und siehe da: Plötzlich inspizierte Rockefeller die Arbeitersiedlungen, besuchte jeden, der bei Drei nicht auf dem Baum war, wohnte sozialen Veranstaltungen bei und hatte für die Klagen der Arbeiter immer ein offenes Ohr.

Gleichzeitig brachten die Rockefellers grosse Teile ihres Familienvermögens in die «philanthropische» Rockefeller-Stiftung ein, die später so menschenfreundliche Organisationen wie Planned Parenthood, American Cancer Society und viele andere finanzieren sollte. Binnen sechs Jahren - zwischen 1914 und 1920 - wandelte sich Rockefellers öffentliche Wahrnehmung vom Oberschurken zum grössten Menschenfreund. Und viele andere Tycoone aus seinem Freundeskreis taten es ihm gleich, wie beispielsweise auch der Stahlbaron Andrew Carnegie. Nach der Formel: Je mehr Gier und je mehr Menschenverachtung, desto mehr Philanthropismus. Das Geld, das aus der Rockefeller-Stiftung in zahlreiche «gesellschaftliche Projekte» floss und bis heute fliesst, sollte anschliessend natürlich hundertfach in die Rockefeller-Unternehmen zurückfliessen. Häufig auf Kosten der Menschen, die von den entsprechenden Organisationen «betreut» und «beraten» wurden.

Ölquellen und patentierte Arzneimittel

Während es der Rockefeller-Stiftung zu einem grossen Teil angeblich um die Förderung der öffentlichen Gesundheit ging, ging es in Wirklichkeit um neue Vermarktungswege für Rockefellers Chemikalien. Stand bis dahin eher die Naturmedizin im Zentrum

➔

ärztlichen Wirkens, sollten die «alten» Arzneien verdrängt und durch neue Pharmazeutika auf Teerfarben-Basis ersetzt werden («Allopathie») – basierend auf dem Rohstoff, auf den die Rockefellers das Monopol hatten: Erdöl. Ursprünglich in Deutschland entstanden, entwickelte sich die Teerfarben-Industrie in den USA hauptsächlich bei Rockefellers Standard Oil, dem US-amerikanischen Kooperationspartner der berüchtigten deutschen IG Farben, die mit Farben nur am Rande, mit Petrochemie aber sehr viel zu tun hatte – einschliesslich der Entwicklung von Pharmazeutika. Der Vorteil der neuen synthetischen Arzneimittel lag im Patentschutz. Während sich die herkömmlichen Naturarzneien nicht schützen liessen, sah es bei den synthetischen Neuentwicklungen anders aus: Sie konnten patentiert und massenhaft vermarktet werden. Jetzt musste man Ärzten und Patienten nur noch einreden, dass die neuen chemischen Arzneien der herkömmlichen Naturmedizin weit überlegen seien – was der Hauptgrund ist, warum wir heutzutage statt Naturheilmittel so viele synthetische Pillen mit zahlreichen Nebenwirkungen schlucken.

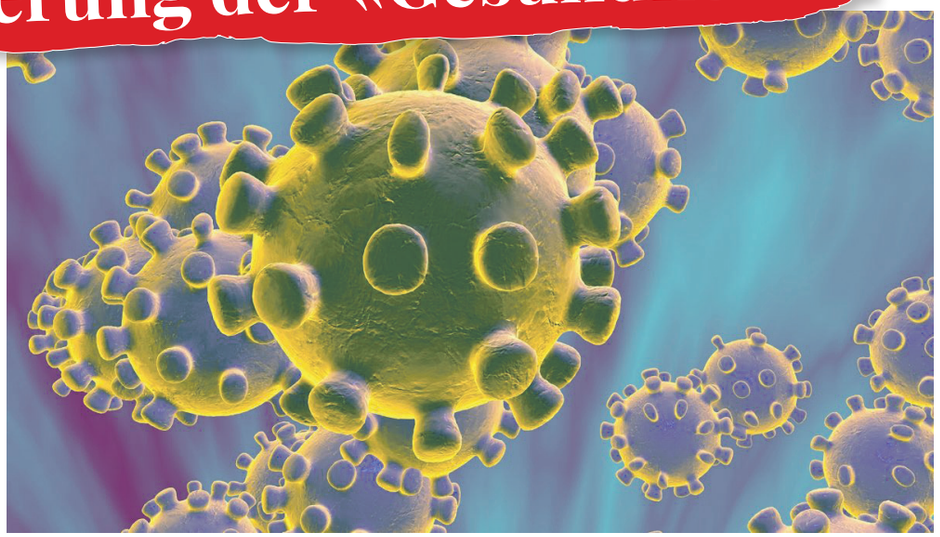


Interessant ist, wie Samuel Hahnemann, der Begründer der Homöopathie, die Allopathie sah: «Ihre Wirkung sah Hahnemann im Hervorbringen zusätzlicher, künstlicher ‚Arznei-Krankheiten', die zur ursprünglichen Krankheit hinzuträten und diese verkomplizierten.» (Wikipedia, deutsch). Wie wahr. Dass man bei vielen «allopathischen» Arzneien also in ganze Kaskaden von Nebenwirkungen und Medikamenten hineinlaufen kann, die wiederum die Nebenwirkungen bekämpfen sollen, ist ja bekannt. Das heisst, dass viele derartige synthetische Arzneien Bedarf für immer neue Medikamente schaffen. Gleichzeitig entfernt man sich immer mehr von dem ursprünglichen Problem und doktert an Nebenwirkungen herum. ***(gw)***

Quelle:

1. Rockefeller, the Chemical Industry and the FDA, Natural News TV, YouTube, 10.7.2012

Seuchenpanik und WHO – die Weltregierung der «Gesundheit»



Die Warnung vor dem Ausbruch des Corona-Virus in China versetzte im Januar 2020 die ganze Welt in Panik.

Januar 2020: Die Panik geht um. Ein neues Virus versetzt die Menschen in Angst und Schrecken: das Corona-Virus! Am 31. Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über eine neue mysteriöse Lungenkrankheit mit einem unbekannten Erreger informiert. Eine Woche später meldete die WHO, das Virus sei identifiziert. Es handele sich um ein sogenanntes Corona-Virus, wie es auch für Schnupfen, aber auch die geheimnisvolle Seuche SARS verantwortlich sein soll. Am 11. Januar wurde der erste Todesfall gemeldet, am 13. Januar bestätigte die WHO den ersten Fall ausserhalb Chinas. Am 20. Januar meldete China die erste Ansteckung zwischen Menschen, am 26. Januar zählten Chinas Behörden 56 Tote und knapp 2.000 Infizierte.

Wenig später, am 28. Januar, starben die Menschen schon wie die Fliegen – nun ja, vorausgesetzt in China gab es genau 106 Fliegen. So viele Tote wurden der Infektion mit dem neuartigen Virus bis dahin zugeschrieben [1]. Bei einer Einwohnerschaft von 1,4 Milliarden war das jedoch gar nichts. Auch die 4.500 Infizierten, die inzwischen angeblich gezählt wurden, repräsentierten nur ein Dreihunderttausendstel der chinesischen Bevölkerung – also ebenfalls nichts. Der Panikmache tat das jedoch keinen Abbruch. Auch in Deutschland wurde besorgt jeder einzelne, mit dem Virus infizierte China-Rückkehrer gezählt. Anfang Februar sollen es genau 11 gewesen sein. Bei 82 Millionen Einwohnern. Dabei waren die Infizierten nicht einmal krank. «Die Vier sind pumperlgsund, haben keine Symptomatik, sind fieberfrei, husten nicht», berichtete Chefarzt Clemens Wendtner über vier isolierte Patienten im Schwabinger Krankenhaus: «Denen ist so langweilig, dass sie uns ständig mit der Entlass-Frage nerven». Gleichwohl erklärte der Leiter der WHO-Notfallprogramme, Michael Ryan, am 30. Januar, nun müsse «die ganze Welt in Alarmbereitschaft sein». Am selben Tag rief die WHO eine «gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite» aus [2].

Um dieselbe Zeit, da in China 4.500 Infizierte und einige hundert Tote beklagt wurden, lagen allein in Deutschland wahrscheinlich mehrere zehntausend Menschen mit einer veritablen Grippe auf der Nase. Die Grippewelle 2017/18 zum Beispiel «hat nach Schätzungen rund 25.100 Menschen in Deutschland das Leben gekostet». In der Grippesaison 2018/19 registrierte das Robert-Koch-Institut von Oktober bis Mitte Mai insgesamt 182.000 «labordiagnostisch bestätigte Grippefälle», schrieb das Deutsche Ärzteblatt am 30. Sep-

Foto: China News Service / 中国新闻网



Screening von Passagieren mit einer Wärmebildkamera am Bahnhof von Wuhan.

tember 2019 (online). Und wer sich eine Liste der ersten 24 bekannten Corona-Todesopfer anschaute, staunte nicht schlecht: Die grösste Gruppe stellten die über 70- und 80-Jährigen, zwei waren bereits 89 Jahre alt. Also in einem Alter, in dem man auch eines natürlichen Todes sterben kann, mitunter sogar an einem Schnupfen oder einer Grippe. Nur drei «Corona-Opfer» waren unter 60. [3]

Die eigentliche Krankheit heisst WHO

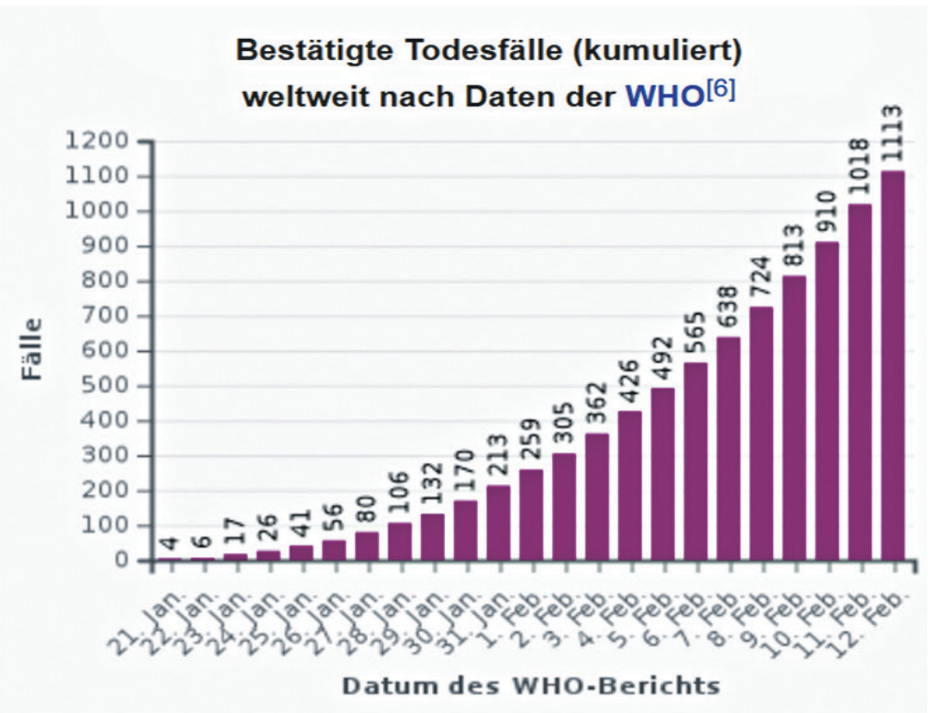
Die Frage lautet deshalb auch weniger: Wer oder was ist eigentlich das Coronavirus? Sondern: Wer oder was ist eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Während hinsichtlich der Herkunft des Coronavirus ein Gerücht das andere jagte (mutiert? Aus dem Labor?), kümmerte sich kein Mensch um das eigentliche Problem und um die eigentliche Krankheit: die WHO. Seit Jahrzehnten ruft sie eine internationale Seuchenpanik nach der anderen aus, von der am Schluss kaum etwas anderes übrig bleibt als heisse Luft. Und natürlich Milliardenumsätze für die Pharmaindustrie. Denn selbstverständlich wird sofort nach einem passenden «Impfstoff» gesucht. Das gilt für die Vogelgrippe genauso wie für die Schweinegrippe oder SARS - und nun eben für das Coronavirus, das, wenn überhaupt, in der Regel einen Schnupfen verursacht.

Wer tot ist, ist immerhin nicht mehr krank

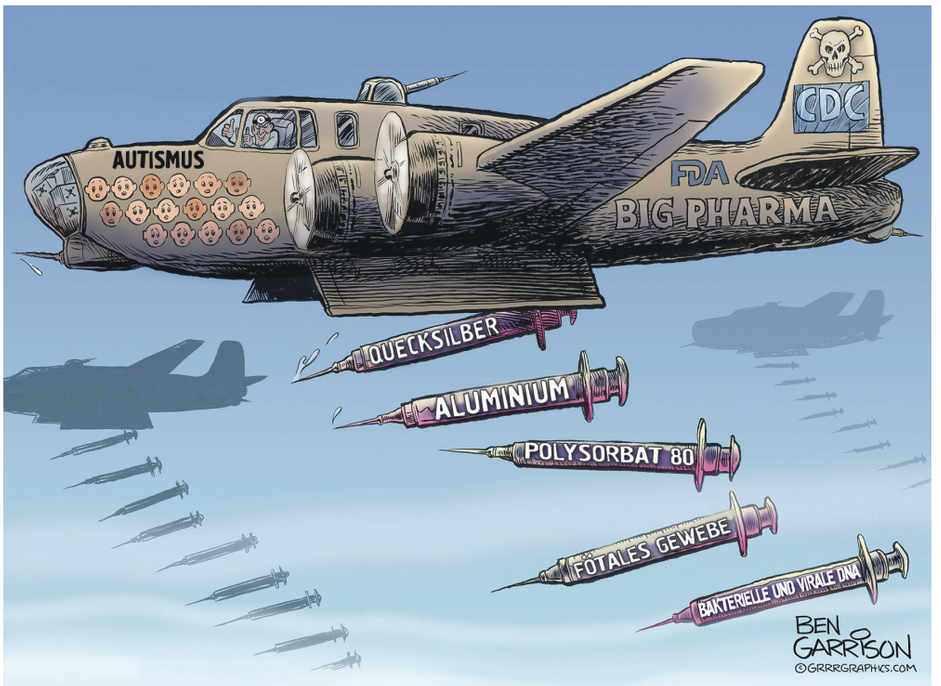
Die offizielle Lösung lautet wie gesagt «Impfung». Denn kaum bricht irgendwo angeblich eine neue «Seuche» aus, kommt wie das Amen in der Kirche der Ruf nach einer Immunisierung. Wobei sich niemand fragt, warum allein in Deutschland angesichts der weit verbreiteten Grippeimpfung pro Jahr eigentlich Hunderttausende an Influenza leiden und 25.000 Menschen daran sterben. Egal: Jeweils am Höhepunkt der Panik lässt sich die Impfstoffforschung am besten an den Mann bringen. Auch bei Corona wurde umgehend nach einem neuen Vakzin gesucht, während Politiker die Öffentlichkeit vertrösteten, es könne «drei bis fünf Monate dauern, bis ein Impfstoff entwickelt ist» (bild.de, 30.01.2020). Laut Münchner Merkur könnte es sogar ein «ungewöhnlicher Medikamentencocktail» tun: «Demnach wurde eine mit dem Coronavirus infizierte Frau aus China mit einer Mischung aus Grippe- und HIV-Medikamenten behandelt. Der Zustand der Frau habe sich daraufhin drastisch verbessert. Innerhalb von 48 Stunden nach der Gabe des Medikamenten-Cocktails sei der Virus dann nicht mehr nachweisbar gewesen.» Donnerwetter: Vielleicht weil sie tot war? Denn «verabreicht worden sei der Frau eine Mischung aus den bei HIV-Erkrankungen eingesetzten Wirkstoffen Ritonavir und Lopinavir, sowie dem Grippe-Mittel Oseltamivir» (online, 2.2.2020). Was für eine phantastische Geschäftsidee: Einfach mehrere Aids- und Grippe-Mittel auf einmal essen lassen! So wird man zum Müllschlucker der Pharmaindustrie!

Doch wir waren bei der Impfung: Das Gremium, das bei jeder neuen Seuchenpanik die «Impfempfehlungen» der WHO herausgibt, heisst SAGE: Die «Strategische Beratergruppe von Immunisierungsexperten» (Strategic Advisory Group of Experts). In dieser Gruppe sitzen WHO-Impfexperten einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen wie zum Beispiel auch die gegen das Schweinegrippen-Phantom aus dem Jahr 2009. Zwar haben die Pharmavertreter, «um Interessenkonflikte zu vermeiden», nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. **Tatsache ist, dass die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern und den bei den Sitzungen vertretenen Pharmakonzernen durchschauen kann.** Niemand kann beispielsweise SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. So wurden durch die von dem WHO-SAGE-Komitee geschürte Schweinegrippen-Hysterie exakt die Aktienkurse jener Unternehmen «geimpft» beziehungsweise «gedopt», die in der SAGE Beobachterstatus haben. Die Papiere hatten das auch bitter nötig. So waren die Anteilsscheine von Novartis und GlaxoSmithKline bis

➔



Ca. 1100 Corona-Tote bis zum 12.02.2020. Zum Vergleich: Die Grippe kostete 2017/18 etwa 25.000 Menschen in Deutschland das Leben, so zumindest offizielle Schätzungen.



➔ kurz vor «Ausbruch» der Schweinegrippe kräftig abgeschmiert. Seit März 2009 aber breitete sich das Schweinegrippevirus « ‚Influenza A (H1N1)' beeindruckend schnell aus», so damals die Deutsche Welle (online, 12.6.2009). Und seit März 2009 stiegen auch beeindruckend schnell die Kurse von Novartis und GlaxoSmithKline.

Impfstoffe für alle!

An der Sitzung vom 7. Juli 2009 zum Beispiel, die über die weitere Impfstrategie der WHO für die kommenden Monate entscheiden sollte, nahmen mindestens zwei Dutzend Impfstoffkocher teil, neben jenen von Novartis und GlaxoSmithKline auch welche von Baxter, Sanofi Pasteur sowie von diversen Pharmadachverbänden. Unter den Augen der Vertreter dieser Milliarden-Industrie kamen die SAGE-Mitglieder zu dem lapidaren Schluss: «Da die Verbreitung des pandemischen Virus als unaufhaltsam angesehen wird, werden Impfstoffe für alle Länder gebraucht.» (4) Für alle Länder – wow! Das heisst im Fall der WHO wirklich alle – nämlich alle 194 Staaten der Erde mit ihren damals 6,75 Milliarden Bewohnern!

Kurz: Die für jedermann ebenfalls offensichtlich harmlose «Schweinegrippe» war bis dahin die grösste und bisher aggressivste Marketingkampagne für Impfstoffe und fragwürdige Grippemittel, die dieser Planet jemals gesehen hat. Ja, das «Marketing» hätte sogar so weit gehen können, das Produkt den «Konsumenten» gleich zwangsweise zu verabreichen – nämlich im Rahmen einer Zwangsimpfung (die inzwischen bei der sogenannten «Masernimpfung» verwirklicht wurde). Ein Traum für jeden Hersteller.

Der grösste Menschenversuch aller Zeiten?

Am selben Tag, dem 7. Juli 2009, beschloss das SAGE-Komitee der WHO eine «Impfempfehlung», die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten war. Damit läutete die WHO den grössten Menschenversuch aller Zeiten ein, denn in ihrer «Pandemic (H1N1) 2009 briefing note 2» über das Meeting bekannte sie ohne jedes Unrechtsbewusstsein: «Da bei der Produktion von einigen Impfstoffen neue Technologien zur Anwendung kommen, die bisher nicht intensiv auf ihre Sicherheit in Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgewertet wurden, ist eine bestmögliche Beobachtung nach der Vermarktung sehr wichtig.» (4)

Ja, Sie haben richtig gelesen:

1. Das Impfkomitee der WHO empfahl nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestete Impfstoffe für die Anwendung am Menschen.

2. Das Impfkomitee der WHO wollte die Reaktionen der Menschen auf diese Impfstoffe nach deren massenhafter Verabreichung auswerten.

So zum Beispiel auch in Schweden und Finnland. In beiden Ländern hatte man im Zuge der Pandemie-Panik von 2009 auf Massenimpfungen gesetzt. Kurz danach litten 168 Schweden und 121 Finnen, meistens Kinder, an der Schlafkrankheit Narkolepsie. Das Leben von Kindern – zerstört durch die Pharmaindustrie? Dieser Zusammenhang gilt in den beiden skandinavischen Ländern inzwischen als naheliegend. Ja, nicht nur das: Dass zwischen dem Impfstoff «Pandemrix» (GlaxoSmithKline) und Narkolepsie «ein direkter Zusammenhang besteht», sehe die finnische Gesundheitsbehörde sogar «als erwiesen an», schrieb die österreichische Tageszeitung «Die Presse» (Online) am 22. Februar 2012. Inzwischen lagen die Zahlen auf dem Tisch. Während ein Impfschutz «nicht nachweisbar» gewesen sei, sei in Finnland «ein mehr als zwölfmal höheres Narkolepsierisiko bei mit Pandemrix geimpften Kindern festgestellt» worden. Die jungen Leben lägen «in Trümmern», schrieb «Die Presse».

DIE ALLGEMEINE AUFFASSUNG ÜBER IMPFUNGEN: SOLANGE ROBERTS GURT NICHT ANGESCHNALLT IST, KANN REBECCAS GURT SIE NICHT SCHÜTZEN.





Das Grippemittel Tamiflu verkaufte sich durch die von der WHO ausgerufenen Seuchen Vogel- und Schweinegrippe millionenfach.

Wer nun bei den Verantwortlichen auf Reue oder Einsicht gehofft hatte, war allerdings schief gewickelt: «Alle Arzneimittel haben Nebenwirkungen, und bei der Schweinegrippe hätten sie nur wenige getroffen», zitierte «Die Presse» Anders Tegnell von Schwedens Sozialbehörde, die für die Durchführung der Massenimpfungen verantwortlich gewesen war. «Es gebe also keinen Grund zur Angst, es wäre eine ‚Katastrophe', wenn nun eine generelle Skepsis gegenüber Impfungen ausbräche.» Und zwar eine Katastrophe für die Pharmaindustrie. In Wirklichkeit war schon die so genannte Schweinegrippe ein Lehrstück über die kriminelle Zusammenarbeit von WHO, Politik, Pharmaindustrie und Medizin. Was bei der Schweinegrippe aufflog, war wohl nur die Spitze des Eisbergs und dürfte auch auf anderen Gebieten funktionieren.

Eine Seuchenpanik dieser Art ist allerdings vielseitig einsetzbar, der Gewinn der Pharmakonzerne ist nur ein Aspekt einer multifunktionalen Operation: Mit einem (WHO-) Gesundheitsnotstand können Staaten bzw. die UNO ihre Macht ausbauen und in die Rechte der vermeintlich betroffenen Menschen eingreifen. Die Quarantäne über der chinesischen Stadt Wuhan stellt wohl den bisherigen Höhepunkt der Eingriffe in die Freiheitsrechte im Namen der Gesundheit dar. Mit dem Vorwand einer gefährlichen Pandemie lassen sich totalitäre Massnahmen nunmal einfacher rechtfertigen.

Rockefeller und WHO

Das also sind die Machenschaften der sogenannten «Weltgesundheitsorganisation» WHO: Marketing für die Pharma- und Impfstoffindustrie. Dabei ist das nicht etwa neu. In Wirklichkeit sind die Kampagnen erprobt und altbewährt. Die WHO macht ihre Geschäfte seit über 100 Jahren. Damals hiess die WHO aber noch nicht WHO, sondern «Rockefeller Sanitary Commission» (1909 bis 1915), International Health Commission (1913–1916) oder auch International Health Division (IHD; 1916–1927). «Nach der Gründung der WHO im Jahr 1948 wurde das IHD aufgelöst. Es war jedoch jahrzehntelang indirekt präsent: Sowohl der Nachkriegsdirektor des WHO-Büros für Amerika als auch der langjährige zweite WHO-Generaldirektor waren führende IHD-Männer in Brasilien gewesen», so die medizinische Fachzeitschrift The Lancet (online, 11.5.2013). 1948 wurde schliesslich die Weltgesundheitsorganisation, «die als Nachfolger der IHD gilt, gegründet, und die IHD ging 1951 in der grösseren Rockefeller-Stiftung auf und stellte ihre Arbeit in Übersee ein» (Wikipedia US). «Die Rockefeller Foundation (RF), das beispiellose Schwergewicht der Gesundheitsphilanthropie des 20. Jahrhunderts, prägte die WHO zutiefst und unterhielt lange und komplexe Beziehungen zu ihr, auch wenn sich beide Institutionen im Laufe der Zeit veränderten», schrieb 2014 auch das Fachmagazin Public Health [5].

Ein Lieblingsprojekt der Rockefellers

Kurz: «Die Vereinten Nationen waren schon immer ein Lieblingsprojekt der Familie Rockefeller. Sie stiftete das Grundstück, auf dem jetzt das UN-Gebäude steht. Es ist anzunehmen, dass sie die Vereinten Nationen als den vollkommensten Mechanismus zur Durchsetzung globaler Monopolmacht sieht, eine Rolle, für die sie aufgrund ihrer Struktur geradezu prädestiniert sind», schrieb Edward Griffin in seinem Buch «Eine Welt ohne Krebs» [6]. Mit anderen Worten: Das Rockefeller-Erbe bestimmt das Schicksal der Menschheit bis auf den heutigen Tag. Heute lassen sich mit Seuchenpanik Milliarden verdienen sowie die Umsätze von Arzneimittelherstellern und Aktienkurse pushen. Die Schul-«Medizin» und die Pharma-Lobby führen seit einem Jahrhundert weltweit einen menschenverachtenden Krieg um und gegen jeden Patienten. Ziel dieses Krieges ist es, jeden Menschen zu einem chronisch kranken Menschen zu machen, der nie wieder gesund werden soll und möglichst lange mit den «zugelassenen» Medikamenten, patentierten Apparaten und monopolisierten Methoden der Pharma-Industrie profitbringend «behandelt» werden kann. ***(gw)***

Quellen:

1. Chronologie nach: Entwicklung im Überblick - Wie sich das Coronavirus verbreitet hat, heute.de, 28.01.2020
2. Frankfurter rundschau, online, 30.01.2020
3. sciencefiles.org, Vornehmlich alte Männer: Erste statistische Daten zu Opfern des Corona-Virus, 26.01.2020
4. WHO recommendations on pandemic (H1N1) 2009 vaccines, Pandemic (H1N1) 2009 briefing note 2, 13.07.2009
5. Volume 128, Issue 2, February 2014, Pages 129-140
6. KOPP-Verlag, Rottenburg, 2008, S. 262

In den Ausgaben
11 – Thema: Gesundheitssystem-,
18 – Thema: Impfungen – und
21 – Thema: Organspende – richten
wir den Scheinwerfer auf nur einige der «Waffen» auf dem Schlachtfeld Gesundheit. Weitere Ausgaben, die sich auf diesem Schlachtfeld abspielen, werden folgen!



Schlachtfeld 4: Wirtschaft



Foto: Tom Wang/Shutterstock

Auf einen Blick

- **Hybrider Krieg gegen Produktion und Konsum unter dem Deckmantel des Umweltschutzes und der Reduzierung von CO2**
- **Nächste Stufe der Klima-Panikmache durch Gruppen wie FfF oder Extinction Rebellion schon lange am Reissbrett geplant: Strategiepapier «Wie man die Öffentlichkeit in den Notfallmodus führt» erschien schon 2016.**
- **«The Climate Mobilization» - Gruppe hinter dem Strategiepapier - will totale Mobilmachung der Gesellschaft zur Bekämpfung des angeblich menschengemachten Klimawandels. Die USA sind zur Zeit des Zweiten Weltkriegs für sie das Idealmodell einer Gesellschaft, die individuelle Bedürfnisse für ein grösseres Ziel opfert.**
- **Kolportierte «Umweltkatastrophen» könnten «Klima-Pearl-Harbors» sein, um die «Öffentlichkeit in den Notfallmodus» zu führen.**
- **Profiteur des Klimawahns im Westen ist China.**

Auch die wirtschaftliche Kriegsführung gehört seit Jahrhunderten fest ins Repertoire von Militärstrategen. Bekannt sind Embargos und Sanktionen wie heute im Falle Russlands oder Irans. Diese Praxis reicht allerdings schon weit in die Geschichte zurück: Schon Napoleon Bonaparte nutzte weitreichende Boykottmassnahmen zur Kriegsführung, und im Laufe der Zeit machten sich immer mehr Staaten diese Strategie zu eigen.

«Bald 30 Jahre nachdem die Vereinten Nationen die wirtschaftliche Totalblockade des Irak beschlossen, sind Sanktionen populär wie nie: 8000 Strafmassnahmen gegen Staaten, Unternehmen und Einzelpersonen haben die USA derzeit verhängt, 2000 allein in den letzten vier Jahren. Über 30 Staaten stehen auf der Sanktionsliste der EU. Über 150 Mal hat der UN-Sicherheitsrat in den letzten zehn Jahren wirtschaftliche Restriktionen beschlossen. Zum Vergleich: In den 90ern tat er dies nur fünfmal. [...] Nur über die Folgen hört man selten etwas. Ob Bomben oder Embargos, in beiden Fällen ist es meist die Zivilbevölkerung, die unter den Kollektivstrafen leidet. Wo früher Kriegsschiffe gegnerische Häfen blockierten und Belagerungsheere feindliche Städte aushungerten, berauben heute Dekrete, Verordnungen und Resolutionen Menschen ihrer Lebensgrundlage. Sanktionen sind keine Alternative zum Krieg. Sie sind Krieg – nur mit anderen Mitteln.» Das schrieb der Deutschlandfunk vor wenigen Monaten. [1]

Auch hier ist aber wieder ein Umdenken notwendig, denn der Angreifer im modernen hybriden Krieg hat sich an die Spitze des Volkes gesetzt, wird so gar nicht als Feind wahrgenommen und verhängt Sanktionen direkt gegen die eigenen Untertanen. Die von Staatsoberhäuptern auf der ganzen Welt verfolgte Agenda der CO_2-Reduzierung, die jedoch nur in hochentwickelten westlichen Industriestaaten wirklich greift, schadet der Bevölkerung weit mehr als jedes Embargo und jeder Boykott. Da CO_2 bei jedem Lebensprozess von Mensch und Tier entsteht, kann über den Hebel CO_2 jeder Lebensbereich kontrolliert und die Wirtschaft am Wachsen gehindert werden – was inzwischen so auch stattfindet. Organisationen wie UNO und EU sowie die Oberhäupter der Länder selbst sind es, die als Saboteure die Wirtschaft ihres Landes unter dem Deckmantel des Umweltschutzes in die Knie zwingen. Und wieder sind es die NGO-Fusssoldaten (siehe S.29), die den Politikern und Bürokraten helfen, durch noch radikalere Forderungen das Programm des Abwürgens von Produktion und Konsum voranzutreiben. ***(tk)***

Quelle: 1. deutschlandfunkkultur.de, Krieg mit anderen Mitteln, 28.08.2019

Klimaschutz zum Aufbau einer globalen Planwirtschaft



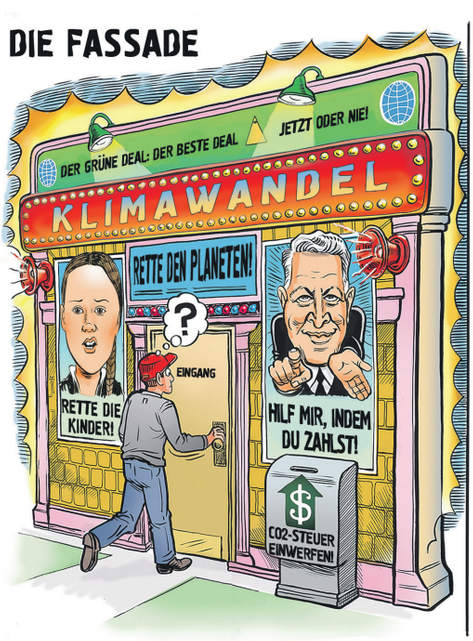
Wieder bilden im Falle der vermeintlichen Umweltschutzpolitik die Hochfinanz und der Kommunismus eine Einheit. Denn für beide Akteure gibt es kaum ein effektiveres Werkzeug zur Steuerung der Weltbevölkerung. Im Jahr 1972 fand in Stockholm die «Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen» statt, auf welcher der Grundstein für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gelegt wurde. Geleitet wurde diese Konferenz von dem Rockefeller-Vertrauten Maurice Strong, der anschliessend als Exekutivdirektor die Leitung des UNEP übernahm. Im selben Jahr erschien auch der berüchtigte Bericht des Club of Rome, der auf einem Rockefeller-Anwesen gegründet worden war, mit dem Titel «Die Grenzen des Wachstums», der erstmals auf der Basis gesellschaftlich relevanter Computermodelle die These der Überbevölkerung, der knappen Rohstoffreserven und der drohenden Umweltkatastrophe wissenschaftlich zu untermauern versuchte und diese mit einer Millionenauflage vor der Weltöffentlichkeit präsentierte. Seitdem wird der internationale «Umwelt- und Klimaschutz» im Namen der «Nachhaltigkeit» auf internationaler Ebene vorangetrieben, u.a. durch die Unterzeichnung der Agenda 21, der Biodiversitäts-Konvention und der Klimarahmenkonvention auf UN-Ebene.

Planungen im Politbüro

Die Waffe Umweltschutz bzw. «globale Erwärmung» wurde allerdings noch früher von den Kommunisten erdacht: Im Verlauf mehrerer Jahrzehnte wollte Moskau seit den 1950ern die politische Souveränität und die wirtschaftliche Autonomie der westlichen Nationalstaaten untergraben und sie gesellschaftlich und ideologisch zersetzen, um sie schliesslich dem Diktat einer internationalen sozialistischen Räteregierung zu unterwerfen.

Wie das KPdSU-Politbüromitglied Iwan Frolow zu verstehen gab, käme eine wesentliche Rolle bei diesem Prozess der «Ökologieproblematik» zu, die zu den «klassischen Auffassungen» des Marxismus gehört. Karl Marx hatte schon im Jahr 1867 versucht, einen Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und einer «Zerstörung» der Umwelt zu konstruieren. Er behauptete, die «kapitalistische Produktion» störe «den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde» und untergrabe die «Springquellen allen Reichtums», nämlich «die Erde und den Arbeiter». [1]

Auf diesem Ansatz aufbauend bemühte sich die KPdSU ab Mitte der 1950er-Jahre, das international diskreditierte Erscheinungsbild des Stalinismus abzulegen und ein neues Sozialismusbild zu entwickeln, das die «soziale Frage» in internationalem Rahmen mit dem Umweltschutz verbindet. [2] Diesem neuen Sozialismusbild entsprechend stand nicht mehr die angebliche Ausbeutung der Arbeiterklasse in den westlichen Industriestaaten im Zentrum der kommunistischen Agitation, sondern der Klassenkampf wurde so umgestaltet, dass einerseits die Völker der Dritten Welt (der «globale Süden») und andererseits die Erde selbst zum neuen «Ersatzproletariat» erklärt wurden, das angeblich durch die kapitalistische Lebensweise in der westlichen Welt benachteiligt und bedroht werde. Eine angeblich drohende «Klimakatastrophe» sollte zukünftig die entscheidende Rolle «bei der Vermittlung und Vertiefung der Einsicht» spielen, «dass der Übergang der gesamten Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus eine Notwendigkeit» sei. [3]





Der Feind CO_2

Auch wenn Frolows Ausführungen bisweilen in der schwer verständlichen leninistischen Sprache eines sowjetischen Funktionärs gehalten sind, ist ihnen zu entnehmen,

➔

dass die KPdSU seit ihrem 20. Parteitag (1956) die ideologischen und theoretischen Grundlagen dafür geschaffen hat, die sowjetischen Bestrebungen zur Errichtung einer Weltregierung zukünftig unter dem Deckmantel des internationalen Umweltschutzes zu verbergen. Zu diesem Zweck behauptete Frolow bereits auf dem Höhepunkt der Breschnew-Ära, dass sich eine «Schicht von Kohlendioxid um die Erde» gebildet habe, die sie «wie eine Glasglocke» umhülle, wodurch «die Gefahr ungünstiger Klimaveränderungen entstanden» sei, «welche unseren blauen Planeten in den nächsten Jahrzehnten in ein gewaltiges Treibhaus verwandeln könnten, mit vielleicht katastrophalen Folgen». [4] Frolow betonte, wodurch allein man die Gefahr abwenden könne: «Eine umfassende Lösung dieses Problems kann nur durch eine radikale soziale Umgestaltung der Welt und die Überwindung der Klassengegensätze erreicht werden.» [5]

Man sollte sich vergegenwärtigen, dass damit ein Funktionär des sowjetischen Politbüros – also des weltweit höchsten kommunistischen Führungsstabes – zu verstehen gab, dass die internationale Umweltschutzbewegung von Anfang an eine sowjetische «Aktivmassnahme» der politischen Kriegsführung war, die keinem geringeren Zweck dient, als den Weltkommunismus (siehe Ausgabe 6) zu errichten.

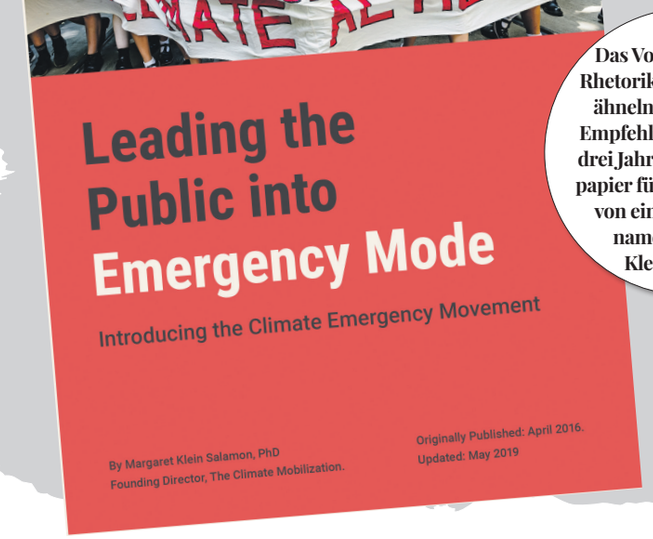
Und wie unter dem Deckmantel einer menschgemachten Klimakatastrophe mittlerweile tatsächlich eine weltweite Planwirtschaft installiert wird, erläutern wir u.a. in den **Ausgaben 9 – Thema: Klimaschwindel - und 27 – Thema: Klima-Kulturrevolution!** ***(tk/tm)***

Quellen:

1. Das Kapital, Erster Band, S. 528 ff.
2. Paul J. Crutzen, Das Ende des blauen Planeten S.148 f.
3. Wadim/Frolow, Globale Probleme der Gegenwart S.222 ff.
4. Iwan Frolow, Global Problems and the Future of Mankind S.120 f.
5. Ebenda, S.125

Sind Waldbrände Pearl Harbors für die «Klima-Mobilisierung»?





Das Vorgehen und die Rhetorik von Greta & Co. ähneln verdächtig den Empfehlungen aus einem drei Jahre alten Strategiepapier für Klimaaktivisten von einer Psychologin namens Margaret Klein Salamon.

Europaparlament, Strassburg. Am Rednerpult des Hohen Hauses steht ein kleines Mädchen mit Zöpfen, das aussieht wie Pippi Langstrumpfs kleine Schwester und den Abgeordneten die Welt erklärt: Greta Thunberg belehrt die Parlamentarier, wie zerbrechlich die Zivilisation sei, dass sie auf wackeligen Fundamenten stehe, dass wir eine unumkehrbare Kettenreaktion in Gang gebracht hätten, «die wahrscheinlich zum Ende der Zivilisation führen wird». Gemeint ist natürlich die vernichtende Wirkung des angeblichen «anthropogenen Klimawandels», widerlegt in unseren Ausgaben 09 und 27. «Ich möchte, dass Sie in Panik geraten [...], ich möchte, dass Sie sich so benehmen, als würde Ihr Haus brennen.» Aber wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch: «Es sei denn, dass permanente und vorher nie gesehene Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft stattgefunden haben.» Donnerwetter – wo hat sie das nur her? Tatsächlich klingt alles, was Greta sagt und tut, nach einem dramatischen Monolog aus einem ausgeklügelten Drehbuch. Und tatsächlich gibt es dieses Drehbuch. Geschrieben wurde es schon 3 Jahre zuvor von der US-amerikanischen Psychologin Margaret Klein Salamon, Gründerin einer Organisation namens «Die Klimamobilisierung» (The Climate Mobilization). Salamons im Jahr 2016 erstelltes Strategiepapier «Wie man die Öffentlichkeit in den Notfallmodus führt – Eine neue Strategie für die Klimabewegung» (Originaltitel: «Leading the Public into Emergency Mode: A New Strategy for the Climate Movement») ist der Plan zur Verbreitung der Klimahysterie – 3 Jahre, bevor Greta ihre befremdlichen Reden halten und «Fridays for Future» Europa erobern sollte. Die Autorin gehört einem Netzwerk von Klimapropheten an und ist quasi die «Psychostrategin» der Bewegung. Zu diesem Netzwerk gehören bekannte Figuren wie der frühere US-Vizepräsident Al Gore, die Schriftstellerin Naomi Klein, der New-York-Times-Kolumnist Thomas Friedman, aber auch Organisationen wie Greenpeace, Friends of the Earth sowie «Extinction Rebellion», eine Klimasekte, die bizarre Blutrituale auf öffentlichen Plätzen veranstaltet. Wie bereits in den Ausgaben 9 und 27 nachgewiesen, sind diese extrem einflussreichen Gruppen und Personen allerdings auch nur «Bauchrednerpuppen» der Hochfinanz.

Frau Salamons Todesprogramm

Die Verteufelung des Kohlendioxids ist in etwa so sinnvoll, wie Wasser zu verteufeln. **Denn da CO2 bei jedem Lebensprozess von Mensch und Tier entsteht, steht am Ende dieses Programms der Exitus von allem und jedem: kein CO2-Ausstoss, keine Mobilität, keine Wirtschaft, keine Produktion, kein Leben, lautet das Selbstmordprogramm. Es ist nichts**



Die Aktivistengruppe «Extinction Rebellion» aus Margaret Klein Salamons Klimanetzwerk verbreitet mit drastischen Aktionen Angst und Schrecken vor einer kommenden Auslöschung («Extinction») der Menschheit durch die angebliche Klimakatastrophe. Ist das der «Notfallmodus», den sich Salamon in ihrem Strategiepapier wünscht?



Propaganda-Plakat der US-Regierung für die Mobilmachung zum Zweiten Weltkrieg. Salamon hebt diese Zeit als Vorbild hervor und bildet Plakate wie dieses sogar in ihrem Strategiepapier ab.

anderes als der Versuch, die Menschheit am eigenen Untergang mitarbeiten zu lassen. Denn dann entstehen wirklich «unfassbar hohe wirtschaftliche Schäden», wie der YouTuber Rezo in seinem berühmten Video vom 18. Mai 2019 sagte («Die Zerstörung der CDU»), gehen tatsächlich ganze Landstriche unter, machen sich Hunderte Millionen Menschen auf den Weg, wird Krieg geführt und massenhaft gestorben, und unsere Kinder und Enkel werden keine Zukunft mehr haben. Nicht einmal ausatmen darf man dann mehr, ja, selbst verwesen ist im Prinzip verboten, denn auch dabei entsteht CO_2 – das im Übrigen dringend von den Pflanzen gebraucht wird. CO_2 ist «der Sauerstoff» der Pflanzen, die damit wiederum Nahrungsmittel für Mensch und Tier produzieren. Die Klimasekten und -propheten stellen diese Tatsachen jedoch auf den Kopf: Angeblich bewegt sich die Menschheit durch ihren CO_2-Ausstoss «auf den Tod von Milliarden von Menschen, Millionen von Arten und den Zusammenbruch der organisierten Zivilisation zu», schreibt Salamon in ihrem Strategiepapier und fordert mit der Verteufelung des CO_2 eigentlich genau das – allerdings nicht ohne vorher im grossen Stil abzukassieren (siehe S.54 f.). Dieser Totalangriff auf die Menschheit ist denn auch der wirkliche Grund, Angst zu bekommen – und nicht die sogenannte Klimakatastrophe. Die angebliche Graswurzelorganisation «Climate Mobilization» verlangt, die Emission aller sogenannten Treibhausgase innerhalb von 10 Jahren um 100 Prozent zu senken, also auf null. Was nichts anderes ist als ein Todesprogramm.

Wie fehlgesteuerte Ameisen

In ihrem Strategiepapier findet man zum Beispiel schon die Formulierung: «Stellen Sie sich vor, Ihr Haus brennt!» 3 Jahre später sollte Greta nachplappern: «Ich will, dass Ihr handelt, als wenn Euer Haus brennt, denn das tut es. [...] Ich will, dass Ihr in Panik geratet [...]» Kurz: Salamons Papier ist so etwas wie die «Betriebsanleitung» für die kleine Schwedin und die gesamte «Fridays for Future»-Bewegung. Arrogant und zynisch will die Psychologin Salamon mithilfe der künstlich erzeugten Aufregung die Menschen dazu bringen, wie fehlgesteuerte Ameisen aufopferungsvoll am eigenen Untergang zu arbeiten. Das heisst: am Autogenozid. Was man dazu braucht, ist ganz einfach – den Notfallmodus: «In diesem Papier möchte ich das Konzept des Notfallmodus vorstellen. Ich will darlegen, dass das Ziel der Klimabewegung darin bestehen muss, **die Öffentlichkeit aus dem Normalbetrieb in den Notfallbetrieb zu führen» (Hervorhebung im Original)**.

Vorbild: Zweiter Weltkrieg

Und das tun Greta, Rezo, die FfF-Demonstranten und auch die sogenannten Klimaforscher heute, 3 Jahre später, denn ja auch. Mit Panik habe das allerdings nichts zu tun, so Salamon, denn während Panik die Menschen lähme, mache sie der «Notfallmodus» erst richtig produktiv. So möchte sie auch keine totale Angstlähmung von Staat und Gesellschaft, sondern im Gegenteil: die totale Mobilmachung. Ihr Vorbild: der Zweite Weltkrieg, in dem die amerikanische Gesellschaft in kürzester Zeit total umgekrempelt und zu Höchstleistungen angetrieben worden sei. Damals seien alle Hände «an Deck» gewesen, schwärmt sie: «Im Kampf für ihr Land opferten junge Männer ihr Leben. Frauen strömten zur Herstellung von Kriegsmaterial in die Fabriken. Im Namen des Krieges haben Wissenschaftler und Universitäten enorme Anstrengungen unternommen, die zu enormen technologischen und intellektuellen Durchbrüchen führten. Um einem ‚Kriegsjob' nachzugehen, wurden mehr als 10 Prozent der Bevölkerung umgesiedelt – oft über Landesgrenzen hinweg, und mehr als 40 Prozent des Gemüses wurden zu Hause in ‚Siegesgärten' angebaut. Während dieses mehrjährigen Notfalls haben es die USA auch geschafft, ihre Infrastruktur, Bildung, Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung aufrechtzuerhalten, in einigen Fällen sogar zu erweitern, und in grossem Umfang die Grundbedürfnisse der zivilen Wirtschaft zu erfüllen. Soldaten und Zivilisten mussten die harte Arbeit mit ihrer Freizeit und ihren Beziehungen in Einklang bringen. Das ganze Land war jedoch von nationaler Motivation und Energie erfüllt.»

Der US-Publizist Paul Berman definierte den Totalitarismus als «Politik der Massenmobilisierung für unerreichbare Ziele». Erinnert Sie das an etwas?

➔

LAUNCHING SOON

THE CLIMATE MOBILIZATION





Klein Salamons Organisation für die «Klimamobilisierung» nimmt auch auf ihren Bildern ständig Bezug auf den Zweiten Weltkrieg: In diesem Fall auf «Raising the Flag on Iwo Jima» («Hissen der Flagge auf Iwojima»), der Titel einer vom US-amerikanischen Kriegsfotografen Joe Rosenthal am 23. Februar 1945 gefertigten Fotografie, die das Hissen einer US-Flagge durch sechs Soldaten auf einem Berg während der Schlacht um Japans Insel Iwojima zeigt.

Steuersatz 94 Prozent

Toll. Aber das ist ja noch nicht alles. Sondern natürlich haben die Menschen nicht nur ihre Zeit und ihre Kräfte geopfert, sondern auch ihr Geld: «Die Bürger haben ihre verfügbaren Barreserven in Kriegsanleihen investiert. Insbesondere wurden auch die Steuern deutlich erhöht, am meisten von den Gutverdienern, die eine hohe ‚Siegessteuer' mit der höchsten Progression in der Geschichte der Vereinigten Staaten gezahlt haben. Der oberste Steuersatz der Bestverdiener lag 1942 bei 88 Prozent und erreichte 1944 einen Rekord von 94 Prozent.» Ein feuchter Traum auch für jeden falschen Klimapropheten. «Autofahren zum Spass war verboten, das Autorennen ‚Indy 500' wurde ausgesetzt und eine nationale Geschwindigkeitsbegrenzung von 35 Meilen pro Stunde eingeführt.» Für ein «Autoland» wie Deutschland wäre das eine Katastrophe. Daneben seien umfassende Lohn- und Preiskontrollen eingerichtet worden, «um die Inflation zu bekämpfen». Mit anderen Worten will diese Frau mithilfe der Klimadiskussion

- die Menschen in Angst und Schrecken versetzen,
- sie lenk- und kontrollierbar machen,
- Millionen für eine Art «Klimamobilisierung» auf die Strasse bringen,
- Ressourcen und Lebensmittel rationieren,
- die Produktion umstellen,
- den Markt aushebeln und die Preise kontrollieren,
- Menschen umsiedeln und entwurzeln,
- die Steuern bis zum Anschlag hochschrauben,
- die Menschen auf diese Weise enteignen,
- Autofahren, Fleischessen und andere «klimaschädigende» Gewohnheiten verbieten und anderes mehr.

«Der Klimawandel ist unser Dritter Weltkrieg»

Joseph Stiglitz, ehemals Chefökonom der Weltbank, in der britischen Zeitung Guardian mit der Forderung, die CO2-Emissionen zu reduzieren

Quelle: welt.de, «Der Klimawandel ist unser Dritter Weltkrieg», 05.06.2019



Foto: ©Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Ausschnitt aus «Rebuilding America's Defenses»

Further, the process of transformation, even if it brings revolutionary change, is likely to be a long one, absent some catastrophic and catalyzing event – like a new Pearl Harbor. Domestic politics and

attack. The surprise attack on Pearl Harbor led the United States to "flip the hive switch" and enter emergency mode in an incredibly powerful, productive way.

Ausschnitt aus «Leading the Public Into Emergency Mode: Introducing the Climate Emergency Movement» von Margaret Klein Salamon

Die Strategen der Bush-Regierung hatten sich bereits 1997 im Thinktank «Project for the New American Century" (PNAC) zusammengeschlossen. Mitglieder waren u.a.: Dick Cheney, Donald Rumsfeld und der spätere Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz. Im September 2000 publizierte das PNAC einen 80-seitigen Bericht mit dem Titel «Rebuilding America's Defenses». Darin war zu lesen, ein Wiederaufbau der amerikanischen Verteidigung und die gewünschte Umwälzung in der US-Politik könne lange dauern, wenn nicht «ein katastrophales und katalysatorisches Ereignis [...] wie ein neues Pearl Harbor» eintreten würde. Dieses neue Pearl Harbor trat ein, und zwar am 11. September 2001, dem sechzigsten Jahrestag der Grundsteinlegung des Pentagons (siehe Ausgabe 10). 19 Jahre später ist es die Klimastrategin Klein Salamon, die sich in ihrem Strategiedokument ein katastrophales Ereignis à la Pearl Harbor geradezu herbeiwünscht. Diesmal nicht für eine militärische Mobilisierung, sondern wohl eher eine vermeintliche Umweltkatastrophe für eine «Klimamobilisierung» (so immerhin der Name von Klein Salamons Organisation).

Kurz: ein Notstandsregime, das sich für die nächsten Jahrzehnte im «Kriegszustand» wähnt – bis zum Exitus, darf man annehmen. Übrig blieben dann Salamon und ihre Cliquen, und zwar reicher als jemals zuvor. Denn schliesslich wollen all die spendablen Milliardäre, die hinter den Klimaorganisationen stecken, ja auch eine Rendite.

Ein neues Pearl Harbor?

Aber wie könnte man das schneller bewerkstelligen, fragt Salamon in ihrem «Strategiepapier»? Wäre es nicht zum Beispiel gut, wenn «ein katastrophales Ereignis» eintreten würde, «das als Katalysator dient – ein neues Pearl Harbor», wie es vor den Attentaten des 11. September 2001 in einem Strategiepapier eines US-Thinktanks hiess, der damit bereits im Jahr 2000 die Anschläge des 11. September vorwegnahm? Der angebliche Überraschungsangriff der Japaner auf die US-Marinebasis Pearl Harbor 1941 war das Ticket für den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg gewesen. Und nach dem «neuen Pearl Harbor» des 11. September 2001 konnten vor allem die Kriege, die der erwähnte Thinktank schon seit Jahren gefordert hatte, endlich geführt werden, insbesondere gegen Afghanistan und den Irak.[1]

Und siehe da: Auch Salamon findet Gefallen an dem Gedanken an ein «neues Pearl Harbor». Denn 1941 habe der Überraschungsangriff auf Pearl Harbor den amerikanischen Isolationismus beendet (den es ja auch in Sachen Klima gibt) und das Beispiel «für ein Amerika im Notfallmodus» geliefert. Das heisst: ein Amerika in der totalen Mobilmachung. «Der Überraschungsangriff auf Pearl Harbor veranlasste die Vereinigten Staaten, auf den Knopf zu drücken, um die Stimmung umkippen zu lassen und in den Notbetrieb zu wechseln – auf eine unglaublich kraftvolle, produktive Art und Weise», schwelgt Salamon. Und sie bekennt: «Entsprechend dem Ausmass der Bedrohung wollen wir Amerika aufwecken. Wir wollen ‚Amerika aufwecken', um das Ausmass der Bedrohung und die Notwendigkeit der Mobilisierung zu erkennen, wie Amerika unmittelbar nach den Angriffen auf Pearl Harbor aufwachte und die Notwendigkeit des Zweiten Weltkriegs erkannte.» Mit anderen Worten hört sich das so an, als würden Salamon und ihre Kreise eine Art «Klima-Pearl-Harbor» herbeisehnen oder planen, irgendein katastrophales (Natur-)Ereignis, das die westlichen Nationen traumatisieren und in den Notfallmodus bringen könnte, um sie in die Notstandsgesellschaft zu steuern.

Und schon ist es da

Bereits im August 2019 brannte das Haus dann! Das wollte man dem Publikum zumindest weismachen. Am 22. August twitterte der französische Präsident Emmanuel Macron, als stünde er im Direktkontakt mit Frau Salamon: «Unser Haus brennt. Der Amazonas-Regenwald – die Lunge, die 20 Prozent des Sauerstoffs unseres Planeten produziert – brennt. [...]». Am 24. August 2019 erlitt die Bild-Zeitung eine Panikattacke und bildete auf einer ganzen Titelseite ein Satellitenbild von einem brennenden Südamerika ab. Headline: «Hier erstickt unsere Erde!» Wenige Tage später wurde daraus: «Unsere Lunge brennt» (Bild-Zeitung, online, 28.08.2019), «Die Lunge der Erde brennt» (Aargauer Zeitung), «Die



grüne Lunge der Erde brennt» (Tag24, 28.08.2019), «Am Amazonas brennt die Lunge der Erde» (Augsburger Allgemeine, online, 25.08.2019). Und natürlich durfte auch Heiko Maas nicht fehlen: «Rettet den Amazonas, rettet die Grüne Lunge der Welt.»

Fake News aus dem Urwald

Und bei so viel Systempanik durften natürlich auch die Systemkünstler nicht fehlen: «Sänger und Schauspieler, darunter Madonna und Jaden Smith, tauschten Fotos in sozialen Medien aus, die von zig Millionen Menschen gesehen wurden», schrieb das US-Magazin Forbes am 26. August 2019. «‚Die Lungen der Erde stehen in Flammen´, sagte der Schauspieler Leonardo DiCaprio. ‚Der Amazonas-Regenwald produziert mehr als 20 Prozent des weltweiten Sauerstoffs´, twitterte Fussballstar Cristiano Ronaldo.» Dazu veröffentlichten die selbst ernannten Urwaldexperten dramatische Bilder von brennenden Wäldern. Aber siehe da: alles Fake News! Die Fotos waren «nicht wirklich von den Feuern und viele waren nicht einmal vom Amazonas», enthüllte Forbes. Und: «Das Foto, das Ronaldo geteilt hat, wurde 2013 in Südbrasilien, weit entfernt vom Amazonas, aufgenommen. Das Foto, das DiCaprio und Macron geteilt haben, ist über 20 Jahre alt.» Tatsächlich war der Fotograf sogar schon gestorben. «Das Foto, das Madonna und Smith geteilt haben, ist über 30. Einige Prominente haben Fotos aus Montana, Indien und Schweden geteilt.»

Berichte aus der Flammenhölle

«Weltweit verschlingen Flammen unsere Wälder», unkte Die Zeit (online, 27.08.2019). «Meterhoch schlagen Feuer in die Höhe. Auf Tausenden Quadratkilometern lodern Bäume. Rauchwolken ziehen über weite Teile Südamerikas», beschwor das Blatt die Apokalypse herauf. Neben Brasilien meldeten auch südamerikanische Länder wie Bolivien und Paraguay immer mehr Brände, so die Hamburger «Journalisten». «Auch in Brasiliens Nachbarländern Bolivien, Peru und Paraguay brennen die Wälder», pflichtete Die Welt bei (online, 25.08.2019). Und auch Bild behauptete in seiner Panikgeschichte vom 24. August: «Am stärksten betroffen sind Brasilien, Bolivien und Paraguay.» Erstaunlich. Denn am 25. August standen zwei deutsche Auswanderer namens Lia und Chris Grunow auf einem hohen Gebäude in San Bernardino, Paraguay, und sagten: «[…] wir sind hier in der Flammenhölle […], das einzige Problem dabei ist, dass es kein einziges Feuer zu sehen gibt.» Höchstens eine kleine Rauchfahne, wie man sie hier immer wieder mal sieht, wenn jemand Gartenabfälle verbrennt. «Wir haben im Internet Berichte gesehen über die Waldbrände in Südamerika, und da war eine Karte dabei, offenbar mit Satellitendaten, und ganz Paraguay war rot.» [2]





Am 25. August, als die Brandkatastrophe im Amazonas-Gebiet laut Mainstream-Medien noch auf Hochtouren lief, standen zwei deutsche Auswanderer bei bestem Wetter in San Bernardino, Paraguay, und sagten: «[…] wir sind hier in der Flammenhölle […]». Die Satellitenkarte stelle die Realität vollkommen falsch dar, da auch noch so kleine Feuer als dicker roter Punkt auf der Karte erschienen. So wurde aus dem Normalzustand eine «Flammenhölle».

Lichtjahre von der Realität entfernt

Die Bild-Zeitung hatte ihr Titelbild von Südamerika zusätzlich noch mit Flammen aufgehübscht, sodass es einem schon ganz warm am Hosenboden wurde. Aber schaute man vor Ort nach, wie die Grunows, sah man praktisch nichts: «In der Realität, wenn wir jetzt mal hier in die Gegend gucken, ist hier so gar kein Feuer. Es ist herrlich blauer Himmel, es ist wunderschönes Wetter, ganz am Horizont kann man erahnen, dass der eine oder andere vielleicht gerade mal irgendwie einen kleinen Haufen Gartenabfälle verbrennt. Und wenn wir das jetzt von Paraguay wissen, dann möchte ich gerne wissen, was ist denn in Brasilien wirklich los […], die Karte suggeriert, dass offenbar fast ein Drittel von Brasilien gerade in Flammen steht, und das ist Lichtjahre von der Realität entfernt.» [2] Das Ganze erkläre sich so, dass die Satellitenkarte ein verzerrtes Bild der Realität wiedergebe. Wenn der Satellit irgendwo eine Rauchfahne entdecke, dann könne das als grosser roter Punkt abgebildet werden. Und wenn nun viele Menschen ihre Gartenabfälle verbrennen, «dann ist ganz Paraguay plötzlich rot und damit scheinbar eine Flammenhölle. Denn die Punkte sind nicht massstabsgetreu. […] Wenn es nach der Karte geht, müssten wir uns hier heute fühlen wie eine Thüringer Rostbratwurst auf dem Grill.» Aber wie man sieht, kann der Satellit nicht zwischen der Art der einzelnen Feuer unterscheiden. So werden beispielsweise auch brennende landwirtschaftliche Flächen als dicker roter Punkt dargestellt und von den Medien als «Waldbrand» gewertet. Den roten Punkten sieht man es eben nicht an, was da brennt. Viele «Waldbrände» sind also ohnehin gar keine Waldbrände. Aber egal – ob Wald oder Agrarflächen: Alles wird in einen Topf geworfen.

Klima-Pearl-Harbor?

Wie gesagt: Die Klimastrategin Salamon empfand Gefallen an dem Gedanken an ein «neues Pearl Harbor». Und nun versuchte man die «Waldbrände» genau in diesem Sinne zu nutzen: «Der Rauch der Feuer, die derzeit im Amazonas-Regenwald brennen, deckt ungefähr die Hälfte von Brasilien ab. Wir sind in einem Klimanotfall», twitterte der Meteorologe und Klima-Lobbyist Eric Holthaus. Geschickt formuliert: Denn der Rauch dehnt sich ja viel weiter aus als die Feuer – trotz-



Trotz der inzwischen nachweislich schon vor über einem Jahrzehnt geschürten und nicht eingetroffenen Weltuntergangshysterie um die angebliche globale Erwärmung, kürten Sprachwissenschaftler der Technischen Universität Darmstadt «Klimahysterie» zum Unwort des Jahres 2019. Mit dem Ausdruck würden «Klimaschutzbemühungen und die Klimaschutzbewegung diffamiert und Debatten diskreditiert».

dem dürfte er kaum die Hälfte Brasiliens bedecken. Die Logik: Zwar gebe es immer wieder Brände im Regenwald, aber richtig schlimm können sie nur durch die Klimaerwärmung werden, wenn der Wald so richtig austrocknet – wobei gar nicht klar ist, ob sich das Amazonas-Gebiet im Rahmen des Klimawandels wirklich erwärmt oder etwa abkühlt. Denn die sogenannte Klimaerwärmung beruht ja auf einem globalen Durchschnittswert, bei dem die grössten Flächen nicht berücksichtigt werden können, nämlich die Ozeane und die Urwälder. Ganz einfach, weil dort Messstationen fehlen.

Über Twitter stand Holthaus schon vor Jahren mit der Klimaalarmistin Margaret Klein Salamon in Verbindung, die das Konzept des Klima-Pearl-Harbor in ihrem Strategiepapier quasi erfunden hat. In einem Artikel bezeichnete sie Holthaus als «brillanten Wissenschaftler». Auf Facebook postete Klein Salamon ein Video mit dem Titel «Erklärung des Klimanotstands jetzt!» von ihrer Klimaputschisten-NGO «The Climate Mobilization» («Die Klimamobilisierung»). Schliesslich betonte bereits Salamon, dass es gut sei, wenn Menschen «grosse Angst verspüren, unter Schlaflosigkeit leiden» und «ihr Leben überdenken [...], das ist eigentlich eine gute Sache.» [3] Mit anderen Worten plädiert Salamon dafür, die Menschen zu traumatisieren, um sie zu steuern. Eine alte Technik, die eigentlich andauernd angewendet wird, beispielsweise auch in Bezug auf den 11. September 2001. Auf Salamons Sozialmedien-Seiten kann man Aussagen lesen wie «Wir brauchen eine Revolution, um das zu überleben» oder «Wo ist die CO2-Steuer?».

Wenn wir also in den nächsten Monaten oder Jahren mit weiteren grossen Natur- oder Wetterkatastrophen konfrontiert werden, sollten wir darauf achten, was die Ursachen (siehe auch S.82 ff.) sind und wie diese Katastrophen benutzt werden, um uns per «Notfallmodus» in den totalen Klimastaat zu treiben. In diesem Zusammenhang kann man gar nicht oft genug zitieren, was auch Greta sagte: «Wir leben in einer seltsamen Welt, wo niemand es wagt, über unsere aktuellen politischen Systeme hinauszuschauen – obwohl klar ist, dass die Antworten, die wir suchen, nicht in der Politik von heute gefunden werden können.» ***(gw)***

Quellen:

1. Project for a New American Century: «Rebuilding America's Defenses: Strategies, Forces, and Resources For a New Century», September 2000
2. Youtube.com, Aus der ‚Feuerhölle´ Südamerikas - aktueller Bericht - Focus mit offenen Karten?, 24.08.2019
3. medium.com, 17.07.2017

Dieselverbot: Krieg gegen die Autoindustrie

Im Rahmen des sogenannten «Abgasskandals» wurden 2015 Millionen deutsche Autos als zu umweltschädlich gebrandmarkt. In vielen Fällen entsprachen die vom Hersteller angegebenen Abgaswerte, speziell von Dieselfahrzeugen, nicht der Praxis. Die Hersteller hatten die Autos so manipuliert, dass die Fahrzeugsoftware Abgastests erkannte und den Motor dann in einen abgasarmen Betriebsmodus umschaltete. Kaum war der Test vorbei, strömten wieder mehr Abgase aus dem Motor – weshalb mit einem Mal Millionen Dieselautos quasi illegal und ohne Zulassung auf den Strassen herumfuhren. Im Rahmen der Entdeckung dieses Schwindels wurden Milliardenwerte vernichtet, indem deutsche Dieselfahrzeuge plötzlich massiv an Wert verloren.

Der VW-Abgasskandal konnte allerdings nur entstehen, weil die erlaubten Abgaswerte in immer neue, technisch immer schwieriger zu erreichende Tiefen geschraubt wurden. Je mehr Unterlagen zum VW-Dieselbetrug auftauchten, desto schärfer wurde das Bild einer Bürokratie, die zwar strenge Grenzwerte für die Autoabgase festgelegt hat, dann aber bei der Kontrolle der Autos wegschaute – so, als hätte es eine stillschweigende Abmachung gegeben zwischen Kontrollierten und Kontrolleuren. Mit anderen Worten legten Politiker ohne Rücksicht auf Physik und Markt immer tiefere Abgaswerte fest.

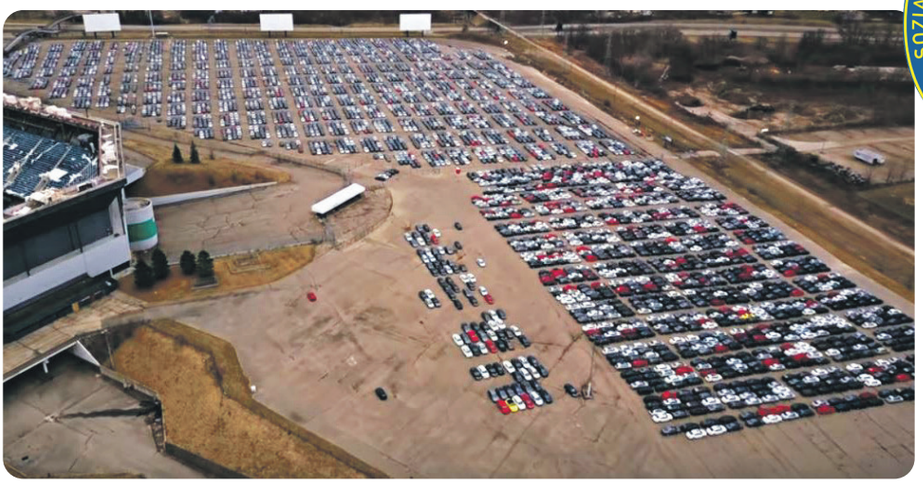
Im Mittelpunkt der Diskussion standen der notorische «Klimabösewicht» CO2 und die sogenannten «Stickoxide». Angesichts der Aufregung glaubte jeder Normalbürger, dass es sich dabei um gefährliche Umwelt- und Gesundheitsgifte handeln müsse. Doch wer genau hinsah, stellte fest, dass der Kaiser nackt war: Schauen wir uns doch einmal an, was jedermann mit ein paar Klicks über diese angeblich schlimmen Stoffe erfahren könnte, nämlich durch einen Blick auf Wikipedia. Demnach bestehen die Abgase eines «idealen», also theoretischen, Dieselmotors «aus CO2, H2O, N2 und O2».

Also:

- CO2/Kohlendioxid – natürlicher Bestandteil der Atmosphäre
- H2O/Wasser(dampf) – natürlicher Bestandteil der Atmosphäre
- N2/Stickstoff – natürlicher Bestandteil der Atmosphäre
- O2/Sauerstoff – natürlicher Bestandteil der Atmosphäre

Und siehe da – auch das steht in dem Allerweltslexikon Wikipedia zu lesen: «Stickstoff ist für das Leben auf der Erde unent-

➔



Mitten in der Wüste Kaliforniens liegt eine der insgesamt 36 Autohalden von VW. Massenhaft Dieselautos wurden aufgrund des Abgasskandals dort abgestellt. VW musste die Autos von Kunden zurückkaufen, ein massiver Schaden für die deutsche Wirtschaft.

«Die Überwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung sozialistischer Zielvorstellungen kann unter anderem nur mit einem tiefgreifenden ökologischen Umbau der Gesellschaft erreicht werden. Ökosozialismus ist ein möglicher Begriff.»

Peter Schott, Koordinierungsrat Umweltpolitik der SED/PDS, 1992

➔ behrlich. Schon im 19. Jahrhundert erkannte man, dass ein grosser Teil der pflanzlichen Materie Stickstoff enthält und ein wichtiges Bauelement aller Lebewesen ist [sic!]. Er ist das wesentliche Element der Proteine und Proteide (Eiweisse) und der DNS. Stickstoff ist daher auch Baustein aller Enzyme, die den pflanzlichen, tierischen und menschlichen Stoffwechsel steuern.» (abgerufen am 25.10.2017)

Mega oder Giga

Unglaublich: alles natürliche und unverzichtbare Bestandteile unserer Luft! Real existierende Dieselmotoren scheiden allerdings noch andere Stoffe aus, wie beispielsweise Stickoxide und Feinstaub. Auch das sind jedoch natürliche Bestandteile unserer Luft. Denn wo sich Stickstoff (78% der Atmosphäre) und Sauerstoff (21% der Atmosphäre) treffen, entstehen eben gerne auch mal Stickoxide. Besonders wenn Energie zugeführt wird, zum Beispiel durch Blitze, erhöht sich der Stickoxidgehalt der Luft. Distickstoffoxid zum Beispiel «wird vor allen Dingen durch natürliche Prozesse» freigesetzt. (ebenda) Ja, während aus menschlichen Quellen 1,4 bis 6,5 Millionen Megatonnen Stickoxide pro Jahr stammen sollen, sollen 6,6 bis 12,5 Millionen Megatonnen aus natürlichen Quellen entspringen. (ebenda, abgerufen am 09.08.2017) Wobei wir bei einem ein- oder zweistelligen Millionen-Tonnen-Bereich natürlich ohnehin nur von einem «Spurengas» sprechen. Zum Beispiel enthält die Atmosphäre 800 Gigatonnen (also Milliarden Tonnen, «Giga» grösser als «Mega») Kohlendioxid, das trotzdem noch zu den «Spurengasen» gezählt wird – ganz einfach, weil sein Volumenanteil an der Atmosphäre nur vier Zehntausendstel beträgt.

Unter den Bestandteilen unserer Luft rangieren die Stickoxide also ganz weit hinten. Schauen wir uns zum Beispiel eine Tabelle der 16 wichtigsten Luftbestandteile (1) an, dann finden sich Distickstoffmonoxid auf Rang elf und Stickstoffdioxid auf Rang 15. Die anderen Stickoxide sind gar nicht erst aufgeführt. Im Gegensatz zu Kohlendioxid, dessen Anteil in der Atmosphäre entweder nach Prozent (0,04 Prozent) oder nach Millionsteln gemessen wird (400 ppm), wird Stickstoffdioxid nach Billionsteln gemessen. Der Tabelle zufolge enthält die Atmosphäre zehn bis 100 Billionstel Stickstoffdioxid. Aber nicht nur das: In der ganzen Panik ging auch unter, dass sich die Stickoxidemissionen in Deutschland und Europa seit 1990 etwa halbiert haben. (2)

Stickstoff als Medizin

Na und – das Zeug ist schliesslich hochgiftig, oder nicht? Und ob: «Stickstoffdioxid ist schon in kleinen Mengen schädlich», weiss beispielsweise Focus Online. (25.10.2017) «Gefahr aus dem Auspuff», warnt das Nachrichtenportal t-online.de: «Stickoxide sind giftig, aber wir atmen sie täglich ein.» (25.09.2017) Und die Europäische Umweltagentur geht «davon aus, dass jährlich über 10.600 Menschen in Deutschland vorzeitig aufgrund zu hoher Stickstoffdioxidwerte sterben», schreibt die Deutsche Ärztezeitung. (online, 02.08.2017) Doch im Gegensatz zu dieser Behörde ist die Ärztezeitung erstaunlicherweise keineswegs von der Giftigkeit der Stickoxide überzeugt. Nach ihrer Meinung steht der Zusammenhang zwischen Stickoxiden und Todesfällen überhaupt nicht fest: «So heisst es auch im Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zum Abgasskandal, der vor Kurzem veröffentlicht wurde, dass epidemiologisch ein Zusammenhang zwischen Todesfällen und bestimmten Stickstoffdioxidexpositionen im

UN-Bürokrat Maurice Strong: Ziel ist Zusammenbruch der industriellen Zivilisation



Es ist keinesfalls übertrieben von Maurice Strong (siehe S.51) als der zentralen Figur der globalen Klima- und Umweltschutzkampagne zu sprechen. Strong leitete nicht nur die Stockholm-Konferenz von 1972 und den Rio-Gipfel von 1992, sondern er war Vorsitzender des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Darüber hinaus bekleidete er auf internationaler Ebene noch zahlreiche weitere Schlüsselpositionen, von denen aus er die globale Ökobewegung und die Entwicklung der UN nicht nur beeinflusste, sondern regelrecht steuerte. Der 1929 geborene kanadische Multimillionär, den Gorbatschow zu seinen Freunden rechnet, ist schon seit jungen Jahren ein bekennender Marxist, der sich selbst mit den Worten beschreibt: «Von der Ideologie her bin ich Sozialist, vom Lebensstil und der Methode her ein Kapitalist.»

Auf der Rio-Konferenz 1992 sagte er:

«Besteht nicht die einzige Hoffnung für diesen Planeten in dem Zusammenbruch der industriellen Zivilisation? Liegt es nicht in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass dieser Zusammenbruch eintritt?»

> «Die 15 grössten Seeschiffe der Welt stossen jährlich mehr schädliche Schwefeloxide aus als alle 760 Millionen Autos weltweit.»
>
> *Alexander Porschke, Landesvorsitzender des Naturschutzbunds (NABU) Hamburg*

Quelle: hamburg.nabu.de, Kreuzfahrtschiffe müssen sauberer werden



Anscheinend haben die Grosskonzerne für ihre Handelsströme einen Freibrief von der Politik bekommen, während die Mobilität des Otto-Normalbürgers immer weiter eingeschränkt wird.

Sinne einer adäquaten Kausalität nicht erwiesen sei». Und weiter: «Tatsächlich scheint es schwierig oder gar unmöglich, aus der Vielzahl der Abgase zu definieren, ob und zu welchem Anteil bestimmte Stoffe für die gesundheitlichen Risiken verantwortlich sind, die das Leben an einer Hauptverkehrsstrasse mit sich bringen könnte.» Siehe da!

Darüber hinaus werden Stickoxide, wenn überhaupt, erst in Dosierungen toxisch, die in der Umwelt nie erreicht werden. Die maximal zulässige Konzentration am Arbeitsplatz beträgt zum Beispiel 25 Millionstel; der Stickoxidanteil der Luft wird, wie gesagt, jedoch in Billionsteln gemessen. Und was man Ihnen wahrscheinlich auch nicht erzählt hat: In der Medizin werden Stickoxide als Medikament benutzt. Ich wage einmal zu sagen: Wahrscheinlich werden dabei ähnliche Gase verwendet, wie wir sie an jeder Kreuzung einatmen, Stickstoffmonoxid zum Beispiel: «Durch die hohen Temperaturen im Automotor» entstehe «zwangsläufig Stickstoffmonoxid durch die sog. ‚Luftverbrennung´», heisst es auf einer Seite der Universität Bayreuth. (3) Stickstoffmonoxid hat einen erweiternden Effekt auf die Blutgefässe und damit eine Reihe von segensreichen Wirkungen. Das Inhalationsgas-Medikament «INOmax» zum Beispiel «wird zur Behandlung von Neugeborenen mit Lungenfunktionsstörungen eingesetzt», heisst es auf der Website chemie.de in dem Artikel «Inomax». (ohne Datum) «Dieses Gas ist für zu früh geborene Kinder (Frühchen) lebensnotwendig; ebenso wird es eingesetzt für bestimmte Operationen am Gehirn bei älteren Menschen. In Deutschland benötigen Hunderte Babys pro Jahr Stickstoffmonoxid, um zu überleben [...]»

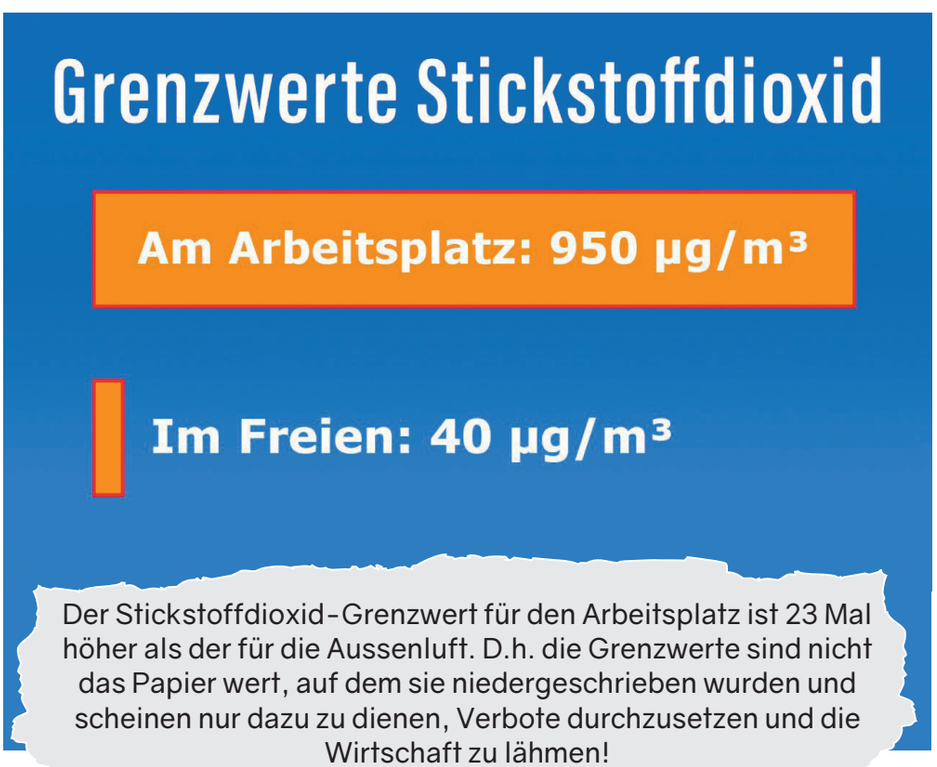
Eine andere Wahrheit

Aber es existieren noch weitere Widersprüche: «Wieso gibt es eine akute Gefährdung der Bevölkerung durch einen Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Stickstoffdioxid (NO_2) im Freien, wenn am Arbeitsplatz für Beschäftigte in geschlossenen Räumen viel höhere Werte völlig unbedenklich sind?», fragte Focus Online erstaunt: «Höchst offiziell sind am deutschen Arbeitsplatz für Beschäftigte laut Bundesgesundheitsblatt 950 Mikrogramm pro Kubikmeter Innenraumluft als ‚Maximale Arbeitsplatz-Konzentration´ (MAK) erlaubt. Also gut 20 Mal so viel wie auf der Strasse – und zwar acht Stunden täglich und 40 Stunden in der Woche. Dagegen liegt der Grenzwert für NO_2 bei den 246 Verkehrsmessstationen im Freien bei nur einem Zwanzigstel des MAK-Wertes. Und diese Vorgabe soll jetzt Dieselautos mit Fahrverboten treffen?» (ebenda, 05.09.2017) Die Autokonzerne und -besitzer müssen also Milliarden zahlen – die Firmen für Strafen und Nachrüstungen, die Fahrzeughalter für Wertverluste ihrer Autos, während die Luft im Büro 20 Mal mehr Stickoxide enthalten darf als die auf der Strasse!

Feinstaubmessungen falsch

Nun gut – aber schliesslich gibt es ja noch den furchtbaren Feinstaub, der ebenfalls von Verbrennungsmotoren, speziell Dieseln, emittiert wird. Na bitte, dann also nichts wie her mit Fahrverboten und Produktionsstopps! Aber Moment mal – denn ob Sie es glauben

➔



oder nicht: Der meiste Feinstaub stammt aus natürlichen Quellen. Als solche seien «Emissionen aus Vulkanen und Meeren, die Bodenerosion, Wald- und Buschfeuer sowie bestimmte biogene Aerosole – Viren, Sporen von Bakterien und Pilzen, ausserdem Algen, Zellteile, Ausscheidungen usw. – zu nennen», räumt das Umweltbundesamt ein.

Grosse Teile des «menschlichen Feinstaubs» stammen aus Wirtschaft, Landwirtschaft, Industrie, Kraftwerken, Luft-, Schiffs- und Bahnverkehr sowie aus Feuern und Heizungsemissionen. Das Auto ist deshalb nur für einen kleinen Teil der menschlichen Feinstaubemissionen verantwortlich. Und nur ein kleiner Teil davon stammt überhaupt aus dem Auspuff. Der Rest resultiert aus Abriebprozessen von Reifen, Bremsen und anderen Verschleissteilen, die beispielsweise auch Elektroautos haben. An der berüchtigten Kreuzung am Stuttgarter Neckartor zum Beispiel kommen nach Berechnungen der Landesanstalt für Umweltmessungen nur sieben Prozent des verkehrsbedingten Feinstaubes «aus dem Auspuff der Autos, 44 Prozent davon entstehen beim Bremsen und wesentlich durch Abrieb von Reifen» (4). Zudem sind sowohl die Definition als auch die Messung von Feinstaub alles andere als sicher – genauso wie die Zahl der Todesfälle durch Feinstaub: An ihm sterben jedes Jahr 3,3 Millionen (Die Zeit, online, 16.09.2015), 45.300 (Umweltbundesamt) oder (in Verbindung mit Ozon) 34.000 Menschen (Handelsblatt, online, 25.10.2015). Da könnte man ja gleich würfeln.

Darüber hinaus seien «fast alle Feinstaubmessungen falsch», hat sogar die Bild-Zeitung



herausgefunden und bezog sich dabei auf die häufig falsche Positionierung der Messstationen. Die einschlägige EU-Richtlinie 2008/50/EG wird demnach häufig nicht eingehalten. Statt 25 Meter steht die Messstation am Leipziger Willy-Brandt-Platz zum Beispiel nur 1,40 Meter von der stark befahrenen Kreuzung entfernt. Dass hier die Werte in die Höhe schnellen, ist natürlich kein Wunder. Der Messpunkt Leipzig-West sei dagegen zu weit weg vom Verkehr: 26,6 statt zehn Meter. Angeblich soll dadurch auch «von aussen eingetragener Staub» berücksichtigt werden. In Wirklichkeit, so erfährt man in dem Artikel, geht es eigentlich um verfügbare Strom- und Telefonanschlüsse für die Datenübermittlung der Messstelle. Sind diese an dem vorgeschriebenen Punkt nicht vorhanden, wird die Station eben einfach verschoben. Dafür wird versichert, dass das alles in den Berechnungen «berücksichtigt» werde. (bild.de, 07.08.2009) Wobei natürlich die Frage ist: Will man nun berechnen oder messen? Der Sinn einer Messstelle besteht ja gerade darin, konkrete empirische Werte zu ermitteln und nicht «berechnete» Werte.

Wirbel um Pseudoprobleme

Ja aber, werden Sie nun sagen, es kann doch nicht sein, dass man uns dauernd Pseudoprobleme vorsetzt. Doch – das kann schon sein. Vorgegangen wird nach dem Motto: Was nicht gehypt wird, ist ein Problem, was aber gehypt wird, ist garantiert kein Problem. Betrachten Sie dazu einmal die nachfolgende Übersicht:

Kein Witz: « […] mit durchschnittlich zwei bis vier Milligramm Feinstaub pro Kilometer produzierten die Zweiräder wegen des Bremsabriebs im Test rund zehnmal so viel schmutzige Luftteilchen wie ein modernes Dieselauto heute noch ausstösst.» Werden bald also auch Fahrräder aus deutschen Innenstädten entfernt?

Quelle: faz.net, Feinstaub-Falle Bahnhöfe, 14.05.2018



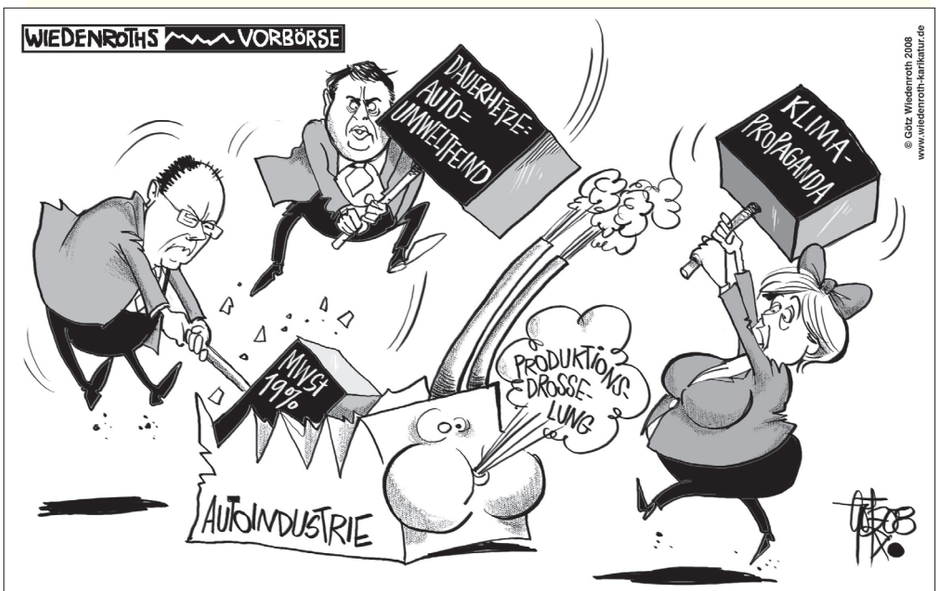
Foto: heb@Wikimedia Commons (mail) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Cyclists_at_red_2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Viel Wirbel um:
- Waldsterben
- Klimakatastrophe
- Dieselskandal
- Schweinegrippe
- Vogelgrippe
- rechte Parteien

Keinerlei Wirbel um:
- Rechtsbrüche der Regierung
- Abschaffung der Meinungsfreiheit
- Abschaffung des Bankgeheimnisses
- Abschaffung des Bargelds
- Abschaffung der Bewegungsfreiheit (siehe S.76 ff.)
- Zerstörung der deutschen Autoindustrie
- Auflösung Deutschlands und Europas

Richtig erschreckend wird es eben erst, wenn man sieht, was hinter dem Vorhang der offiziellen Aufregung steckt. Wie soll doch Dr. Day (siehe S.18 ff.) gesagt haben: Alles habe «zwei Absichten. Das eine ist die angebliche Absicht, welche es für die Leute akzeptabel macht, und das andere ist die wahre Absicht, welche die Etablierung des neuen Systems weiterverfolgt.» Nur wenn man die Abgas- und CO_2-Agenda konkretisiert, befindet man sich wieder im Reich anschaulicher Anweisungen, wie: Weniger Kinder kriegen, weniger produzieren, weniger konsumieren usw. *(gw)*

Quellen:
1. http://www.imn.htwk-leipzig.de/~stich/Bilder_BU/II.III.pdf
2. Umweltbundesamt: «Stickstoffoxid-Emissionen», 12.06.2017
3. didaktikchemie.unibayreuth.de, Didaktik der Chemie, 13.04.2016
4. Tichys Einblick, Feinstaub, eine Posse; 18.02.2017



"Hoppla, das müssen die Auswirkungen der Finanzkrise sein!"

Natürlich sind Klimapanik und Dieselverbote nur Teil eines viel grösseren Wirtschaftskriegs gegen den Westen und insbesondere gegen Deutschland. Zu ihm gehören auch:

- Massive Steuerbelastung des Mittelstands
- Einschränkung des freien Unternehmertums durch Überregulierung und restriktive Gesetzgebung (was Grosskonzerne wiederum durch Lobbyismus umgehen)
- Der Euro (Rettungspakete, ESM, Target-2-Salden, Inflation uvm.)
- der Angriff auf die Chemieindustrie durch den suizidalen Kauf von Monsanto durch den Bayer-Konzern – hier droht eine ähnliche Entwicklung wie in der Autoindustrie.
- Die Masseneinwanderung von Millionen Menschen, die nicht in die Wirtschaft integrierbar sind (siehe Ausgabe 19)
- Die stillschweigende Duldung chinesischer Produktpiraterie und Spionage (siehe unten)

und vieles mehr.....

Der grosse Profiteur: China

Während die abendländische Wirtschaft vom Klimawahn abgewürgt wird, behelligt China in dieser Sache, wie gesagt, kein Mensch. Der Westen mobilisiert gegen das Klima, China mobilisiert für die globale Machtübernahme. Die Wirtschaft des «Reichs der Mitte» platzt aus allen Nähten, wohinter System zu stecken scheint. Dafür spricht u.a., dass Chinas massiver Raub geistigen Eigentums, Urheberrechtsbetrug und die Produktpiraterie stillschweigend geduldet werden.

Es ist unbestritten, dass Rotchinas wirtschaftlicher Aufstieg massgeblich auf illegalen Plagiaten westlicher Technologie basiert, ohne dass in dem kommunistischen Regime ein diesbezügliches Unrechtsbewusstsein herrschen würde oder die westliche Politik grosse Anstrengungen unternähme, Rotchina dafür zur Verantwortung zu ziehen. Dies sollte nicht verwundern, denn erstens sind Diebstahl und Raub seit jeher die bevorzugten Instrumente kommunistischer Politik, und zweitens gehört die Enteignung und internationale Umverteilung westlicher Technologie ausdrücklich zu den politischen Zielen der sich formierenden UNO-Weltregierung. Dies geht beispielsweise aus dem Artikel 34.14 der Agenda 21 eindeutig hervor, in dem es heisst, dass der Zugang der Entwicklungsländer zu «wissenschaftlichen und technologischen Informationen, einschliesslich Informationen über Technologien, die dem Stand der Technik entsprechen», sichergestellt werden müsse. Dieser Zugang sei durch die Politik zu fördern, zu erleichtern und, wo nötig, auch zu finanzieren (Artikel 34.14.b).

Plagiate und Spionage

Die Produktpiraterie wird in «Unbegrenzte Kriegsführung» – der bereits zitierten Strategieschrift des rotchinesischen Militärs (siehe S.37, S.67 u. S.104 ff.) – ausdrücklich als eine Form der Kriegsführung mit nicht-militärischen Mitteln bezeichnet, die gezielt dazu dient, den Markt einer gegnerischen Nation zu stören und seine Wirtschaftsordnung anzugreifen.(1) Und tatsächlich werden westliche Unternehmen durch Plagiate und Billigimporte aus Fernost wirtschaftlich zum Teil erheblich unter Druck gesetzt. Im Sommer 2005 galt beispielsweise die italienische Textilindustrie aufgrund der chinesischen Billigimporte, die zuhauf auf

➔



den europäischen Markt drängten, als gefährdet, weshalb Italien von der EU vehement Importbeschränkungen forderte.

Als weiteres Beispiel hierfür mag der Niedergang der Schuhindustrie in der spanischen Stadt Elche gelten, der früheren Hochburg der europäischen Schuhproduktion, wo zu Beginn des Jahrtausends nachgemachte Schuhe aus der südostchinesischen Stadt Wenzhou die einheimische Schuhherstellung verdrängten. Der China-Experte Harro von Senger berichtete hierzu: «Mit ihren Discountplagiaten hatten die chinesischen Schuhhersteller die Preise kaputtgemacht. Ungefähr 80 der weit über 100 Schuhlager von Elche belegen inzwischen Chinesen. In Wenzhou leben sieben Millionen Menschen. Dort gibt es riesige Fabriken, wo man für durchschnittlich 90 Euro im Monat elf Stunden am Tag arbeitet. In Elche, der Stadt mit 200.000 Einwohnern, sind inzwischen die Löhne zehnmal so hoch, auch wenn sie massiv gesunken sind. [...] 300 spanische Schuhfirmen haben in Elche seit 2000 dichtgemacht, 5.000 Arbeitsplätze gingen in zehn Jahren verloren.» [2]

Doch nicht nur die zivile Industrie ist von chinesischen Plagiaten bedroht, noch weitaus schwerwiegender und bedrohlicher ist die chinesische Spionage im Bereich der westlichen Rüstungsindustrie. Schon seit den 1990er Jahren sind zahlreiche Frontorganisationen des chinesischen Militärs aktiv am Diebstahl westlicher Dual-Use-Technologie (prinzipielle Verwendbarkeit von Gütern zu zivilen als auch militärischen Zwecken, z.B. Elektronik, Telekommunikation, IT-Technik) sowie am Schmuggel von Materialien beteiligt, die aufgrund von Ausfuhrkontrollen legal nicht exportiert werden dürfen. Zum Beispiel führte der Untersuchungsbericht des Cox-Komitees der US-Regierung vom Januar 1999 zahlreiche Fälle auf, in denen chinesische Unternehmen am Diebstahl, dem illegalen Erwerb oder der Weiterleitung hochgeheimer amerikanischer Dual-Use-Technologie an militärische Produktionsstätten in China beteiligt waren. Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich kein Zufall, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee in den letzten Jahren mit der DF-15b, der DF-21c und der DF-26 eine Reihe von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Dienst stellen konnte, deren Gefechtsköpfe jenem der früheren amerikanischen Mittelstreckenrakete Pershing-2 zum Verwechseln ähnlich sehen.

Technologiekriegsführung

Die beeindruckende Entwicklung der rotchinesischen Technologiekonzerne in den letzten drei Jahrzehnten lässt an die Methode der Technologiekriegsführung denken, die in «Unbegrenzte Kriegsführung» erwähnt wird, welche laut den Offizieren Qiao und Wang das Ziel verfolgt, durch eigene Festlegung technischer Normen Technologiemonopole zu schaffen. Beispielsweise war der Aufstieg des Telekommunikationskonzerns Huawei durch den 1996 verabschiedeten Grundsatz der chinesischen Regierung begünstigt worden, einheimische Telekommunikationsunternehmen beim Aufbau der chinesischen Telekommunikation zu fördern und den Zugang für ausländische Unternehmen zu beschränken.(3) Diese protektionistische Politik half Huawei dabei, mittlerweile zum Weltmarktführer in der 5G-Technologie zu werden und damit auf den europäischen Mobilfunkmarkt vorzudringen, wo der Konzern auf keinen vergleichbaren Protektionismus durch die Politik stösst wie die westlichen Kommunikationsunternehmen auf dem chinesischen Markt.

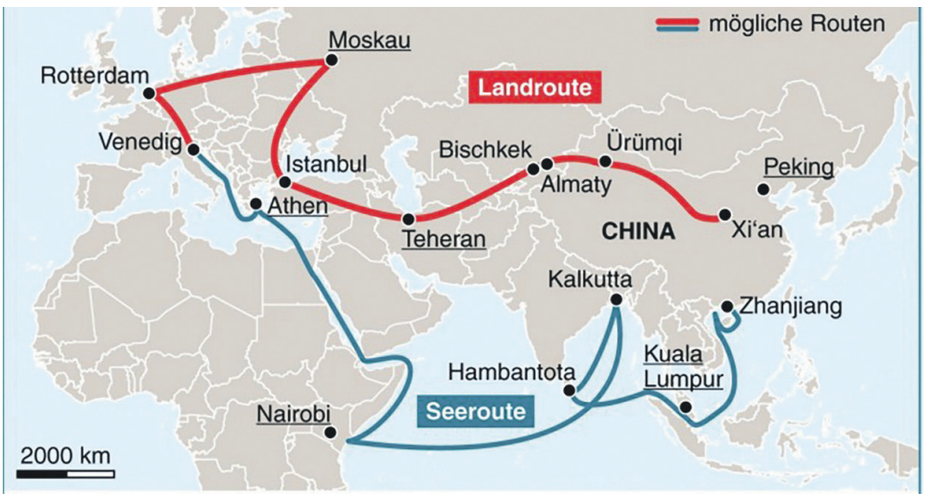
Darüber hinaus war der chinesische Konzern im Jahr 2003 vom amerikanischen Netzwerkkomponenten-Hersteller Cisco angeklagt worden, dass seine Geräte in Hardware als auch Software fast bis ins Detail den Cisco-Produkten glichen, was schliesslich mit



Dass Huawei für die chinesische Staatsführung im Ausland spioniert, liegt auf der Hand. Trotzdem will die Bundesregierung den Konzern nicht kategorisch vom Aufbau des 5G-Netzes in Europa ausschliessen.



Dienen chinesische Billigimporte dazu, die europäische Industrie zu zerstören?



Teil der «Neuen Seidenstrasse» sind geplante und teilweise schon gebaute neue Handelsrouten, die mit chinesischen Infrastrukturprojekten in anderen Ländern einhergehen.

einem aussergerichtlichen Vergleich endete. [3] Amerikanische Sicherheitskreise werfen dem von einem früheren Soldaten der Volksbefreiungsarmee gegründeten Konzern vor, er «werde in Wahrheit von der Kommunistischen Partei kontrolliert und müsse aufgrund der autoritären Machtstrukturen in China für die Staatsführung seine Kunden im Ausland ausspionieren».[4] Um dieses Sicherheitsrisiko auszuschliessen, hat die US-Regierung ihren europäischen NATO-Verbündeten mit Nachdruck empfohlen, Huawei vom Aufbau der neuen 5G-Mobilfunknetze auszuschliessen. Doch kaum ein europäisches Land scheint den amerikanischen Warnungen Folge zu leisten. Insbesondere die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel will einen Ausschluss des Konzerns Huawei vom deutschen 5G-Mobilfunkmarkt verhindern, trotz erheblicher Irritationen, die dies in der deutschen Wirtschaft, in deutschen Sicherheitskreisen und nicht zuletzt in ihrer eigenen Partei auslöste. [5]

Expansion auf der «Neuen Seidenstrasse»

Die frühere FDJ-Sekretärin Merkel wirbt noch immer für eine Intensivierung des Freihandels mit China, das die Handelsbeziehungen nach Europa, Asien und Afrika mit seinem Projekt der «Neuen Seidenstrasse» weiter ausbauen will und in weiten Teilen der Welt zu diesem Zweck massiv in neue Strassen, Zugstrecken und Häfen investiert. So bauen chinesische Firmen mit eigenen chinesischen Arbeitern und eigenem Material nicht nur in Asien und Afrika, sondern auch am Mittelmeer neue Hafenanlagen und sogar mehrere Autobahnen in Albanien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro von der Mittelmeerküste nach Serbien. Zur selben Zeit gehen in Belgrad, wo demnächst Überwachungskameras von Huawei mit Gesichtserkennungssoftware für Sicherheit sorgen sollen, chinesische Polizisten gemeinsam mit serbischen Beamten auf Streife, und es waren sogar bereits gemeinsame serbisch-chinesische Militärmanöver im Gespräch. [6]

In Anbetracht der Tatsache, dass Chinas Expansion zum Beispiel ins Himalaja-Gebirge früher stets vom Bau neuer Verkehrswege begleitet war, ist zu befürchten, dass die neuen chinesischen Handelsrouten zukünftig auch für eine militärische Expansion genutzt werden könnten. In der Nachbarschaft Tibets ist man sich dieser Gefahr schon seit Jahrzehnten vollauf bewusst. Wie der Nepal-Reisende Ole Nydahl berichtete, reichten damals die von den Chinesen erbauten Strassen, «die die nepalesische Regierung gar nicht wünschte, schon bis weit ins Land hinein. Die Brücken, die sie errichteten, sollten nach einer Auflage der nepalesischen Regierung gerade einen Lastwagen tragen können. Aber irgendwie wurden immer Bauten daraus, über die mehrere Panzer gleichzeitig rollen konnten. Dass die Chinesen mit ihren Strassen den Indern ständig neue Teile von Ladakh im Norden wegnahmen, machte die Sache noch brenzliger.»[7] Experten vermuten, dass Rotchina auf dem Balkan eine Art Brückenkopf für seine weitere politische und wirtschaftliche Expansion nach Europa errichtet, wobei Belgrad, das ohnehin als enger Verbündeter Moskaus gilt und nun auch eine «strategische Partnerschaft» mit Peking unterzeichnet hat, zu einer Art «verlängertem Arm Chinas in Europa» wird. Die enormen Kreditsummen, die China dabei auf dem Balkan und in anderen Teilen der Welt investiert, sind von den zumeist kleinen und wirtschaftlich schwachen Ländern kaum zu bewältigen, weshalb die Infrastrukturprojekte der «Neuen Seidenstrasse» für diese Länder oftmals zur Schuldenfalle werden, was an das Konzept des «Wirtschaftshilfekrieges» erinnert, das laut der Strategieschrift «Unbegrenzte Kriegsführung» dazu dient, die Kontrolle über ein Zielland zu erlangen, indem man es von Wirtschaftshilfen abhängig macht.[8] Genau dies ist zum Beispiel in Sri Lanka geschehen, das seine Verbindlichkeiten an China nicht bedienen konnte und den Chinesen unter anderem eine grosse Hafenanlage überlassen musste, die – wie die örtliche Bevölkerung fürchtet – zukünftig auch militärisch genutzt werden könnte.[9] ***(tm)***



Der serbische Präsident Aleksandar Vučić schüttelt dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping am 25. April 2019 die Hand. Experten vermuten, dass Rotchina auf dem Balkan eine Art Brückenkopf für seine weitere politische und wirtschaftliche Expansion nach Europa errichtet.

Quellen:

1. Unrestricted Warfare, S.42
2. Harro von Senger, Moulüe, S.180 f.
3. Wikipedia.de, Huawei
4. Faz.net, Huawei wehrt sich gegen Vorwurf der Staatsnähe zu China, 26.04.2019
5. Handelsblatt.com, Europa ringt um eine Haltung zu Huawei, 26.01.2020
6. Spiegel.de, Warum chinesische Polizisten durch Belgrad patrouillieren, 30.10.2019
7. Ole Nydahl, Die Buddhas vom Dach der Welt, S.39
8. Welt.de, Auf der «Neuen Seidenstrasse» in die finanzielle Abhängigkeit von China, 01.12.2018
9. daserste.de, Sri Lanka: Chinas umstrittener neuer Aussenposten, 04.06.2018

Schlachtfeld 5: Energieversorgung

Auf einen Blick

- **Energiesouveränität Deutschlands und Westeuropas durch Atom- und Kohleausstieg gefährdet**
- **Durch breitere Nutzung ineffizienter «Erneuerbarer Energien» steigt Abhängigkeit von Energieimporten, vor allem aus Russland, das weiterhin auf die herkömmlichen Energieträger setzt.**
- **Russland hätte vielleicht schon heute die Möglichkeit, durch Ressourcenverknappung oder -verteuerung einen «Energiekrieg» gegen Europa zu führen. Mit einer Fortführung der «Energiewende» wird Russlands Macht über Europas Energiezufuhr weiter wachsen.**



Fotograf: Armin Kübelbeck, CC-BY-SA, Wikimedia Commons

Ökonom Hans-Werner Sinn: Energiewende kann nicht funktionieren



«Sobald in der Forschung etwas unter ideologischen Gesichtspunkten geschieht, werde ich nervös», meinte der Volkswirt Professor Hans-Werner Sinn und bezog sich dabei auf die Energiewende und die momentane Debatte um die grüne Energie. «Wie viel Zappelstrom verträgt das Netz? Bemerkungen zur deutschen Energiewende» hiess sein Vortrag, den er am 18.12.2017 an der Münchner Ludwig-Maximilian-Universität hielt.

Dabei rechnete er nach, wie die stark schwankende Energieerzeugung der Sonnen- und Windenergie sich mit unserem Stromnetz verträgt, ob eine Entwicklung in diesem Bereich sinnvoll und technisch möglich ist und wie viel eine Energiewende die Verbraucher kosten wird. Das Ergebnis: «Es kostet nur fürchterlich viel Geld, reduziert den Lebensstandard und verschandelt die Landschaft. Das kann es doch nicht sein!»

Verbraucher und Wirtschaft leiden

Bei Wind- und Sonnenstrom besteht das Problem der unsteten Versorgung und der Speicherung von Energie. Deutschland hat keine Energiespeicher und nutzt Doppelstrukturen. Das bedeutet, dass konventionelle Kraftwerke als Puffer einspringen, wenn kein grüner Strom produziert wird. Diese Puffer sind in Deutschland hauptsächlich Kohlekraftwerke.

Wenn die Sonne wieder scheint und der Wind weht, werden die konventionellen Kraftwerke wieder runtergefahren. Sie dürfen nicht in einen Preiswettbewerb mit den Erneuerbaren treten, denn in Deutschland gilt: Grüner Strom zuerst. Auf diese Weise wird das Geschäftsmodell der konventionellen Stromerzeuger zerstört, «doch ohne den konventionellen Strom ist auch das Geschäftsmodell der grünen Stromenergie kaputt», so Sinn.

Ausserdem kosten solche Doppelstrukturen doppeltes Geld, was Mehrkosten für die Verbraucher verursacht und den Strom in Deutschland teurer macht. Das sorgt zusätzlich dafür, dass viele Unternehmen ihre Standorte aus Deutschland in andere Länder verlegen.

Dem Thema «Energiewende» und ihren verheerenden Auswirkungen werden wir in Zukunft allerdings noch eine Extra-Ausgabe widmen. Im Folgenden sollen vor allem die geopolitischen Folgen der Energiewende für Europa, insbesondere die BRD, betrachtet werden. ***(tk)***

Quelle: epochtimes.de, Hans-Werner Sinn: Energiewende kann nicht funktionieren – «kostet nur fürchterlich viel Geld», 28.12.2017

Angela Merkel plädierte 2008 noch für Atom- und Kohlekraftwerke!

KATHOLIKENTAG

Merkel: Atomausstieg ist lächerlich

Überschrift des FAZ-Artikels von 2008, der Merkel heute in Erklärungsnot bringen sollte.

Wie schnell sich die Dinge doch ändern können: 2008 trat Angela Merkel, u.a. auf einem Podiumsgespräch während des 97. Deutschen Katholikentags in Osnabrück, gegen einen Atomausstieg und für den Neubau von Kohlekraftwerken ein. So berichtete damals die FAZ:

«Im Blick auf die Debatte in Deutschland über Klimaschutz und Energiesicherheit sagte die Bundeskanzlerin unter dem Beifall eines beträchtlichen Teils des Publikums, sie halte es für ‚nicht sinnvoll', dass ausgerechnet das Land mit den sichersten Atomkraftwerken die friedliche Nutzung der Atomenergie einstelle. Auch den Protest gegen den Neubau von Kohlekraftwerken hielt die Bundeskanzlerin für kontraproduktiv. Es sei vielmehr sinnvoll, alte durch neue Kohlekraftwerke mit höheren Wirkungsgraden zu ersetzen und so einen ‚geordneten Umstieg' zu schaffen. **Deutschland mache sich ‚lächerlich', wenn es sich dadurch ein ‚gutes Gewissen' machen wolle, dass Atom- und Kohlekraftwerke stillgelegt würden und gleichzeitig Strom, der aus denselben Energieträgern erzeugt worden sei, aus den Nachbarländern importiert werde.»**

2011 war das alles vergessen und Angela Merkel machte sich gemäss ihrer eigenen Worte «lächerlich»: Abrupt setzte sie den Ausstieg der Bundesregierung aus der Atomenergie im März nach der «Reaktor-Katastrophe» in Fukushima innerhalb von 3 Tagen durch. Und das laut der CDU-Aussteigerin Erika Steinbach «ohne jegliche Rechtsgrundlage und ohne akute Gefahr, dass in Deutschland ein ähnliches Ereignis zu befürchten sei». Auch die Schnelligkeit, in der der Ausstieg unter Merkel stattfindet, sucht auf der Welt seinesgleichen. Schon 2022 sollen alle Atomkraftwerke vom Netz genommen sein. Sabotiert Angela Merkel gegen besseres Wissen die deutsche Energieversorgung? ***(tk)***

Quelle: faz.net, Merkel: Atomausstieg ist lächerlich, 22.08.2008



© picture-alliance/dpa/D. Friederichs

Nach der «Reaktor-Katastrophe» von Fukushima änderte Angela Merkel ihre Meinung zur Atomkraft radikal.



Foto: Moritz Kosinsky/ Wikipedia

«Die Wahrheit ist, dass die Energiewende kurz vor dem Scheitern steht.»

«Die Wahrheit ist, dass wir auf allen Feldern die Komplexität der Energiewende unterschätzt haben.»

Sigmar Gabriel, damals BRD-Wirtschaftsminister, im April 2014 in einem Vortrag bei der hessischen Photovoltaik-Firma SMA Solar

Quelle: 1730live.de, Sigmar Gabriel nimmt in Kassel Stellung zur Energiewende, 17.04.2014

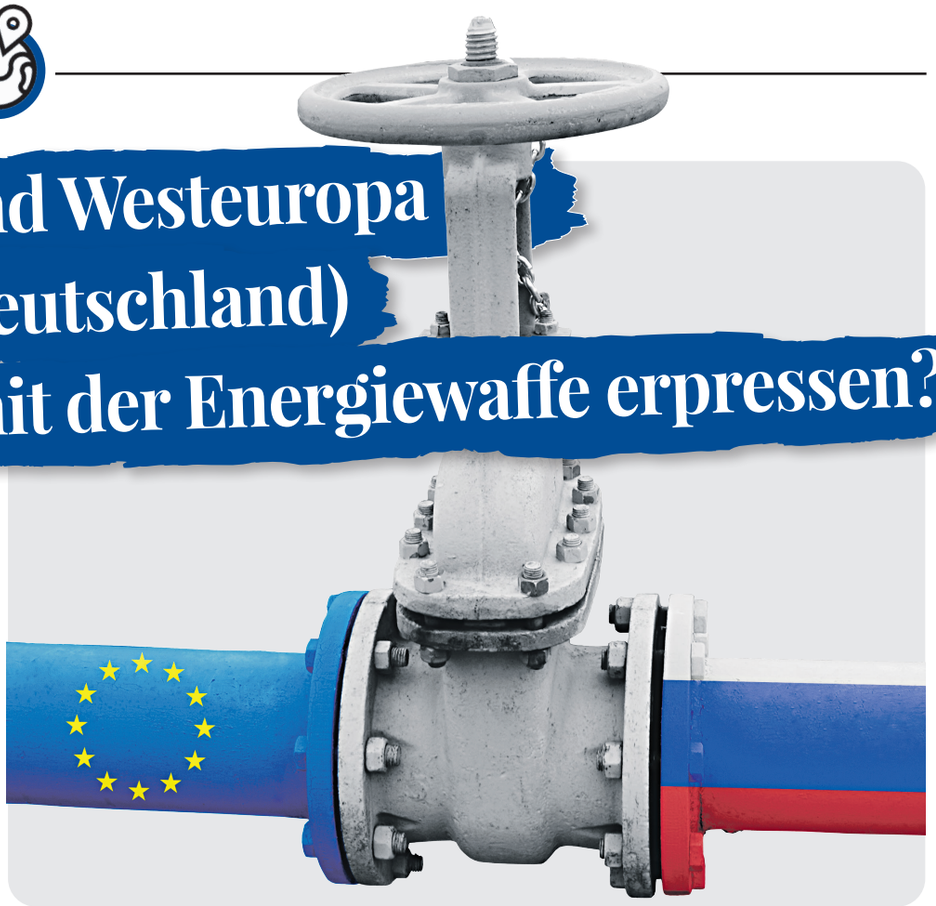
Führender Energiewende-Lobbyist erklärte Energiewende für gescheitert

«Graichen sagt, kurz gefasst: Wir haben uns geirrt bei der Energiewende. Nicht in ein paar Details, sondern in einem zentralen Punkt. Die vielen neuen Windräder und Solaranlagen, die Deutschland baut, leisten nicht, was wir uns von ihnen versprochen haben. Wir hatten gehofft, dass sie die schmutzigen Kohlekraftwerke ersetzen würden, die schlimmste Quelle von Treibhausgasen. Aber das tun sie nicht.»

Die ZEIT über Aussagen von Dr. Patrick Graichen, Leiter des Thinktanks «Agora Energiewende», der «einflussreichsten Denkschule der Energiepolitik in Deutschland»

Quelle: zeit.de, Schmutziger Irrtum, 04.12.2014

Kann Russland Westeuropa (vor allem Deutschland) mit der Energiewaffe erpressen?



Am 25.11.2010 veröffentlichte der russische Präsident Wladimir Putin in der Süddeutschen Zeitung ein Plädoyer für eine eurasische Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Titel «Von Lissabon bis Wladiwostok». Laut Putins Artikel sei ein «gemeinsamer Energiekomplex» zu errichten, was wohl so zu verstehen ist, dass Russland eine Monopolstellung über die europäische Energieversorgung anstrebt, nachdem insbesondere die deutsche Politik mit ihrer an Sabotage erinnernden «Energiewende» (eine Ausgabe darüber wird folgen) wirklich alles dafür getan hat, um die Energieversorgung Deutschlands zu untergraben und ein entsprechendes Abhängigkeitspotential zu schaffen.

Fast zehn Jahre später ist das Energie-Thema aktueller denn je: Politiker und Ökonomen lassen zwar immer wieder verlautbaren, Europa sei nicht abhängig von russischem Erdgas, doch Energieexperten schätzen die Situation vollkommen anders ein: Manche EU-Länder würden einen Lieferstopp nur wenige Tage überstehen - auch Deutschland wäre hart getroffen. Heute ist Russland der wichtigste Gaslieferant der EU. Auch beim Öl hängt Westeuropa an Russlands Tropf. Es scheint, als könne Putin die deutsche Infrastruktur jederzeit mit dem Druck des Abzugs seiner Energiewaffe lahmlegen.

Da erneuerbare Energien nicht problemlos funktionieren und ineffizient sind, gleicht es einem Todesstoss, wenn vermeintliche Experten empfehlen, sich durch die breitere Nutzung alternativer Energien von Russland unabhängig zu machen. Die heutige deutsche Politik bezeichnet das Gas aus Russland, welches das schwankende Aufkommen von Wind und Sonnenstrom ausgleichen soll, als eine Zwischenlösung, bis Deutschland vollständig auf Öko-Strom umgestellt hat. Da die Energiewende aber mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit scheitern wird, wird Deutschland auch in ferner Zukunft noch am russischen Gas-Tropf hängen.

Kaum eine Spur von Ökostrom in Russland

In Deutschland schreitet die destruktive Energiewende in rasendem Tempo voran, was durch autoritäre Gesetze wie das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) dazu führt, dass der Geldbeutel des Durchschnittsdeutschen extrem belastet wird. Wladimir Putin machte hingegen bei der Eröffnung eines Solarkraftwerks am 28. September 2014 deutlich, dass die «fossilen Brennstoffe auch in Zukunft noch die gleiche Bedeutung wie heute» haben würden und dass die Entwicklung der Atomenergiewirtschaft weiter einen hohen Stellenwert in Russland einnehme. «Doch für schwer zugängliche Regionen ist die Nutzung alternativer Energieformen, vor allem der erneuerbaren Energiequellen, eine ausserordentlich wichtige Entwicklungsrichtung der Energiewirtschaft», meinte Putin in Bezug auf das Solarkraftwerk, welches er gerade eröffnete. [1] Das heisst, Putin spielt zwar bei der Klima-Posse rund um Erderwärmung und erneuerbare Energien mit, doch ergreift in Wahrheit kaum Massnahmen, um eine Klimapolitik nach dem Modell der westlichen Staaten umzusetzen. Die Ökobewegung entstand schliesslich aus der 68er-Bewegung, die nachweislich ein Produkt der psychologischen Kriegsführung des kommunistischen Ostblocks zur Schwächung des Westens darstellte. Putin führt diese Strategie anscheinend momentan erfolgreich zu Ende, indem er zusieht, wie Europa sich durch die Energiewende schwächt, während er selbst keine echte Energiewende in Russland durchführt.

So schrieb der Energie-Anbieter «Next-Kraftwerke» vor einigen Jahren auf seiner Webseite: «Russland ist im Bereich der Erneuerbaren Energien Schlusslicht der G20-Gruppe. Das Ausbauziel bis 2020, das unter dem ehemaligen russischen Präsidenten Medwedew noch 4,5% betrug, wurde mittlerweile auf nunmehr 2% heruntergesetzt. In Deutschland werden im selben Zeitraum 50% angepeilt.» (2) Während die Energiewende in Deutschland zur grössten politischen Aufgabe des 21. Jahrhunderts erklärt wird, ist sie in der russischen Politik nicht mehr als eine unbedeutende Randerscheinung. Das wird dazu führen, dass Russland in den nächsten Jahrzehnten in seiner Energieversorgung autark bleiben wird, während die «Erneuerbaren Energien» Westeuropa in eine tiefe Krise stürzen könnten. Die Nachfrage nach russischem Gas wird zu- und nicht abnehmen, je mehr Atomkraft- und Kohlekraftwerke in Deutschland ausgeschaltet werden.

Münchner Merkur

> «Deutschland stand im Juni gleich mehrfach am Rande eines Blackouts. Es war einfach zu wenig Strom vorhanden - viel weniger, als die deutschen Verbraucher benötigten. ‚Die Lage war sehr angespannt und konnte nur mit Unterstützung der europäischen Partner gemeistert werden', teilten die Netzbetreiber mit.»
>
> *Der Münchner Merkur in einem Artikel aus dem Dezember 2019*

Quelle: merkur.de, Blackout-Gefahr: Strom-Not an drei Juni-Tagen - Preis ging durch die Decke, 03.12.19

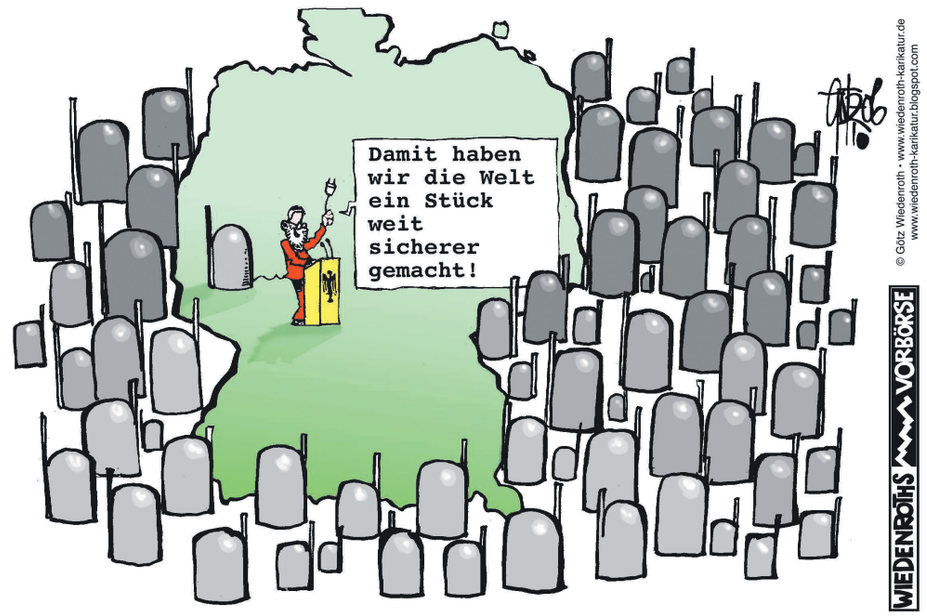
Die Klimapolitik der letzten Jahre zerstört den Westen und weitet Russlands geopolitische Macht aus.

«Atomrenaissance im Osten»

Die geplante Ausschaltung aller Atomkraftwerke bis 2022 könnte Deutschland den endgültigen Energie-Knockout verpassen. Russland plant nämlich im gleichen Zeitraum dreissig neue Atomkraftwerke zu bauen, weshalb die Wirtschaftswoche zurecht von einer «Atomrenaissance im Osten» [3] sprach. Russland wird in naher Zukunft vor überschüssigem Strom nur so strotzen und das von der Energiewende gebeutelte Deutschland wird keine andere Wahl haben, als russischen Strom zu importieren. Die Öko-Politik der etablierten deutschen Parteien führt in der Realität dazu, dass die Öl-, Gas- und Atomkraftwerke einfach in anderen Ländern gebaut werden. Das wird den Wählern und Zeitungslesern aber schlicht unterschlagen. Hans Werner Sinn, der Chef des deutschen IFO-Instituts und damit Deutschlands wichtigster Wirtschaftsexperte, stellte 2014 in einem Gastbeitrag für die Wirtschaftswoche heraus, dass die Energiewende Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas weiter erhöhen würde: «Wenn wir wie geplant unsere noch laufenden Atomkraftwerke abschalten und voll auf den Wind- und Sonnenstrom setzen, wird sich die Abhängigkeit von Russland weiter erhöhen – und die Versorgungssicherheit verringern.» [4]

Ressourcenkriegsführung

Die Methode der Kriegsführung durch die Kontrolle wirtschaftlich wichtiger Ressourcen zählt, wie «Unbegrenzte Kriegsführung» (siehe S.37, S.62 u. S.104 ff.) belegt, nicht nur zum Arsenal der chinesischen Volksbefreiungsarmee, sondern ist schon seit den 1950er Jahren auch ein Kernbestandteil der sowjetischen Strategie. Wie der GRU-Überläufer Viktor Suworow berichtete, hat die für wirtschaftliche und strategische Ressourcen zuständige 10. Verwaltung des sowjetischen Militärgeheimdienstes GRU schon im Jahr 1954 in ihrem sogenannten «Lokomotivenbericht» erkannt, dass insbesondere das Erdöl eine strategische Schwachstelle der westlichen Welt darstellt und dass man die «Lokomotive des Kapitalismus» lahmlegen könne, wenn man ihr dieses oder ein anderes unverzichtbares Element entzieht. [5] Das Prinzip der Kriegsführung durch Ressourcenverknappung oder -verteuerung gilt inzwischen natürlich nicht nur für das Erdöl, sondern für die Energieversorgung insgesamt und ebenso auch für alle anderen wirtschaftlich wichtigen Rohstoffe, die aufgrund geringer Vorkommen oder ungleicher Verteilung nicht



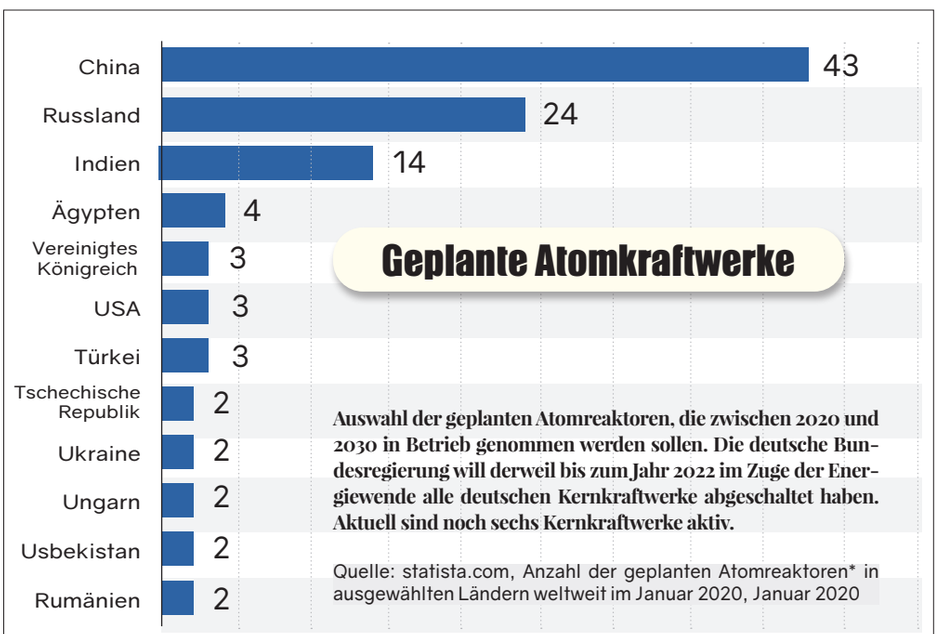
Atomausstiegs-Weltmeister

im Überfluss vorhanden sind, wie zum Beispiel nukleare Brennstoffe, Seltene Erden oder Edelmetalle. Wie der GRU-Überläufer Viktor Suworow bezeugte, hat man «in der Führung der GRU eine erhebliche Abneigung gegen die westlichen Atomkraftwerke, die die Abhängigkeit des Westens von einzuführenden Energieträgern (auch aus der Sowjetunion) reduzieren und den Westen unabhängig machen». [6]

Russischer Atomstrom in Deutschland?

Die deutsche «Energiewende» mit ihrem Ausstieg aus der Kernenergie kommt dem GRU somit sehr entgegen. Regelrecht alarmierend ist in diesem Zusammenhang ein angeblicher Bericht des französischen Auslandsgeheimdienstes DGSE, den der Journalist Udo Ulfkotte im Jahr 2013 veröffentlichte und in dem behauptet wird, «die Bundesregierung lasse unter dem Vorwand der Einspeisung von Windstrom tausende Kilometer neuer [Strom-]Trassen gegen den Willen der Bevölkerung durchs Land bauen, um dann tatsächlich russischen Atomstrom einspeisen zu können.» [7] Wie Ulfkotte unter Bezug auf den Bericht behauptete, täusche die Bundesregierung die Bürger vorsätzlich, weil über die neu zu bauenden Stromtrassen, welche offiziell dazu bestimmt sind, die im Norden erzeugte Windenergie in den Westen und Süden Deutschlands zu leiten, in Wirklichkeit vor allem russischer Atomstrom in die deutschen Netze eingespeist werden soll. Das Projekt mit dem Namen «Interconnec-

➔



Kohlekraftwerke (aktiv und in Entstehung)



Spätestens 2038 soll das letzte deutsche Kohlekraftwerk vom Netz, beschloss die Bundesregierung Ende Januar 2020. Der Grund dafür ist der «Klimaschutz». Auf der Karte ist zu sehen, wie die Pläne ausserhalb Deutschlands aussehen: Die gelben Punkte sind operierende, pink die im Bau befindlichen und lila die geplanten Kohlekraftwerke. Insgesamt sind derzeit rund 1400 Kohlekraftwerke geplant, wobei China die Liste anführt. Es wirkt nicht so, als würde das Reich der Mitte die Sorge aus dem Westen, China könne kaum mehr die gesetzten Klimaziele erreichen, teilen.

Quellen: Carbonbrief.org; Handelsblatt, Deutschland treibt den Ausstieg voran – doch weltweit boomt die Kohle, 04.10.18

tion Kaliningrad Region Power System - German Power System» verfolge das Ziel, die deutschen Stromnetze durch ein von Mecklenburg-Vorpommern parallel zur Nord-Stream-Gas-Pipeline nach Kaliningrad verlaufendes Unterseekabel mit dem grossen, noch unvollendeten Atomkraftwerk Baltijskaja zu verbinden, das hauptsächlich dazu gebaut werde, zukünftig 1300 Megawatt Atomstrom nach Deutschland zu exportieren. Darüber hinaus enthülle der französische Geheimbericht laut Ulfkotte, «dass noch viele weitere östliche Atomkraftwerke an die neuen deutschen Stromautobahnen angeschlossen werden sollen.» [8]

Konsequent zu Ende gedacht würde dies bedeuten, dass die Energiewende folglich also nicht nur dazu dient, Deutschland vom russischen Erdgas, sondern auch vom russischen Atomstrom abhängig zu machen, womit der Kreml die nahezu absolute Kontrolle über die deutsche Energieversorgung erlangen würde. Ob dieser französische Geheimdienstbericht und Ulfkottes Behauptungen den Tatsachen entsprechen, ist ungeklärt. Fakt ist jedoch, dass Igor Setschin, der Chef des russischen Energiekonzerns Rosneft, welcher sich mehrheitlich im Besitz des russischen Staates befindet und dessen Aufsichtsrat vom ehemaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder angeführt wird, im Jahr 2014 einen ganz ähnlichen Vorschlag gemacht hat. Setschin, der als ehemaliger Mitarbeiter der GRU gilt, sagte, es sei durchaus möglich, Strom von Kaliningrad über Land oder auch per Seekabel nach Deutschland zu liefern.[9] Wie eine parlamentarische Anfrage im Deutschen Bundestag ergab, sind entsprechende Gespräche bereits 2011 zwischen dem russischen Wirtschaftsministerium und dem deutschen Bundeswirtschaftsminister geführt worden. Die russische Seite habe damals gegenüber der Bundesregierung von einer in der Ostsee verlegten Hochspannungsleitung gesprochen. [10] ***(tk/tm)***

Quellen:

1. Russia beyond the Headlines, Russische Energiewende: Solarstrom aus Sibirien, 28.09.2014
2. Next-Kraftwerke, Erneuerbare Energien in Russland, 16.01.2015
3. Wirtschaftswoche Online, Atomrenaissance im Osten: Russland will 22 neue Kernkraftwerke bauen, 05.12.2013
4. Wirtschaftswoche Online, Energiewende verschärft Abhängigkeit von Russland, 15.03.2014
5. Viktor Suworow, GRU - Die Speerspitze, S.99
6. Viktor Suworow, Speznas, S.80
7. Udo Ulfkotte, So lügen Journalisten
8. Ebenda
9. Welt.de, Russen bieten Deutschland Atomstrom an, 24.06.2014
10. Deutscher Bundestag Drucksache 17/11502 vom 19.11.2012

Baden-Württemberg schaltet Atomkraftwerk ab, um Atomstrom aus Frankreich zu importieren!

Die Energiesouveränität Deutschlands wird durch den Atomausstieg untergraben. Inzwischen werden Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet, um sich Atomenergie aus Frankreich zu importieren- bald vielleicht auch aus Russland? Das Atomkraftwerk Philippsburg 2 in Baden-Württemberg ging am 31.12.2019 vom Netz. Damit fehlen 13% des Stroms in Baden-Württemberg. Der Ersatz gelinge laut Umweltminister Franz Untersteller «durch einen Massnahmenmix aus Stromimport, Erzeugung durch erneuerbare Energien und Netzausbau».

Auch eine Studie der Landesregierung von Februar 2019 verwies auf die Bedeutung des Stromimports aus Frankreich und Polen für die Stromversorgung in Baden-Württemberg - vor allem weil insbesondere in Frankreich und in Polen Kern- und Kohlekraftwerke länger laufen werden als geplant. Laut Umweltministerium wurde bereits 2018 in etwa die Menge importiert, die ein Atomkraftwerk im Schnitt produziert. Rund ein Drittel der erzeugten Strommenge in Baden-Württemberg entstand aus Atomkraft. Wegen der Abschaltung von Philippsburg 2 werde verstärkt auf Importe aus anderen Regionen Deutschlands und aus dem benachbarten Ausland zurückgegriffen, sagte Hans-Josef Zimmer aus dem Vorstand des Energieversorgers EnBW der Stuttgarter Zeitung. [1]

Das kann nur heissen: Man ersetzt einen grossen Teil der fehlenden Atomenergie durch Atomenergie aus Frankreich und Polen. «Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken. Zu den grössten Importeuren gehört Deutschland. Und Frankreich setzt weiter auf Atomstrom, plant den Bau sechs neuer Akw», so der Focus. [2] Willkommen in Absurdistan!

Quellen:

1. swr.de, Landesregierung: Stromversorgung in Baden-Württemberg gesichert, 22.12.2019
2. focus.de, AKW im Ländle geht an Silvester vom Netz - wo jetzt der Ersatz-Strom herkommt, 28.12.2019

Schlachtfeld 6: Nahrungsversorgung

Auf einen Blick

- **Landwirtschaftliche Produktion in Deutschland durch immer mehr Vorschriften und Auflagen eingeschränkt. Zudem steigende «Energiewirtschaft» auf einst landwirtschaftlich genutzten Flächen. Folge: Bauernsterben und sinkende Produktion von Nahrungsmitteln.**
- **«Schluckhilfe» für die verborgene Sabotage der Eigenversorgung mit Lebensmitteln u.a. der «Artenschutz». Siehe: «Volksbegehren Artenschutz»**
- **Folge des Bauernsterbens: Steigender Import von Lebensmitteln aus dem Ausland, u.a. aus Rotchina**



«Volksbegehren Artenvielfalt»: Bauernsterben statt Artensterben

Hurra! Ist das nicht schön? Bis zum 13. Februar 2019 haben 1,7 Millionen oder 18% der stimmberechtigten bayerischen Bürger für das «Volksbegehren Artenvielfalt» unterschrieben und damit das erfolgreichste Volksbegehren aller Zeiten in Bayern auf den Weg gebracht! Alle sind dabei von der eigenen Güte und Liebenswürdigkeit beseelt. Die Menschen sind sogar so gut, dass sie nun für die Bienen kämpfen, im Bienchenkostüm herumhüpfen, lächeln und tanzen. Nochmals Hurra! Die Deutschen sind endlich ein einig Bienenvolk geworden! Alle wollen das «Volksbegehren Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern» unterschreiben, bei dem es hauptsächlich um die für uns lebenswichtigen Bienen gehen soll.

Toll. Dabei ist das Ganze ein Rätsel. Erstens: Wie kann es sein, dass in einer totalen Protestwüste wie Deutschland plötzlich ein Volksbegehren gegen das Bienen- beziehungsweise Artensterben aufblüht und eine nie gekannte Beteiligung erreicht? Wie kann es sein, dass uns ausgerechnet das angebliche Bienen- beziehungsweise Artensterben aus unserer Lethargie aufschreckt und das Volk auf die Strasse und in die Rathäuser treibt – die Migrationskatastrophe, Massenenteignung (Stichwort: Dieselfahrverbote), neue Steuern (CO_2), horrende Mieten und steigende Strompreise aber nicht? Wie kann es sein, dass uns der Existenzkampf der Bienen und Insekten mehr berührt als der eigene Existenzkampf gegen einen rücksichtslosen und feindlichen Staat und eine mit ihm im Boot sitzende Wirtschaft, die uns Tag für Tag mehr enteignen – sei es durch neue Steuern, Dieselfahrverbote oder steigende Preise? Antwort: Weil «die Biene» das ideale PR-Zugpferd war. «Erst als die Initiatoren die possierliche Biene zum Maskottchen erhoben», summte beziehungsweise «brummte» das Volksbegehren so richtig und wurde die «Kampagne für mehr Artenschutz zur Massenbewegung», schrieb das Magazin Cicero. (online, 14.02.2019) Und auch die Initiatoren bekannten ganz unverblümt: «Wir stellen beim Volksbegehren die Artenvielfalt und die Bienen als Sympathieträger in den Mittelpunkt.» Was dann zu der Namenserweiterung «Volksbegehren Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern – ‚Rettet die Bienen!'» führte.

Volk einspannen – leicht gemacht

«Das Volk» für ein «Volksbegehren» (also für einen vom Volk in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf) einzuspannen ist für gewiefte Organisationen sehr einfach: Man nehme ein nettes kleines Tierchen, das viele Menschen ins Herz geschlossen haben, und erkläre es für bedroht. Doch ging es hier wirklich um den Artenschutz? Wohl kaum: Wie denn auch – in einem Staat, in dem es nicht einmal um die Bürger geht? Da wäre es doch bizarr anzunehmen, dass sich die Politik plötzlich um die Bienen oder Hasen kümmert. Wenn, dann sind solche Aktionen nur Mittel zum Zweck, um gutgläubigen Menschen so etwas wie Demokratie vorzugaukeln und sie für ganz andere Ziele einzuspannen: eine bequeme Schluckhilfe für eine verborgene Agenda, sodass Millionen Menschen mithelfen und sich endlich einmal gut und einig fühlen können. Denn Konflikte gibt es derzeit ja genug, aber beim Arten- und speziell beim Bienensterben sind sich zum Glück alle einig: Biene Maja muss leben! Endlich darf man mal demonstrieren, ohne sich irgendwo in die Nesseln zu setzen und gleich als «rechts» zu gelten. Auf diese Weise können jedoch auch bösartige Strategien plebiszitär legitimiert werden – nach dem Motto: Das haben doch alle gewollt und unterschrieben! «Bayerns Bevölkerung macht Druck», hiess es dann auch bei 3sat Nano am 13. Februar 2019, wo es eigentlich hätte heissen müssen: Parteien, Verbände und vor allem NGOs machen Druck – und zwar auf die Bürger. Das angebliche Volksbegehren ist

➔



Plakat des Volksbegehrens Artenvielfalt vor dem Rathaus Neu-Ulm

Foto: Kereul (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Volksbegehren_Artenvielfalt.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en



Ein Plakat in Mengkofen fordert zur Abgabe der Unterschrift im Rathaus auf.

Foto: Franz Anneser (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Plakat_zum_bayerischen_Volksbegehren_%22Rettet_die_Bienen%22.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en



«In dem Fall, dass ich wiedergeboren werde, würde ich gerne als ein tödlicher Virus zurückkehren, um etwas beizutragen für die Lösung [des Problems der] Überbevölkerung.»

Prinz Philip, Ehemann der Queen und Mitbegründer des Umweltschutzorganisation WWF

Quelle: theguardian.com, Did I say that?, 21.06.2009

Prinz Philip gründete, u.a. mit Godfrey A. Rockefeller aus der uns bereits bekannten Rockefeller-Familie (siehe S.17 ff.), 1961 den WWF. Dass sich die Oberklasse schon lange vor der breiten Masse mit vermeintlichem «Umweltschutz» beschäftigte, zeigt, dass auch historisch die Graswurzeln dieser Bewegung von oben kommen. Welch Geistes Kind Philip ist, verdeutlicht die obige Aussage.

➔ daher auch kein Volksbegehren, sondern ein Parteien- und Verbandsbegehren, von Vereinen wie beispielsweise «Protect the Planet», der ein 100-prozentig klimaneutrales Leben und Wirtschaften fordert, also das totale Abwürgen der Wirtschaft und des Lebens (siehe S.52 f.).

Der Mensch als Schädling

Genauso wie bei der Klimabewegung stehen hinter dem Volksbegehren einflussreiche und finanzstarke Parteien und Strukturen mit ihrem ganzen schlagkräftigen Propagandaapparat, wie etwa die Grünen, die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), der Landesbund für Vogelschutz und die Gregor Louisoder Umweltstiftung (Stiftungsvermögen 24 Millionen Euro). Dazu kommen Dutzende Unterstützerorganisationen und «Bündnispartner», angefangen bei der radikalen Deutschen Umwelthilfe, dem Bund Naturschutz in Bayern, dem Deutschen Alpenverein über den Landesverband der Bayerischen Imker bis hin zu Bio-Märkten und Saatgutunternehmen. Diese ganze Mobilisierungs-Power war nötig, um am Ende 1,7 Millionen Menschen in Bayern auf die Beine und zur Unterschrift in die Rathäuser zu bringen. Es handelt sich also um das gesamte Spektrum aus (Um-)Weltverbesserern, Zeigefingerschwenkern und Zwangspolitikern, die weniger Mensch und Umwelt schützen oder miteinander versöhnen wollen als vielmehr beide gegeneinander ausspielen und das menschliche Dasein zugunsten eines immer radikaler werdenden Umweltverständnisses abwürgen wollen, das zum grossen Teil auf Fiktionen beruht. Die meisten davon hängen Phantomen wie dem menschengemachten Klimawandel an und stellen das angebliche oder missverstandene Wohl «des Planeten» oder «der Erde» über das Wohl des Menschen, den sie mehr oder weniger offen als Schädling betrachten.

«Warum sterben die Insekten?»

«Warum sterben die Insekten?», fragte dagegen der damalige Spiegel-Kolumnist Jan Fleischhauer in der Talksendung Maischberger vom 27. Februar 2019, bevor er bald darauf das Blatt verliess: «Weil Grünflächen und Wiesen in immer kleinerer Zahl vorhanden sind. Da ist es übrigens, wo das Insekt sich auch aufhält. Was ist der Grund dafür, dass es kaum

Deutsche Umwelthilfe

PLANT FOR THE PLANET

Die Plant-for-the-Planet Stiftung betreut das Spendenkonto von Fridays for Future. Die Stiftung wurde von Felix Finkbeiner, dem Sohn von Frithjof Finkbeiner, gegründet. Frithjof Finkbeiner ist Vizepräsident der deutschen Sektion des Club of Rome (siehe S.25 u. S.51)

GLS Bank
das macht Sinn

GREGOR LOUISODER UMWELTSTIFTUNG

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BAYERN

BAYERN SPD

DIE LINKE.
Landesverband Bayern

Wenn die Graswurzeln von oben kommen: Finanzstarke Stiftungen, Vereine und drei Grossparteien waren «Bündnispartner» des «Volks»-begehrens.

> «Am meisten bringt mich auf die Palme [...], wir [Landwirte] sind [nach dem Volksbegehren] noch mehr im Büro, weil das Ganze in ausufernder Bürokratie endet, was wir Landwirte zu tragen haben. Das endet in endlosen Kontrollen, da hat keiner was davon. Das kostet den Steuerzahler nur einen Haufen Geld.»
>
> *Franz Huber, Landwirt aus dem Landkreis Straubing-Bogen in Bayern*
>
> Quelle: youtube.com, Volksbegehren Artenvielfalt: Warum die Landwirte dagegen sind | Unser Land | BR Fernsehen, 04.02.2019

noch Grünflächen und Wiesen in Deutschland mehr gibt? Weil wir eine Energiewende hatten in den [19]90er-Jahren, die einen Grossteil von Grünflächen umgewandelt hat, und zwar in enormem Masse, zu Anbauflächen von Mais wegen Biodiesel, Biogas und Biosprit.» Einer der Hauptverantwortlichen für das Insektensterben seien daher «natürlich die Grünen. Gar keine Frage.» Richtig. Aber nicht nur wegen der von ihnen indirekt geförderten Monokulturen. Sondern auch wegen der Windenergie, des Grünen liebsten Kindes. **Laut dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) werden jede Menge «Biene Majas» von Windrädern geschreddert: Das DLR beziffert «die Zahl der durch Windräder in Deutschland getöteten Fluginsekten während der warmen Jahreszeit auf 5,3 Milliarden pro Tag», schrieb Die Welt am Sonntag. Und: «Pro Jahr entstünden beim Durchflug der Rotoren Verluste von mindestens 1200 Tonnen.» – «Es handelt sich um eine Grössenordnung, die durchaus relevant für die Stabilität der gesamten Population sein könnte», zitiert das Blatt einen Experten des DLR-Instituts für Technische Thermodynamik.** (Die Welt, online, 17.03.2019)

> **«Es handelt sich [bei den durch Windräder getöteten Fluginsekten] um eine Grössenordnung, die durchaus relevant für die Stabilität der gesamten Population sein könnte.»**
>
> *Franz Trieb, Experte für Energiesystemanalyse am DLR-Institut für Technische Thermodynamik*

Gruss vom amerikanischen Establishment

Interessanterweise mischte sich auch ein Amerikaner in die Mobilisierung für das Volksbegehren im fernen Bavaria ein und schickte eine Grussadresse: Bill McKibben, laut Boston Globe der «wahrscheinlich führende Umweltaktivist der Nation». McKibben ist der Gründer und «Senior Advisor» der Klimaorganisation 350.org (laut Biografie auf 350.org). McKibben ist ein global führender Klimalobbyist (Buchtitel: Das Ende der Natur) und quasi der Vater heutiger Klimaaktivisten wie Greta Thunberg, Rezo, Lisa Neubauer und wie sie alle heissen. Schon vor über 10 Jahren startete McKibben landesweite Klimakampagnen, um den US-Kongress unter Druck zu setzen. Auch da ging es, genauso wie in Deutschland, gegen die Energieversorgung mit Kohle und Erdöl (Pipelines). Im Prinzip also Deindustrialisierung – denn ohne Energie können «die Schornsteine nun mal nicht rauchen», wie man früher so schön sagte, als das noch ein Symbol für Wohlstand und Fortschritt war. Mit Menschenfreundlichkeit hat das nichts zu tun, wie die lange Liste seiner elitären Unterstützer beweist. So wurde er unter anderem mit einem Stipendium der Guggenheim-Stiftung hochgepäppelt und landete schon 2009 auf der Liste der hundert wichtigsten «Globalen Denker» von Foreign Policy, der Hauspostille des einflussreichen US-Thinktanks Council on Foreign Relations (Dezember 2009). Eine Liste übrigens, die sich bis auf wenige Ausnahmen liest wie das Who's who der zweifelhaftesten Persönlichkeiten – angefangen bei

- George Soros, Mäzen zahlreicher Revolutionen und Umstürze,

über

- Henry Kissinger, US-Aussenminister während des Vietnam-Krieges,
- Barack Obama, führender US-Kriegspräsident aller Zeiten,
- David Petraeus, affärenbeladener CIA-Chef und Vier-Sterne-General im Irak-Krieg,

bis hin zu

- Dick Cheney, US-Vizepräsident von 2001 bis 2009, in den Augen vieler ein Drahtzieher der 9/11-Anschläge.

Die schmutzigen Fingerabdrücke dieser Leute sind nun mal überall, auch auf vielen vermeintlich gut gemeinten «Graswurzelbewegungen».

Massenpsychologische Triebabfuhr

Viele der weiter oben genannten Parteien und Organisationen verfolgen im Wesentlichen die totalitäre Agenda der UNO aus CO_2-Lüge (siehe Ausgaben 9,22,27), globaler und regionaler Umverteilung, Sozialismus, Enteignung, Migration, Gender Mainstreaming, Gleichmacherei und anderem mehr. Mit anderen Worten schwingt bei dem «Volksbegehren Artenvielfalt» auch die gesamte autoritäre und totalitäre UN-Agenda einer «One World» mit, in der alles und jedes kontrolliert, umverteilt und durchmischt werden soll und in der niemand mehr leben können soll, wie er will, auch nicht der Landwirt übrigens. Speziell der CO_2-Mythos, der zur Kontrolle, Besteuerung und Beschränkung jeder einzelnen menschlichen Lebensäusserung führen soll, ist an Lebens- und Menschenfeindlichkeit nicht mehr zu überbieten. Das erfolgreichste Volksbegehren aller Zeiten in Bayern sollte eben nicht existenziellen menschlichen Belangen wie Ernährung, Mieten, Strompreisen und Besteuerung dienen. Das Ganze atmete vielmehr den Gestank einer Ideologie, die Menschen letztlich als Schädlinge betrachtet und – wenn man diese Geisteshaltung zu Ende denkt – zu dem Schluss kommt, dass die Welt ohne sie besser dran wäre. Wobei



Ja, wo sind sie nur geblieben ? Aber die Windrotoren brummen ja !



Foto: Gage Skidmore from Peoria, AZ, United States of America (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bill_McKibben_(23941145333).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

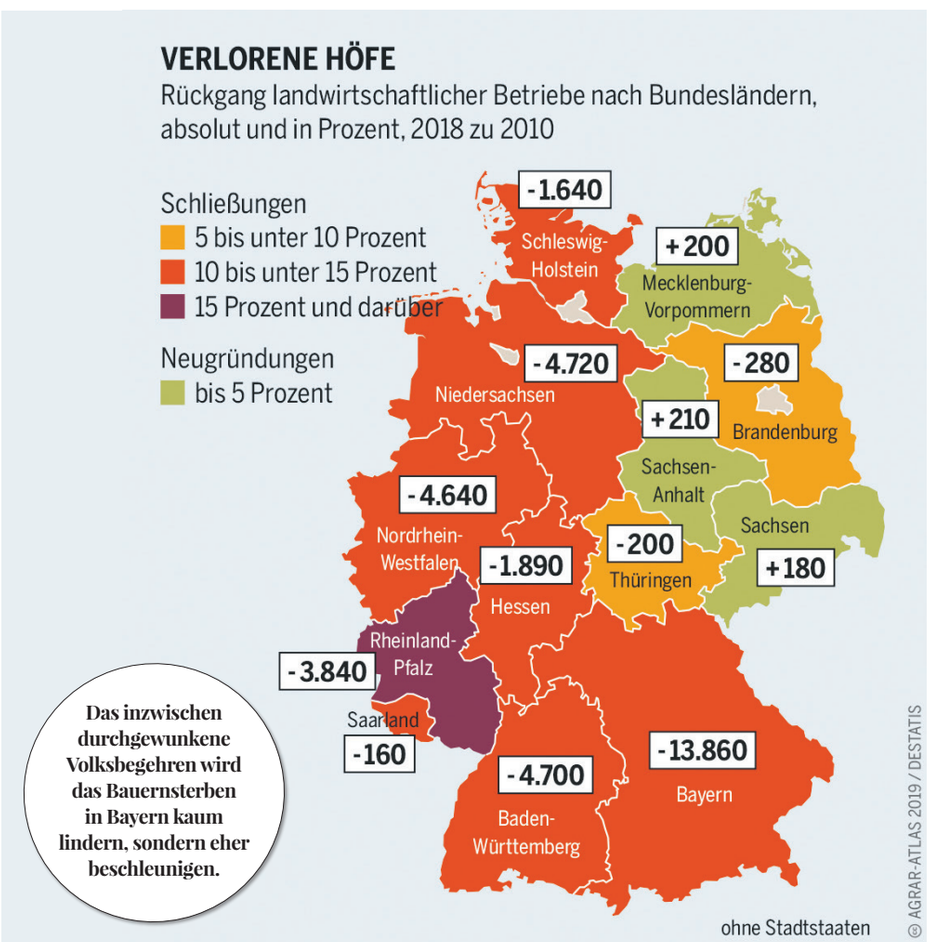
Die Grussbotschaft des berühmten US-Umweltaktivisten Bill McKibben atmete denselben Geist wie das «Volks»-begehren: Insekten gut, Menschen schlecht. «Menschen sind nie besonders gute Wächter über die Gesundheit des Planeten gewesen – aber Bienen und andere Insekten sind es sicherlich, und wir müssen alles versuchen, sie zu beschützen, damit sie uns weiter beschützen können», so McKibben.



➔ sicherlich niemand etwas gegen einen angemessenen Umweltschutz hat und haben kann. Jeder möchte natürlich saubere Luft, sauberes Wasser, schöne Landschaften und gesunde Tiere und Menschen. Es geht allein um den Missbrauch dieser zentralen Werte für menschenfeindliche Zwecke.

Der angebliche und der wahre Zweck

Und erneut wollen wir an den mutmasslichen Vortrag von Dr. Day (siehe S.18 ff.) erinnern: «Die Leute sind zu vertrauensselig» soll er gesagt haben. Alles habe «zwei Zwecke. Das eine ist der angebliche Zweck, der es für die Leute akzeptabel macht [in diesem Fall das Eintreten für die Artenvielfalt], und das andere ist der wahre Zweck, der die Etablierung des neuen Systems weiterverfolgt.» In diesem Fall die schrittweise Sabotage der Landwirtschaft. Womit wir bei der hybriden Kriegsführung wären: Das «Volksbegehren Artenvielfalt» ist dafür ein Paradebeispiel. **Die genannten Parteien und Verbände bringen die Bürger mit dem angeblichen «Volks-»Begehren lediglich in Stellung – und zwar in diesem Fall gegen die Bauern. Diese sollen mit zahlreichen neuen Vorschriften und Auflagen geknebelt und abgewürgt werden, die insbesondere kleinere und mittlere Betriebe kaum noch verkraften können. Dahinter verbirgt sich der Begriff «Fläche»: Immer mehr Flächen sollen geschützt und damit von der Bewirtschaftung ausgeschlossen werden. Der zweite abstrakte Begriff hinter dem Volksbegehren lautet «Produktion», genauer gesagt: sinkende Produktion von Nahrungsmitteln. Und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ.** Nehmen wir beispielsweise das im Volksbegehren vorgesehene Mähverbot vor dem 15. Juni, um den Lebensraum der Bienen zu schützen: «Bei Milchkühen und Rindern ist es wichtig, dass man ein eiweissreiches Futter hat, weil die Milch ja Eiweiss als Inhaltsstoff hat», erklärte der Starnberger Bauernobmann Georg Zankl. «Sonst muss man das Eiweiss durch Sojaschrot oder irgendwas ersetzen. Das Gras hat aber bis – grob gesagt – Mitte Mai am meisten Eiweiss. Dann muss man die Silage machen [also mähen und lagern]. Der Eiweissgehalt nimmt nach diesem Zeitpunkt ständig ab, und die Rohfaser steigt. Also kann man aus dem Futter bloss noch Heu machen und vielleicht Pferde füttern, aber als gute Futtergrundlage für einen Milchbetrieb ist das ab 15. Juni nicht mehr viel wert.»



Das inzwischen durchgewunkene Volksbegehren wird das Bauernsterben in Bayern kaum lindern, sondern eher beschleunigen.

Milch ist ein besonderer Saft

Die vom Volksbegehren geforderte Mähbeschränkung führt also zum Eiweissverlust im Gras und in der Milch und damit zum Einsatz anderer eiweissreicherer Futtermittel, die man eigentlich gar nicht haben will, wie etwa Maissilage. Ein weiterer Kritikpunkt an dem Volksbegehren ist die Erhöhung des Biolandwirtschaftsanteils auf 30% der Flächen bis 2020. Erstens sind für die vielen Bioprodukte momentan gar keine Abnehmer vorhanden. Zweitens, und das wird oft vergessen, ist es «natürlich so, dass ein Ökobetrieb nur die Hälfte an Nahrungsmitteln produziert wie ein konventioneller», so Bauernobmann Zankl. **«Wenn man jetzt alle Richtlinien [des Volksbegehrens] einhalten würde, würde natürlich auch die Intensi-**

tät zurückgehen, und damit würde natürlich die Nahrungsmittelproduktion zurückgehen, das ist ganz klar.» Und die Preise steigen, muss man hinzufügen.

Bereits der bekannte Enthüllungsautor Udo Ulfkotte war kurz vor seinem Tod Anfang 2017 «davon überzeugt, dass die Kanzlerin heimlich darauf hinarbeitet, die Eigenversorgung der Bundesrepublik mit Lebensmitteln zu untergraben.» (Spiegel Online, 07.03.2015) Wundern würde es kaum jemanden. Grosse Teile der Landwirtschaft werden durch Energieprojekte wie Solarzellen- und Biogasanlagen «plattgemacht» und die Landwirte zu «Energiewirten» umgeschult. Die Landschaft besteht immer mehr aus Windkraftwäldern und Solarwüsten: «Vor allem Landwirte mit grossen Ackerflächen schwenken immer mehr vom Ackerbau auf die Energiewirtschaft um» und bauen auf ihren Feldern eine der riesigen kuppelförmigen Biogasanlagen, hiess es auf der Gesundheits- und Ernährungsseite ESC2010.eu. [1] Selbst da, wo noch Pflanzen stehen, werden diese oft nicht für die Ernährung, sondern für die Energieerzeugung angebaut. Die «Flächenkonkurrenz» zwischen herkömmlicher Landwirtschaft und Energiewirtschaft soll bereits 2007 zu erheblichen Preissteigerungen bei Lebensmitteln geführt haben.

Und nun soll die landwirtschaftliche Nutzung weiter erschwert und sollen auch noch weitere Flächen geschützt und der Nahrungsmittelproduktion entzogen werden. «Die Deutschen ernähren sich immer mehr aus dem Ausland und immer weniger aus der eigenen Landwirtschaft. Aufgrund fehlender Agrarfelder ist Deutschland massiv abhängig von ausländischen Ackerflächen», schrieb schon vor Jahren Die Welt. (online, 19.08.2013) Der zunehmende Anbau von Energiepflanzen sei ein Grund «dafür, dass in den vergangenen 10 Jahren die Flächen im Inland für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern um gut ein Fünftel gesunken sind». Bedeutende, teilweise dramatische Defizite gibt es beispielsweise bei Obst, Gemüse und Eiern. [2]

Artensterben und Bauernsterben

«Die Landwirtschaft kommt allmählich in Schwierigkeiten in Deutschland», so der bereits zitierte Kreisbauernobmann Zankl aus Starnberg. Statt mit der Landwirtschaft zu reden, gehe man «ohne wissenschaftliche Grundlagen auf die Landwirtschaft populistisch los». Das könne «riesige Einschränkungen bedeuten, die nicht zielführend sind und an der Sache vorbeigehen». Um das Artensterben geht es dabei nicht, sondern um das Bauernsterben. Und das soll offenbar gefördert werden. Bauernfunktionär Zankl sieht in dem Volksbegehren einen





Nachdem am 17. Juli 2019 der bayerische Landtag ein weiteres Bevormundungsgesetz für die Bauern durchwinkte, platzte den Leidtragenden ein paar Monate später der Kragen (was natürlich nicht monokausal auf das Artenschutzbegehren zurückzuführen war, sondern auf eine ihnen allgemein feindlich gesinnte Politik): Im November begannen die grössten Bauernproteste, die die Bundesrepublik seit Jahrzehnten gesehen hatte.



Fermenter einer Biogasanlage (links), Photovoltaikanlage (hinten) und Windkraftanlage (rechts). Grosse Teile der Landwirtschaft werden durch Energieprojekte wie Solarzellen- und Biogasanlagen «plattgemacht» und die Landwirte zu «Energiewirten» umgeschult.

Foto: Florian Gerlach (Nawaro) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Biogas_Photovoltaik_Wind.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

VOLKSANTRAG SOLL KOMMEN

Bienen-Volksbegehren: Jetzt wehren sich die Bauern in einem Antrag

APPELL AN LANDESPOLITIK

Landwirte wehren sich gegen Volksbegehren „Rettet die Bienen“

12. September 2019

VOLKSBEGEHREN

Freiburger Bauern protestieren gegen Volksbegehren "Rettet die Bienen"

Initiative „Rettet die Bienen“

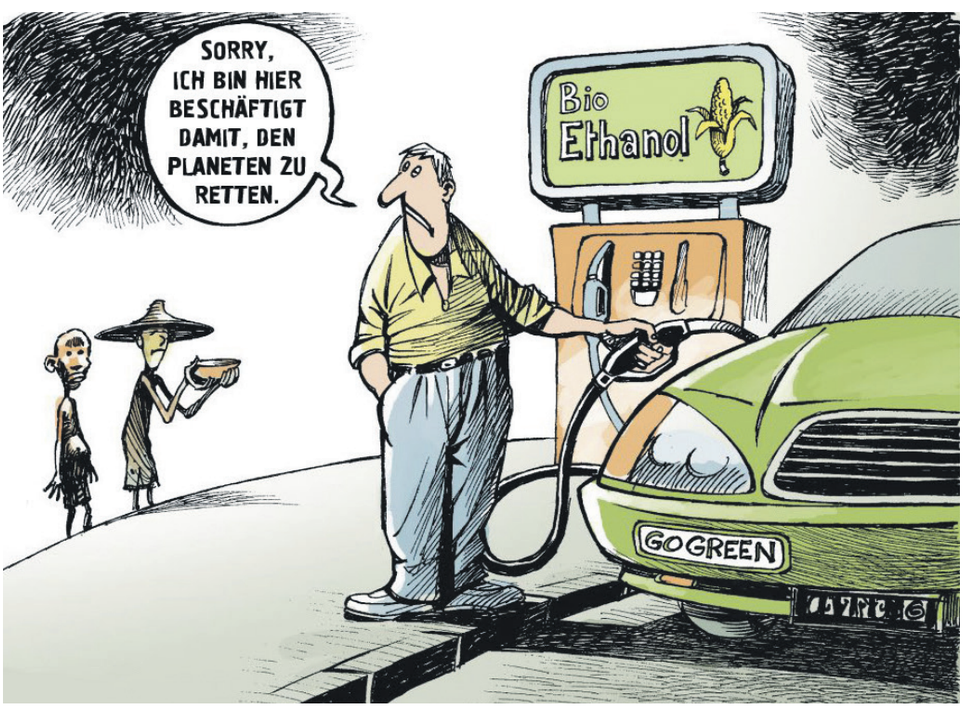
Bauern wehren sich gegen Insektenschützer

Was die Bauern als Hauptleidtragende der Insekten-schutz-Volksbegehren denken, scheint kaum einen der Pro-Bienen-Aktivisten zu interessieren.

regelrechten «Schlag gegen die Landwirtschaft». Am 9. Juli 2019 fiel auch bei der Süddeutschen Zeitung der Groschen: «Immer mehr Landwirte in der Region hören auf, viele Höfe verfallen. Mit der bevorstehenden Umsetzung des Volksbegehrens steigt der Druck auf die Bauern weiter.» Und das Interessante ist, dass der Bayerische Landtag das Volksbegehren am 17. Juli 2019 unverändert durchwinkte, ein Begleitgesetz sollte lediglich die schlimmsten Härten mildern. «Ein Volk lebt und stirbt mit der Landwirtschaft», sagt Bauernfunktionär Zankl. Eben darum geht es ja bei der hybriden Kriegsführung. Inzwischen wurde auch in Baden-Württemberg ein entsprechendes Volksbegehren gestartet, das auf bewährte Weise das «Zugpferd Biene» in seinem Namen führt: «Rettet die Bienen». Es wird sicher ein Erfolg. ***(gw)***

Quellen:

1. ESC2010.eu, Biogas: gut für die Natur, schlecht für die Gesundheit?
2. Bauernverband, Situationsbericht 2014, zitiert nach BASF, «Landwirtschaft in Deutschand - ein Erfolgsmodell», online, ohne Datum, und Deutscher Bauernverband, «Situationsbericht 2016/17»,www.bauernverband.de



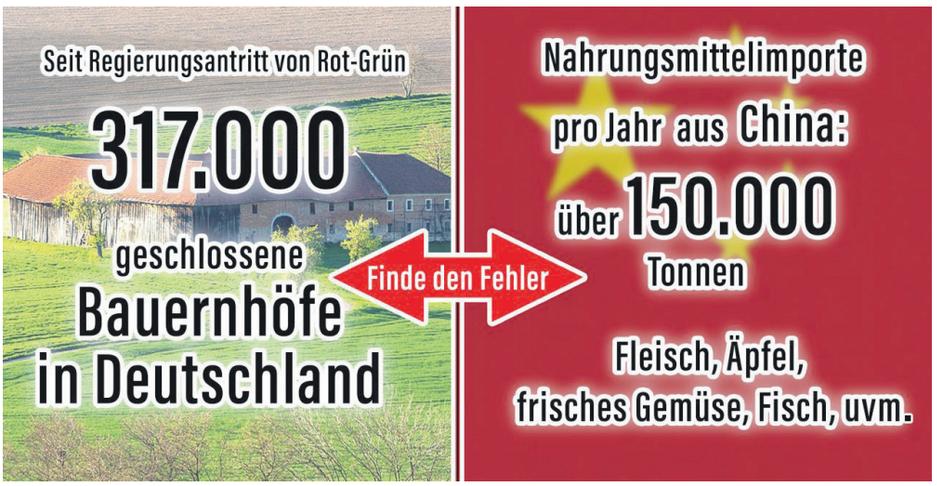
Die Produktion von Biosprit erhöht weltweit die Nahrungsmittelpreise.

Die Folgen des Bauernsterbens: Import aus Rotchina



Auch das Thema Nahrungsmittel und -versorgung hätte eine tiefgründigere Behandlung verdient. In naher oder später Zukunft könnte eine Ausgabe dazu folgen.

Während Rotchina zur wirtschaftlichen Supermacht aufsteigt und westliche Unternehmen systematisch vom Weltmarkt verdrängt, wacht die Pekinger Führung äusserst sorgfältig darüber, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im internationalen Handel auf die Fortsetzung der chinesischen Expansion hin optimiert bleiben. Wie der China-Experte Harro von Senger erklärte, wird der «wirtschaftlichen Sicherheit» im chinesischen Gesetzesrecht hohe Priorität beigemessen und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) gilt alles als «schädlich», was die Souveränität der Volksrepublik China bedroht oder der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes entgegenwirkt. In der aktuellen Satzung der KPCh heisst es hierzu: «Die Entwicklung ist die allerwichtigste Aufgabe der Partei für die Machtausübung und die Stärkung des Landes.



Die Frage, wieviel Ressourcen verschwendet und Abgase beim Transport dieser Nahrungsmittel ausgestossen werden, die man auch einfach lokal produzieren könnte, stellen die Grünen nicht!
Doch um die Umwelt scheint es gar nicht zu gehen: Kann es wirklich Zufall sein, dass die Politik der von vermeintlichen «Ex»-Kommunisten gegründeten Grünen China in die Hände spielt? Immerhin schwärmte sogar ihr Vorsitzender Robert Habeck vom effizienteren chinesischen System (siehe S.14).

Bei jeder Arbeit soll man es als den Hauptausgangspunkt und das Kriterium für ihre Beurteilung betrachten, ob sie der Entwicklung der Produktivkräfte in unserer sozialistischen Gesellschaft, der Erhöhung der umfassenden Landesstärke unseres sozialistischen Staates und der Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung dienlich ist.»

Im Westen ist dagegen eine stetige Rückentwicklung zu beobachten: Es steht zur Debatte, ob die Überregulierung, an der die westlichen Volkswirtschaften insbesondere in der Europäischen Union zweifellos in immer stärkerem Umfang leiden, denn tatsächlich auf die Torheit westlicher Gesetzgeber zurückzuführen ist, oder ob damit nicht vielleicht sogar – was weitaus wahrscheinlicher erscheint – vorsätzliche Sabotage betrieben wird. Denn wenn man über Jahrzehnte hinweg tatenlos dabei zusieht, wie vermeintliche «Ex»-Kommunisten durch die Institutionen marschieren, um schliesslich höchste Stellen etwa der deutschen Landes- und Bundespolitik zu besetzen, dann sollte man sich nicht wundern, wenn diese Stellen am Ende eine Politik betreiben, die scheinbar systematisch zur Schwächung der deutschen Volkswirtschaft beiträgt.

Deutschland abhängig von Lebensmittelimporten

Ohne einen derartigen Hintergrund erscheint es jedenfalls nur schwer nachvollziehbar, warum auf deutscher und europäischer Ebene zum Beispiel eine Handels- und Agrarpolitik betrieben wird, die zur Folge hat, dass immer mehr Lebensmittel aus Rotchina importiert werden, während zur selben Zeit immer mehr einheimische Bauern dazu gezwungen sind, ihre Lebensmittel erzeugenden Betriebe zu schliessen. **Seit der Regierungszeit der 1998 an die Macht gelangten rot-grünen Bundesregierung haben in Deutschland 317.000 Landwirte ihren landwirtschaftlichen Betrieb aufgegeben.** [1] **Gleichzeitig importiert Deutschland jährlich über eine Million Tonnen Lebensmittel – darunter Äpfel, Brötchen und Geflügel – zu Dumpingpreisen aus Rotchina.** [2] Wie das Onlinemagazin Weltderwunder.de berichtet, stammen zum Beispiel nur zwei von zehn Äpfeln auf dem deutschen Markt aus einheimischem Anbau: «Tatsächlich importieren wir jedes Jahr Nahrungs- und Genussmittel im Wert von 1,5 Milliarden Euro aus China. Dazu zählen fast 130.000 Tonnen Fisch, rund 7.700 Tonnen Fleisch, 3.600 Tonnen Äpfel, 282 Millionen Teiglinge für Brötchen, 10.277 Tonnen frisches Gemüse und 862 Tonnen Milchprodukte. Und jedes Jahr steigt diese Einfuhr um rund zehn Prozent. Allein im Hamburger Hafen treffen pro Tag durchschnittlich über 6.800 Container mit Lebensmitteln aus dem Reich der Mitte ein.» [3]

Diese Entwicklung erscheint umso fragwürdiger angesichts der Ausführungen des damaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin – ein früheres Mitglied im maoistischen Kommunistischen Bund – der in seinem 2002 erschienen Buch «Welt Um Welt» einen Einblick in den Geist vermittelte, der die sogenannte «Agrarwende» beseelte, welche von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder im Jahr 2001 initiiert worden war. Trittin sprach sich offen dafür aus, dass der «Norden» seine Märkte unter anderem für Agrarimporte aus der Dritten Welt öffnen müsse, während er dem «Süden» zu «mehr Produktion für den eigenen Markt» und wirklichem «Schutz vor Importen» riet, um damit im Süden «langfristig Ernährungssicherheit» zu schaffen.[4] Anstatt in ähnlicher Weise die Deckung des deutschen Lebensmittelbedarfs sicherzustellen, sollten die deutschen Bauern laut Trittin jedoch zukünftig dafür bezahlt werden, «Kulturlandschaften zu erhalten bzw. wieder aufzubauen, Hecken anzupflanzen, in denen Kleintiere, Vögel, diverse Schädlingsvernichter leben» oder sich «im Freizeitbereich engagieren», denn «die Outdoor-Sportarten» seien laut Trittin «potenzielle Erwerbsquellen für Landwirte».[5] Offenbar gilt die «langfristige Ernährungssicherheit» hierzulande nicht als erstrebenswertes Ziel linker Politik, stattdessen trägt der langsame Ruin der deutschen Landwirtschaft dazu bei, die von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow geforderte «Interdependenz», also die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Nationalstaaten, herzustellen, die in der Praxis zweifellos auf die einseitige Abhängigkeit der westlichen Staaten von der Willkür Chinas hinauslaufen wird. ***(tm)***

Foto: Walter57 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Obst_und_Gem%C3%BCse.jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en



Immer mehr Lebensmittel in deutschen Supermärkten kommen aus China.

Quellen:

1. agrarheute.com, Bauernsterben: Warum immer mehr Landwirte aufgeben, 20.09.2019
2. Weltderwunder.de, Lebensmittel aus China: Kann dieser Apfel mich vergiften?, 11.01.2020
3. Ebenda
4. Jürgen Trittin, Welt Um Welt, S.154
5. Ebenda, S.157

Schlachtfeld 7: Verkehr und Infrastruktur

Auf einen Blick

- **Während China, wie bereits angesprochen, Verkehrswege und Infrastruktur als Mittel zur Expansion nutzt (siehe S.63), werden Verkehrs- und Infrastrukturprojekte in Deutschland und Europa häufig von «NGO-Fusssoldaten», normalerweise im Namen des Umweltschutzes, bis aufs Messer bekämpft.**
- **Geplante Bahnhöfe, Flughäfen oder Wasserstrassen treffen auf oft unüberwindbare Widerstände durch die Bürokratie und vermeintliche Volksbewegungen.**
- **Strassen und Autobahnen bedeuten für den Normalbürger eigentlich mehr Freiheit und die Möglichkeit, jederzeit – vom Staat unbeobachtet – an ein beliebiges Ziel zu reisen. Deshalb wird der Individualverkehr bekämpft, u.a. durch die Einführung von selbstfahrenden Autos, bei denen letztendlich der Staat am Steuer sitzt.**



Infrastruktur verboten! – Der Krieg gegen die Mobilität



Auch die Protestaktionen gegen das Projekt «Stuttgart 21» wirkten ähnlich dem «Volksbegehren Artenvielfalt» (siehe) wie Graswurzeln von oben.

Wir erinnern uns: 2010 war das Bauvorhaben «Stuttgart 21» (bis heute nicht fertiggestellt), bei dem der Stuttgarter Kopfbahnhof bis 2019 um 90 Grad gedreht unter die Erde verlegt und dabei in einen Durchgangsbahnhof umgewandelt werden soll, deutschlandweit in aller Munde. Aufmerksamkeit erregte nicht etwa das Projekt selbst, sondern der Protest dagegen, an dem sich zehntausende Menschen aus der Region beteiligten. Angeblich eine spontane Bürgerbewegung, entstanden aus tiefster Empörung über die «Machenschaften» und «Prestigeprojekte» der Mächtigen. Der vornehmste Ausdruck des Bürgerwillens in seiner reinsten Form.

Das «Volksbegehren Artenvielfalt» (siehe S.69 ff.) lässt grüssen: Wenn sie dem «Establishment» schlaflose Nächte bereitet hätten, hätten die Protagonisten dieser Bewegung wohl kaum eine Bühne in den grössten



Ja, sie gab es auch, doch ihnen wurde medial kaum Aufmerksamkeit geschenkt: Kundgebung von Stuttgart-21-Befürwortern am 23. Oktober 2010.

Foto: Jacques Griessmayer (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:2010-10-23-Demo-Stuttgart21-Befuerworter.png) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

> «Deutschland hat eine massive Investitionslücke, die letztlich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den Wohlstand gefährdet [...] [Es fehlen] zurzeit 130 Milliarden Euro an Investitionen.»
>
> *Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)*

Quelle: noz.de, Marode Infrastruktur: Staat investiert im Schritttempo, 13.09.2017

TV-Sendungen Deutschlands bekommen (Kerner, Maischberger uvm.) Vielmehr drängt sich doch der Eindruck auf, dass Entwicklung in Deutschland verboten ist. Wer auch immer etwas entwickeln will, wird bis aufs Messer bekämpft. Besonders grosse Verkehrsprojekte wie Flughäfen, Wasserstrassen und Eisenbahnverbindungen, nach denen sich der Rest der Welt die «Finger lecken» würde, sind im Land der Dichter und Denker offenbar des Teufels. Während jede vernünftige Regierung Wirtschaft und Verkehr in einem Ministerium bündelt, weil die Verkehrswege das Kreislaufsystem einer florierenden Wirtschaft sind, werden Verkehrsinfrastrukturen hierzulande bekämpft – und zwar buchstäblich zu Wasser, zu Lande und in der Luft, womit wir wieder beim hybriden Krieg wären.

Auch die Proteste gegen «Stuttgart 21» verdienten das Siegel «fortschrittsfeindlich». Ein Durchgangsbahnhof ist gegenüber einem Kopfbahnhof fast immer der Königsweg, da Ersterer einen sehr viel geringeren (Gleis-) Aufwand bei deutlich geringerem Flächenverbrauch bedeutet. Es ist eben effektiver, Züge nach dem Halt in der gewünschten Richtung weiterfahren, als sie auf demselben Gleis wieder aus dem Bahnhof hinausfahren zu lassen. Ein unterirdischer Durchgangsbahnhof ist in diesem Fall sozusagen der «Kaiserweg», weil praktisch gar keine Flächen mehr verbraucht werden. Richtig elegant wird es bei einem unterirdischen Durchgangsbahnhof mit unterirdischen Zufahrtsgleisen wie in Stuttgart geplant. Dabei entfällt sogar der Flächenverbrauch durch die Anbindung des Bahnhofs an das Eisenbahnnetz. Eisenbahntrassen, die Stuttgart an vielen Stellen wie tiefe Burggräben durchschneiden, verschwinden. Kurz, ein solcher Bahnhof ist die fortschrittlichste Bahnhofsform, die man sich vorstellen kann.

Kampf dem Rhein-Main-Donau-Kanal!

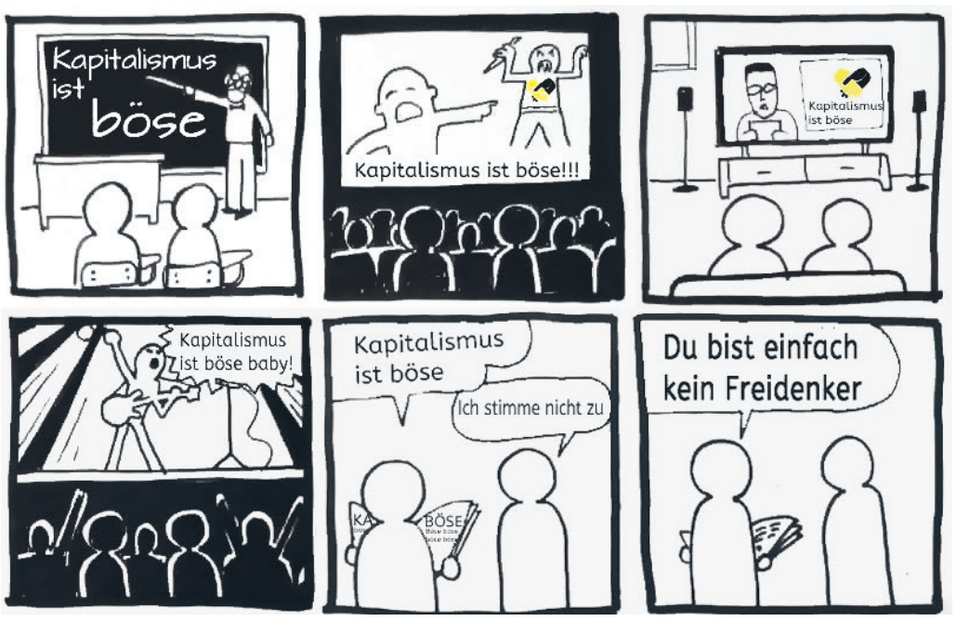
Ein weiteres Beispiel ähnlichen Kalibers: Dem Rhein-Main-Donau-Kanal, der visionären europäischen Wasserstrasse von Rotterdam bis zum Schwarzen Meer, wurde in den siebziger- und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von sogenannten «Umweltschützern» der Krieg erklärt. Wie eine dicke Aorta sollte die Wasserstrasse den Seehafen Rotterdam mit dem deutschen Ruhrgebiet und weniger entwickelten «Ostblockländern» wie Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien sowie mit den Schwarzmeer-Anrainern Türkei und Sowjetunion verbinden. Das heisst, der sogenannte Rhein-Main-Donau-Kanal war ein strategisches Entwicklungsprojekt für ganz Europa. Aber auch bei diesem Verkehrsprojekt wurde über einen Bauabbruch verhandelt, und zwar 1982 unter dem SPD-Bundesverkehrsminister Volker Hauff. Eine 1981 durchgeführte Kosten-Nutzen-Rechnung hatte ein Güteraufkommen von lediglich 2,7 Millionen Tonnen pro Jahr auf dem zentralen Teilstück Main-Donau-Kanal prognostiziert. Eine Studie aus dem Jahr 1982 schätzte das Güteraufkommen auf jährlich 5,5 Millionen Tonnen. Nach Fertigstellung des Main-Donau-Kanals erreichte das Güteraufkommen dann bis zu 8,5 Millionen Tonnen jährlich.

Auf seine volle Leistungsfähigkeit kam der Wasserweg wegen des Widerstands gegen den Ausbau einer verbliebenen Engstelle zwischen Straubing und Vilshofen allerdings nie. Ein entsprechendes Raumordnungsverfahren «wurde mit immer neuen Widerständen und Vorschlägen über angeblich sanfte Ausbaumassnahmen durch den Verbands-Naturschutz begleitet und behindert», schrieb der inzwischen verstorbene Vorsitzende des Deutschen Wasserstrassen- und Schifffahrtsvereins Rhein-Main-Donau (DWSV) Wilhelm Doni. Es habe «eine wahrhaft babylonische Sprachenverwirrung» ein-

➔



Der Rhein-Main-Donau-Kanal war einst als Europas neue Verkehrsaorta geplant. Heute hat der Kanal als Gütertransportweg kaum noch Bedeutung – und das scheint an jahrzehntelanger Sabotage zu liegen.



➔ gesetzt, «die alles und jedes Argument gebrauchte und missbrauchte» und «die mit Heimatgefühlen und Horrorszenarien hantierte». Für diese «babylonische Sprachenverwirrung» gibt es auch noch andere Ausdrücke: Propaganda und Obstruktion.

Zusammenbruch des Donauhandels

Im Jahr 1999 erhielt die Bürgerbewegung gegen den Rhein-Main-Donau-Kanal quasi Schützenhilfe durch NATO-Bomber, die im Kosovo-Krieg scheinbar sinnlos Donaubrücken zerstörten. In Wirklichkeit sorgten sie damit dafür, dass die etwa 3500 Kilometer lange Wasserstrasse auf Jahre hinaus nicht mehr durchgängig befahrbar war: «Fast auf den Tag genau 58 Jahre nach Hitlers Luftwaffe hatte die NATO Anfang April 1999 neben zwei anderen Donaubrücken die Brücke zerbombt, die Novi Sad [serbische Grossstadt] mit dem jenseitigen Ufer von Petrovaradin verband», hiess es am 6. Dezember 2001 in der schweizerischen Wochenzeitung (WOZ). Gemeint war damit die grosse «Freiheitsbrücke», eine moderne, 1,3 Kilometer lange «Hängebrücke» über die Donau. Die sechsspurige Fahrbahn fiel bei dem Bombardement in die Donau. Die von NATO-Sprecher Jamie Shea dafür angeführten «strategischen Gründe» seien lächerlich, befand die WOZ: «Auch wer lediglich vage geographische Vorstellungen besass, konnte sich darüber nur den Bauch halten vor Lachen.»

Aber auch nur, weil er die wahren strategischen Gründe der NATO nicht verstanden hatte: nämlich Europas neue Verkehrsaorta zu unterbrechen. Im Jahr 2001 überspannte zwar eine neue Brücke die Donau, doch damit war nur dem Verkehr zu Lande geholfen. Der Fluss sei «nach wie vor nur sehr eingeschränkt schiffbar, da Geldmangel das Beiseiteräumen der Brückentrümmer verhindert hat; zudem muss bei jeder Schiffspassage eine weiter stromabwärts errichtete Pontonbrücke umständlich geöffnet werden.» (WOZ) «Der heutige Donauhandel ist weitgehend zusammengebrochen», berichtete auch die Deutsche Welle am 21. Februar 2002: Ein Hindernis «für die Entwicklung der Donauschifffahrt sind Brückentrümmer, die nach wie vor bei Novi Sad die Durchfahrt einschränken. Die NATO hatte die Brücken während des Kosovo-Krieges 1999 bombardiert. Zwei davon wurden zerstört. Die grössten Transport-Unternehmen sind seit Ausbruch der Jugoslawien-Kriege 1991 auf Lastkraftwagen umgestiegen. Die Verknüpfung zwischen Schifffahrt und Bahn durch moderne Container-Anlagen ist mangelhaft.» Ganze Arbeit, kann man da nur sagen. Kein Zweifel: Die Wasserstrasse war nicht erwünscht. Die Freiheitsbrücke von Novi Sad wurde erst am 11. Oktober 2005 wieder für den Verkehr freigegeben: «Ihre Trümmerteile hatten die Schifffahrt auf der Donau über sechs Jahre hinweg behindert.» (Bundeswehr-Chronik über den Kosovo-Krieg)

Zerstörte Brücke in der serbischen Grossstadt Novi Sad, die den Donau-Handelsverkehr auf Jahre lähmte. Handelte es sich um bewusste Obstruktion?

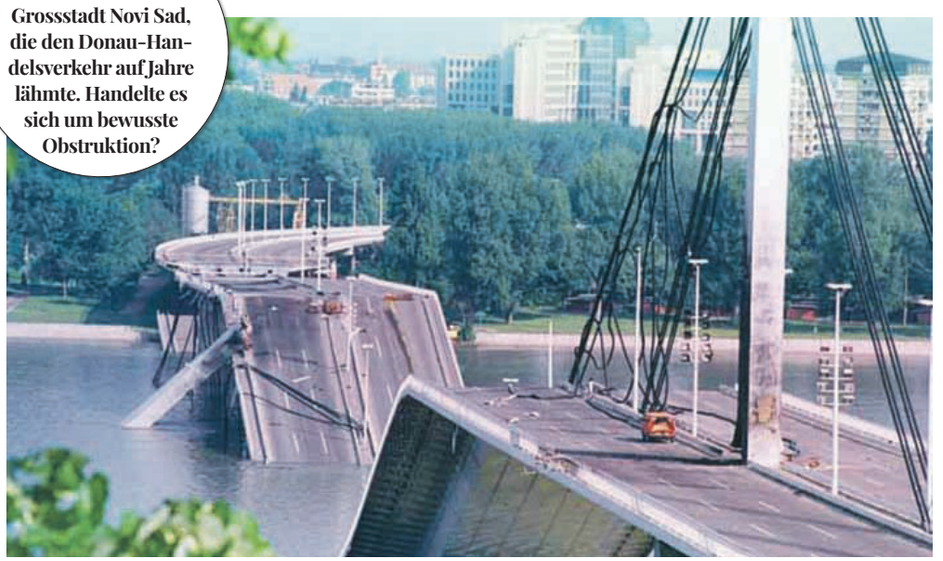


Foto: Darko Dozet /https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Keine Weltstadt ohne Verkehr

Genauso wie Wasserstrassen sind auch Häfen von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung einer Region – auch Flughäfen. So ist eine Weltstadt ohne einen grossen Flughafen nur schwer denkbar. Das wussten bereits in den Sechziger- und Siebziger-Jahren des vorigen Jahrhunderts natürlich auch die Stadt- und Landesväter im bayerischen München. Doch gegen den ersten Planfeststellungsbeschluss (also die «Baugenehmigung») für den neuen, ausserhalb der Stadt gelegenen Flughafen München II vom 8. Juli 1979 gab es nicht weniger als 5724 Klagen. Vor allem eine breite Front aus Umwelt- und Natur-«Schützern» ging gegen den Flughafen vor. Sie entdeckten in dem zuvor eher unbekannten Erdinger Moos plötzlich ein einzigartiges Biotop und stilisierten den Flughafenbau zur ausgewachsenen Umweltkatastrophe. Von 1981 bis 1985 erreichten die Flughafengegner auf juristischem Wege einen vierjährigen Baustopp. Erst 1985 konnte der Flughafen weitergebaut und am 17. Mai 1992 eröffnet werden. Da Verkehrswege Verkehr, das heisst Personen und Güter, anziehen, ist die Region München ohne den neuen Flughafen heute nicht mehr denkbar. Das Verkehrsaufkommen stellte sämtliche Prognosen in den Schatten. Rechnete man 1979 für das Jahr 2010 mit einem Passagieraufkommen von jährlich 17,6 Millionen, erreichte der Flughafen bereits 2007 mit 34 Millionen das Doppelte (und etwa dreimal so viel wie zuletzt der alte Flughafen München-Riem). Erreichbarkeit spielt eine wichtige Rolle bei der Ansiedlung international tätiger Unternehmen, aber natürlich auch im Tourismus. Im Jahr

Foto: Thomas Kniess (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Munich_Airport_Aerial_View_T1_T2_MAC.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de



Trotz massiver Proteste von «Naturschützern» wurde der Flughafen München «Franz Josef Strauss» 1992 eröffnet. Heute ist die Region München ohne den neuen Flughafen nicht mehr denkbar. Die Beibehaltung des alten Flughafens hätte München wirtschaftlich und touristisch extrem hinterherhängen lassen.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

«450 Milliarden Euro – so viel müsste der deutsche Staat in den kommenden zehn Jahren zusätzlich ausgeben, um bestehende Investitionslücken zu schliessen und als Standort attraktiv zu bleiben. Andernfalls droht sich der Verfall des öffentlichen Kapitalstocks, also von Strassen, Schienen und Schulen, ungebremst fortzusetzen. Das meint Michael Hüther, Ökonom und langjähriger Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.»

Der FAZ-Wirtschaftsredakteur Niklas Záboji am 24.10.2019

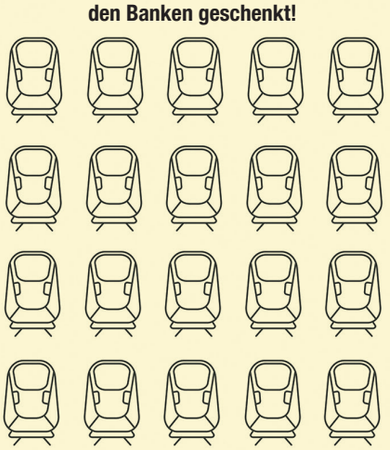
Quelle: faz.net, Deutschland braucht 450 Milliarden Euro, 24.10.2019

2007 reisten 156 Prozent mehr ausländische Übernachtungsgäste mit dem Flugzeug in die Region München als noch im Jahr 2002 und gaben dabei 1,8 Milliarden Euro aus (ein Plus von 131 Prozent gegenüber 2002). Der Flughafen hat bei der Entwicklung der Region München eine sehr grosse Rolle gespielt.

Nieder mit dem Transrapid!

Und trotzdem wurde er inzwischen Opfer eines weiteren Schildbürgerstreichs. Da die beiden immer kräftiger schlagenden Herzen von Flughafen und Landeshauptstadt nur durch zwei dünne Äderchen verbunden wurden (zwei beschauliche S-Bahn-Linien, die für den Weg zwischen der Stadt und dem Flughafen glatt die Zeit eines Inlandsfluges benötigen), plante man ab 2005 (Beginn des Planfeststellungsverfahrens), den Flughafen durch die Magnetschwebebahn Transrapid mit der Stadt zu verbinden. Doch insbesondere der Münchner SPD-Oberbürgermeister Christian Ude und seine Koalitionspartner von den Grünen entfachten einen regelrechten Aufstand gegen das Projekt. In Zeiten allgemeiner Demo-Müdigkeit brachte es ein breites Bündnis aus SPD, Grünen, Linken und Gewerkschaften tatsächlich fertig, am 3. November 2007 13.000 Menschen zu mobilisieren, und zwar nicht gegen die gierige Bundesregierung in Berlin, nicht gegen die kriminelle Mentalität der Banken, nicht gegen steigende Inflation und sinkende Kaufkraft, nicht gegen die Kriege in Afghanistan und im Irak, nicht gegen die zunehmende Beschnüffelung der Bürger, nicht gegen das G-8-Gymnasium, nein, gegen den Transrapid – so selektiv kann Bürgerempörung gesteuert werden. Auf dem Demo-Plakat prangte der Zug in den klassischen Propagandafarben Schwarz, Rot, Weiss und trug eine aggressive Fratze mit bösen Schlitzaugen. Für die schwächelnde CSU war der Transrapid nicht mehr durchsetzbar. Am 27. März 2008 verkündete der bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein denn auch das Aus für die Magnetschwebebahn, das offiziell mit Mehrkosten in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Euro begründet wurde. Im selben Freistaat hatte die BayernLB bis Ende März 2008 mehr als einen ganzen Transrapid verzockt, nämlich 4,3 Milliarden Euro. Weitere acht Transrapids standen seinerzeit bei der BayernLB auf der Kippe, nämlich 24 Milliarden Euro. Für die marode IKB-Bank hatte der Bund bereits an die drei Transrapids bereitgestellt, nämlich zehn Milliarden Euro. Etwa sechs Transrapids, nämlich 20 Milliarden Euro, waren bis Ende März 2008 insgesamt in die maroden Landesbanken geflossen. **Sämtliche Verluste der deutschen Banken in der Kreditkrise wurden im April 2008 auf etwa 20 Transrapids geschätzt, sprich: 70 Milliarden Euro – und zwar ohne realen Gegenwert. Eine vergleichsweise spottbillige Realinvestition wie der Transrapid wurde dagegen durch einen angestifteten Bürgeraufstand verhindert.** *(gw)*

So viele Transrapids (vom Münchner Flughafen in die Innenstadt) wurden in Deutschland während der Finanz«krise» 2008 den Banken geschenkt!





Das passt ins Bild: Der CRH380B aus China ist mit maximal 350 km/h der schnellste Zug der Welt. Der Hochtechnologie-Standort Deutschland rangiert mit seinem ICE 3 nur noch auf Rang 8 der Liste.

Foto: Shwangtianyuan (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:CRH380B_@_Shanghai-20160321.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Die Bekämpfung des Individualverkehrs

Foto: Shutterstock/LifetimeStock



Mit der technischen Utopie der selbstfahrenden Autos kann es vielen gar nicht schnell genug gehen. «In fünf Jahren werden Sie in Roboterautos fahren», verkündete Google-Mitgründer Sergey Brin schon 2012 und lag damit voll daneben. [1] Tesla-Chef Elon Musk gab 2016 «zu Protokoll, dass er ein serienreifes, voll autonomes Fahrzeug bereits Ende 2017 sehe.» Im selben Jahr 2016 kündigten auch BMW und Ford für 2021 autonome Fahrzeuge an. [2]

Das Ganze hat allerdings einen Haken: Selbstfahrende Autos sind nunmal nichts anderes als Hard- und Software! Man stelle sich vor, man würde sein Leben zum Beispiel einem Windows-Computer anvertrauen! Wir freuen uns schon auf blöde Fragen wie: «Wollen Sie diesen Unfall auch an Microsoft melden?» «Fehlerberichte» und «Problemlösungen» gibt es schliesslich nur, weil es Fehler und Probleme gibt. **Fehlerfreie Software zu produzieren, ist prinzipiell nämlich unmöglich – ausser vielleicht in einem Taschenrechner. Und ein Auto, das von einem Computer gesteuert wird, kann nun mal «abstürzen» wie jeder andere Computer auch. Dem menschlichen Dilemma entkommt man damit nicht, denn schliesslich sind ja auch Computer menschliche Produkte. Also können und werden sie auch versagen.** Was zumindest jahrzehntelange Forschungsarbeit bräuchte, um auszureifen, soll nun plötzlich hopplahopp geschehen. Und vor lauter Eile macht man den zweiten Schritt vor dem ersten, wie einige spektakuläre Unfälle mit vermeintlich selbstfahrenden Autos beweisen.

Politik und Industrie «fahren» trotzdem darauf «ab», als wären selbstfahrende Autos der lang gesuchte Stein der Weisen. Sie müssen plötzlich her – koste es, was es wolle. Was beweist, dass es hierbei nicht um Fahrkomfort geht (der ist ohnehin trügerisch), sondern darum, schnellstmöglich eine Technologie zu entwickeln und unters Volk zu bringen, bei der – anders als bei bisherigen Autos – letztlich der Staat am Steuer sitzt.



Tödlicher Unfall in Arizona im März 2018: Ein selbstfahrendes Auto überfuhr eine junge Frau auf dem Bürgersteig. Die Software des Autos hatte die Frau als «false positive» Objekt eingestuft. In diese Kategorie gehören beispielsweise Plastiktüten oder Zeitungen, die durch die Luft wehen und von Autos ignoriert werden können. Auf ein selbstfahrendes Auto wird man sich nie ganz verlassen können, denn fehlerfreie Software zu produzieren, ist prinzipiell unmöglich. So wird auch der Flugverkehr, wo inzwischen vieles automatisch abläuft, nie auf einen Piloten verzichten können.

Denn schliesslich sind herkömmliche Kraftfahrzeuge nichts weiter als Werkzeuge der Anarchie, nicht wahr: Kaum sitzen wir am Lenkrad, fühlen wir uns frei und unbeobachtet und können überall hinfahren – wohin wir möchten. Früher sahen auch Politiker im Auto ein Verkehrsmittel der individuellen Freiheit. 1965 zum Beispiel sagte der damalige Verkehrsexperte der SPD, Helmut Schmidt: «Jeder Deutsche soll den Anspruch haben, sich einen eigenen Wagen zu kaufen» – und diesen natürlich selbst zu steuern, was denn sonst. «Das Auto symbolisiert Freiheit und Abenteuer», sagt der Psychoanalytiker Micha Hilgers: «Je mehr wir uns eingebunden fühlen, desto mehr suchen wir solche Nischen auf». [3] Aber Einsteigen, Anlassen und Losfahren, ohne irgendjemanden zu fragen – das geht ja gar nicht. Für den Staat hat das schliesslich den Nachteil, dass ein solches Fahrzeug schwer zu kontrollieren ist. Bei Bahn, Schiff und Flugzeug gibt es dagegen vorgeschriebene Wege und registrierte Tickets. Beim Auto aber nicht. Wenn der Fahrer das Pedal durchdrückt, kann er, wenn es dumm kommt, auf über 200 Kilometer pro Stunde beschleunigen und das Weite suchen. Ja, wer will denn so etwas? Der Staat jedenfalls nicht. Denn Freiheit, Unberechenbarkeit



Foto: JD Lasica from Pleasanton, CA, US (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Elon_Musk_(3018710552).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

> «Die Menschen werden das Autofahren eines Tages verbieten, weil es gefährlich ist. [...] Eine Person kann keine Zwei-Tonnen-Todesmaschine fahren.»
>
> *Elon Musk, Gründer von Tesla, dem weltweit wichtigsten Anbieter von selbstfahrenden Autos*
>
> Quelle: cnbc.com, Musk: Someday, driving a car will be illegal, 17.03.2015

und Unabhängigkeit sind den Regierenden nun einmal suspekt.

Nächster Halt: Polizeipräsidium

Ein anarchistisches Werkzeug wie das Auto erregt unausweichlich das Interesse der Behörden und ihrer Auftragnehmer aus der Industrie. Zwar können auch herkömmliche Autos schon kontrolliert und überwacht werden, zum Beispiel durch Kennzeichenleser an den Autobahnen oder durch Ortung der Handys ihrer Fahrer. Aber wer diese Überwachung partout nicht will, muss nur das Handy ausschalten und Landstrassen benutzen – schon ist er weg vom Überwachungsfenster. Jedenfalls in einem fahrbaren Untersatz des vergangenen Jahrhunderts. Aber viel besser wäre es natürlich, wenn man ein Fahrzeug nicht nur lückenlos überwachen, sondern auch von aussen steuern könnte: Verfolgungsjagden, Banküberfälle, Entführungen – alles wäre aussichtslos. Der Staat würde einfach einen Code benutzen, um sich in den Bordcomputer einzuklinken. Dort würde er ein neues Ziel einprogrammieren – sagen wir: «Polizeipräsidium» –, und das wäre es dann mit der Flucht. Ach ja: Die Türen würde er natürlich auch verriegeln.

Der türkische Präsident Erdogan beispielsweise hätte im Rahmen seiner Massenverhaftungen 2016 per Computerbefehl nur einige Zehntausend Fahrzeuge umprogrammieren müssen: Kaum wäre der Fahrer eingestiegen und hätte den Wagen gestartet, hätte der ihn «festgenommen» und zur nächsten Polizeistation gekarrt – oder ins nächste Geheimgefängnis, den nächsten Folterknast oder das nächste KZ. Der Fantasie sind da keine Grenzen gesetzt.

Angela Merkels Geständnis

Und das sind mehr als nur Horrorfantasien! **Zum Beispiel hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2017 vor argentinischen Studenten gesagt, «wir werden in 20 Jahren nur noch mit Sondererlaubnis selbstständig Auto fahren dürfen».** Der reine Irrsinn! Ihre Begründung: «Wir sind das grösste Risiko.» Merkel sei von dem 15-stündigen Flug und dem Besuchsprogramm in Argentinien womöglich so müde gewesen, spekulierte die Website der Welt und von N24, dass ihr das wohl herausgerutscht sei (09.06.2017). Denn für eine Kanzlerin aus dem Land der Autobauer und -fahrer war dies schliesslich ein Satz wie ein Paukenschlag. Nur ein Echo hatte dieser Paukenschlag merkwürdigerweise nicht. Wer ihr oben genanntes Zitat im Juni 2017 bei Google eingab, fand es gerade einmal bei einer Handvoll Mainstream-Medien: auf der genannten Welt-Website und beim Münchner Merkur. Danach kamen bereits Fachmedien wie die Automobilwoche oder alternative Medien wie Golem, Politikforen oder reddit.com. Die Mehrheit der Medien beteiligte sich auch hier an einer Verschwörung des Schweigens. ***(gw)***

Quellen:

1. c-net, online, 25.09.2012
2. netzwelt.de, 23.08.2016
3. Die Zeit, online, 18.06.2003



Foto: Hecker/MSC (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Eric_Schmidt_MSC_2018_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/deed.en

> «Jedes deutsche Auto wird von einem Computer gesteuert werden.»
>
> *Eric Schmidt, ehemaliger Google-Vorstandsvorsitzender und heute Berater des US-Verteidigungsministeriums, bei einem Auftritt auf der Gründerkonferenz NOAH in Berlin*
>
> Quelle: epochtimes.de, Googles Schmidt: Alle deutschen Autos werden autonom fahren, 10.06.2015

> « [...] wir werden in 20 Jahren nur noch mit Sondererlaubnis selbstständig Auto fahren dürfen.»
>
> *Angela Merkel*



Foto: RudolfSimon (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_and_Ulrich_Hackenberg.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Schlachtfeld 8: Natur und Wetter



Auf einen Blick

- **Wird ein als Umweltschutz getarnter hybrider Krieg gegen die Natur geführt? Vor allem «Klimaschutz» begeht schwerste Umweltverbrechen: Windräder, Solarfelder, Wasserkraftwerke uvm. zerstören Flora und Fauna in grossem Stil.**
- **Extrem unkonventionelle hybride Waffe: Modifikation des Wetters zur Herbeiführung von Bränden, Überschwemmungen, Erdbeben etc.**
- **Zufällig wirkende Katastrophen können Feind schwerer treffen als direkter Angriff. Zudem bleibt Angreifer beim Einsatz der «Wetterwaffe» unsichtbar.**
- **Künstliche Verursachung von Umweltkatastrophen keine Verschwörungstheorie mehr: UN-Konvention, EU-Ausschuss, Militärdokumente, hochrangige Wissenschaftler und Politiker haben das Thema bereits aufgegriffen.**

Klimaschutz: Krieg gegen den Naturschutz

Klima-Alarmisten wie FfF halten weiterhin an ihrem Kampfbegriff «Klimakiller» fest: Das sollen Menschen sein, die viel Fleisch essen, «dicke» Autos fahren und viel Energie verbrauchen. Sie haben angeblich das Klima «auf dem Gewissen».



Angeblicher Klimaschutz und Naturschutz werden oft fälschlicherweise gleichgesetzt. Werden Vögel (und Insekten, siehe S.71) von Windrädern erschlagen, bleibt die Empörung bei Fridays for Future und Co. aus.

Was dabei verschwiegen wird: In Wirklichkeit wird genau andersherum ein Schuh draus: Die schlimmsten Umweltverbrechen werden heute im Namen des Klimaschutzes verübt. In Wahrheit ist es der Klimaschutz, der den Planeten ruiniert. Mittlerweile stehen echte Umweltschützer weltweit gegen «Klimaschützer» oder «Klimaschutzprojekte» auf. Nehmen wir beispielsweise die hochgelobten «regenerativen Energien» wie Windkraft oder Photovoltaik. Mit einem Mal werden ganze Landschaften mit riesigen Windrädern verschandelt, und der Bauer baut auf seinen Feldern plötzlich kein Getreide mehr an, sondern stellt die Gegend mit hässlichen Solaranlagen zu: «Landschaftspflege» im Zeitalter des Klimaschutzes. Die monströsen Windräder zerstören nicht nur die Landschaft, sondern auch das Leben von Menschen und Tieren. Und sie decken nur einen minimalen Teil unseres Endenergieverbrauchs. Das «Aktionsbündnis Gegenwind-Oberfranken» hat ein langes Sündenregister der grossen Strompropeller aufgestellt: «Windkraftanlagen

- zerstören die Landschaft, die Natur, unsere Heimat und damit unsere Identität,



- führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität,
- gefährden unsere Gesundheit und das Wohlbefinden,
- töten Vögel und Fledermäuse (und Insekten, siehe S.71),
- entwerten Immobilien und Grundeigentum,
- verhindern die Entwicklung des Fremdenverkehrs,
- vernichten Arbeitsplätze durch übersteigerte Stromkosten,
- sind völlig unwirtschaftlich aufgrund der schwachen Windverhältnisse in unserer Region,
- ersetzen kein einziges Kraftwerk, weil der Wind unregelmässig oder gar nicht weht,
- gefährden die Netzstabilität und damit die nationale Stromversorgung, denn
- Windstrom kann nicht grosstechnisch gespeichert werden;
- sind absolut überflüssig und dienen nur zur wirtschaftlichen Umverteilung von unten nach oben,
- spalten die «soziale Gemeinschaft.» [1]

Die Lüge vom Energie-Speichern

Dabei ist das noch gar nicht alles. Denn Windräder und Solarflächen kommen selten allein, sondern haben noch Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerke im Gepäck. Und diese müssen in die Wirtschaftlichkeitsrechnung dieser sogenannten regenerativen Energien mit einbezogen werden. Da der Strom aus Windrädern und Photovoltaikanlagen prinzipiell unberechenbar ist, kann man ihn auch nicht bedarfsgerecht produzieren, sodass die Stromwirtschaft im Prinzip so haushalten muss, als gäbe es ihn gar nicht. Kurz, sie muss genauso viele Kraftwerke und Kapazitäten vorhalten wie ohne Windräder oder Solaranlagen. Wenn der Strom witterungsbedingt dann aber anfällt, gibt es plötzlich zu viel davon, er wird nicht oder nicht in nennenswertem Umfang gebraucht und muss irgendwohin.

Ja, aber warum denn? Kann man die Windanlagen dann nicht einfach drosseln oder abstellen? Eigentlich schon, aber laut Erneuerbare-Energien-Gesetz haben die Anlagenbetreiber «Anspruch auf unverzüglichen und vorrangigen Anschluss ihrer Anlage an das Stromnetz. Darüber hinaus besteht Anspruch auf unverzügliche und vorrangige Abnahme des gesamten zur Einspeisung angebotenen Stroms aus erneuerbaren Energien sowie dessen Übertragung und Verteilung». (2) Das heisst, dass derartige Anlagenbetreiber auf Teufel komm raus produzieren können, egal, ob der Strom gebraucht wird. Er muss abgenommen werden, und zwar zu einem garantierten Preis! Auf der anderen Seite lassen sich auch viele konventionelle Kraftwerke nicht drosseln, weil sie dafür nicht gebaut wurden. Der eingespeiste Strom ist also in jedem Fall zu viel. Daher ziehen «regenerative Energien» wie Wind- und Sonnenkraft weitere Kosten und Landschaftszerstörungen nach sich, nämlich in Form von Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerken, die irgendwo in Ausflugs- und Erholungsgebieten errichtet werden, um die «regenerativen Energien» zu speichern. Weil die Befürworter dieser Energieform hierzulande nicht wissen, wohin mit den überschüssigen «Stromspitzen» durch Windkraft und Sonnenenergie, müssen Staubecken her, um Wind- und Sonnenkraft zu speichern: Bei Stromüberschuss soll das Wasser hinaufgepumpt, bei «Stromtälern» hinabgelassen werden und in Turbinen Strom erzeugen. Von dem enormen Energieaufwand für den Bau eines solchen Kraftwerks redet allerdings niemand. Und auch nicht von der Energie, die allein dafür verbraucht wird, Millionen Tonnen Wasser einen Berg hochzupumpen. Von «Speichern» kann also eigentlich keine Rede sein, vielmehr bliebe von der erzeugten «regenerativen Energie» unterm Strich nur ein Rest übrig, während die Kosten für das Projekt auf den Strompreis umgelegt würden. Ab-

➔



Bau eines Windrades: Windräder nehmen optisch keine grosse Fläche ein. Da sie aber ein grosses, stabiles Fundament brauchen, müssen für den Bau ganze Waldstücke gerodet werden. Dabei bleibt es in der Regel nicht nur bei einem Windrad.



Statt Ackerbau wird auf diesem Feld bei Schwäbisch Gmünd eine Photovoltaikanlage betrieben. Riesige Flächen aus Metall und Elektronik ziehen sich über die Landschaft, um nur einen Bruchteil der Energie eines Atom- oder Kohlekraftwerks zu produzieren. Das soll «Umweltschutz» sein?



➔ gesehen davon fehlt es in Deutschland schlicht an Standorten für solche Kraftwerke.

Verbrechen im Namen des Klimaschutzes

Die verheerenden Folgen der «regenerativen Energien» werden von «Klimaschützern» und Politikern verschwiegen und/oder schöngeredet. Während alle Welt von «Klimakillern» spricht, redet niemand von Klimaverbrechen, die im Namen des «Klimaschutzes» verübt werden. Der wissenschaftlich nicht begründbare «Klimaschutz» (siehe Ausgabe 09 u. 27) hat sich längst zu einer gefährlichen Ideologie entwickelt, welche die Zukunft unseres Planeten bedroht. Nur im Jahr 2013 blitzte dieses Thema einmal kurz auf, um gleich wieder im Gedächtnisloch unserer gleichgeschalteten Medienwelt zu verschwinden. Damals hatte es eine TV-Dokumentation mit dem Titel «Climate Crimes – Umweltverbrechen im Namen des Klimaschutzes» gerade mal in das Programm von 3sat geschafft, und zwar an einem Dienstag um 22.25 Uhr. Zu behaupten, die Dokumentation sei vergessen, wäre deshalb wohl übertrieben – in Wirklichkeit hat die breite Öffentlichkeit sie gar nicht zur Kenntnis genommen. Nachdem der Film quasi heimlich gesendet worden war, hörte man hierzulande nie wieder davon – weder in anderen deutschen Sendern noch in den Spalten der Zeitungen. Die dringend notwendige öffentliche Diskussion im Anschluss an die Ausstrahlung fand nicht statt.

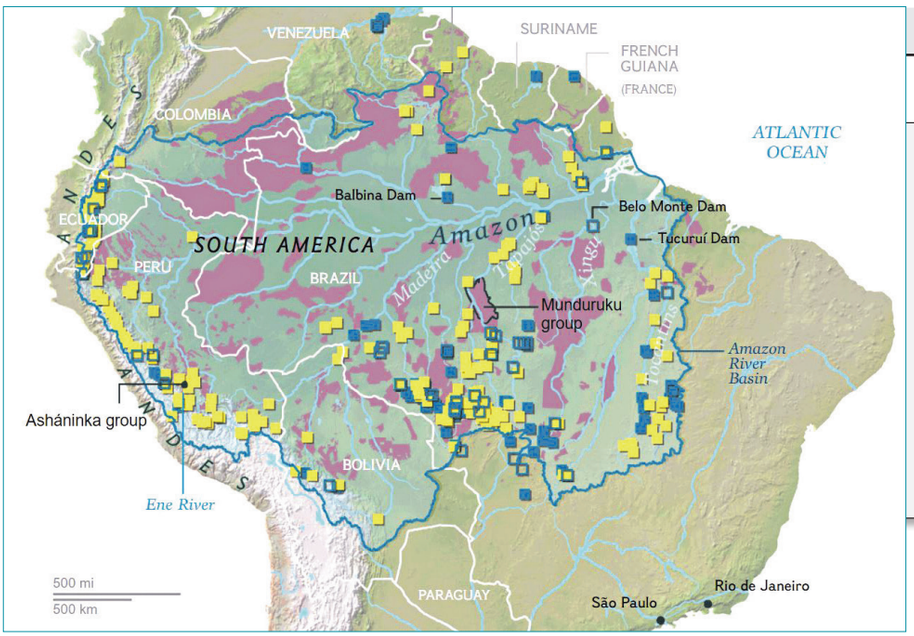
Dabei hatte es die Botschaft des Films in sich. Zwar ist äusserst zweifelhaft, ob es den menschgemachten «Klimawandel» überhaupt gibt, dass aber unter dem Deckmantel des Klimaschutzes schwerste Umweltverbrechen verübt werden, ist eine Tatsache. Beim «Klimaschutz» geht es schon längst nicht mehr mit rechten Dingen zu. In Wirklichkeit, so zeigte die erwähnte Dokumentation Climate Crimes damals, zerstören «Klimaschützer» inzwischen regelrecht unseren Planeten: «Der Kampf gegen den Klimawandel soll unsere Erde retten», hiess es in dem Film: «Doch er löst den grössten Schub an Naturzerstörung aus, den die Erde in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Enorme Summen fliessen in Staudämme, Atomkraftwerke oder Monokulturen für Biosprit und Biogas.» Ausgehend von der Weltklimakonferenz in Cancun, Mexiko, im Jahr 2010, zeigte der Film die Reise des deutschen Naturschützers Ulrich Eichelmann zu einigen Brennpunkten des Klimawahnsinns.

Das Ende des Xingu

«Eine der wichtigsten Säulen» der propagierten Energiewende sei die Wasserkraft. 50.000 grosse Wasserkraftwerke gebe es bereits auf der Erde. Nach einem weltweiten Moratorium für diese umweltzerstörenden Projekte boome die Branche inzwischen wieder, denn schliesslich gelte Wasserkraft als «klimafreundlich». Ganz oben auf der Agenda der Wasserkraft-Befürworter steht der wasserreichste Fluss der Erde, der Amazonas, mit 6.500 Kilometern Länge auch einer der längsten Flüsse des Planeten. Der Amazonas ist aber weit mehr als ein Fluss. Er ist eine riesige Landschaft aus Urwald, Flüssen und Wasserläufen: Amazonien. Einzugsgebiet: sechs Millionen Quadratkilometer – die 17-fache Fläche Deutschlands. «Der Regenwald am Amazonas» sei «der grösste Wald mit dem grössten Wassernetz der Erde», heisst es in Climate Crimes. «Kein anderes Gebiet ist so artenreich wie dieses. Mehr als die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten der Welt kommen hier vor.» Zu Amazonien gehört auch die einmalige Flusslandschaft des



Das Belo-Monte-Projekt ist ein gross angelegtes Laufwasserkraftwerk (im Bau) am Rio Xingu im brasilianischen Amazonasgebiet. Durch die Umleitung des Wassers in den Stausee wird die grosse Flussschleife – die Volta Grande – durchschnittlich 80% weniger Wasser führen. Indigene Gemeinschaften, die an der Volta Grande leben, können nicht mehr dem gewohnten Fischfang nachgehen. Die Folgen für die gesamte Gewässerökologie würden verheerend sein.



Diese Karte zeigt operierende (blau), sich im Bau befindliche (blauer Rahmen) und geplante (gelb) Wasserkraftwerke im Amazonasgebiet. Wenn man bedenkt, dass jedes einzelne, operierende Kraftwerk fatale Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt hat, ist der Umweltschaden kaum vorstellbar, wenn die geplanten Kraftwerke erst einmal in Betrieb genommen werden. Die rosa Bereiche auf der Karte bilden die indigenen Völker ab. Mit der (Zer-)Störung des Ökosystems wird auch ihnen die Lebensgrundlage entzogen. Während sich die Medien 2019 eine nie dagewesene Brandkatastrophe im Amazonasgebiet herbeifabulierten (siehe S.55 ff.), wird bei Umweltsünden im Namen des Klimaschutzes geschwiegen.

Rio Xingu. Allein hier wurden 450 Fischarten katalogisiert, insgesamt sollen es etwa 600 sein. Von anderen Arten, wie den Amazonasschildkröten, gar nicht zu reden.

Todesursache Klimaschutz

Ausgerechnet in «einem der grossen Naturwunder Amazoniens», in der etwa 100 Kilometer langen Xingu-Flussschleife Volta Grande «mit Tausenden Inseln und ebenso vielen Wasserfällen», soll ein riesiger Staudamm entstehen, das drittgrösste Wasserkraftwerk der Welt: «Dafür müsste der Xingu umgeleitet und zu einem Stausee, grösser als der Bodensee, aufgestaut werden.» Und «die Volta Grande würde fast trocken fallen. Die Folgen für Mensch und Tier wären verheerend», warnt der Film. «Etwa 100 Fischarten würden dadurch bedroht, vermutlich aussterben. Mehr als 20.000 Menschen müssten umgesiedelt werden, für die der Fluss ihre Lebensader ist. [...] Mit dem Fluss und dem Wald verlieren sie auch ihre gesamte Lebensgrundlage. Ist das der Preis für den Schutz unseres Klimas und für ein grünes Wachstum?»

Der hier geplante Staudamm sei aber nur der Anfang. In Wirklichkeit hätten «Klimaschützer» und Klimaindustrie ganz Amazonien auf dem Plan. Auf einer Karte ist Amazonien bereits mit roten Punkten übersät – neuen Staudammprojekten: «Mehr als 60 Megadämme und hunderte mittelgrosse Staudämme sind in Vorbereitung.» Experten rechnen dadurch mit dem Verlust von insgesamt 1000 Fischarten in ganz Amazonien, also «etwa zehn Prozent aller Süsswasserfischarten der Welt».

Das ist natürlich nur ein Beispiel von vielen aus der Dokumentation und auch sonstiger Umweltverbrechen im Namen des Klimaschutzes. Man könnte die Reihe noch endlos weiter fortsetzen. Seit der Klimawahn grassiert, häufen sich die Klimaverbrechen an Natur und Umwelt – häufig ohne dass irgendetwas für die sogenannte Klimabilanz dabei herauskommt (die ohnehin Fiktion ist). Kurz, die Klimawirtschaft wird den Planeten nicht etwa retten, sondern ins Verderben führen – mit tatkräftiger Sterbehilfe durch Politiker und «Klimaschützer». ***(gw)***

Quellen:

1. gegenwind-stiftland.de
2. Bundesverband Windenergie: Wie das EEG funktioniert

Hybrider Wetterkrieg? – Erdbeben on demand?

Kennen Sie den: Gab es früher ein Erdbeben, kam das Rote Kreuz. Gibt es heute ein Erdbeben, kommt erst mal ein US-Flugzeugträger. Dabei war das 2010 leider kein Witz: Nach einem Erdbeben am 12. Januar besetzten die USA die Karibikinsel Haiti. Das Erdbeben hatte die verheerende Stärke von 7,0 bis 7,2 auf der Richterskala. Mehrere hunderttausend Menschen starben. Alles lief ab wie bei einem militärischen Angriff, nur dass es sich eben um ein «natürliches» Erdbeben gehandelt haben soll. Der Präsidentenpalast wurde durch das Erdbeben genauso zerstört wie die lokale UN-Vertretung. «Parlament, Ministerien, Gefängnisse – die Institutionen des Staates liegen in Trümmern», so Spiegel Online am 18. Janu-



Erdbebenschäden in der Innenstadt von Port au Prince (Haiti) im Jahr 2010

➔



Der haitianische Präsidentenpalast in Port-au-Prince war nach dem Erdbeben 2010 schwer beschädigt.



Die US-Botschaft hielt dem Erdbeben hingegen stand.

ar 2010. Jedenfalls die Institutionen des Staates Haiti. Die Institution des Staates USA in Haiti stand dagegen nur wenige hundert Meter entfernt wie ein Fels in der Brandung: die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika. «Das Gebäude der US-Botschaft widerstand dem Erdbeben und wurde zu einem Zentrum für die medizinische und sonstige Betreuung für Haitianer und Amerikaner», meldete die Los Angeles Times am 13. Januar 2010. Damit verfügte ein fremder Staat plötzlich über die einzige funktionierende Regierungseinrichtung in dem durch das Erdbeben verwüsteten Karibikstaat.

Ein Land wird sturmreif gebebt

Wie bei einem feindlichen Angriff nahmen US-Soldaten mitten in dem herrschenden Chaos den strategisch wichtigsten Punkt ein – den Flughafen von Port-au-Prince. Ein Bombardement hätte die Aktion nicht besser vorbereiten können. Apropos «Bombardement»: «Das Erdbeben der Stärke 7,0 auf der Richterskala, welches Haiti am Dienstag getroffen hat, war 35-mal stärker als die Atombombe auf Hiroshima (Japan) am Ende des Zweiten Weltkriegs», hiess es auf der lateinamerikanischen Nachrichtenseite latina-press.com. «Laut Roger Searle, Professor für Geophysik an der University of Durham (UK), wurde durch das Jahrhundertbeben in der Karibik eine Energie von mehr als einer halben Million Tonnen TNT freigesetzt.» Der Vergleich mit einem Bombardement ist also nicht so weit hergeholt. Das ganze Land wurde praktisch sturmreif gebebt. Das Epizentrum des Bebens lag Berichten zufolge «etwa sechzehn Kilometer westlich von Port-au-Prince in zehn Kilometer Tiefe». Haitis Präsident René Préval, der aus Versehen bzw. «wie durch ein Wunder» überlebte, kapitulierte denn auch prompt bzw. trat «die Hoheit für den Flughafen [...] an die USA ab», so Spiegel Online.

Beistand vom Bruderstaat

Erstaunlich. Wenn man nicht wüsste, dass der Aktion ein Erdbeben vorausgegangen war, könnte man wirklich glauben, die Flughafenbesetzung sei Teil eines US-Angriffs auf Haiti gewesen. Tatsächlich, so Spiegel Online in entwaffnender Offenheit, entwickelte sich Haiti nach dem Beben «wieder zur Kolonie»: «Die USA, Frankreich und Brasilien streiten bereits um die Vorherrschaft im Land. Die haitianische Regierung schaut ohnmächtig zu.» Statt Hilfsflügen erhielten US-Truppenflüge bevorzugt Landeerlaubnis. Flugzeuge mehrerer Hilfsorganisationen seien in die Dominikanische Republik umgeleitet worden, so der Tagesspiegel vom 17. Januar 2010. Um Hilfe ging es also nicht in erster Linie, denn sonst hätten natürlich Hilfsflüge zuerst landen müssen. Die USA hätten den Flughafen «annektiert», wurde der französische Aussenminister Bernard Kouchner zitiert. «Wir werden heute, morgen und in Zukunft hier sein», kommentierte US-Aussenministerin Hillary Clinton die Besetzung bzw. Bebenhilfe auf Haiti. Aber wieso «Besetzung»: Schliesslich handelte es sich doch um einen Hilferuf, und es hiess, die USA seien vor Ort, um Haiti «Beistand» zu leisten. Genau. Denn schliesslich war auch die Sowjetunion ihren Bruderstaaten stets zu Hilfe geeilt – um ihnen mit Panzern und Soldaten «Beistand» zu leisten.

Aber Erdbeben kann man schliesslich nicht künstlich erzeugen. Oder doch? Das kann doch nur reinste Science-Fiction sein: «Auf den ersten Blick neigt man dazu, ‚Erdbeben on demand' als schlichten Blödsinn abzutun», schreibt Jerry E. Smith, Autor des



US-Soldaten vor dem vom Erdbeben erschütterten Präsidentenpalast auf Haiti.

STATUS AS AT : 08-02-2020 07:15:34 EDT

CHAPTER XXVI

DISARMAMENT

1. Convention on the prohibition of military or any other hostile use of environmental modification techniques

New York, 10 December 1976

Screenshot von der offiziellen Webseite für UN-Verträge treaties.un.org: Die «Konvention zum Verbot des militärischen oder sonstigen feindlichen Gebrauchs von Techniken zur Modifizierung der Umwelt» aus dem Jahr 1976

Buches «Weather Warfare» («Wetter-Kriegführung», Kempton, Illinois, 2006). «Eine solche Bauchreaktion wird den wissenschaftlichen Tatsachen aber wohl nicht gerecht. Tatsächlich haben Wissenschaftler auf der ganzen Welt verschiedene Mechanismen erkannt und dokumentiert, mit deren Hilfe menschliche Aktivitäten Erdbeben ausgelöst haben.» Demnach wäre also auch hier alles wie immer gewesen: Einer zufälligen Beobachtung folgt eine bewusste Reproduktion und wenn möglich eine neue Technologie. So funktionierte menschlicher Erfindergeist schliesslich von jeher. Verschiedene Aktivitäten können Störungen in der Erdkruste bewirken, indem zum Beispiel Spannungen zwischen tektonischen Platten plötzlich gelöst werden (etwa durch Atomexplosionen oder Einbringen von Wasser). Tatsächlich ist die Gefahr des Missbrauchs solcher Mechanismen so real, dass die Vereinten Nationen bereits vor fünfunddreissig Jahren (1976) ein entsprechendes Verbot verabschiedeten: die «Konvention zum Verbot des militärischen oder sonstigen feindlichen Gebrauchs von Techniken zur Modifizierung der Umwelt». Dabei bezieht sich der letztere Ausdruck auf «jedwede Technik zur Veränderung [...] der Dynamik, Zusammensetzung oder Struktur der Erde, inklusive ihrer Flora und Fauna, ihrer Kruste, der Hydro- und Atmosphäre sowie des Weltraums». Am 17. Januar 1980 wurde die Konvention auch von den USA ratifiziert.



Die seit 2015 angeblich inaktiven HAARP-Antennen in Alaska. Viele Beobachter behaupten, HAARP könne durch das Einspeisen elektromagnetischer Wellen in der Ionosphäre Erdbeben auslösen.



Foto: John Mathew Smith & www.celebrity-photos.com from Laurel Maryland, USA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Zbigniew_Brzezinski_(46282011744).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

> «Dank neuer Technologien werden den Führern der bedeutenden Nationen Methoden zur geheimen Kriegsführung zur Verfügung stehen [...] Verfahren zur Wetteränderung könnten eingesetzt werden, um längere Dürreperioden oder Stürme hervorzurufen.»
>
> *Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater mehrerer US-Präsidenten*

Das Problem ist, dass Verstösse gegen den Vertrag kaum nachweisbar sind. Dass zum Beispiel ein Erdbeben auf eine bewusste Manipulation zurückgeht, lässt sich in der Praxis kausal kaum belegen. Und selbst wenn der Nachweis gelänge – wer wollte entsprechende Sanktionen verhängen und – zum Beispiel gegen die USA – durchsetzen? Dies ist der Hauptpferdefuss dieses schönen Vertragswerks, das damit das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben steht.

«Haiti-Beben ist das Ergebnis einer Erdbebenwaffe!»

Interessant daran ist, dass ein solches Verbot natürlich vollkommen überflüssig gewesen wäre, wenn beispielsweise «Techniken zur Beeinflussung der Erdkruste» nicht schon vor fünfunddreissig Jahren verfügbar gewesen wären oder sich nicht zumindest am Horizont abgezeichnet hätten. Das ganze Thema wird jedoch komplett aus der öffentlichen Diskussion ausgeblendet. Wettermanipulation oder gar Erdbebenwaffen sind ein absolutes Tabu in der westlichen Medienhemisphäre. Dabei klagten damals erstzunehmende Stimmen nach dem Erdbeben in Haiti die USA in der Tat eines «Bebenangriffs» auf den Karibik-Staat an. Der venezolanische Staatspräsident Hugo Chávez beschuldigte den mächtigen Nachbarn im Norden, das Erdbeben beim Test einer «tektonischen Waffe» verursacht zu haben (Press TV, 21.1.2010).

Schon der ehemalige Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter und auch Barack Obama, Zbigniew Brzezinski, schrieb Anfang der Siebziger-Jahre in seinem Buch «Between Two Ages»: «Dank neuer Technologien werden den Führern der bedeutenden Nationen Methoden zur geheimen Kriegsführung zur Verfügung stehen [...] Verfahren zur Wetteränderung könnten eingesetzt werden, um längere Dürreperioden oder Stürme hervorzurufen.»

HAARP ist kein Laut aus dem Comic

HAARP klingt beinahe wie ein Kunstlaut aus einem Comic. Ist es aber nicht. HAARP war ein Forschungsprojekt der US-Streitkräfte und steht für «High Frequency Active Auroral Research Program», übersetzt: «Aktives Hochfrequenz-Programm zur Erforschung des Nordlichts». Dafür hatten Air Force und Navy mitten in Alaska einen vierzehn Hektar (etwa zwanzig Fussballfelder) grossen Wald aus 180 Antennen aufgestellt. Die Anlage diente (bis zu ihrem zumindest angeblichen Ende 2015) jedoch keineswegs nur der Erforschung, sondern auch der Erzeugung des bunten Himmelsflackerns. Daher der Zusatz «active». Dem Spiegel vom 7. Oktober 1996 zufolge ist das mit solchen Technologien auch schon gelungen. In Wirklichkeit interessieren sich die US-Militärs allerdings weniger für eine hübsche Himmelsillumination als vielmehr für die Schicht, in der das Nordlicht entsteht – nämlich die Ionosphäre. Diese Atmosphärenschicht ist von entscheidender Bedeutung für die drahtlose Kommunikation. Für Marine und Luftwaffe, die mit Schiffen und Flugzeugen über weite Entfernungen kommunizieren wollen, ist sie besonders interessant.

Kleine Ursache, grosse Wirkung

Aber nach Meinung von Kritikern ist dies noch nicht die ganze Wahrheit. Was HAARP für sie verdächtig macht, ist die Tatsache, dass es dabei, genauso wie bei Erdbeben, um Wellen und Schwingungen geht. Und zwar nicht nur um Hochfrequenzwellen, sondern auch um extrem niederfrequente Kurzwellen, sogenannte «ELFs» (extremely low fre-

➔



HAARP wurde meist als harmloses Nordlichter-Forschungsprogramm dargestellt. Höchstwahrscheinlich ging es dabei jedoch nicht um das schöne Himmelsflackern, sondern um die Atmosphärenschicht, in der das Nordlicht entsteht – nämlich die Ionosphäre. HAARP-Kritiker befürchten hierbei vor allem das Nutzen von «ELFs» (Extrem niedrige Frequenzen), die in die Ionosphäre gesendet, dort reflektiert werden und in besonders sensiblen Bereichen der Erdkruste Resonanzen und damit Erdbeben auslösen sollen.

quency). Laut HAARP-eigener Website arbeitet das Programm auch tatsächlich mit ELFs. Diese ELFs könnten, einmal in die Ionosphäre gesendet, dort reflektiert werden und in besonders sensiblen Bereichen der Erdkruste Resonanzen auslösen, so die Vorstellung der Kritiker. Nach dem Motto «kleine Ursache, grosse Wirkung» könnten sich diese Resonanzen allmählich zu schweren Erschütterungen aufschaukeln, insbesondere dann, wenn die Gegend ohnehin instabil ist. Solche «Resonanzkatastrophen» sind bisher allerdings nur aus der Architektur bekannt:

- Als im Jahr 1850 mehrere hundert französische Soldaten im Gleichschritt über die Hängebrücke von Angers marschierten, geriet diese in derartig verheerende Schwingungen, dass sie einstürzte (226 Tote).
- Als am 7. November 1940 ein nur mässiger Wind die Tacoma-Narrows-Brücke im US-Bundesstaat Washington in selbsterregte Torsionsschwingungen versetzte, stürzte diese ebenfalls ein.
- Als am 10. Juni 2000 nur 160 Menschen im Gleichschritt über die Millenium-Brücke in London marschierten, geriet auch diese in gefährliche Schwingungen.

Genau deshalb darf übrigens laut Paragraph 27 der deutschen Strassenverkehrsordnung auf Brücken nicht im Gleichschritt marschiert werden.

Könnten also auch manche Erdbeben «Schwingungs-» oder «Resonanzkatastrophen» sein? Man könne beobachten, «dass es zwischen der Ionosphäre und seismischer Aktivität eine Korrelation gibt», behauptete english.pravda.ru. (24.1.2010) Tatsächlich forschen Wissenschaftler schon seit Jahrzehnten an den verschiedensten elektromagnetischen Wellen und ionosphärischen Effekten im Zusammenhang mit Erdbeben. Fachleute sprechen dabei von einem «seismo-ionospheric coupling». Die vermeintlich gute Nachricht: Es geht dabei vor allem um die Erdbebenvorhersage, also um die Frage, ob ein sich anbahnendes Erdbeben elektromagnetische Wellen verursacht. Die schlechte: Der Begriff «coupling» (Kopplung, Kuppelung) wird auch für das Einrasten einer mechanischen Verbindung verwendet. Eine mechanische Verbindung zwischen der Ionosphäre und der Erdkruste? Was für die Erdbebenvorhersage vielleicht eine gute Nachricht ist, würde getrübt, wenn diese «Kuppelung» auch andersherum funktionieren würde, sprich: wenn man durch Einspeisen elektromagnetischer Wellen und Anregung von Schwingungen in der Ionosphäre Erdbeben auslösen könnte.

Terrorismus und US-Strategie

Tatsächlich werden solche Szenarien schon seit Jahrzehnten von den US-Streitkräften durchgespielt, zum Beispiel bei der Konferenz über «Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und US-Strategie» («Conference on Terrorism, Weapons of Mass Destruction and U.S. Strategy») am 28. April 1997 an der Universität von Georgia. **Dort zitierte niemand anderer als der damalige US-Verteidigungsminister William S. Cohen den Zukunftsforscher Alvin Toffler, «findige Geister» würden an einer Art Öko-Terrorismus arbeiten, um mit Hilfe von elektromagnetischen Wellen aus der Ferne das Klima zu manipulieren sowie Erdbeben und Vulkanausbrüche auszulösen (also genau das, was der UN-Vertrag verbietet).** Und diese Gefahr sei «real». Die Frage ist nur: Sah Cohen die künstlichen Vulkanausbrüche und Erdbeben nun als Terrorismus oder als Teil der US-Strategie? Oder ist beides etwa ein und dasselbe? ***(gw)***

Geheimwaffe Wetter? – Waldbrände on demand?

2010 war ein extremes Wetterjahr: Nachdem in Haiti ein verheerendes Erdbeben gewütet hatte, stöhnte Russland unter der schlimmsten Hitzewelle seit Beginn der Aufzeichnungen vor 130 Jahren. Der Chef der staatlichen Wetterbehörde, Alexander Frolow, sprach gar von der schlimmsten Hitze seit tausend Jahren. Wochenlang hielten sich die Temperaturen zwischen 35 und über 40 Grad Celsius. Am 11. Juli 2010 wurde in Jaschkul, Kalmückien, mit 44 Grad die höchste jemals in Russland verzeichnete Temperatur gemessen. In den grossen Torfgebieten rund um Moskau wurde der Torf knistertrocken. Am 29. Juli 2010 war es so weit: In den Regionen Nischni Nowgorod, Woronesch, Rjasan und Moskau flackerten die ersten Torffeuer auf und griffen schnell auf die Wälder über. Es begann eine in der russischen Geschichte beispiellose Feuersbrunst, vergleichbar mit einem Napalmangriff. Mit bis zu 100 Metern pro Minute bewegten sich die Feuer auf die Hauptstadt zu. Am 1. August standen 114.000 Hektar in Brand, ein grosser Teil davon Torf und Wald. Am 2. August brannten laut Nachrichtenagentur Interfax bereits 500.000 Hektar. Präsident Dimitrij Medwedew verhängte über sieben Regionen den Ausnahmezustand.



2010: Ein Feuerwehrmann des Notfallministeriums löscht einen Waldbrand in der Nähe des Kernkraftwerks Novovoronezh in Russland.

Feuer und Sintflut

Wie das «praktische» Erdbeben in Haiti (siehe) erregte auch die seltsame Brandkatastrophe in Russland das Misstrauen von Beobachtern. Denn während das Riesenreich unter Hitze und Feuern stöhnte, ertrank der Rest Europas in apokalyptischen Sintfluten. Der Regen schien vor der russischen Grenze regelrecht halt zu machen. Die Ukraine, Polen, Tschechien, Albanien, Ungarn, die Slowakei, Serbien und Deutschland wurden im Mai, Juni und Juli 2010 von sintflutartigen Regenfällen heimgesucht.

Das Wettersystem erschien plötzlich wie polarisiert. Während Russland austrocknete und brannte, ertrank der Rest der Welt im Regen. Dass es eine Beziehung zwischen der Trockenheit in Russland und den Starkregenfällen in Osteuropa und Asien gab, leugneten nicht einmal die Mainstream-Medien. Wissenschaftler waren sich einig: «Die Hitzewelle rund um Moskau und die Überschwemmungen in Pakistan hängen meteorologisch miteinander zusammen», schrieb etwa die Zeit-Website am 13. August 2010.

Blockade des Jetstreams

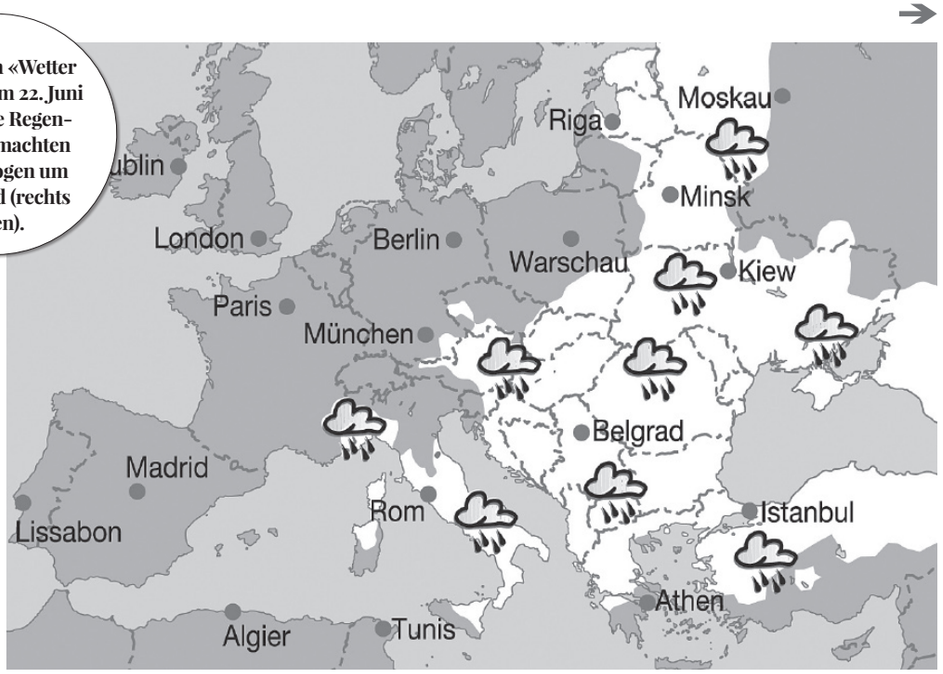
Die Wetterlage war also gekennzeichnet durch hohe Unwahrscheinlichkeit (= Seltenheit), extreme Polarisierung, eine scharfe Trennlinie zwischen Dürre und Überschwemmung sowie wochen-, wenn nicht monatelange Stabilität. Anders ausgedrückt, diese Wetterlage machte einen geradezu künstlichen Eindruck. Die Gretchenfrage drängt sich auf: Wie ist so etwas möglich?

Die Mainstream-Medien führten die russische Dürre und die Überschwemmungen des Sommers 2010 tatsächlich auf eine Blockade des Jetstreams zurück. Jetstreams sind ultraschnelle Windströme, die sich in zehn bis 15 Kilometer Höhe wie gewellte Gürtel um die Erde ziehen. Einer davon führt beispielsweise über Kanada, den Nordatlantik und Mitteleuropa nach Russland. Da Jetstreams die unteren Luftschichten mitreissen, herrschen in Europa meist Westwind und «atlantisches» Wetter. Ausserdem spielen die Jetstreams eine wichtige Rolle bei der Luftdruckverteilung und sind normalerweise sehr stabil und verlässlich. Normalerweise. Aber diesmal war alles anders. «Blockierter Jet-Stream fördert Feuer und Flut», titelte zum Beispiel Zeit Online am 13. August 2010. Der Jetstream über Europa und Asien «ist seit Ende Juli wie blockiert. Forscher vermuten hier die Ursache für die Fluten in Pakistan und die Brände in Russland [...] Über Osteuropa machte der Jet nun einen Bogen nach Norden um die Hitze in Russland herum und dann einen ungewöhnlich südlichen Schlenker nach Pakistan [...] seit Mitte Juli war der Jet wie festgenagelt», so Zeit Online. Meteorologen bezeichneten dieses Phänomen als «Blocking». Wie dieses «Blocking» allerdings zustande kommt, davon haben die Wetterfrösche keine Ahnung. Ein russischer Wissenschaftler namens Andrej Areschew hingegen schon.

Eine Weiche für den Jetstream?

Areschews Hauptverdächtiger in Sachen Wetter- und Umweltmanipulation war die bereits im Zusammenhang mit dem Erdbeben von Haiti vorgestellte HAARP-Technologie (siehe S.87 f.) – das Forschungsprojekt von US Navy und US Air Force zum Beschuss der Ionosphäre mit elektromagnetischen Wellen hoher Energie und verschiedener Frequenz. Im Zentrum solcher «alternativen Erklärungen» stehen Erfindungen wie das US-Patent Nr. 4686605 vom 10. Januar 1985 eines Physikers namens Bernard J. Eastlund. Eastlund war einer der Entwickler des HAARP-Projekts im Rahmen des «Star Wars»-Programms von US-Präsident Ronald Reagan in den Achtziger-Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Anhebung der Ionosphäre sollte unter anderem dazu dienen, die Umlaufbahn feindlicher Raketen und Satelliten zu stören: «Diese Erfindung verfügt über eine phänomenale Bandbreite von Konsequenzen und möglicher zukünftiger Entwicklungen», schrieb Eastlund in seiner Patentschrift: «Grosse Teile der Atmosphäre könnten in ungeahnte Höhen gehoben werden, so dass Geschosse auf unerwarteten Luftwiderstand stossen und zerstört oder abgelenkt werden könnten.» Doch auch für das Wetter würde die Ausstülpung der Ionosphäre Konsequenzen haben, wusste Eastlund: «Die Beeinflussung des Wetters wird aufgrund der Veränderung

➔



Karte von «Wetter Online» am 22. Juni 2010. Die Regenfronten machten einen Bogen um Russland (rechts oben).

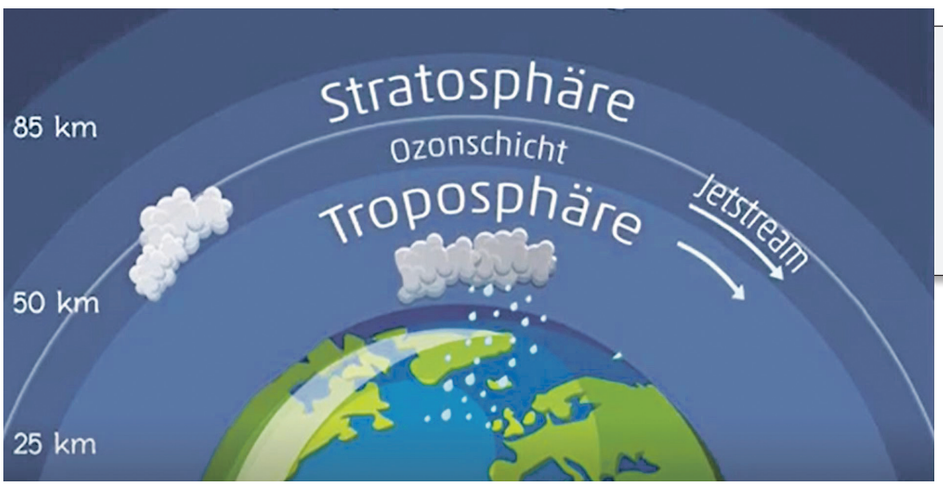
Screenshot von der Webseite des EU-Parlaments: Abschlussbericht des Ausschusses für Umweltfragen zum Entschliessungsantrag aus dem Jahr 1995, der HAARP (siehe S.87 f.) als «klimabeeinträchtigendes Waffensystem» bezeichnet hatte.

Bericht 113k 149k

14. Januar 1999 PE 227.710/end A4-0005/99

über Umwelt, Sicherheit und Außenpolitik
Verfasser der Stellungnahme: Herr Olsson, Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz ("Hughes"-Verfahren)

Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik
Berichterstatterin: Frau Maj Britt Theorin



Der Jetstream ist eine starke Luftströmung in 7–10 km Höhe. Von der Erddrehung angetrieben, wehen die Winde von West nach Ost und erreichen Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 500km/h. Wetter und Klima sind sehr vom Strömungsverhalten des Jetstreams abhängig. Unregelmässigkeiten können zu extremen Hitzewellen oder starken Unwettern führen.

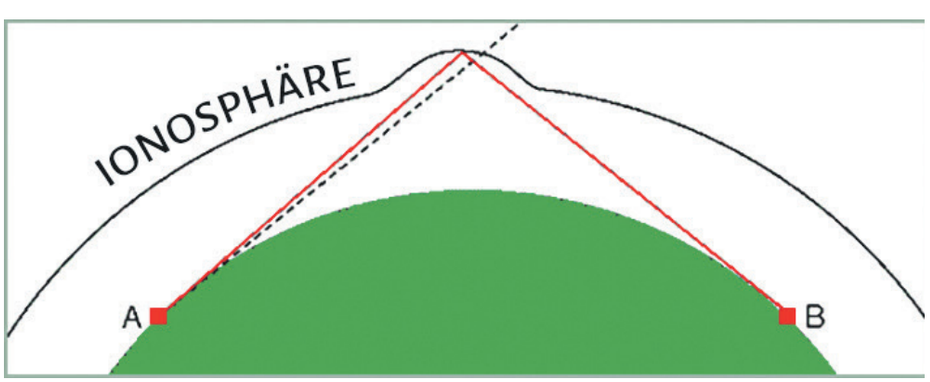
➔ der Windmuster in der oberen Atmosphäre möglich.» Für diese «Windmuster in der oberen Atmosphäre» gibt es noch einen anderen Ausdruck: Jetstreams. «Wenn man eine bestimmte Region der Ionosphäre aufheizt», so der amerikanische HAARP-Experte Nick Begich, «wölbt sich diese nach aussen, die innere Atmosphäre füllt den Hohlraum.» Und das wiederum soll sich auf die Richtung der Jetstreams auswirken.

Die aufgeheizte Ionosphäre sei wie eine gigantische Barriere, die den Weg des Jetstreams verändere, heisst es auch in der TV-Dokumentation «Mission Zukunft: Geheimwaffe Wetter» (USA 2009). Mit anderen Worten, man kann mit HAARP so etwas wie eine «Jetstream-Weiche» erzeugen. Man muss sich das Ganze vorstellen wie bei einem Flipperautomaten: Die Kugel (der Jetstream) trifft auf die Barriere, kann dort nicht weiter und weicht seitlich aus. Wenn es stimmt, dass die Jetstreams an der Verteilung von Wind und Regen auf dem Globus mitwirken, kann man sich vorstellen, dass eine solche Ablenkung zur plötzlichen Austrocknung bzw. Überschwemmung ganzer Landstriche führen kann.

Ein «klimatisches Waffensystem»

Schon Ende der 1990er-Jahre hatten sich zwei Ausschüsse des Europaparlaments anlässlich eines Entschliessungsantrages (B4-0551/95, 19.5.1995) der Abgeordneten Elisabeth Rehn Rouva mit HAARP befasst – von Öffentlichkeit und Qualitätsmedien unbeachtet, versteht sich. In der Begründung zu dem Antrag wurde HAARP als «klimabeeinträchtigendes Waffensystem» bezeichnet. Es werde gemeinsam «von der Luftwaffe der USA und dem Geophysikalischen Institut der Universität Alaska, Fairbanks, durchgeführt». Ähnliche «Untersuchungen» gebe es aber auch in Norwegen, in der Antarktis und auf dem Territorium der früheren Sowjetunion. Dabei würden «mit einem Netz von Antennen, die alle mit einem eigenen Sender ausgestattet sind, Teile der Ionosphäre mit starken Radiowellen erwärmt [...] Die erzeugte Energie heizt bestimmte Teile der Ionosphäre auf, was auch Löcher in der Ionosphäre und künstliche ‚Spiegel´ herbeiführen kann.» [1]

Durch Manipulation der elektrischen Eigenschaften in der Atmosphäre liessen sich «gewaltige Kräfte kontrollieren», so der Entschliessungsantrag: «Wird dies als militärische Waffe eingesetzt, können die Folgen für den Feind verhängnisvoll sein. Durch HAARP lässt sich ein fest umrissenes Gebiet millionenfach stärker mit Energie aufladen als mit irgendeiner anderen herkömmlichen Energiequelle.» Das Projekt ermögliche somit auch «die Manipulation der globalen Wetterverhältnisse».



«Wenn man eine bestimmte Region der Ionosphäre aufheizt», so der amerikanische HAARP-Experte Nick Begich, «wölbt sich diese nach aussen, die innere Atmosphäre füllt den Hohlraum.» Und das wiederum soll sich auf die Richtung der Jetstreams auswirken. Wurde der Jetstream 2010 gezielt umgelenkt, um in Russland hohe Temperaturen und Trockenheit auszulösen?

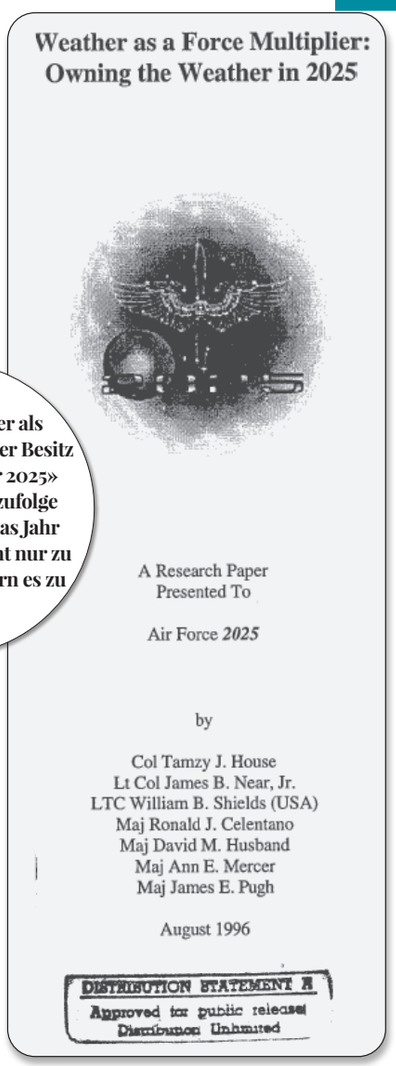
«Owning the weather in 2025»

Auch eine Studie der US Air Force über die Beeinflussung des Wetters mit dem Titel «Weather as a force multiplier: Owning the weather in 2025» («Wetter als Macht-Verstärker: Der Besitz des Wetters im Jahr 2025») aus dem Jahr 1996 spricht von diesen Methoden. Der Studie zufolge lautet das Ziel für das Jahr 2025, das Wetter nicht nur

zu beeinflussen, sondern es zu «besitzen»: Bereits 1957 hatten Berater des damaligen US-Präsidenten darauf hingewiesen, dass die Wetterbeeinflussung «eine noch wichtigere Waffe werden [könnte] als die Atombombe». **Ein General Gordon A. Sullivan wird in der Air-Force-Studie mit folgenden Worten zitiert: «Eine solche Fähigkeit gibt dem Kämpfer Werkzeuge in die Hand, um das Schlachtfeld in nie gekannter Weise zu beeinflussen.» Wobei einer der wichtigsten Punkte die «Verweigerung von Niederschlägen» und damit von frischem Wasser sowie die Auslösung von Dürren sei:** «Die Technologie ist da und wartet darauf, zusammengeführt zu werden», so Sullivan weiter. Russland hatte nach den Bränden vom Sommer 2010 Getreideernteausfälle in Höhe von 30% zu beklagen; die Getreideexporte wurden bis Ende des Jahres eingestellt. Die Brotpreise stiegen um 20%. Wurde Russland also Opfer einer Wetterwaffe?

Beweisen lässt sich das nicht. Aber genau das ist der Vorteil der Wettermanipulation und -kriegsführung: Man kann beides «abstreiten», so Michael Keane von der University of Southern California. «Niemand weiss, ob es nur das Wetter war oder aber ein militärischer Angriff.» Und der muss auch nicht zwangsläufig von den USA ausgehen. Viele Länder forschen an Ionosphärenstrahlern wie HAARP. So steht eine russische HAARP-Anlage etwa 100 Kilometer östlich von Nischni Nowgorod – und diese ist allem Anschein nach heute noch in Betrieb. Eine europäische Anlage befindet sich im norwegischen Tromsø. Denn eines ist sicher: Jede neue Rüstungstechnologie löst eine neue Rüstungsspirale aus. «Schafft man es, die Natur die Arbeit für einen erledigen zu lassen, könnten die USA und andere Länder versteckte Kriege führen, ohne entlarvt zu werden», so der US-Wissenschaftler Begich, der den Machenschaften der Wettermanipulateure schon seit vielen Jahren auf der Spur ist. «Ein betroffenes Land wird möglicherweise nie erfahren, dass es zum Ziel von Wetterkriegsführung wurde, und sich deshalb auch nicht wehren können. Erdbeben und Flutwellen sind die Waffen der Zukunft. Aber es würde keine [herkömmliche] Waffe eingesetzt. Niemand wüsste, dass man den Krieg begonnen hat», so Begich. ***(gw)***

Der Studie «Wetter als Macht-Verstärker: Der Besitz des Wetters im Jahr 2025» aus dem Jahr 1996 zufolge lautet das Ziel für das Jahr 2025, das Wetter nicht nur zu beeinflussen, sondern es zu «besitzen».


Weather as a Force Multiplier:
Owning the Weather in 2025

A Research Paper
Presented To

Air Force *2025*

by

Col Tamzy J. House
Lt Col James B. Near, Jr.
LTC William B. Shields (USA)
Maj Ronald J. Celentano
Maj David M. Husband
Maj Ann E. Mercer
Maj James E. Pugh

August 1996

DISTRIBUTION STATEMENT A
Approved for public release!
Distribution Unlimited

Quellen:

1. Bericht über Umwelt, Sicherheit und Aussenpolitik, Verfasser der Stellungnahme: Herr Olsson, Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, 14. Januar 1999

Die Spur der Energie: Überschwemmungen on demand?

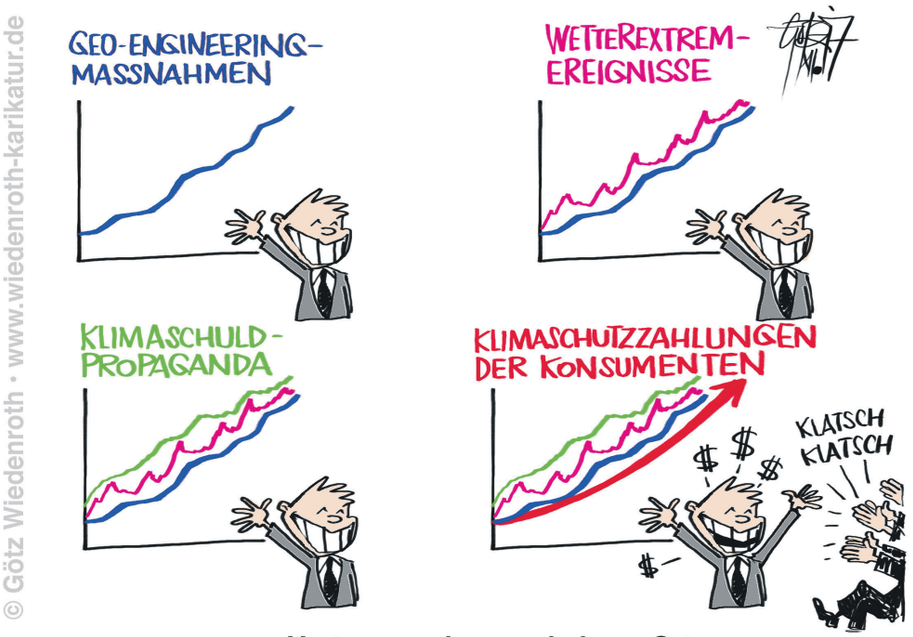


Hochwasser in Deutschland im Jahr 2016. Das Wasser stieg in Teilen Deutschlands so schnell, dass Menschen in ihren Häusern überrascht wurden und ertranken. Für den Meterologen Eric Leister war das alles jedoch wenig überraschend. Zwei Wochen vorher kündigte er die Unwetter mit erstaunlicher Genauigkeit an. Woher hatte er sein detailliertes Vorwissen?

Kennen Sie eigentlich einen Mr. Eric Leister? Oder einen Tyler Roys? Nein? Wir kannten sie auch nicht. Aber um den 14. Mai 2016 herum, als Deutschland und Europa sehnlichst einen warmen Frühsommer erwarteten, plagten die beiden feuchte Träume. Aber nicht, was Sie denken. Vielmehr quälten die beiden biblische Albträume von schweren Unwettern, Überschwemmungen und wahren Sintfluten, die in Kürze über Deutschland hereinbrechen würden. Am 14. Mai 2016 zum Beispiel präsentierte Meteorologe Eric Leister auf der Website accuweather.com seine Prognose. «Sommervorhersage 2016», hiess es da, und: «Häufige Gewitter werden Sommerhitze in Deutschland drosseln.» Im Gefolge eines kühlen und nassen Frühlings werde sich das wechselhafte Wetter wahrscheinlich während eines grossen Teils des Sommers fortsetzen: «Dieses unklare Wettermuster birgt die Gefahr von Unwettern und Überschwemmungen, während es gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit von Hitzewellen herabsetzt.»

So, so – ein eingefleischter Pessimist, offenbar, dieser Herr. Allerdings wusste der Mann noch mehr. Und was noch unheimlicher war: Er wurde immer genauer. «Diese

➔



Vortrag an einem geheimen Ort

➔ Interaktion wird in den Sommermonaten zu zahlreichen Episoden mit Regen und Gewittern in Deutschland führen. Dabei wird es zu schwerwiegenden Stürmen mit der grössten Bedrohung in Mittel- und Norddeutschland kommen.» Donnerwetter. Aber es kam noch besser. «Die Gefahr für Überschwemmungen wird an den nördlichen Hängen der Alpen besonders gross sein», zitierte Leister einen Kollegen namens Tyler Roys. Und Leister prophezeite: «Die stärksten Gewitter werden Sturzfluten, zerstörerische Winde, Hagel und isolierte Tornados erzeugen. Sturzfluten werden aufgrund der langsamen Fortbewegung der Gewitter von Bedeutung sein, mit der grössten Bedrohung in Baden-Württemberg und Bayern.»



Katastrophenstimmung in Deutschland

Ende Mai 2016, ziemlich genau zwei Wochen später, brach in den genannten Bundesländern tatsächlich die Hölle los. Lenkte man den Blick nach oben, sah man schon morgens tatsächlich Wolkenformationen wie sonst nur in den Tropen: Riesige Wolkentürme, gewaltige Haufenwolken und Ambosse stiegen kilometerhoch auf. Immer wieder sah man grelle Blitze durch die schwarzen Wasserdampfgebilde zucken. Und dann schüttete es. Enorme Wassermassen ergossen sich auf den Erdboden; mancherorts war die Erde weiss von Hagelkörnern. Strassen verwandelten sich in reissende Flüsse, und diese spülten alles weg, was sich im Weg befand. Auf den Hausdächern sammelten sich verzweifelte Menschen, in den Strassen schwammen die Autos davon.

Das Problem war nur, dass es sich gar nicht um die Tropen handelte – sondern um Deutschland. Und dass Deutschland nun mal nicht für solche Witterungsverhältnisse bekannt ist. Schliesslich fehlt es dafür schlicht an der Energie. Während sich die Luft am Äquator im Sommer wochenlang auf 40 bis 50 Grad Celsius aufheizt, bringt es das kühle Mitteleuropa vorübergehend gerade einmal auf 30 bis 35 Grad. Während in den Tropen Tornados toben, entstehen in Mitteleuropa lediglich heftige, aber kurze Sommergewitter. Das auch nur dann, wenn die Atmosphäre und der Boden vorher ordentlich aufgeheizt wurden. Nur dann schiesst die Luft in die Höhe und erzeugt durch die Reibung mit der Umgebung jene elektrischen Ladungen, die sich nachmittags oder abends in mächtigen Gewittern entladen. Das Problem war nur, dass wir Mitte bis Ende Mai/Anfang Juni 2016 von solchen Verhältnissen weit entfernt waren. Trotzdem donnerte, blitzte und schüttete es ohne Unterlass.

Das Wasser stieg in Teilen Deutschlands so schnell, dass Menschen in ihren Häusern überrascht wurden und ertranken. In den Strassen entstanden Trümmerlawinen, Autos schwammen einfach davon. Allerorten wurden Krisenstäbe eingerichtet und der Notstand ausgerufen. In Simbach rückte gar die Bundeswehr an.

Raytheon, der Strahlengott

Aber woher kamen denn nun die unheimlich genauen Wettervorhersagen, zum Beispiel von Accuweather? Ganz einfach: von demselben Militär, das auch die HAARP-Anlage (siehe S.87 f.) betrieb. Die Wetterfrösche in den USA beziehen ihre Daten vom National Weather Service, und der hat sie wiederum von Raytheon – Amerikas grösstem Rüstungsunternehmen für alles, was mit Strahlen zu tun hat. Denn «Raytheon» bedeutet so viel wie «Strahlengott».

Die Wetterdaten für den National Weather Service kämen direkt aus Raytheons «Advanced Weather Information Processing System» (Wetterdaten-Verarbeitungssystem, AWIPS), heisst es in einem Artikel auf GeoEngineering Watch über künstlich erzeugte Schneestürme. [1] Laut dem international bekannten HAARP-Forscher Dr. Nick Begich hält Raytheon gleichzeitig auch die wichtigsten Patente für das HAARP-Projekt. [2] Was logisch klingt, denn schliesslich scheint auch HAARP nichts weiter zu sein als eine Strahlenwaffe.

Demnach besässe der führende Lieferant von US-Wetterdaten gleichzeitig die Technologie, um das Wetter zu beeinflussen. Wettervorhersagen und Wettermanipulation wären nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. So könnten also die US-Wetterfrösche an ihre genauen Prognosen der bevorstehenden Wetterkatastrophen in Deutschland und Europa gekommen sein. Gleichzeitig trägt das natürlich wiederum enorm zum Renommee und Marktwert der Wettervorhersagen bei. Denn der beste Hellseher ist immer der, der ein Ereignis selbst fabriziert. ***(gw)***

Quellen:

1. Geoengineered Snowstorms – THE SNOWMEN Turning Warmth Into Winter, Part 2, 14.12.2013
2. haarp.net, Dr. Nick Begich/Jeane Manning: The Military's Pandora's Box, ohne Datum

Auf einen Blick

- **Zusammenbruch des Bildungssystems in Europa durch unkontrollierte Migration (siehe S.26 ff.), Inklusion, Entmännlichung und Digitalisierung**
- **Schon in wenigen Jahren besteht aufgrund des galoppierenden Bildungsverfalls ein möglicher Mangel an zuverlässigen Arbeitnehmern. Potenzielle Folge: Zusammenbruch von Wirtschaft und Infrastruktur.**
- **Sabotage der Bildung kommt «von oben»: UNO und ihr hörige Politiker treiben bildungsschädliche Massnahmen und Gesetze voran.**

Schlachtfeld 9: Bildung



Foto: Weblibas (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Schulklasse_Unterricht.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Inklusion: Die Sabotage der Schulsysteme

Eines gewöhnlichen Tages in der Schule: Alex stört den Unterricht. Er singt, schreit und schnalzt mit der Zunge. Der Lehrer hat längst aufgegeben, Alex zurechtzuweisen. Stattdessen hofft er regelmässig auf ein anderes Schulkind, nämlich auf Alex' Banknachbarn Eric. Der sagt «dreissigmal am Tag zu seinem Banknachbarn Alex: ‚Sei still, Alex, hör auf, Geräusche zu machen, schreib die Aufgaben in dein Heft.'» Denn der Lehrer hatte seinen Schülern erklärt: «Wir können das nicht ändern. Wir halten das jetzt aus.» Was soll das heissen: «nicht ändern?» Warum konnte er denn gegen den geheimnisvollen Alex nichts unternehmen, ihn zurechtweisen, ihm eine Strafarbeit aufbrummen oder die Eltern informieren? Warum konnte er rein gar nichts tun, bis er plötzlich vor 21 Kindern stand, «die Geräusche machten wie Alex. Sie ertrugen ihn, indem sie einfach so laut wurden wie er.»

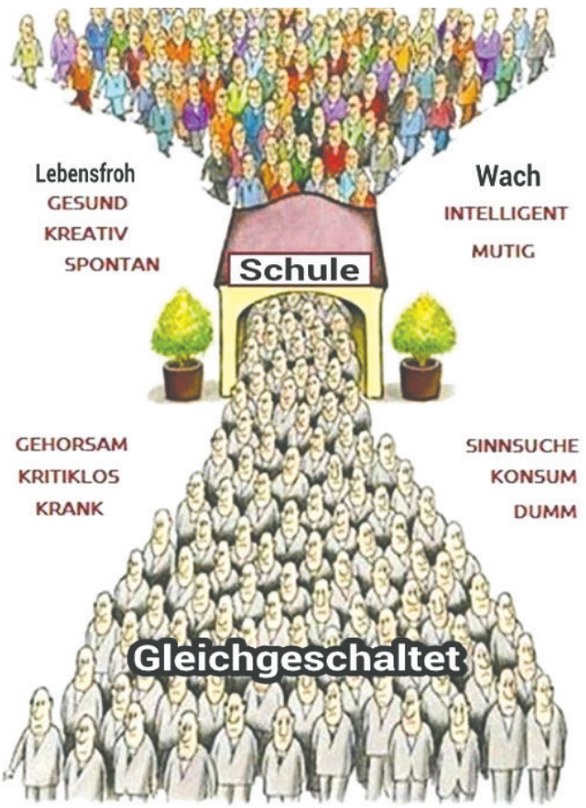
Kaum zu glauben, nicht wahr? Und dennoch ist es wahr. Die Erklärung: Alex ist geistig behindert, und obwohl er dadurch den Unterricht zerstört, darf und muss er sogar in normalen Schulen unterrichtet werden. Während manche Eltern und Schüler noch keine Ahnung haben, was auf sie zukommt, wird landauf, landab eifrig die sogenannte Inklusion eingeführt, nämlich der gemeinsame Unterricht für alle, und zwar einschliesslich geistig behinderter Kinder. In Bundesländern wie Bremen, aus dem das oben zitierte Beispiel (1) stammt, ist sie schon Realität – auch in Baden-Württemberg.

➔



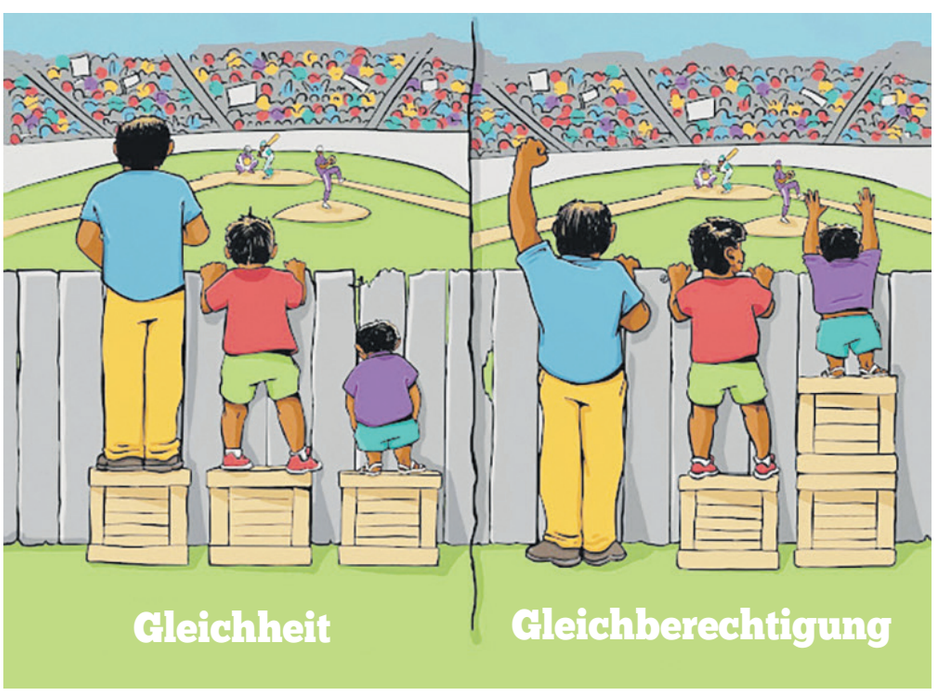
Das Hauptquartier der UNESCO in Paris. Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur. Auch die allmähliche Zerstörung des deutschen Bildungssystems kommt «von oben» – also von den Vereinten Nationen.

Puh – geht es hier etwa gegen Behinderte? Keineswegs: Denn dass dieser gemeinsame Unterricht beiden schadet – Behinderten und «Normalen» – liegt wohl auf der Hand. Den behinderten Kindern soll ihre bedarfsgerechte Förderung genauso weggenommen werden wie den normalbegabten. Nehmen wir den Fall einer lernbehinderten Erstklässlerin aus Bayern, die aus einem schwierigen Elternhaus kam. «Sie hatte einen IQ von 80», erzählte ihr Grundschullehrer. «Mitte der ersten Klasse habe ich ganz vorsichtig vorgefühlt, ob da nicht eine Förderschule besser wäre. Daraufhin ist die Mutter Amok gelaufen.» Schon die erste Klasse habe das Mädchen wiederholen müssen. Obwohl sie die Buchstaben auch dann nicht beherrscht habe, habe man sie anschliessend «in die Zweite geschleift». «Erst nach drei Jahren ist sie endlich in die Förderschule gekommen, und jetzt blüht sie auf, und es geht ihr gut. Man hätte ihr zweieinhalb Jahre Quälerei ersparen können.»



Optimale Bildung durch ungleiche Behandlung

Schliesslich, so stellte vor einigen Jahren der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, fest, «hat Deutschland das höchstdifferenzierte Förderschulwesen der Welt: mit eigenen Schulzweigen für die unterschiedlichsten Benachteiligungen, mit eigens dafür ausgebildeten Lehrern, mit kleinsten Lern- und Betreuungsgruppen.» Tatsächlich ist in Deutschland über Jahrzehnte ein vergleichsweise ausgeklügeltes Förderschulsystem entstanden, das davon ausgeht, dass jedes Kind – wie gehandicapt es auch sein mag – eine angemessene Förderung erhalten soll. So gibt es in Deutschland rund ein Dutzend Förderschultypen für Blinde, Sehbehinderte, Taubblinde, Lernbehinderte, Sprachbehinderte, Gehörlose, Kinder mit emotionalen, sozialen oder geistigen Defiziten und sogar für Kinder, die länger im Krankenhaus bleiben müssen. Und das aus gutem Grund. Es leuchtet wohl ein, dass ein Taubstummer einen ganz anderen Unterricht benötigt als ein Lernbehinderter oder ein «normales» Kind und dass es dafür besonderer Lernmittel, Schulen und Lehrer bedarf. Denn das Interessante ist ja gerade, dass eine optimale Bildung und möglichst weitgehende Chancengleichheit hier nicht durch eine gleiche, sondern nur durch eine ungleiche Behandlung entstehen kann. Man würde ja auch nicht behaupten, dass allen Patienten in einem Krankenhaus mit derselben Operation geholfen werden kann.



Eine «Schule für alle»

Nichts da, meinte vor einigen Jahren die UNO und wischte das hochorganisierte deutsche Schulsystem vom Tisch. Denn man höre und staune: Die spezifische Förderung von geistig und körperlich behinderten Kindern ist nicht etwa positiv, sondern eine Diskriminierung. Schon 1994 trafen sich die Vertreter von 92 Regierungen und 25 internationalen Organisationen im spanischen Salamanca zu einer UNESCO-Tagung, um das Ziel «Bildung für alle» zu unterstützen, wie es im Vorwort der Konferenz-Erklärung heisst. So weit, so gut – denn wer wollte dieses Ziel nicht unterstützen? War dies nicht genau das Ziel des deutschen Förderschulsystems? Natürlich. Aber nun sollte nicht nur das Bildungssystem, sondern die einzelnen Schulen dazu gebracht werden, «allen Kindern gerecht zu werden, vor allem jenen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen», so der damalige Generaldirektor der UNESCO, Federico Mayor aus Spanien, in einem Vorwort zu der Salamanca-Erklärung.

Ein weitreichender Satz. Denn welche Schule könnte schon allen Kindern gerecht werden? Und nun auch noch jenen «mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen»? Doch mit rationalen Überlegungen zum Wohl der Kinder hatte diese UNESCO-Konferenz rein gar nichts zu tun. Jeder pädagogischen Erfahrung und Einsicht zum Trotz stellte man dort fest, dass es notwendig sei, «auf eine ‚Schule für alle' hinzuarbeiten – also auf Einrichtungen, die alle aufnehmen, die Unterschiede schätzen, das Lernen unterstützen und auf individuelle Bedürfnisse eingehen.» Also genau das, was bisher mit differenzierten Förderschulsystemen erreicht worden war – nur dass diese eben nicht «alle aufnehmen», sondern nur Förderschüler, auf deren Bedarf sie zugeschnitten sind. Die geplanten «All-inclusive-Schulen» würden laut dem UNESCO-Papier von 1994 «einen wichti-



«Dass alle Menschen gleich sind, ist ein Vorschlag, dem in einer normalen Zeit kein gesundes Individuum jemals zugestimmt hätte.»

Aldous Huxley (†), britischer Schriftsteller

gen Beitrag zum Erreichen des Ziels ‚Bildung für alle' und in der Steigerung der Effektivität von Schulen» darstellen. Dieselben Lügen wie bei der Migration (siehe S.26 ff.), die angeblich auch allen nützen soll. Denn von Effektivität kann in Wirklichkeit überhaupt keine Rede sein. Vielmehr leuchtet jedem ein, dass eine «Schule für alle» nur ein äusserst fauler Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen äusserst unterschiedlich begabter bzw. behinderter Schüler sein kann. «Bildung für alle» wurde bisher schliesslich gerade nicht durch Gleichheit, sondern durch Ungleichheit erreicht, und zwar dadurch, dass jeder Begabungs- bzw. Behinderungsgrad seine «eigene» Schule bekam.

Goodbye Bildungshoheit

Dass plötzlich überall in Deutschland «Gemeinschaftsschulen» entstehen, in denen die Inklusion praktiziert wird, ist also Teil einer grösseren Agenda. Nach der Salamanca-Erklärung von 1994 wurde Ende 2006 auch noch die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Darin verpflichten sich die Vertragsstaaten zum Aufbau eines «inclusive education system». Die Bildungshoheit in Deutschland haben schliesslich weder der Bund noch die Länder, sondern die UNO und andere internationale Super-Staaten wie die EU. Die deutschen Politiker unterschreiben nur noch ein internationales Abkommen und melden dann möglichst bald Vollzug, das heisst Ratifizierung. Unterzeichnet wurde das deutsche Gesetz zur UN-Behindertenrechtskonvention von Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und Bundesaussenminister Frank-Walter Steinmeier. Und zwar drei Tage vor Weihnachten, am 21. Dezember 2008, als sich sowieso niemand mehr für Politik interessierte. Über den Bundesrat und die Kultusministerkonferenz wurden diese «UNO-Gesetze» anschliessend in die Länder eingebracht und dort umgesetzt. Die UN-Behindertenrechtskonvention «ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag für diejenigen Staaten, die die Konvention ratifiziert haben», antwortete eine Sprecherin der deutschen UNESCO-Kommission auf Anfrage. «In Deutschland ist die UN-Behindertenrechtskonvention mit einem von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Ratifizierungsgesetz bestätigt und anerkannt worden. Damit sind neben dem Bund auch die Länder die Verpflichtung zu ihrer Umsetzung eingegangen.» Dementsprechend stellte die Kultusministerkonferenz (KMK), die die kulturellen Belange der Länder koordiniert, fest: «Die Behindertenrechtskonvention ist für alle Träger öffentlicher Gewalt und damit für den Bund, die Länder und die Kommunen völkerrechtlich verbindlich.»

Gesetz
zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Vom 21. Dezember 2008

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 30. März 2007 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird zugestimmt. Das Übereinkommen sowie das Fakultativprotokoll werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

2008 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention und damit auch die Inklusion im deutschen Gesetz verankert.

Angriff mit der Inklusionskeule

Das war's dann mit den verschiedenen Bildungssystemen, nicht nur in Deutschland, sondern auf dem Globus, denn 154 Staaten haben die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Die nationalen Bildungssysteme stehen genauso unter Beschuss wie die nationalen Finanzsysteme und viele andere Bereiche der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation. Das deutsche Schulsystem wurde seit dem Jahr 2000 mit immer neuen PISA-Studien sturmreif geschossen, bei denen Deutschland angeblich immer schlecht abschnitt, und schliesslich hektisch zu Tode reformiert. Es folgten «G8»-Gymnasium, Master- und Bachelor-Studiengänge und verschiedene Experimente und Pläne auf dem Gebiet der «Einheitsschule». Bei den meisten dieser Studien, Initiativen und «Reformen» handelte es sich um Projekte mit ausländischen Wurzeln in der OECD, der UNO oder den USA und Grossbritannien (Master/Bachelor). Ergebnis: Schon jetzt können Schulabgänger und sogar Studenten schlechter lesen, rechnen und schreiben als jemals zuvor und verfügen auch über so mangelhafte soziale Kompetenzen, dass sie für die deutsche Wirtschaft immer «unbrauchbarer» werden.

Genau wie die Schweinegrippe-Impfung (siehe S.47 ff.), die «Replacement Migration» (siehe S.32) und die «Euro-Rettungsschirme» kommt auch diese Initiative von internationalen Organisationen, die damit einmal mehr ihre Funktion als Weltregierungen unter Beweis stellen. Aber was bedeutet das alles? Ganz einfach: Die globalen Schulsysteme, darunter das deutsche, waren eine Form der Organisation. Jedes Land hatte seine Bildung nach seinen Bedürfnissen organisiert. **Alle Kinder «in einen Topf zu schmeissen» ist dagegen keine Strategie der Bildung, wie die UNO behauptet, und auch keine Form der Organisation, sondern eine Strategie der Desorganisation. Die Inklusion ist kein Bildungsprogramm, sondern eine Keule, mit der die differenzierten Bildungssysteme zerschlagen werden sollen.** Um die Interessen der behinderten Kinder geht es dabei natürlich nicht, denn genau wie ihre «normalen» Klassenkameraden werden sie vom «inkludierten» Unterricht weniger haben als von einem auf sie zugeschnittenen Bildungsangebot. Vielmehr sollen sie nach PISA, G8, Master und Bachelor als Waffe benutzt werden, um das deutsche (und viele andere) Bildungssysteme zu sabotieren – um den Preis ständiger Konflikte und Probleme im Klassenzimmer. Die

➔

➔ jeweils eingerichtete Bildungsorganisation wird abgerissen und durch ein primitives «System» ersetzt, in dem alle Kinder in einer Schule lernen müssen – wie in einem Entwicklungsland, wo es kein Geld für ein differenziertes Schulsystem gibt. Und wie wir ebenfalls wissen, fusst sowohl das Leben selbst als auch die Gesellschaft auf Organisation. Deswegen spricht man in der Biologie ja auch von einem «Organismus». Je komplexer die (soziale) Organisation, umso höher das Lebewesen und umso weiter entwickelt die Gesellschaft. So ist zum Beispiel auch ein Schimpanse oder Pavian kein autarkes Wesen an sich, sondern wird erst überlebensfähig durch seine soziale Organisation. Wird diese Organisation zerstört, geht die ganze Horde zugrunde. Und das ist denn auch der tiefere Sinn dieser Massnahmen. Mit einem menschenwürdigeren Leben haben sie überhaupt nichts zu tun, sondern durch die Sabotage der Gesellschaft werden am Ende alle leiden müssen – Behinderte genauso wie Nichtbehinderte. ***(gw)***

Quelle: 1. Zeit Online, 16.7.12



Die UNO: Fortführung der Weltkriege durch internationale Gesetzgebung

Die Geschichte der Imperien hat gezeigt, dass die Durchsetzung von Macht durch offene Gewalt und Unterwerfung als feindlich wahrgenommen wird, Widerstand hervorruft und somit ihr eigenes Ende bereits in sich trägt. D.h. Macht funktioniert am besten, wenn sie von den Beherrschten als freundlich und vorteilhaft wahrgenommen wird. So erscheint es auch für eine mögliche Weltherrschaft, die von Dauer sein soll, notwendig, wenn sie der Weltbevölkerung als nützlich und vernünftig erscheint. Diesen Mechanismus der Macht machten sich Strategen des «British Empire» Ende des 19. Jahrhunderts zunutze. Offener Kolonialismus wurde von ihnen als strategische Sackgasse erkannt. Ein offizielles Kolonialreich liess sich schwerlich über den gesamten Erdball spannen, ohne dabei das britische Empire militärisch und administrativ zu überdehnen. So planten die britischen Imperialisten ein neues, ausgeklügelteres Modell, um ihre Macht auf den gesamten Globus auszudehnen: Die Gründung einer globalen, auf vermeintlichem Konsens beruhenden Organisation, die dafür sorgen sollte, «dass Kriege unmöglich werden» - im Wesentlichen also die zentrale Idee der UNO. Nachweislich trugen diese britischen Machtstrategen und ihre Nachfolger dazu bei, die Nationen in zwei Weltkriege hineinzusteuern.

Dabei ging es einerseits um die militärische und wirtschaftliche Vernichtung der bestehenden Machtstrukturen, insbesondere der europäischen Herrscherhäuser, andererseits um die anschliessende Einbindung möglichst vieler Nationen in eine von ihnen dominierte Weltorganisation, die man zuerst «Völkerbund» und dann UNO nannte. Die ganze Geschichte des neuen Weltimperiums UNO in der **ExpressZeitung Ausgabe 22!** Und die Geschichte der zwei Weltkriege in der **Ausgabe 28!**

Wie das Schulsystem Männer benachteiligt... und somit unsere Wirtschaft zerstört

Die Chancen, dass ein Junge vor seinem zehnten Lebensjahr auf einen männlichen Lehrer oder gar Erzieher trifft, sind äusserst gering. Der Anteil von Männern im Erziehungs-Beruf in Deutschland lag 2016 bei 5,2 Prozent. Wegen des niedrigen Männeranteils im Berufsfeld wird häufig auch nur die weibliche Form Erzieherin verwendet. [1] Die politischen Bemühungen, mehr Männer für pädagogische Berufe zu begeistern, halten sich in Grenzen. Viele Vertreter der Gender-Ideologie (siehe S.23 f.) halten männliche Lehrer sogar für gefährlich. Etwa Hannelore Faulstich-Wieland von der Universität Hamburg. Sie warnt öffentlich, dass Lehrer «Jungen auf ein Stereotyp von Männlichkeit programmieren». [2] Ausserdem, so Faulstich-Wieland, würde der Ruf nach mehr Lehrern den Lehrerinnen unterstellen, sie würden keine gute Arbeit leisten. Unsere Kinder wachsen deshalb in einem fast ausschliesslich von Frauen dominierten und geprägten Umfeld auf, Männer spielen kaum noch eine Rolle.

Über die Folgen dieses Männermangels berichtete Anfang 2019 der Focus unter dem Titel: «Lehrerin klagt an: Das Schulsystem benachteiligt Jungen!» Darin berichtet die ehemalige Lehrkraft Sigrid Wagner: «So hat unser Schulsystem mittlerweile einen neuen männlichen Schülertypus geprägt, der sich ständig gezwungen sieht, in ‚weibliche' Verhaltensmuster zu schlüpfen, um schulisch einigermassen über die Runden zu kommen. [...] meine Beobachtungen aus fast einem Vierteljahrhundert Berufstätigkeit als Lehrerin und als Mutter von vier Jungen und einem Mädchen haben es immer wieder gezeigt: Viele Lehrerinnen legen Wert auf Zurückhaltung, Sanftmut, Fleiss und Disziplin – und eher keinen Wert auf einen robusten und derben Humor oder einen kritischen Geist.» [3]

Das weitgehend entmannte und verweiblichte Umfeld, in dem die Kinder aufwachsen müssen, hat dramatische und fatale Folgen für alle Kinder, in erster Linie aber für die Jungen. Allerdings jubeln Feministinnen über ihre «Erfolge» im Schulsystem. Mädchen haben die besseren Noten, machen öfter Abitur und treiben seit einigen Jahren den Akademikeranteil (wenn auch nur in ganz bestimmten Studienrichtungen) nach oben. Mädchen tun sich in einem verweiblichten Umfeld leichter als Buben. Erstaunlich, wer hätte das gedacht?

Sogar der Spiegel schrieb: «Das Schulsystem produziert haufenweise Verlierer - die Mehrheit ist männlich. Schon im Kindergarten werden Mädchen deutlich bevorzugt, auch in der Schule müssen Jungs um Aufmerksamkeit und gute Noten kämpfen. Ursache

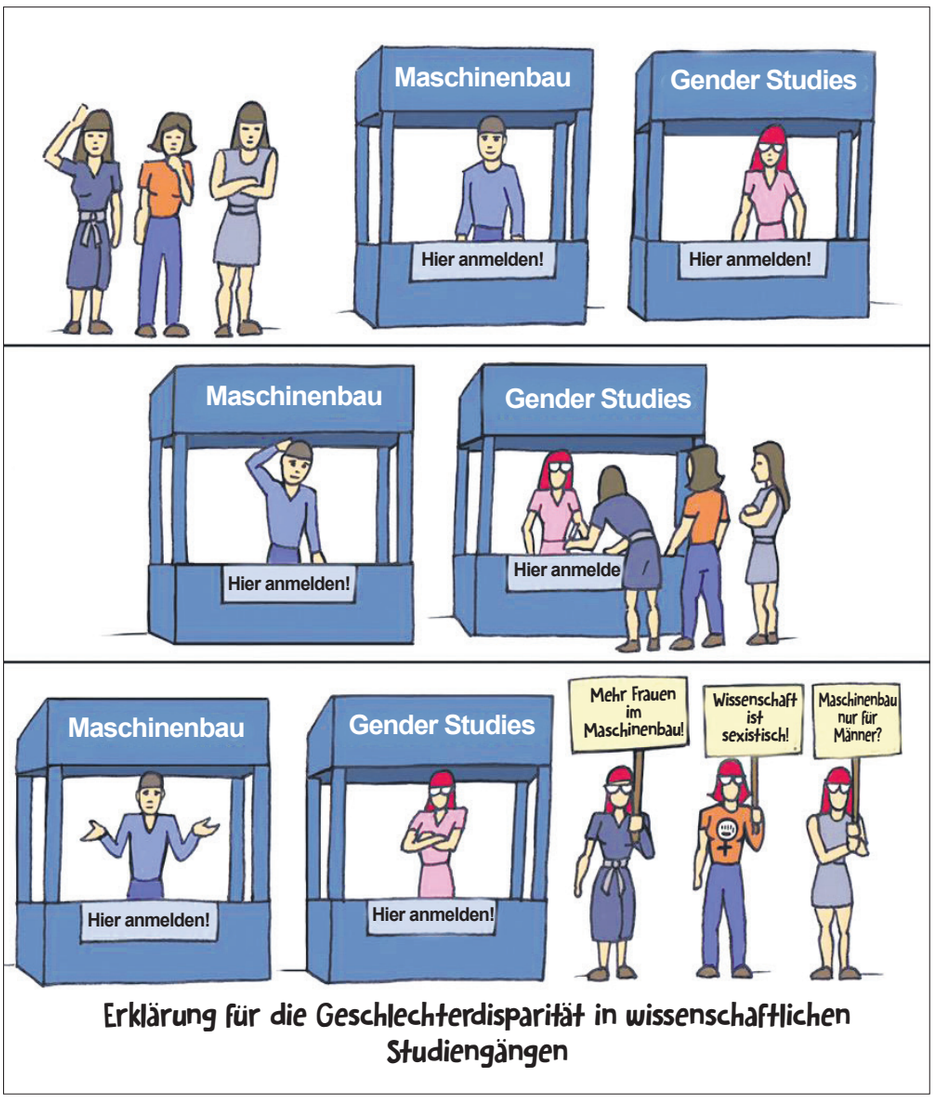


Sogar der Spiegel schrieb: «Das Schulsystem produziert haufenweise Verlierer – die Mehrheit ist männlich.»

des Problems: Kitas und Grundschulen sind fest in weiblicher Hand [...] Das zunehmende Verschwinden von Männern aus den Schulen erschwert gerade den Jungen die Auseinandersetzung mit der eigenen Rollenidentität.»[4]

Jungen werden in Kindergärten und Schulen männliche Verhaltensweisen abtrainiert. Sie verweichlichen und verweiblichen, wie der renommierte Autor und Erziehungswissenschaftler Wolfgang Bergmann konstatiert: «Kleine Männer wollen laut sein, raufen, sich beweisen und trotzdem geliebt werden. Doch dafür ist in der pädagogisch korrekten Frauenwelt von heute kaum noch Platz.» [5]

Laut einer Studie im Auftrag der Vodafone-Stiftung erhalten Mädchen übrigens im Schnitt bessere Schulnoten als Jungs (2,58 versus 2,67) – obwohl sie in standardisierten Leistungstests sogar schlechter abschneiden! [6]

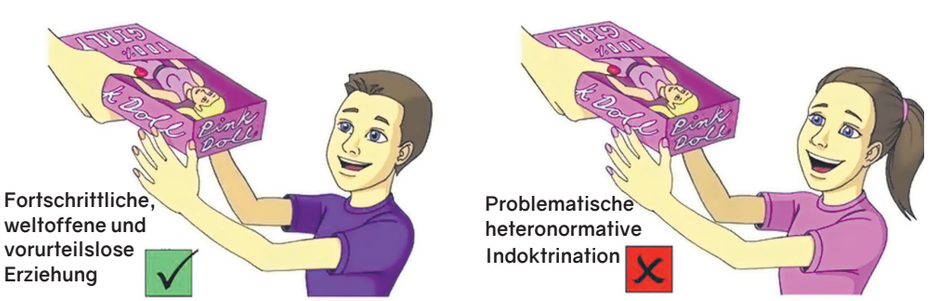


Erklärung für die Geschlechterdisparität in wissenschaftlichen Studiengängen

China entwickelt, Europa gendert

Die Abwesenheit der Männer in der institutionellen Erziehung ist eine Katastrophe. Ein feminisiertes Schul- und Bildungssystem produziert viele männliche Versager und trotz aller Gender-Mainstreaming-Massnahmen dennoch vor allem Schulabgängerinnen, die sich wie eh und je für typisch weibliche Berufe und Studienrichtungen entscheiden. Während Psychologie, Publizistik und Soziologie von Frauen regelrecht gestürmt werden, hält sich der weibliche Andrang bei den für die Zukunft eines hochentwickelten Industriestaats so wichtigen technischen MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaft und Technik) in überschaubarem Rahmen. Der Frauenanteil an den Beschäftigten in MINT-Berufen in Deutschland liegt bei 15%. [7] Ganz anders sieht es bei den «weichen» Studienfächern aus. Bei den Gender Studies oder bei Musik- und Bewegungserziehung liegt der Frauenanteil bei über 80%. Das gegenderte und verweiblichte Schulsystem benachteiligt nicht nur Jungen und junge Männer, es führt die europäischen Länder in eine ökonomische Sackgasse.

Europa ist gerade dabei, den internationalen Anschluss zu verlieren. Wirtschaftswachstum, Innovation und technischer Fortschritt finden mittlerweile in anderen Weltregionen statt. Während viele neue «Akademikerinnen» entstehen – also primär Tanztherapeutinnen, Psychologinnen, Lebensberaterinnen etc.- klagen Industrie und Wirtschaft über massive Probleme, qualifiziertes Personal für die Zukunftsbereiche Technik, Produktion oder Forschung zu finden. Eine dramatische Entwicklung. **In Europa haben nur 12% aller Hochschulabsolventen ein Technikfach besucht. Zum Vergleich: In China sind es 31%, also fast jeder Dritte.** Mehr als 700.000 chinesische Ingenieure und Ingenieurinnen schliessen jedes Jahr ihre Ausbildung ab, während unser feminisiertes Bildungssystem massenhaft Psychologinnen und Theaterwissenschaftlerinnen hervorbringt. Wer im globalen Wettkampf künftig die Nase vorne haben wird, ist angesichts solcher Zahlen nur eine rhetorische Frage. Der Ferne Osten forscht und entwickelt, Europa gendert. ***(tk)***



So funktioniert gendergerechte Erziehung

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Erzieher
2. zeit.de; Schlecht, schlechter, Geschlecht; 06.06.2013
3. focus.de, Lehrerin klagt an: Das Schulsystem benachteiligt Jungen!, 12.02.2019
4. spiegel.de, Schulen benachteiligen Jungen massiv, 12.03.2009
5. welt.de, Jungs von heute – verweichlicht und verweiblicht, 23.02.2010
6. faz.net; Faul, fahrig, Junge; 11.04.2013
7. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, September 2018, MINT-Berufe

Digitalisierung behindert das Lernen

Die Digitalisierung ist das Goldene Kalb, um das neuerdings alle herumtanzen. Egal was: Hauptsache, es ist oder wird «digital». Solange es digital ist, wird alles als hip, modern und «in» verherrlicht – ob es sich dabei um Smartphones oder Tablets handelt, um Computer, die schon bald unsere Autos fahren, oder um intelligente Roboter, die eines Tages unsere Kinder unterrichten dürfen. Ganz im Trend: die FDP. 2017 liess sich der FDP-Vorsitzende Christian Lindner an einem Handy daddelnd abbilden. Slogan: «Digitalisierung first, Bedenken second». Ein interessantes Statement, denn Bedenken haben schliesslich etwas mit Denken zu tun. Übersetzt heisst das also: Erst digitalisieren, dann denken.

Was bei der Produktion von Gütern und in der Wissenschaft durchaus hilfreich sein kann, wird zum Problem, wenn es unser ganzes Leben durchdringt. Denn alles, was digital ist, ist beliebig überwachbar und simulierbar. Unsere Realität gerät mit der lawinenartigen Digitalisierung ins Schwimmen, egal, ob in der Schule, im Auto oder beim Fernsehen. Sie ist der Grund für die totale Verblödung ebenso wie für komplett falsche Weltbilder – weil die Realität, wenn sie in einzeln steuerbare Pixel (also Bausteine) aufgelöst wird, beliebig zusammensetzbar wird, wie in einem Baukasten. Die galoppierende Digitalisierung der Schulen dient nicht der Bildung, sondern der Verdummung, Manipulation und Indoktrination. «Je mehr Freizeit ein Schüler mit digitalen Medien wie Computer oder Spielekonsole verbringt, desto geringer sind dessen Schulleistungen. Auch wenn digitale Medien im Klassenzimmer eingesetzt werden, sinkt der Lernerfolg der Schüler gleich aus mehreren Gründen», schrieb der Hirnforscher Professor Manfred Spitzer in der Augsburger Allgemeinen Zeitung (online, 10.06.2017).



Die galoppierende Digitalisierung schadet den kognitiven Fähigkeiten unserer Kinder.

Digitale Verdummung

Manfred Spitzer beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Auswirkungen der digitalen Medien vor allem auf Kinder und Jugendliche. Er ist Gehirnforscher und Professor für Psychiatrie an der Universität in Ulm. Anlässlich der internationalen Finanzmesse 2013 in Luzern sagte Professor Spitzer in einem Interview, dass die neuen Medien für Kinder «schlechtere Möglichkeiten, um zu lernen» bedeuteten. Spitzer wörtlich: «Nehmen Sie das iPad: Es gibt Eltern, die sagen, dass ihr Kind schlau sei, weil es als Zweijähriges schon ein iPad bedienen kann. Diesen Eltern kann ich nur antworten, dass sie ihr Kind gerade verdummen. Mit der Hand über eine glatte, völlig konturlose und strukturlose Oberfläche zu wischen, ist die motorisch dümmste und die sensorisch langweiligste Handbewegung, die man machen kann. Das trainiert im Kopf eines Zweijährigen gar nichts. Ein Kind braucht ganzheitliche Erlebnisse: Das Optische muss zum Akustischen und zum tastenden Erleben auf Millisekunden genau passen, da alles andere das Gehirn verwirren und es



Interessanter Slogan der FDP: «Digitalisierung first, Bedenken second». Übersetzt: Erst digitalisieren, dann denken.



Das Geheimnis der Freiheit liegt in der Bildung, während das Geheimnis der Tyrannei darin besteht, die Menschen dumm zu halten.»

Maximilien de Robbespierre, † 28.07.1794, FranzösischerRevolutionär

nichts lernen würde. Computer sind deswegen für Erwachsene super, aber für Kinder und Jugendliche stellen sie in Bezug auf die Gehirnentwicklung das blanke Gift dar.»

Als Hirnforscher geht Professor Spitzer so weit zu sagen, dass die digitalen Medien bei Kleinkindern und Kindern einen Prozess des geistigen Abstiegs fördern können. Doch sein Aufruf, den Zugang zu digitalen Medien speziell bei Kindern einzuschränken, bleibt weiterhin ungehört. «Wer möchte, dass aus seinen Kindern Mathematiker oder Spezialisten für Informationstechnik werden, der sorge für Fingerspiele statt für Laptops in den Kindergärten. Und wer die Schriftsprache ernst nimmt, der sollte eher für Bleistifte als für Tastaturen plädieren,» so Spitzer. (1)

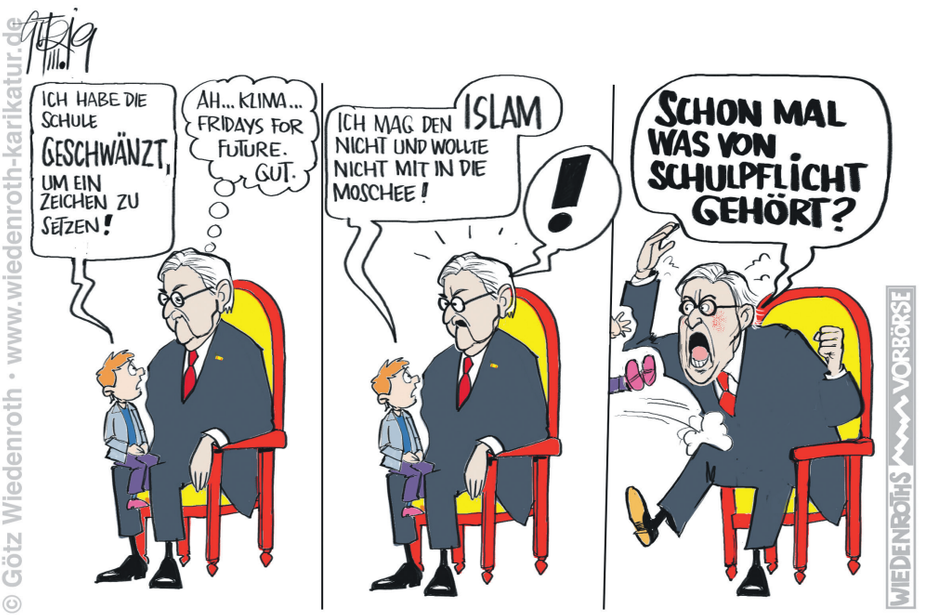
Verbringt bereits ein Kleinkind viel Zeit am Bildschirm, hemmt dies dessen Entwicklung. Es verkümmern körperliche Aktivitäten wie Malen, Knetfiguren Formen, Herumtollen, Klettern und Weiteres. Solche Aktivitäten sind jedoch wichtige Impulsgeber, damit sich das Gehirn des Kleinkinds optimal entwickelt. Dies weist auch die Hirnforscherin Prof. Gertraud Teuchert-Noodt in ihren Untersuchungen nach. (2) Fehlen die vielfältigen Bewegungen im Alter zwischen 0 und 4 Jahren, werden gewisse Gehirnstrukturen nicht oder falsch aufgebaut. Das Denken, Lernen, Handeln und Planen bleibt dadurch zeitlebens auf der Strecke. Auch das Spiel unter Kindern, als ein ganz entscheidender Entwicklungsprozess, wird durch das Spielen in einer virtuellen Bildschirmrealität ersetzt. Dies hindert das Heranbilden einer gesunden Beziehung zur Natur, zu den Mitmenschen und nicht zuletzt zu sich selbst.

Heute gelesen, morgen vergessen

Durch die Digitalisierung werden die Kinder nur noch mit oberflächlichem und flüchtigem Wissen von Bildschirmen gefüttert. Schüler werden daran gewöhnt, sich mit Wissen berieseln und füttern zu lassen, statt es sich selbst zu erarbeiten. «Lesen bildet» – diese Formel ist von gestern, denn Bildschirminhalte lassen sich schlechter merken als gedruckte Informationen. Zahlreiche Studien haben das belegt. So ergab eine Untersuchung der Universität Stavanger in Norwegen, dass «Papier-Leser» Handlung und Reihenfolge von 14 Handlungspunkten in einer Kurzgeschichte fast doppelt so gut rekonstruieren konnten wie Kindle-Leser (lesen.net, 18.8.2014). Bildung mit Halbwertszeit: heute gelesen, morgen vergessen. Eine Bildungsbasis kann man sich so nicht aufbauen. Aber will man wirklich ein Buch kaufen und lesen, an das man sich schon bald nicht mehr erinnern kann? Menschen, die auf der einen Seite ständig mit aktuellem «Wissen» gefüttert werden und das alte dabei schnell vergessen, sind auf der anderen Seite natürlich die idealen Untertanen. Ergebnis ist ein Wissen, das nicht nur oberflächlich ist, sondern auch monopolisiert, kontrolliert und jederzeit änderbar wie ein Wikipedia-Artikel. George Orwell würde sich freuen. Sein «Gedächtnisloch», an dem seine Hauptfigur Winston Smith sass und mühsam Zeitungsartikel fälschte, braucht es gar nicht mehr. Heute genügt ein Mausklick, um Bildungsinhalte nach Belieben zu ändern, zu erfinden oder verschwinden zu lassen. Im ganz grossen Stil werden ganze Wissenschaften ruiniert, «überarbeitet» oder quasi neu erfunden und in die Schülerhirne eingespeist, zum Beispiel die Verhaltensforschung, die «Klimaforschung» oder die «Gender-Wissenschaften». Das meiste davon ist reine Junk-Wissenschaft (siehe Ausgaben 09,26,27). Erkennen kann das jedoch keiner mehr, da die alten Wissenschaften im flüchtigen Äther der digitalen Welt verschwunden sind.

Mit dem Tablet oder Computer werden die Gehirne direkt an den «Grossen Bruder» angeschlossen, während die durch die Kita geschwächte Elternbeziehung dafür sorgt, dass sie sonst keine starken Bezugs- und Autoritätspersonen mehr haben. So ist es ein Leichtes, solche Kinder nach Belieben zu manipulieren und sogar gegen ihre eigenen Eltern aufzuhetzen, wie es Orwell schon vorhersagte. So geschieht es mittlerweile auch, u.a. bei FfF (siehe Ausgabe 27).

Im Grunde genommen befällt die Digitalisierung unsere Wahrnehmung wie ein tödlicher Schwamm, der alles Reale und Verbindliche auflöst und als Anordnung von Pixeln wieder ausscheidet, bis wir komplett den Boden unter den Füssen verlieren. Denn kaum ist etwas «digitalisiert», ist es nicht nur überall verfügbar, sondern auch beliebig und spurenlos manipulierbar. Anders als Bücher oder den althergebrachten Zelluloid-Film kann man digitale Dokumente beliebig umschreiben und verändern und damit auch unsere Realität, die so immer mehr zum Trugbild wird. Denn unser Nachwuchs scheint vor allem eins werden zu sollen: absolut dumm und manipulierbar, um all das ohne Murren und Hinterfragen anzunehmen, was ihm die künftige moderne Welt zu bieten hat. ***(gw/tk)***



Schlüsselreiz und Triebdurchbruch



Auch der Frage «Was tun wir unseren Kindern an, wenn wir sie alltäglich einem unfreien, ineffizienten und dogmatischen Bildungssystem wie dem unseren aussetzen?» würden wir gerne eines Tages eine ganze Ausgabe widmen.

Quellen:

1. klagemauer.tv, Digitale Medien können der Entwicklung von Kindern schaden!, 26.01.2017
2. visionsblog.info, Digitale Medien: die grosse Gefahr für unser Gehirn?, 20.05.2017

Fazit: Geistig-moralischer Verfall



In Deutschland und (auch Europa) bricht aufgrund von unkontrollierter Migration, Entmännlichung der Erziehung, Inklusion und Digitalisierung das Bildungssystem zusammen; hier können Schulabgänger – also die jungen Menschen, die später unsere Häuser, Autos und Flugzeuge bauen sollen – immer schlechter rechnen und schreiben und damit auch denken.

Der Unterricht an den heutigen Schulen ist mit dem Unterricht vor 20 oder 30 Jahren nicht mehr zu vergleichen. Laufend wird Lernstoff über Bord geworfen und durch politische Indoktrination ersetzt, also durch Themen wie Klimakatastrophe oder Gender Mainstreaming. Gut und gerne 50 Prozent des heutigen Lernstoffs dürften aus Nonsens und Indoktrination bestehen. Zusätzlich wird der Unterricht durch fatale Projekte wie die sogenannte Inklusion sabotiert, bei der geistig behinderte Schüler an Regelschulen unterrichtet werden. Die immer kostbarer werdende Zeit an bundesdeutschen Schulen wird zudem durch inhaltsleere «Projekttage» verschwendet – und jetzt geht auch regelmässig der Freitags-Unterricht flöten, durch Klimademonstrationen. Auch die Disziplin wollen oder können Schulen nicht mehr aufrechterhalten, sodass ein geregeltes Lernen kaum noch möglich ist. Das Niveau und die Motivation des Lehrpersonals verfallen rapide. Erstens, weil auch dieses Lehrpersonal nicht vom Himmel fällt, sondern derselben Gesellschaft entstammt. Und zweitens, weil immer mehr Lehrer in die innere Emigration gehen und/oder krankfeiern.

Angesichts dieser Bildungsmisere fragt man sich, wer in 20 oder 30 Jahren unsere Flughäfen, Bahnhöfe und Kraftwerke bauen soll. Schon mit der jetzigen Generation von Politikern, Planern, Architekten und Bauingenieuren ist das offensichtlich nicht mehr so ohne weiteres möglich. Der Berliner Flughafen, die Elbphilharmonie, der Nürburgring oder das World Conference Center Bonn (WCCB) lassen grüssen. Deutschland ist dabei, seinen Ruf als zuverlässiges Infrastrukturland zu verspielen (siehe S.76 ff.), wozu auch die mangelnde Bildung und Ausbildung beiträgt. Um Grossprojekte zu stemmen, fehlt es längst an jeglichem fachlichen, intellektuellen und ethischen Rüstzeug.

Schon in wenigen Jahren könnte es aufgrund des galoppierenden Bildungsverfalls schwierig werden, Personal zu finden, das Flugzeuge fliegen, medizinische Operationen durchführen oder U-Bahn-Tunnel bauen kann. Mit dem entsprechenden Abitur wäre es künftig durchaus möglich, dass sich auch ein geistig Behinderter zur Pilotenausbildung anmeldet. Der gezielte geistige und ethische Verfall der Gesellschaft muss zwangsläufig desaströse Folgen haben, denn unsere gesamte Wirklichkeit geht nun mal von geistigen und moralischen Bedingungen aus. ***(gw)***

Jetzt neu!

Der hybride Krieg tobt überall!

Der geheimnisvolle Brand von Notre-Dame, die Anschläge von Christchurch, El Paso, Dayton und Halle, Gretas Kulturrevolution und der Angriff auf die Demokratie - im Jahr 2019 war wieder einmal «die Hölle los»: der Absturz von Ethiopian Airlines 302 (bei dem keine Leichen gefunden wurden), der Mord an dem Regierungspräsidenten Walter Lübcke, die Schleppermission der Carola Rackete, der Rücktritt des österreichischen Vizekanzlers Strache und der Bruch der Regierungskoalition, die Attacke auf die Landwirtschaft unter dem Deckmantel des «Artenschutzes» und natürlich Verhaftung und Tod des mutmasslichen Elitenzuhälters Jeffrey Epstein in den USA - um nur einige Themen **aus Gerhard Wisnewskis neuem Jahrbuch verheimlicht - vertuscht - vergessen 2020 (Kopp Verlag/288 Seiten)** zu nennen.

Der hybride Krieg, das Thema dieser Ausgabe der ExpressZeitung, zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Wisnewski zeigt die geheimen Schauplätze dieses Krieges auf und öffnet seinen Lesern die Augen für die untrüglichen Zeichen und Merkmale des hybriden Krieges gegen die westliche Welt. Ein unentbehrliches Werk für jeden, der die Geschehnisse der Gegenwart verstehen will.

Jetzt erhältlich im Shop des Kopp-Verlags und in allen guten Buchhandlungen.



Schlachtfeld 10: Kultur



Eine Hochkultur zu bekämpfen, ist selbstverständlich schwerer als der Krieg gegen eine Zivilisation im Niedergang. Deshalb gilt es für den Angreifer im hybriden Krieg die Bildungs- und kulturellen Standards, die der «Feind» sich bewahrt hat, niederzureissen. Altes Wissen und hohe Kunst stehen einer feindlichen Übernahme im Weg. So empfahl schon der antike chinesische Stratege Sun Tsu «alte Überlieferungen und Götter» zu entwerten (siehe S.34 u. S.110). Das Thema der kulturellen Kriegsführung gegen den Westen und Deutschland wurde von uns bereits in zahlreichen Ausgaben (u.a. 03,12,13,26,27,30) aufgegriffen. An dieser Stelle soll am Beispiel Kunst verdeutlicht werden, wie die westliche Gesellschaft innerhalb von wenigen Jahrzehnten von der angeblichen Hässlichkeit ihrer alten Werte und Ideen überzeugt wurde. Im Falle der «Modernen Kunst» ist inzwischen nämlich nachgewiesen, dass sie vom US-Geheimdienst CIA als Waffe verstanden wurde. Der Krieg gegen die moderne, fortschrittliche, marktwirtschaftliche und vor allem freiheitliche westliche Kultur wird uns natürlich auch in den kommenden Ausgaben weiter begleiten.

Moderne Kunst: Ein struktureller Angriff auf die Menschheit

Die bayerische Landeshauptstadt München ist nicht nur Heimat des Oktoberfestes, des Hofbräuhauses und der Frauenkirche, sondern auch des hochgelobten Museums Brandhorst. Jenes Museums, in dem die Werke moderner Künstler wie Cy Twombly, Andy Warhol und Jeff Koons zu sehen sind. Am 14. Oktober 2012 veröffentlichte die Welt am Sonntag in ihrer Online-Ausgabe ein Loblied auf diese heiligen Hallen der modernen Kunst: Die Architekten hätten es fertiggebracht, «ein Gebäude zu zaubern, das alle mögen und in dem sich alle wohlfühlen; das die Bedürfnisse des Sammlers Udo Brandhorst ebenso wie die Vorstellungen dort ausstellender Künstler (Cy Twombly) zufriedenstellt». Er freue sich schon, wenn er nur die Fassade sehe, zitiert die Welt einen Fan. Wie die Architekten hier «mit einer quietschbunten Mikado-Optik das triste Pinakotheken-Viertel aufgemischt haben: wunderbar». Und natürlich freuen wir uns mit. Denn Kritik an moderner Kunst ist hierzulande verpönt. Was auch immer Künstler und Architekten in die Landschaft oder auf die Leinwand «gezaubert» haben – es muss einfach toll sein. Und wenn es der eigene Urin ist. Was keineswegs polemisch gemeint ist: Andy Warhols «Mitarbeiter urinierten hierzu auf mit Kupfer-Pigment präparierte Leinwände, durch die chemische Reaktion entstanden zufällige, grünlich-oxidierte Effekte». Damit habe Warhol «die Idee der ‚Piss-Paintings´ der Sechziger wieder aufgegriffen, als Besucher seines Ateliers am Boden liegende Leinwände bepinkelten.» (Spiegel Online, 17.2.2004) Psst – mal unter uns: Haben Sie sich nicht auch schon über Kunstwerke wie die nichtssagenden Farbflächen eines Mark Rothko gewundert? Oder über Cy Twomblys «Seeschlacht von Lepanto», der das Museum Brandhorst einen eigenen Saal widmet? Wurden Sie nicht auch schon von leisem Zweifel befallen, ob es sich dabei nicht einfach nur um wirre Linien handelt? Oder haben Sie schon mal ratlos vor Twomblys Werk «Bacchus» gestanden: offenbar planlos auf einer grossen Leinwand gezogene Kreise? Warum gilt so etwas als Kunst? Warum widmen Museen solchen Werken ganze Säle?



Die Ölschmiererei «Untitled» des Surrealisten Robert Motherwell.

«Moderne Kunst war Waffe der CIA»

Nun, weil jemand nachhalf, nämlich die CIA. Bei der CIA arbeiten geschätzte 20.000 Menschen, alle Geheimdienste der USA zusammen (die sogenannte «Intelligence

➔

Foto: OTFW, Berlin (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Skulptur_Invalidenstr_50_(Mitte)_Double_Cage_Piece%26Bruce_Nauman%261974.jpg) https://en.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons



Werk des «Konzeptkünstlers» Bruce Nauman in Berlin: Ein Zaun in einem Zaun.

➔ Community») beschäftigen laut Washington Post allein 854.000 Mitarbeiter mit Top-Secret-Freigabe. Insgesamt dürften also weit mehr als eine Million Menschen geheimdienstlich für die USA tätig sein. Diese Dienste repräsentieren eine nationale und globale Geheimregierung, welche die Welt systematisch steuert – insbesondere die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn damals galt es, den Globus neu zu organisieren. Diese Neuorganisation betraf nicht nur die Politik, sondern auch die Kultur und alle relevanten Bereiche des öffentlichen Lebens. Ein besonderes Augenmerk hatte der US-Auslandsgeheimdienst auf die Auflösung der gegenständlichen Kunst. Gegenständliche Maler, wie etwa Edward Hopper, spürten die plötzliche Bevorzugung der «abstrakten Kollegen» und schlossen sich zusammen, um sich gegen diese Bedrohung zu wehren. Der britische Independent schrieb 1995: **«Die Central Intelligence Agency nutzte die moderne amerikanische Kunst – einschliesslich der Werke von Künstlern wie Jackson Pollock, Robert Motherwell, Willem de Kooning und Mark Rothko – als Waffe im Kalten Krieg. Die CIA hegte und pflegte den abstrakten amerikanischen Expressionismus mehr als 20 Jahre lang rund um die Welt.»** (The Independent, 22.10.1995)

Angeblich, um ihn dem streng organisierten sozialistischen Realismus entgegenzusetzen. Anders wären viele der abstrakten Künstler auch nie erfolgreich geworden. Die «International Organisations Division» (IOD) der CIA unter Tom Braden tat sich besonders hervor. Sie förderte Zeichentrickfilme, amerikanische Jazzmusiker und vor allem «Amerikas anarchistische Avantgarde-Bewegung, den abstrakten Expressionismus» (The Independent). Und genau diese Handschrift erkennen wir auch im Münchner Museum Brandhorst wieder. Die Sammlung Brandhorst ist nichts weiter als ein Sammelbecken für solche Künstler, die direkt oder indirekt (oft ohne ihr Wissen) von den US-Diensten gefördert wurden oder vom CIA-geförderten Kunstmarkt profitierten. Nicht zufällig stehen in der Sammlung laut Brandhorst-Website einschlägige US-Künstler ganz oben: Cy Twombly, Andy Warhol, James Lee Byars, Bruce Nauman, John Chamberlain, Dan Flavin, Mike Kelley, Jeff Koons.

Das «Museum of Modern CIA»

Das weltberühmte New Yorker «Museum of Modern Art» war laut Independent auf vielfältige Weise mit der CIA verbunden. Einige der Gründungsväter der «Agency» sassen in der Museumsleitung oder fungierten gar als Vorsitzende (John Hay Whitney). CIA-Mann und IOD-Chef Tom Braden war gleichzeitig Geschäftsführer des Museums. Schliesslich hing die «abstrakte Kunst [...] in den Marmorhallen von Banken, in Flughäfen, in Rathäusern, Vorstandsetagen und grossen Galerien. Für die Kalten Krieger, die sie förderten, waren diese Gemälde ein Markenzeichen, eine Signatur für ihre Kultur und ihr System, das sie an allen massgeblichen Plätzen zeigen wollten», so der Independent. Die wirren Linien eines Twombly oder die nichtssagenden Farbflächen eines Rothko «ein Markenzeichen» für die von der CIA angestrebte Kultur und ihr angestrebtes «System»? Ein Satz, den man sich einprägen sollte. Denn die Desorganisation der gegenständlichen Kunst hörte mit dem Kalten Krieg nicht auf. Inzwischen feiern die «Kunstwerke» Welterfolge und erhalten eigene Museen, wie etwa die Sammlung Brandhorst.

Das Wahre, Schöne, Gute

Doch wie man weiss, suchte der Mensch ursprünglich einmal nach «dem Wahren, Schönen, Guten» (Inschrift an der Frankfurter Oper). Aber warum? Und gibt es dafür überhaupt objektive Massstäbe? Durchaus: Die Massstäbe liegen in der Harmonie, oder noch abstrakter gesagt: in der Organisation. Faustregel: Je höher die Ordnung eines Kunstwerkes, umso eher «gefällt» es oder löst positive Gefühle aus. Die Werke von Bach, Mozart und Beethoven dürften wohl mit die höchste Form musikalischer Organisation darstellen, die wir kennen. Organisation wird vom Menschen von



Cy Twomblys «Seeschlacht von Lepanto» widmete das Münchner Museum Brandhorst einen eigenen Saal.

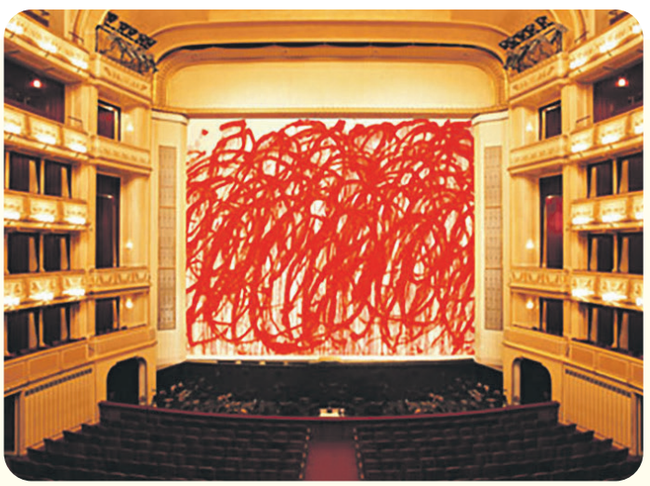
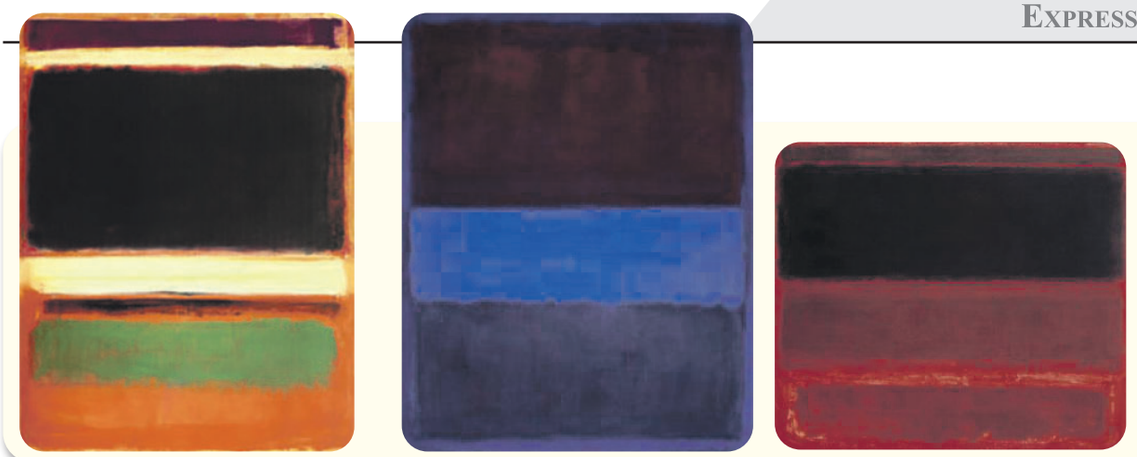


Foto: museum in progress, Cy Twombly

In der Wiener Staatsoper wurde während der Spielzeit 2010/2011 Cy Twomblys Werk «Bacchus» – offenbar planlos gezeichnete Linien - als riesiges Grossbild gezeigt. Auf dem internationalen Kunstmarkt wurden für Twomblys Werke bis zu 70 Millionen US-Dollar bezahlt.



Weltberühmte «Kunstwerke» von Mark Rothko, amerikanischer Maler des «Abstrakten Expressionismus». Bereits in Steinzeithöhlen findet man höher strukturierte Werke als in unseren heutigen Museen.

Natur aus als schön und harmonisch empfunden (Musik, Malerei, Architektur etc.), weil er selbst das Produkt perfekter Organisation ist und weil er sie als göttliches Schöpfungsprinzip empfindet. Und das ist sie denn auch wirklich. Wo das Gehirn auch hinsieht oder -hört, versucht es, eine Ordnung zu erkennen. Man denke nur an das chaotische Muster des Alls, das der Mensch durch Sternbilder ordnete. Kakophonien und Disharmonien dagegen befremden ihn, weil er keinen organisatorischen Sinn darin erkennen und sich daher nicht daran «erbauen» (= organisieren, strukturieren) kann.

Des Kaisers neue Gemälde

Und da wird es interessant. Werke wie die von Rothko oder Twombly sind ein düsteres Menetekel an der Wand, weil sie die totale Desorganisation repräsentieren und sich auf dem Niveau der Vorsteinzeit bewegen. Und das ist nicht polemisch, sondern entwicklungsgeschichtlich gemeint. Denn bereits in Steinzeithöhlen findet man höher strukturierte Werke als in unseren heutigen Museen. Der Steinzeitkünstler wollte seine Gedanken und seine Welt strukturieren und darstellen. Und Chaos und Darstellung widersprechen sich nun mal – es sei denn, man möchte nur noch den eigenen Verfall darstellen. Und so muss man denn auch einen Twombly oder einen Warhol interpretieren. Doch statt bescheiden erst einmal einen Intensivkurs in Zeichnen oder Bildhauerei zu belegen, feierten und feiern diese Künstler Triumphe. Galeristen und Kunstkritiker an den Schaltstellen des Kunstmarktes sorgen dafür, dass unser Geschmack auf den Kopf gestellt und ein Rothko plötzlich als Kunst begriffen wird. Die Künstler werden erhöht, als würden sie nicht ein niedriges, sondern ein hohes Niveau der Organisation repräsentieren – so hoch, dass es eben kaum jemand versteht. Ein typisches Beispiel für des Kaisers neue Kleider: In Wirklichkeit ist er nackt.

Struktureller Angriff auf die Menschheit

Oder man denke an Joseph Beuys. Sein Motto «Jeder ist ein Künstler» oder «Alles ist Kunst» markierte gleichzeitig die endgültige Auflösung der Kunst. Das Ergebnis ist bekannt: Veranstaltungen wie die 2012 abgehaltene dOCUMENTA (13), deren Desorganisation bereits im Schriftzug deutlich wird. Die orthographische Organisation eines Eigennamens ist auf den Kopf gestellt. Statt anfangs gross und dann klein, schreibt er sich am Anfang klein und dann gross. Beuys verstand sich nicht nur als führender Künstler, sondern auch als Sozialingenieur. Er sprach von einem «Energieplan für den westlichen Menschen» und von der Möglichkeit eines jeden, seine eigene Kunst «für eine neue soziale Organisation» zu machen. Diese «neue soziale Organisation» bedeutet in Wirklichkeit die Abschaffung jeder sozialen Organisation und damit die totale Auflösung der Gesellschaft. Man stelle sich unsere staatliche und soziale Organisation als modernes Kunstwerk von Beuys, Rothko oder Twombly vor. Denn mit der Auflösung des Gegenständlichen ist keineswegs nur die Kunst gemeint. Die Gegenständlichkeit der sozialen Organisation (die Struktur) soll sich genauso auflösen, Mensch und Gesellschaft sollen jeglichen Halt verlieren. Daher ist das, womit wir es hier zu tun haben, keine akademische Diskussion. Es ist ein struktureller Angriff auf die Menschheit. ***(gw)***



Installation des in der Kunstszene hoch angesehenen Mike Kelley. Ist das Kunst oder kann das weg?

Warum förderte die CIA die «Moderne Kunst» im Westen? Die Behauptung, man habe dem streng organisierten sozialistischen Realismus etwas entgegensetzen wollen, klingt äusserst fadenscheinig. Ging es nicht vielmehr darum, die westliche Gesellschaft zu schwächen? Das Konzept des «Entrismus» (trotzkistische Unterwanderung) könnte eine nachvollziehbare Erklärung dafür liefern, warum die CIA die «Moderne Kunst» unterstützte: Anfang der 1940er-Jahre traten Trotzkisten bzw. Marxisten in enormer Anzahl dem US-Militär, den Geheimdiensten und den Republikanern bei. Sie schienen das Ziel zu verfolgen, den Kurs dieser Organisationen marxistisch zu verändern. Die Tarnung als «Antikommunisten» war für sie notwendig, da sie erkannten, dass der real existierende Kommunismus gescheitert war. Mit Millionensummen, u.a. von der CIA, konnten sie ihre marxistische Politik unter dem Deckmantel des «Antistalinismus» im Kalten Krieg weiter fortführen. So konnten die westlichen Grundwerte wie Marktwirtschaft, Familie oder Heimatverbundenheit «entristisch» von innen heraus zerstört werden. Erfahren Sie mehr darüber in der ExpressZeitung Nr.30 – Thema: Die «Reeducation» der Deutschen»!



Kommunismus

Die «Unbegrenzte Kriegsführung» gegen das



Skyline von Peking, Hauptstadt des neuen Wirtschaftskolosses China

Auf einen Blick

- **Schon für Trotzki und Lenin waren hohes technologisches Niveau und gut ausgebaute Infrastruktur notwendig für Errichtung des Kommunismus**
- **Auf diesen Überlegungen aufbauend, kam es in China 1978 («Vier Modernisierungen») und in der Sowjetunion 1985 («Perestroika») zu politischen Umwälzungen, die der westlichen Öffentlichkeit eine umfassende Liberalisierung des kommunistischen Lagers vortäuschten.**
- **China hat keinen echten marktwirtschaftlichen Kurs eingeschlagen, sondern marktwirtschaftliche Elemente unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) wurden in streng reglementiertem Umfang zugelassen, um Rotchina zu einer Weltmacht aufzubauen.**
- **Westliche Geschäftsleute arbeiten der KPCh in die Hände, die weiterhin die Errichtung des Kommunismus im Weltmassstab anstrebt.**
- **Der Westen gilt in China weiterhin als «Klassenfeind». Trotzdem gibt es Zusammenarbeit, um China zu stärken. Gleichzeitig hybrider Krieg gegen den Westen, um ihn zu schwächen.**

von Torsten Mann

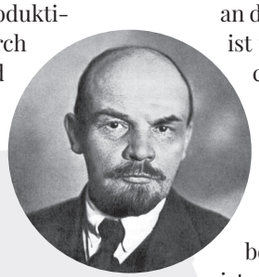
Drei Jahrzehnte nachdem die kommunistische Bedrohung aus dem öffentlichen Bewusstsein der westlichen Welt verschwand, gilt China inzwischen als aufstrebende Wirtschaftsnation und als vielversprechender Absatzmarkt für westliche Unternehmen, die, von den günstig erscheinenden Produktionsbedingungen angelockt, darum wetteifern, ihren Ostasienhandel auszubauen, Niederlassungen im Reich der Mitte zu eröffnen oder Joint Ventures mit chinesischen Geschäftspartnern einzugehen. Trotz der Tatsache, dass China seit 1949 fest unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei (KPCh) steht, herrscht hierzulande die Meinung vor, dass der offizielle Marxismus-Leninismus der KPCh nur noch als eine Art folkloristische Fassade aufrechterhalten werde, während das Land in Wirklichkeit längst einen marktwirtschaftlichen Kurs eingenommen habe und in mancher Hinsicht sogar kapitalistischer sei als die immer weiter nach links rückenden Staaten der Europäischen Union. In ganz ähnlicher Weise unterstellt die öffentliche Meinung dem Putin-Regime in Russland eine nationalistisch-konservative Politik, obwohl Putin seine Macht offenkundig auf alte KGB-Strukturen stützt – also auf den noch immer existierenden Apparat des Geheimdiensts der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Tatsächlich setzen viele Europäer, die von der zunehmend sozialistischen Politik der Europäischen Union abgestossen sind, ihre Hoffnungen inzwischen auf Russland als neuen Bündnis- und Handelspartner und hoffen in einem zukünftig eurasischen Massstab auf eine Renaissance traditionell marktwirtschaftlicher und bürgerlicher Werte. Doch bei näherer Betrachtung der strategischen Hintergründe wird deutlich, dass sich diese Hoffnung in absehbarer Zukunft als schwerer Trugschluss erweisen könnte, denn das kapitalistische Zwischenspiel, das seit einigen Jahrzehnten von Moskau und Peking inszeniert wird, dient in Wirklichkeit nur dazu, die Staaten der westlichen Welt durch eine hybride Kriegsführung insbesondere in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu schwächen und die Voraussetzungen für die zukünftige Errichtung des Kommunismus im Weltmassstab zu schaffen.

Kein Sozialismus ohne moderne Technik

Seit den 1920er Jahren hatten die russischen Revolutionsführer Wladimir Lenin und Leo Trotzki immer wieder betont, dass der Kommunismus, der von Anfang an als globales Gesellschaftssystem geplant war, nur auf der Basis einer vollen Entfaltung der Produktivkräfte errichtet werden könne, das heisst,

des Kommunismus westliche Bürgertum

für die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung sei ein hohes technologisches Entwicklungsniveau und eine gut ausgebaute industrielle Infrastruktur nötig. Trotzki schrieb, «auf dem Bauernpflug lässt sich kein Sozialismus, geschweige denn Kommunismus aufbauen».[1] «Eine sozialistische Gesellschaft», so führte Trotzki weiter aus, lässt sich «nur aufbauen mit Hilfe der fortgeschrittensten Produktionsfaktoren, wie etwa durch die Elektrifizierung und Chemisierung des Produktionsprozesses einschliesslich der Landwirtschaft und überhaupt die Zusammenfassung, Verbreitung und Verstärkung der höchsten Elemente der gegenwärtigen Technik». [2] Sobald die technologische Grundlage geschaffen sei, müsse eine weitere wichtige Voraussetzung erfüllt werden, nämlich, dass sich in der Gesellschaft eine Klasse herauskristallisiert, «die an dem sozialistischen Umsturz interessiert» ist und die über ausreichend gesellschaftlichen Einfluss verfügt, «um einen solchen Umsturz durchzuführen».[3] Das heisst, es braucht laut Trotzki ausdrücklich eine industriell hoch entwickelte Gesellschaft, in der sich ein revolutionsbereites Proletariat bildet, das mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden ist und den sozialistischen Wandel unter der Führung einer revolutionären Partei ausdrücklich wünscht. Somit waren weder in Russland noch in China die Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaftsordnung erfüllt, als die Kommunisten dort in den Jahren 1917 bzw. 1949 die Macht eroberten.



> « [...] auf dem Bauernpflug lässt sich kein Sozialismus, geschweige denn Kommunismus aufbauen»
>
> *Wladimir Lenin, erster Regierungschef der Sowjetunion*



Die auf einfachster Landwirtschaft basierende kommunistische Herrschaft der (von den Chinesen unterstützten) Roten Khmer in Kambodscha führte zum Tod von 25% der Bevölkerung. Die kommunistischen Strategen besannen sich nach über hundert Millionen Toten auf Lenin und Trotzki zurück, die bereits gesagt hatten, dass der Kommunismus nur mit einer vorübergehenden Öffnung der Wirtschaft und der Nutzbarmachung westlicher Hochtechnologie langfristig lebensfähig sein werde.

Vorgetäuschte Liberalisierungen

Zwar hatten die Kriegswirren des Ersten bzw. Zweiten Weltkriegs den Kommunisten in beiden Ländern die Gelegenheit für einen gewaltsamen Umsturz gegeben, aber die wirtschaftliche Rückständigkeit beider Länder ermöglichte nicht die Errichtung einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaftsordnung, wie Trotzki sie angestrebt hatte, und auch Josef Stalins bzw. Mao Zedongs Versuche, eine solche Gesellschaftsordnung auf gewaltsame Weise mit den blutigen Methoden des Kriegskommunismus zu errichten, führten nicht zu einer prosperierenden, klassenlosen Gesellschaft, sondern nur zu beispiellosen Massenmorden, zu Zwangsarbeitslagern und zu verheerender Misswirtschaft, was den Kommunismus als Gesellschaftsmodell zu Beginn der 1950er Jahre international diskreditierte. Daher griff die Führung der KPdSU nach Stalins Tod wieder auf Trotzkis Ideen zurück, um sie in eine neue Langzeitstrategie zu integrieren, die unter der Führung Moskaus das gesamte kommunistische Lager umfasste und an der ausdrücklich auch Peking beteiligt war. Diese neue Strategie begann im Jahr 1956 mit Chruschtschows theatralisch inszenierter Abkehr vom Stalinismus und strebt seither auf die Errichtung einer globalen sozialistischen Räteregierung auf dem Gerüst der UNO zu, die von Moskau und Peking politisch dominiert werden soll.

Die erste Phase dieser neuen sowjetischen Langzeitstrategie erstreckte sich von 1956 bis 1959 und diente zur inszenierten Abkehr vom Stalinismus und zur strategischen Neuorganisation des gesamten kommunistischen Lagers. Darauf folgte die zweite Phase ab 1960, die hauptsächlich die gesellschaftliche Zersetzung der westlichen Welt zum Ziel hatte. Die dritte Phase, welche die kontrollierte politische und wirtschaftliche Liberalisierung des Ostblocks vorsah, begann in Rotchina unter Parteiführer Deng Xiaoping im Jahr 1978 mit seiner Politik der «Vier Modernisierungen», während es in der Sowjetunion noch bis zum Jahr 1985 dauerte, bis KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow mit seiner Politik der «Perestroika» nachzog. Die planmässige Öffnung des Ostblocks zu dieser Zeit basierte auf Überlegungen Lenins, der schon zu Beginn der 1920er Jahre ein strategisches Konzept entworfen hatte, demzufolge der westlichen Öffentlichkeit eine umfassende Liberalisierung des kommunistischen Lagers vorge-

➔



Präsident Xi Jinping (Mitte) mit Managern internationaler Unternehmen 2018 beim «Global CEO Council» in Peking. Neben Vertretern von Cargill, Goldman Sachs und Nokia waren auch der ehemalige Mercedes-Benz-Vorstandsvorsitzende Dieter Zetsche (zweiter von links) und der aktuelle VW-Vorstandsvorsitzende Herbert Diess (links neben Jinping) anwesend. Verkauft der Westen China seinen eigenen Untergang?

➔ täuscht werden sollte, einschliesslich der Rückkehr zu einer kontrollierten Marktwirtschaft, welche die westliche Bourgeoisie dazu verleiten würde, im kommunistischen Einflussbereich zu investieren. Lenin notierte: «Auf der Jagd nach Gewinnen auf dem sowjetischen Markt werden die Kapitalisten der Welt ihre Augen vor der Realität verschliessen und sich so in taubstumme Blinde verwandeln. Sie werden uns Kredite geben, die uns helfen, die kommunistischen Parteien in ihren Ländern aufrechtzuerhalten, und durch die Versorgung mit wichtigen Materialien die Kriegsindustrie wieder aufbauen, die wir für unsere künftigen siegreichen Angriffe auf unsere Lieferanten benötigen. Mit anderen Worten, sie werden auf ihren eigenen Selbstmord hinarbeiten.» [4]

Erst ausnutzen, dann zerstören

Wie der zum Westen übergelaufene tschechoslowakische General Jan Sejna im Jahr 1982 ergänzte, planten die Kommunisten in dieser dritten Phase das kapitalistische Wirtschaftssystem erst voll auszunutzen, um es dann zu zerstören.[5] Das heisst, die in Russland als «Perestroika» bzw. in China als «Vier Modernisierungen» bezeichnete dritte Phase der kommunistischen Langzeitstrategie zielte nicht nur darauf ab, dem Ostblock den grösstmöglichen wirtschaftlichen und technologischen Gewinn auf Kosten der westlichen Welt einzubringen, sondern die Marktwirtschaft sollte mit vermeintlich kapitalistischen Methoden zuerst vorsätzlich überzeichnet und anschliessend in eine globale Krise gestürzt werden, um damit die «Hoffnungen auf falsche Demokratie» nach westlichem Muster zu «zerschlagen» und der Weltöffentlichkeit sowohl im Westen wie im Osten die Notwendigkeit eines globalen sozialistischen Gesellschaftswandels zu demonstrieren.[6] Die Phase 3 der sowjetischen Langzeitstrategie verfolgte somit das Ziel, die von Trotzki bezeichneten Voraussetzungen für die Errichtung des Kommunismus im Weltmassstab zu schaffen: einen hohen Grad der technischen Entwicklung und ein vom «Liberalismus» und «Kapitalismus» frustriertes Proletariat.



Deng Xiaoping öffnete im Jahr 1978 mit seiner Politik der «Vier Modernisierungen» die chinesische Wirtschaft. Dies bedeutet jedoch nicht, dass China damit einen echten marktwirtschaftlichen Kurs eingeschlagen hätte. Das Ziel eines weltweiten Kommunismus steht nach wie vor im Mittelpunkt der chinesischen Politik.

Die ideologischen Grundlagen für die wirtschaftliche Öffnung Rotchinas wurden von der KPCh schon auf ihrem 8. Parteitag im Jahr 1956 formuliert, und obwohl Mao Zedong im darauffolgenden Jahr 1957 bereits von kommenden «Modernisierungen» sprach und im Jahr 1958 erstmals die Richtlinien für ausländische Investitionen festgelegt wurden, fiel Rotchina nicht zuletzt durch interne Machtstreitigkeiten für zwei Jahrzehnte zurück in blutige Klassenkämpfe, die ihren Höhepunkt in der Kulturrevolution fanden und die erst mit Mao Zedongs Tod im Jahr 1976 überwunden wurden.[7] Zwei Jahre später ersetzte die KPCh unter der Führung Deng Xiaopings die bisherige Doktrin des internen Klassenkampfes, welche die Bekämpfung der chinesischen Bourgeoisie zur Maxime der kommunistischen Politik erklärt hatte, endlich durch die Doktrin der kontrollierten wirtschaftlichen Liberalisierung, die bis heute Gültigkeit besitzt und die wie folgt lautet: «Der Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft ist der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion.»[8] Das heisst nichts anderes, als dass der Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit Chinas von nun an Vorrang eingeräumt wurde vor allen anderen Zielsetzungen der kommunistischen Revolution. In der Satzung der KPCh heisst es seither ausdrücklich: «Man muss einen Teil der Gebiete und der Menschen ermutigen, als Erste wohlhabend zu werden, die Armut schrittweise beseitigen, den gemeinsamen Wohlstand verwirklichen und auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion und des Zuwachses des gesellschaftlichen Reichtums die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des



Volkes ständig befriedigen.»[9] Dies bedeutet jedoch nicht – wie in der westlichen Welt irrtümlich angenommen wird –, dass China damit einen echten marktwirtschaftlichen Kurs eingeschlagen hätte, sondern lediglich, dass marktwirtschaftliche Elemente unter der politischen Kontrolle der KPCh in streng reglementiertem Umfang zugelassen werden, um Rotchina wirtschaftlich und militärisch zu einer Weltmacht aufzubauen und die von Trotzki formulierten Voraussetzungen für den Fortschritt der Weltrevolution zu schaffen.

Amerikaner weiter Feinde

Das heisst, die Priorität des Klassenkampfes wurde lediglich vorübergehend zurückgestuft, wie aus dem nachfolgenden Satz in der Doktrin der KPCh hervorgeht: «Infolge inländischer Faktoren und internationaler Einflüsse wird der Klassenkampf in begrenztem Umfang noch lange Zeit existieren, aber er ist nicht mehr der Hauptwiderspruch.»[10] Unmittelbar vor der Einführung der «Vier Modernisierungen» sprach Deng Xiaoping die dieser Doktrin zugrundeliegende Motivation vor dem Zentralkomitee der KPCh offen aus: «Auch wenn die amerikanischen Imperialisten in wissenschaftlichen und technischen Angelegenheiten die Nummer eins sind, [...] werden sie in der Zukunft nicht mehr umhin können, sich durch unsere Hände geschlagen zu geben. Wir gehören zum marxistischen Lager und können niemals so gedankenlos sein, dass wir Freunde nicht von Feinden unterscheiden können. Nixon, Ford, Carter und zukünftige imperialistische amerikanische Führer fallen alle in diese Kategorie (Feinde). [...] Wir müssen andere kontrollieren und können nicht zulassen, dass andere uns kontrollieren. Wir können nicht unser Meister sein, wenn wir uns zu sehr auf andere verlassen und nicht selbst die Initiative ergreifen. Dies wird uns definitiv nicht passieren. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um die Dinge zu beschaffen, die wir unter den von uns festgelegten Bedingungen benötigen. Was wir hauptsächlich brauchen, sind wissenschaftliche und technische Kenntnisse und Ausrüstung. Dies würde am meisten zu unseren Modernisierungsplänen beitragen.»

Die wirtschaftliche Liberalisierung Rotchinas mit der Öffnung für ausländische Investitionen zielte also vorsätzlich darauf ab, all das aus dem Westen zu übernehmen, was für den chinesischen Aufstieg zur Weltmacht nützlich ist, wie «marktwirtschaftliche Mechanismen, effizienzsteigernde Managementmethoden, gewisse Rechtsinstitutionen, sämtliche fortschrittliche Technologie etc.», keineswegs aber «westliche Gewaltenteilung, bürgerliches Mehrparteiensystem» oder individuelle Freiheiten und demokratische Grundrechte.[11] Damit ist zwar jeder ausländische Industrielle, der zum Aufbau der chinesischen Wirtschaft beiträgt, grundsätzlich willkommen, jedoch stellt die rigide Steuerung der KPCh stets sicher, dass seine Investitionen, Technologien und Industrieanlagen auch «den tatsächlichen Bedürfnissen» des Landes entsprechen, ohne dass er dadurch irgendeinen politischen Einfluss gewinnen würde, was so weit geht, dass ausländische Investoren laut der rotchinesischen Wirtschaftsgesetzgebung sogar zum Schadensersatz verpflichtet sind, wenn durch die vorsätzliche Verwendung «rückständiger Technologie und Anlagen» der chinesischen Seite Verluste entstehen.[12] Dies lässt erahnen, dass auf die gegenwärtige wirtschaftliche Freizügigkeit zu einem späteren Zeitpunkt sehr schnell auch wieder die

➔



Die SAIC Volkswagen Automotive Co. ist ein in Shanghai ansässiger Automobilhersteller und ein Joint Venture mit dem deutschen Automobilhersteller Volkswagen. Jährlich produziert das Unternehmen rund 810.000 Fahrzeuge der Marken Volkswagen und Škoda. Durch Joint Ventures dieser Art verschafft sich China Zugang zu westlicher Technologie.

Enteignung sämtlicher ausländischer Investitionen folgen könnte. «Durch chinesisch-ausländische Joint Ventures soll», wie der Schweizer Sinologe Harro von Senger erklärt, «langfristig die Abhängigkeit Chinas von ausländischer Technologie und Ausstattung beseitigt werden.»[13]

Zusammenarbeit trotz Feindschaft

Eine Vorbedingung für den Erfolg dieser Strategie war, dass die westliche Öffentlichkeit auf die kontrollierte Liberalisierung Rotchinas auch genauso bereitwillig hereinfällt, wie Lenin es vorhergesagt hatte, und interessanterweise waren es seit Ende der 1970er Jahre ausgerechnet «frühere» Maoisten, die hierzulande mit Nachdruck die Parole verbreiteten, das rotchinesische Regime habe die Revolution aufgegeben und den Marxismus verraten, was in Kreisen der westlichen Wirtschaft inzwischen auch erfolgreich als vorherrschende Sichtweise über China etabliert wurde.[14] Zum Beispiel behauptete eine deutsche Zeitschrift im Zusammenhang mit der im Jahr 2007 gestarteten China Investment Corporation (CIC): «Die Chinesen wollen nun selbst an den Weltbörsen mitzocken und den einstigen kapitalistischen Klassenfeinden [...] auch als Anleger Konkurrenz machen».[15] Diese Behauptung veranlasste Harro von Senger, der wie kaum ein Zweiter die rotchinesische Supraplanung durchschaut hat, zu folgendem Kommentar: «Die Formulierung ‚einstige kapitalistische Klassenfeinde' zieht nicht in Betracht, dass gemäss offiziellem sinomarxistischem dialektischem Denken der Klassenkampf nach wie vor grundsätzlich weitergeht. Nur wird er gemäss der Strategie und Taktik des ‚wissenschaftlichen Sozialismus' von einer anderen Mittelpunktaufgabe überlagert. Die Formulierung ‚einstige kapitalistische Klassenfeinde' zeugt von einer Unkenntnis sinomarxistischen dialektischen Doppeldenkens. Zusammenarbeit bei gleichzeitig unterschwellig weiterdauernder Feindschaft ist, sinomarxistisch-dialektisch gesehen, durchaus möglich.»[16]

Höchstes Ziel Chinas: Kommunismus

Tatsächlich geht aus der Doktrin der KPCh sogar eindeutig hervor, dass alle westlichen Hoffnungen auf freiheitliche und authentisch-marktwirtschaftliche Reformen in Rotchina eine Illusion bleiben werden, denn in der Verfassung der Volksrepublik China wird nicht nur das Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung durch die KPCh und am Marxismus-Leninismus betont, **sondern in der aktuellen Satzung der KPCh heisst es ausserdem ganz offen: «Das höchste Ideal und das endgültige Ziel der Partei ist die Verwirklichung des Kommunismus.»**[17] Und dieses «höchste Ideal des Kommunismus, das die chinesischen Kommunisten anstreben, kann nur auf der Grundlage der vollen Entwicklung und des hochgradigen Gedeihens der sozialistischen Gesellschaft realisiert werden.»[18] Das sollte all jenen «taubstummen blinden» westlichen Geschäftsleuten zu denken geben, die gegenwärtig mit Rotchina kollaborieren, denn sie arbeiten damit offensichtlich auf ihren eigenen Selbstmord hin, schliesslich ist die kommunistische Revolution, wie der in Rotchina hochgeschätzte Friedrich Engels schon 1847 schrieb, «eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.»[19] Das heisst nichts anderes, als dass in der zukünftigen kommunistischen Welt die früher souveränen Nationalstaaten unter dem Diktat einer globalisierten, von Moskau und Peking dominierten UNO-Räteregierung verschwinden werden, was in ganz ähnlicher Form auch von KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew – dem Hauptarchitekten der sowjetischen Langzeitstrategie – vorhergesagt wurde. Die Bereitwilligkeit westlicher Unternehmer, dieser Entwicklung noch Vorschub zu leisten, anstatt ihr entgegenzuwirken, kommentierte Harro von Senger mit den Worten: «Gar manche Europäer - für Amerikaner dürfte das nicht gelten - haben sich offenbar durch ökonomische Fachbücher zu neuen Menschen des Typs ‚Homo oeconomicus' umprogrammieren lassen. Für sie gibt es nur die materielle Profitmaximierung. Als Müll betrachten sie nationalstaatliches Denken, das sie mir nichts, dir nichts in einer einseitig kommerziell verstandenen Globalisierungskloake entsorgen. Ihre Vaterlandsverbundenheit ersetzen sie achtlos durch den Stolz, einem ‚Global Player' anzugehören. Entpuppen sich diese Leute vielleicht als willige Helfer der KPCh? Arbeiten sie nicht etwa brav der KPCh in die Hände, die auf ein kommunistisches Endziel ohne staatliche Grenzen hinarbeitet? [...] Wenn dem so wäre, dann rackerten sich derzeit Planetarier aus Europa, die ausser Geldgier nichts im Kopf haben, letztlich für die chinesische globale ‚Grosse Gemeinschaft' (Da Tong) ab [...].»[20]







«Das höchste Ideal und das endgültige Ziel der Partei ist die Verwirklichung des Kommunismus.»

Ausschnitt aus der Verfassung der Volksrepublik China

Einseitiger Handelskrieg

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die zu Beginn der dritten Phase der kommunistischen Langzeitstrategie begonnene wirtschaftliche Öffnung des Ostblocks keine Defensivmassnahme und schon gar keine Niederlage des Kommunismus darstellte, sondern dass sie in Wirklichkeit eine bis heute noch immer nicht verstandene Offensive einleitete, um den Kapitalismus mit vermeintlich «kapitalistischen» Mitteln zu zerstören. Denn ganz im Gegensatz zu den taubstummen blinden Geschäftsleuten der westlichen Welt ist es nicht etwa simples Profitstreben und marktwirtschaftlicher Wettbewerb, der den russischen und chinesischen Aussenhandel antreibt, vielmehr führen diese Staaten einen einseitigen Handelskrieg, der wiederum nur eine Waffe in einem viel umfassenderen Arsenal der hybriden Kriegsführung des Ostblocks darstellt, welche auf den Kollaps des westlichen Gesellschaftssystems hinarbeitet. Schon jetzt ist der Aufstieg Rotchinas vom Entwicklungsland zur zukünftig dominierenden Weltmacht klar erkennbar, während zur selben Zeit der Niedergang der westlichen Nationalstaaten kaum noch zu übersehen ist.

Übersehen wird jedoch häufig, dass sich die Symptome des westlichen Niedergangs zu grossen Teilen auf das Wirken vermeintlich «ehemaliger» Kommunisten zurückführen lassen, die während der letzten drei Jahrzehnte an die Schaltstellen der europäischen Staaten aufgestiegen sind und von dort aus systematisch auf den planmässigen Kollaps der westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinarbeiten. Bekanntlich war die frühzeitige Platzierung und Kultivierung von Perspektivagenten, Maulwürfen oder Schläfern, die erst nach einer gewissen Zeit in Positionen gelangen, von denen aus sie wirksamen Einfluss ausüben können, seit jeher eine Spezialität der kommunistischen Geheimdienste, welche insbesondere die ostdeutsche Stasi perfekt beherrschte, die im Auftrag Moskaus damit bis in die höchsten Spitzen der bundesdeutschen Politik vordringen konnte.



Foxconn ist einer der grössten Fertigungsbetriebe für elektronische Produkte weltweit, mit zahlreichen Fabriken in China. Als Auftragshersteller produziert das Unternehmen Elektronik- und Computerteile unter anderem für Hewlett-Packard, Dell, Apple, Nintendo, Microsoft und Sony. Der Aufstieg Rotchinas vom Entwicklungsland zur zukünftig dominierenden Weltmacht ist klar erkennbar.



Chinas neue Seidenstrasse. Seit 2013 entstehen Routen neuer Strassen, Zugstrecken, Pipelines und Flughäfen. Doch geht es dabei wirklich nur um Handel - oder baut China damit gleichzeitig die Infrastruktur für zukünftige Militärtransporte?

Die Kunst des Krieges

Diese Vorgehensweise entspricht den Vorgaben des antiken chinesischen Strategen Sun Tsu, der in seinem klassischen Werk «Die Kunst des Krieges» schon vor zwei Jahrtausenden ausdrücklich zum Einsatz von Spionen und Agenten geraten hat. Doch die Sowjets übernahmen von Sun Tsu nicht nur den Rat zur Platzierung von Agenten, vielmehr war sein Werk, wie der KGB-Überläufer Anatoliy Golitsyn berichtete, insgesamt eine der

➔



«Die grösste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen: Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist; verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen; unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen; gebt sie der öffentlichen Schande ihrer Mitbürger preis; nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen; stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen; verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes; hetzt die Jungen gegen die Alten; zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte; entwertet alte Überlieferungen und Götter; seid grosszügig mit Angeboten und Geschenken und Nachrichten, um Komplizen zu kaufen; bringt überall geheime Kundschafter unter.»

Sun Tsu, antiker chinesischer Stratege, 534 v.Chr. – 453 v.Chr., auf dessen Lehren die kommunistische Strategie aufbaut

wichtigsten Grundlagen, auf denen die in den 1950er-Jahren entwickelte kommunistische Langzeitstrategie aufbaute. [21]

Sun Tsus Kernaussage, die höchste Kunst des Krieges sei es, den Widerstand des Feindes durch überlegene Planung und den Einsatz von Mitteln zu brechen, die man inzwischen als hybride Kriegsführung bezeichnen würde, kommentierte der chinesische General Xu Fenlin im Jahr 2006 unter der Überschrift «Meister Suns Kriegskunst und die Vorbereitungen auf den militärischen Kampf im Informationszeitalter» mit den Worten: «Diese Feststellung verkörpert die Auffassung von der Allüberlegenheit der Supraplanung. Ein Krieg ist nicht nur eine Frage des Militärs, sondern auch der Politik, der Wirtschaft und der Diplomatie. Nur dank einem umfassenden Einsatz vielfältiger Kampfesmittel und einer hinreichenden Entfaltung der aufeinander abgestimmten Funktionen aller Bereiche vermag man in strategischer Hinsicht die Oberhand zu gewinnen.» [22]

Die Zielsetzung der hybriden Kriegsführung Chinas lautet also zunächst, durch den Einsatz nichtmilitärischer Kampfmittel den Krieg über lange Zeit unsichtbar zu halten, die westliche Bourgeoisie damit in Sicherheit zu wiegen, sie dann anschliessend – sobald sie die ersten Verluste erleidet – über die wahre Identität des Angreifers im Unklaren zu lassen und sie zuletzt glauben zu lassen, ihre letztendliche Unterwerfung sei in Wirklichkeit eine Rettungsmassnahme oder eine Befreiung. Schliesslich hatte ja auch Trotzki gefordert, dass das von den herrschenden Zuständen frustrierte Volk den Umsturz unter der Führung der Kommunisten «bewusst erstreben» müsse. [23] Der zum Westen übergelaufene tschechoslowakische General Jan Sejna erklärte, dass die Sowjets zu diesem Zweck ausdrücklich planten, sogenannte «externe wirtschaftliche Waffen» insbesondere gegen die USA einzusetzen, was ohne die vorhergehende wirtschaftliche Öffnung des Ostblocks nicht möglich gewesen wäre. [24] Sejna zitierte den sowjetischen ZK-Sekretär Konstantin Katuschew mit den Worten: «Wenn wir den USA die in unserem Plan vorgesehenen externen Beschränkungen aufzwingen und die amerikanische Wirtschaft damit ernsthaft stören können, dann werden die Arbeiter- und die untere Mittelklasse unter den Folgen leiden und sie werden sich gegen die Gesellschaft wenden, die für sie gescheitert ist. Sie werden bereit sein für die Revolution.» [25]



Die Zielsetzung der hybriden Kriegsführung Chinas lautet, nach der Schwächung des Westens durch nichtmilitärische Kampfmittel und dessen Zusammenbruch, ihn zuletzt glauben zu lassen, seine Unterwerfung sei in Wirklichkeit eine Rettungsmassnahme oder eine Befreiung.

«Unbegrenzte Kriegsführung»

Doch das kommunistische Verständnis von hybrider Kriegsführung beschränkt sich natürlich nicht auf den Bereich der Wirtschaft, sondern setzt auch auf andere zivile und militärische Mittel, um die Moral der bürgerlichen Gesellschaften zu brechen. Wie umfassend der totale asymmetrische Krieg gegen den Westen tatsächlich konzeptioniert ist, wurde im Januar 1999 von zwei Offizieren der rotchinesischen Volksbefreiungsarmee, Oberst Qiao Liang und Oberst Wang Xiangsui, in einer Strategieschrift unter dem Titel «Unbegrenzte Kriegsführung» (siehe S.37, S.61 u. S.67) dargestellt. Darin zählen die beiden Autoren bereits zweieinhalb Jahre vor 9/11 sowohl eine «grosse Explosion im World Trade Center» als auch einen «Bombenanschlag von Bin Laden» sowie eine künstlich ausgelöste Finanzkrise nach Art von George Soros zum «wahren Kartenblatt» Chinas im Kampf gegen die USA. [26] Darüber hinaus erkennen die Autoren auch in den Aktivitäten südamerikanischer Rauschgiftkartelle eine Art von «Semi-Kriegsführung», «Quasi-Kriegsführung» oder «Unter-Kriegsführung», gegen welche die westlichen Staaten nahezu verteidigungsunfähig sind, was ebenso für das organisierte Verbrechen, den Programmierer des ersten Internetwurms Robert Morris und den Giftgasanschlag auf die Tokioter U-Bahn durch die japanische Aum-Shinrikyo-Sekte gelte. [27] Interessant ist, was Stanislav Lunev, ein im Jahr 1992 zum Westen übergelaufener Oberst des russischen Militärgeheimdienstes GRU, ergänzend hierzu zu berichten hatte: «Die GRU war immer der Ansicht, dass alle Aktivitäten, die dazu beitragen, die westlichen Staaten zu zerrütten – Staaten, die immer noch als Russlands Feinde gelten –,



Militärparade in Peking zum 70. Jahrestag des Kriegsendes des Zweiten Weltkriegs.

gut für Russland sind. Daher ist die Unterstützung und das Sponsoring terroristischer Aktionen für die GRU mehr als gerechtfertigt. Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde die Terrorausbildung aus dem GRU-Haushalt finanziert und von den Mordkommandos der [Spezialeinheit] Spetsnaz durchgeführt. Wer könnte Terroristen besser ausbilden als Menschen, die selbst als Terroristen ausgebildet wurden? Und ja, die Welt hat diese Ausbildung in Aktion gesehen. Die Aum-Shinrikyo-Sekte in Japan, die in der Tokioter U-Bahn Gasbomben legte, war ein bekannter Schüler. Wie andere Gruppen bezahlte die Sekte die GRU für ihre Ausbildung. Die meisten arabischen Terrorgruppen wurden ebenfalls von Spetsnaz ausgebildet. Sogar die Terroristengruppe, die den [ersten] Bombenanschlag auf das World Trade Center [im Jahr 1993] durchgeführt hat, ist von Leuten ausgebildet worden, die selbst von der GRU ausgebildet worden waren.» [28]

Krieg mit allen Mitteln

Laut Oberst Qiao und Oberst Wang beschränkt sich die moderne Form der Kriegsführung nicht länger darauf, «bewaffnete Gewalt anzuwenden, um den Feind dazu zu zwingen, sich dem eigenen Willen zu unterwerfen», sondern es geht darum, buchstäblich «alle Mittel anzuwenden, einschliesslich bewaffneter und nicht-bewaffneter, militärischer und nicht-militärischer, sowie tödlicher und nicht-tödlicher Mittel, um den Feind zu zwingen, die eigenen Interessen zu akzeptieren».[29] In einem Kommentar zur englischen Übersetzung von Qiaos und Wangs Buch zählt der amerikanische Sicherheitsexperte Albert Santoli einige der darin erwähnten Methoden auf und erklärt die jeweils damit verfolgte Absicht:

▶ «‚Finanzielle Kriegsführung (mit der ein Land unterworfen wird, ohne einen Tropfen Blut zu vergiessen)' bedeutet, in die Banken- und Aktienmärkte einzudringen, um diese zu sabotieren und den Wert einer bestimmten Währung zu manipulieren.

▶ ‚Schmuggelkrieg' bedeutet, die Wirtschaft eines Rivalen zu sabotieren, indem seine Märkte mit illegalen Waren oder mit Raubkopien überflutet werden.

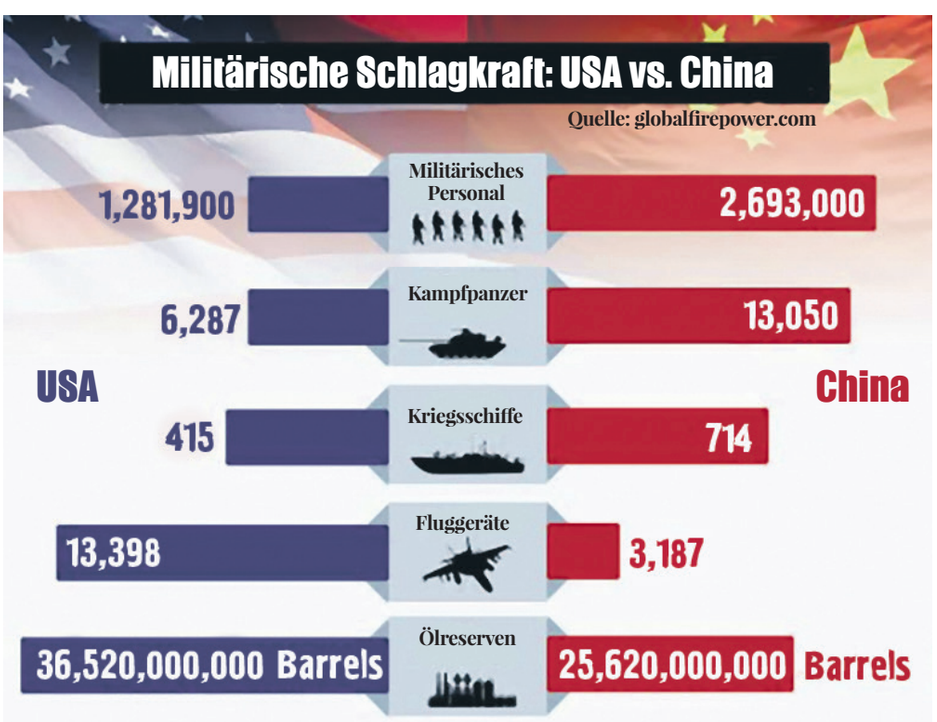
▶ ‚Kulturelle Kriegsführung' bedeutet, die kulturelle Einstellung eines Ziellandes zu beeinflussen, indem man seine eigenen kulturellen Standpunkte verbreitet.

▶ ‚Drogenkrieg' bedeutet, ein Land mit illegalen Drogen zu überschwemmen, um damit das gesellschaftliche Gefüge zu zersetzen. (siehe S.36 f.)

▶ ‚Medien- und Desinformationskrieg' bedeutet, ausländische Medien zu manipulieren, indem man Journalisten kompromittiert oder einschüchtert oder sich Zugang

Fortsetzung auf Seite 112

> «Wenn die angreifende Seite heimlich grosse Mengen an Kapital ansammelt, ohne dass die feindliche Nation davon Kenntnis erlangt, und einen heimlichen Angriff auf ihre Finanzmärkte startet, dann nach der Auslösung einer Finanzkrise, einen zuvor platzierten Computervirus und ein Hacker-Kommando im Computersystem des Gegners aktiviert, während sie gleichzeitig einen Netzwerkangriff auf den Feind ausführt, so dass das zivile Stromnetz, das Verkehrsnetz, das Finanztransaktionsnetz und das Massenmediennetz vollständig zusammenbricht, dann wird dies dazu führen, dass die feindliche Nation ins gesellschaftliche Chaos stürzt, in Strassenschlachten und in eine politische Krise. Darauf folgt schliesslich der gewaltsame Einsatz der Armee, bei dem in stufenweiser Eskalation militärische Mittel angewendet werden, bis der Feind dazu gezwungen ist, einen unehrenhaften Friedensvertrag zu unterzeichnen.»
>
> *Aus einer Strategieschrift der chinesischen Volksbefreiungsarmee, verfasst von Oberst Qiao Liang und Oberst Wang Xiangsui, 1999*
>
> Quelle: Unrestricted Warfare, S.122 f.



Chinas militärische Schlagkraft wäre auch bei einem konventionellen Krieg nicht zu unterschätzen. Statistik aus dem Jahr 2019.

Fortsetzung von Seite 111

zum Rundfunk eines anderen Landes verschafft, um seine eigenen nationalen Perspektiven zu verbreiten.

▶ ‚Technologische Kriegsführung (Schaffung von Monopolen durch unabhängige Festlegung von Normen)' bedeutet, die Kontrolle über bestimmte wichtige Technologien zu erlangen oder darin führend zu werden, die sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten eingesetzt werden können. (siehe S.61 ff.)

▶ ‚Ressourcenkrieg' bedeutet, die Kontrolle über knappe Rohstoffe zu erlangen, um deren Verteilung und Marktwert kontrollieren oder manipulieren zu können. (siehe S.64 ff.)

▶ ‚Psychologische Kriegsführung' bedeutet, die eigenen nationalen Interessen durchzusetzen, indem man die Selbsteinschätzung einer gegnerischen Nation bezüglich ihrer Stärken und Schwächen manipuliert. (siehe S.15 ff.)

▶ ‚Netzwerkkriegsführung (gegen die man sich so gut wie gar nicht schützen kann)' bedeutet, transnationale Informationssysteme zu kontrollieren oder zu manipulieren.

▶ ‚Völkerrechtskrieg' bedeutet, sich internationalen oder multinationalen Organisationen anzuschliessen, um ihre Politik und die Auslegung ihrer Rechtsnormen zu manipulieren.

▶ ‚Umweltkrieg' bedeutet, eine rivalisierende Nation zu schwächen oder zu unterwerfen, indem man ihre natürlichen Umweltbedingungen zerstört oder verändert. (siehe S.82 ff.)

▶ ‚Wirtschaftshilfekrieg' bedeutet, die Kontrolle über ein Zielland zu erlangen, indem man es von Wirtschaftshilfen abhängig macht.» [30]

Die Quintessenz der unbegrenzten Kriegsführung Rotchinas ist, dass militärische Operationen nicht mehr das gesamte Kriegsgeschehen darstellen, sondern lediglich ein einzelner Aspekt innerhalb eines umfassenden Spektrums des totalen Krieges sind.[31] Dies trifft in identischer Form auch für das russische Konzept des nicht-linearen Krieges zu, über den die westlichen Massenmedien seit dem Ausbruch der Ukraine-Krise unter den Schlagworten «Putins hybrider Krieg» oder «Gerassimow-Doktrin» in zumeist unzulässig verkürzender oder völlig verzerrender Form gelegentlich berichten, so dass beim informierten Beobachter zwangsläufig der Eindruck entsteht, die Berichterstattung der hiesigen Massenmedien über den «hybriden Krieg Russlands» sei selbst ein Instrument eben dieses hybriden Krieges, da das tatsächliche Ausmass und die jahrzehntelange Vorgeschichte der anhaltenden kommunistischen Kriegsführung gegen die westliche Welt damit nicht aufgedeckt, sondern weiterhin vertuscht wird. Ungeachtet der Frage, ob dieser Art der massenmedialen Berichterstattung bloss journalistische Unkenntnis oder doch subversiver Vorsatz zugrunde liegt, versagt sie zumindest darin, auf die enorme Bedrohung für die westlichen Staaten aufmerksam zu machen, die mit dem weiteren Fortschritt der kommunistischen Langzeitstrategie immer weiter anwächst. Aufgrund dieses fehlenden Gefahrenbewusstseins stellt in der öffentlichen Debatte niemand die doch eigentlich sehr drängende Frage, mit welcher weiteren Entwicklung zu rechnen ist, wenn die kommunistische Strategie in ihre Endphase übergeht, das heisst, wenn der Ostblock wirtschaftlich ausreichend entwickelt und der Westen ausreichend untergraben ist, dass endlich die grosse «Krise des Kapitalismus» losgetreten werden kann. Der sowjetrussische Regimegegner Andrei Navrozov kannte die Antwort auf diese Frage schon vor drei Jahrzehnten, denn er prophezeite bereits im Jahr 1991, dass der damals einsetzende Transfer von Wissenschaft und Technologie die militärische Überlegenheit des Ostblocks irreversibel machen würde, und dann würden die Grenzen zwischen Ost- und Westeuropa zuletzt «ebenso bedeutungslos werden wie grundgesetzliche Rechte oder parlamentarische Verfahren in einer Welt der nackten und unentrinnbaren Gewalt».[32] Dann könnte sich «nicht einmal ein Augenzeuge von Pol Pots Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorstellen, welche Hölle auf Erden ein mobilisierender Totalitarismus, der durch nichts von aussen begrenzt wird, auf dem Territorium von Irland bis Japan errichten wird».[33] ***(tm)***



Bei einem Treffen Anfang Juni 2019 in Sankt Petersburg bekräftigten Chinas Präsident Xi Jinping und Wladimir Putin ihre Partnerschaft. Sie sprachen von der besten Phase der russisch-chinesischen Beziehungen. Wird das tatsächliche Ausmass und die jahrzehntelange Vorgeschichte der anhaltenden kommunistischen Kriegsführung gegen die westliche Welt in den westlichen Medien verschwiegen?



Weltoktober – Wer plant die sozialistische Weltregierung

304 Seiten
ISBN 978-3-946168-027



Rote Lügen in grünem Gewand – Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung

224 Seiten
ISBN 978-3-946168-058

TORSTEN MANN,

Jahrgang 1976, ist politischer Publizist (Weltoktober, Rote Lügen in grünem Gewand, Am Vorabend der Weltrevolution). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat. Er betreibt die Webseite www.weltoktober.de.

Quellen:

1. Leo Trotzki, Aussichten der Weltentwicklung, 1924; 2. Leo Trotzki, Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, 1928; 3. Leo Trotzki, Aussichten der Weltentwicklung, 1924; 4. Jozef Mackiewicz, Triumph of Provocation, S.85; 5. Jan Sejna, Decision making in Communist Countries, S.2; 6. Jan Sejna, We will bury you S.107 f.; 7. Harro von Senger, Moulüe, S.143 f.; 8. Ebenda, S.103; 9. Ebenda, S.79; 10. Ebenda, S.104 f.; 11. Ebenda, S.131 f.; 12. Ebenda, S.176; 13. Ebenda, S.176; 14. vgl. Ebenda, S.73 f.; 15. Ebenda, S.107 f.; 16. Ebenda, S.107 f.; 17. Ebenda, S.79; 18. Ebenda, S.79; 19. Ebenda, S.117; 20. Ebenda, S.216; 21. Anatoliy Golitsyn, New Lies For Old, S.43; 22. Harro von Senger, Moulüe, S.34; 23. Ebenda, S.34; 24. Jan Sejna, We will bury you, S.108 f.; 25. Ebenda, S.154; 26. Unrestricted Warfare, S.120/S.122; 27. Unrestricted Warfare; 28. Stanislav Lunev, Through the Eyes of the Enemy, S.32; 29. Unrestricted Warfare; 30. Unrestricted Warfare; 31. Unrestricted Warfare S.87; 32. Andrei Navrozov, The Coming Order, S.53 f.; 33. Ebenda, S.53 f.